



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

**Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung
des Weltkrieges 1898 - 1914**

in elf Bänden

Gooch, George P.

Berlin, 1926

Dokumente des Britischen Auswärtigen Amtes

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80111](https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:466:1-80111)

Einleitende Aktenstücke

1 Britische Dokumente 1914

(28011)

No. 1

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juni

No. 120

Wien, den 19. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Die fast gleichzeitig in der letzten Woche erfolgten Besuche des Deutschen Kaisers beim Erzherzog Franz Ferdinand in Konopisch in Böhmen und des Kaisers von Rußland beim König von Rumänien in Costantza (*sic*) haben in der Wiener Presse einen breiten Raum eingenommen. Der erstgenannte Besuch wurde zwar allgemein als nicht besonders wichtig bezeichnet, es sei denn als Beweis — falls es eines solchen bedurfte —, daß die politische Treue Kaiser Wilhelms gegen seinen Hauptverbündeten und seine persönliche Freundschaft für den Erzherzog sich nicht vermindert haben. Aber in einem Augenblick, da der Friede Europas durch verworrene Zustände auf dem Balkan wieder bedroht ist, bedeutet es einen Trost für das österreichische Fühlen und Denken, das Vertrauen in den Bestand des Bündnisses mit Deutschland bestätigt zu sehen, und zwar umso mehr, als die Beziehungen der Doppelmonarchie zu Italien gerade jetzt durch Ereignisse in Albanien einer solch starken Belastung unterworfen werden. Man hat deshalb viel aus der Leutseligkeit und Herzlichkeit Seiner Majestät während eines Besuches gemacht, der hauptsächlich dem Genusse des erzherzoglichen Rosengartens gegolten hat, der vermutlich aber Besprechungen über anderes als gärtnerische Dinge nicht ausschloß. Die Anwesenheit des Admirals von Tirpitz im kaiserlichen Gefolge ist natürlich nicht unbemerkt geblieben und hat in zahlreichen Artikeln den Anlaß zur neuen Bekräftigung des unabänderlichen Entschlusses Österreich-Ungarns gegeben, durch Verstärkung seiner Flotte zur Seemachtentfaltung des Dreibundes im östlichen Mittelmeer beizutragen. Die „Militärische Rundschau“ hat den kaiserlichen Besuch in der Tat als Vorwand für einen beunruhigenden Artikel über die Stellung Österreich-Ungarns in Europa benutzt. Unter der Überschrift „Feinde ringsum!“ erklärt der Verfasser, es sei ein öffentliches Geheimnis,

daß in Konopisch besorgte Erörterungen über die allgemeine Lage in Europa stattfanden, die seit den Balkankriegen für die Mittelmächte, einschließlich Italiens, sehr gefährlich geworden sei. Dies soll das Ergebnis der Machenschaften des Dreiverbandes sein, der sich keine Gelegenheit entgehen ließ, um den Ring der Feinde zu schließen, der jetzt die Dreibundmächte von allen Seiten bedroht. Die „Rundschau“ will wissen, daß in Konopisch wichtige militärische Maßnahmen in Ergänzung derjenigen beschlossen worden seien, die bereits unlängst von den Chefs der beiden Generalstäbe bei ihrer Zusammenkunft in Karlsbad entworfen wurden. Die militärischen Rüstungen Rußlands, der Rachedurst Frankreichs, die Einbeziehung Rumäniens in den Kreis der Entente — all das böte ohne Zweifel Stoff für sehr ernste Überlegungen. Vielleicht sei das Gerücht nicht wahr, daß der König von Schweden incognito den Kaiser in Konopisch getroffen habe, aber Schweden stehe jetzt an der Seite Deutschlands, um dem Vormarsch des Slawentums zu widerstehen und habe Rumänien als aktiven Anhänger des Dreibundes ersetzt. Diese neue Kombination müsse nun von den Generalstäben Deutschlands und Österreichs ausgearbeitet werden. Admiral von Tirpitz könne ferner nicht versäumt haben, die Aufmerksamkeit auf die beabsichtigte Vermehrung der russischen Schwarzmeerflotte um drei Dreadnoughts zu lenken. So werde tatsächlich der eiserne Ring um die Zentralmächte im Osten völlig geschlossen. Im Mittelpunkt der feindlichen Marinekräfte liege die englische Flotte vor Malta. Frankreich, jetzt von Spanien unterstützt, halte das westliche Mittelmeer. Die Rüstungen Rußlands verrieten klar die Absicht, die Frage der Durchfahrt durch die Dardanellen aufzurollen, so daß sowohl Italien wie Österreich zur See vollständig lahm gelegt werden könnten. Daher die dringende Notwendigkeit einer noch weiteren Verstärkung der österreichisch-ungarischen Flotte, eine Notwendigkeit, auf der Kaiser Wilhelm angeblich bestehe; und deshalb ohne Zweifel auch die Anwesenheit des Admirals Tirpitz im kaiserlichen Gefolge.

Das Ergebnis werde sicherlich die Beschleunigung des Baues der vier neuen österreichischen Dreadnoughts sein. Sie werden jetzt in drei Jahren zur Verfügung stehen, statt erst in fünf, wie im neuen Flottenentwurf vorgesehen war. „Feinde ringsum und alle Hoffnung auf die Schärfe des eigenen Schwertes gerichtet“ — dies ist das Ende all der Entrevuen und Verbrüderungen europäischer Herrscher und Staatsmänner*.

Aber wenn auch diese militärische Zeitschrift allein die Zusammenkunft in Konopisch als Symptom der verzweifelten Klemme betrachtet, in die der Dreibund durch die Balkankriege gebracht

* Siehe den Artikel in der „Militärischen Rundschau“ No. 141 vom 13. Juni 1914.

worden sei, so vereinigte sich dafür die gesamte Presse in einem Chor erzürnter Auslegungen des Zarenbesuches in Costantza. Hier wird nicht länger bestritten, daß Österreich-Ungarn in Rumänien die Stellung verloren hat, die es früher dort eingenommen; aber die Hoffnung verblieb, daß der verlorene Boden mit Geduld wieder erobert werden könne und daß Rumänien die Weisheit erkennen möchte, zu einer engen politischen Verbindung mit der Doppelmonarchie als dem sichersten Mittel zurückzukehren, um seine nationale Unabhängigkeit zu bewahren. Die Rede des Kaisers auf dem Festmahl in Constantza und die zwischen den beiden Herrschern ausgetauschten Höflichkeiten werden von der Presse nun als gefährliche Anzeichen dafür betrachtet, daß die entgegengesetzte Richtung das Übergewicht erlangen wird und daß Rumänien im Falle eines europäischen Konfliktes endgültig beschlossen hat, sein Schicksal mit dem Rußlands zu verknüpfen. Dies ist ein Thema, über das gegenwärtig hierzulande große Nervosität herrscht, und die Auszeichnung, die dem österreichisch-ungarischen Gesandten Graf Czernin nur wenige Tage vor Ankunft des Zaren zuteil wurde, hat nicht zur Zerstreuung der Furcht genügt, daß Österreich-Ungarn in Zukunft vielleicht nicht länger auf die militärische Unterstützung Rumäniens rechnen kann.

Der rumänische Gesandte in Wien, Herr Mavrocordato, tut sein möglichstes, um die österreichisch-ungarische Regierung über diesen Punkt zu beruhigen. Er beteuert, daß — komme was wolle — sein Land sich von jedem verstrickenden Bündnis mit einer Großmacht freihalten und fortfahren wird, seine ganze Mühe der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts auf dem Balkan zwischen den Kräften zu widmen, die sich auf die Unterstützung Österreich-Ungarns einer- und Rußlands andererseits verlassen. Mit anderen Worten: die Aufrechterhaltung der Grundsätze, die im Frieden von Bukarest Ausdruck fanden, bleibt — nach den Auslassungen des rumänischen Vertreters in Wien — das hauptsächliche Ziel der Außenpolitik Rumäniens.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

(30385)

No. 2

Herr Akers-Douglas an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 52

Bukarest, den 22. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Wie zu erwarten war, hat der Besuch des Kaisers von Rußland in Constantza tiefen Eindruck auf die Bevölkerung des Landes ge-

macht. Alle Schichten fühlen sich natürlich durch die ihrem Herrscher zuteil gewordene Ehre, sowie durch die warmen Worte geschmeichelt, die der Kaiser über die von Rumänien im letzten Jahre gespielte Rolle geäußert hat; und es herrscht, nicht unnatürlicherweise, das Empfinden vor, daß Rumänien nunmehr ein beträchtlich gesteigertes politisches Ansehen in Europa genießt.

Über die Kühle, um nicht zu sagen Antipathie, die jetzt gegen Österreich-Ungarn bemerkbar ist, können ebensowenig Zweifel bestehen wie über die sehr freundlichen Gefühle für Rußland. Was die unmittelbare Bedeutung des kaiserlichen Besuches betrifft, so erscheint es nach allem, was ich zu beobachten vermag, fraglich, ob sich irgend etwas ereignet hat, das einen Wechsel der allgemeinen Politik Rumäniens anzeigen, und die Annahme erscheint vernünftig, daß Rumänien seine unabhängige Haltung der Gruppierung der Mächte gegenüber beibehält, ohne, jedenfalls für den Augenblick, eine neue Verpflichtung eingegangen zu sein. Zweifellos fanden sich die beiden Regierungen in dem ausdrücklichen Wunsch zusammen, den Vertrag von Bukarest intakt und den Frieden auf dem Balkan ungestört zu erhalten, und sie dürften ihre gemeinsame Entschlossenheit festgestellt haben, im Interesse von Handel und Schiffahrt der beiden Länder alles Nötige tun zu wollen, um eine Schließung der Dardanellen zu verhindern.

Die gemeinschaftlichen Vorstellungen, die jüngst vom russischen Botschafter und vom rumänischen Gesandten in Konstantinopel erhoben wurden, haben einige Kommentare in Europa verursacht, und in diesem Zusammenhang beehre ich mich, einen kürzlich im Regierungsblatt „*Indépendance Roumaine*“ erschienenen Artikel beizufügen¹⁾. Eine andere Zeitung veröffentlicht einen Artikel von Herrn Diamandy, einem Abgeordneten und führenden Mitglied der Regierungspartei, dessen Bruder der rumänische Gesandte in St. Petersburg ist. Der Verfasser behauptet, „die Öffnung der Dardanellen“ sei „das erste und unmittelbare Ergebnis des Zarenbesuches“, und er beglückwünscht Rumänien als ersten Balkanstaat, der im Einvernehmen mit einer Großmacht einen Schritt von internationaler Bedeutung unternommen habe. Er weist darauf hin, daß Rumänien in bezug auf den Handel seinen Nachbarn gegenüber im Nachteil ist, da es keinen anderen Ausgang zum Mittelmeer als durch die Meerengen hat.

Mit ganz wenigen Ausnahmen hat die lokale Presse die Annäherung an Rußland warm begrüßt. Ein paar Zeitungen, die Rußland nicht so günstig gesinnt sind und mehr Sympathien für Deutschland und Österreich haben — wie z. B. das „*Bukarester Tagblatt*“ —, fahren fort Rumänien zu warnen, sich nicht in die Bahn Rußlands ziehen zu lassen und dadurch die Handlungsfreiheit einzubüßen.

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

Wenn Rumänien, wie sie schreiben, sich von Österreich und Deutschland löst, wird es zum Werkzeug Rußlands werden und dafür mit erhöhten Rüstungsausgaben und seiner Unterwerfung unter die russische Balkanpolitik bezahlen. Sie weisen auch auf die Tatsache hin, daß der Kaiser unmittelbar im Anschluß an seinen Besuch in Constantza nach Kischinew fuhr, wo er davon sprach, daß Bessarabien seit hundert Jahren mit Rußland verbunden und von aufrichtigen Gefühlen für Rußland beseelt sei. Hat Rumänien — so fragt der eine und andere Verfasser — Rußlands Undankbarkeit vergessen?

Der „Viitoral“ veröffentlicht eine Unterredung, die sein Herausgeber mit Herrn Sasonow während dessen Besuches gehabt haben will. Seine Exzellenz soll gesagt haben, er sei auf Grund der Befreiungen mit dem rumänischen Ministerpräsidenten zur Überzeugung gelangt, daß nichts in Zukunft die freundlichen Beziehungen zwischen Rußland und Rumänien stören würde, die durch gemeinsame Interessen und die gleiche Politik des Friedens verbunden seien. Auf eine Bemerkung des Interviewers, daß bulgarische Zeitungen von einer Revision des Friedensvertrages und der Einberufung einer europäischen Konferenz gesprochen hätten, soll Sasonow geantwortet haben, daß von einer Revision keine Rede sei noch sein könne.

Ich habe usw.

A. Akers-Douglas

No. 3

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 25. Juni 1914

Mein lieber Nicolson,

Ich bin zu müde, um mehr zu tun, als Ihnen das zu wiederholen, was mir Sasonow in strengstem Vertrauen über die Ereignisse in Constantza erzählt hat. Er bat mich, Paléologue nichts davon mitzuteilen, da er sonst ein Durchsickern am Quai d'Orsay befürchte.

Er sagte, daß von einem Bündnis oder einer Konvention irgendwelcher Art keine Rede gewesen sei, daß aber das Ergebnis des Besuches höchst befriedigend ausgefallen wäre. Der König, mit dem er zwei lange Unterredungen gehabt, habe seine Befriedigung darüber ausgedrückt, daß die russische Regierung während der beiden Balkankriege die Frage der Meerengen nicht aufgeworfen hat, und habe Sasonow für die Unterstützung gedankt, die er Rumänien in bezug auf den Vertrag von Bukarest zuteil werden ließ. Der Grundsatz der Unverletzlichkeit dieses Vertrages sei für Rumänien, wie Seine Majestät äußerte, von vitaler Bedeutung. Es gäbe zwei Fragen — das Schwarze

Meer und den Status quo auf dem Balkan —, die für Rußland und Rumänien ein gemeinsames Interesse besäßen. Der König erkundigte sich dann nach den Ansichten der russischen Regierung über die Meeren. Beschränkten sie sich auf die Sicherung der jederzeitigen freien Durchfahrt für ihre Getreideschiffe oder umschlossen sie die größere und politische Seite der Frage, die sich auf die Durchfahrt von Kriegsschiffen beziehe? Als Sasonow dem König versicherte, daß die russische Regierung nur das erste anstrebe und nicht die Absicht habe, die andere Frage aufzuwerfen, schüttelte Seine Majestät ihm herzlich die Hand und sagte, daß in diesem Falle die beiden Regierungen ihre Bemühungen vereinigen könnten, um ein Ziel zu erreichen, das für beide von solch wesentlichem Interesse sei.

Bezüglich des Balkans bemerkte der König, daß Rumänien Rußland zu Dank verpflichtet sei, weil es keine Revision des Vertrages von Bukarest gestatte. Sasonow erwiderte, daß Rußland in dieser Frage von Frankreich und England unterstützt worden sei. Im Hinblick auf die Zukunft, meinte der König, befürchte er nicht, daß Bulgarien versuchen werde, die an Rumänien abgetretenen Gebiete wieder an sich zu bringen. Die Bulgaren hätten ihm Anerbietungen gemacht, aber er mißtraue ihnen zu sehr, um darauf zu hören. Wenn sie sich von den Folgen des Krieges erholt hätten, würden sie ihre Augen auf Mazedonien werfen und versuchen, Serbien gewisse Gebiete zu entreißen, die diesem durch den Vertrag von Bukarest zugeteilt worden seien. Der König glaubte, daß es unmöglich sein werde, den Frieden lange zu erhalten, falls den Bulgaren in dieser Hinsicht nicht einige Genugtuung gegeben werden könnte. Obgleich er nicht zu erkennen gab, wo Kompensationen gefunden werden könnten, um Serbien zu veranlassen, Gebietsteile an Bulgarien abzutreten, deutete er doch an, daß sich später möglicherweise anderswo Kompensationen finden ließen, die Serbien befriedigen würden.

Stets Ihr
George W. Buchanan

(28970)

No. 4

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 197

Auswärtiges Amt, den 24. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Ich sah heute den deutschen Botschafter, ehe er auf etwa 10 Tage nach Deutschland fuhr.

Er sprach ziemlich ausführlich über meine neuliche Erwiderung

im Unterhaus, wobei er offenbar auf die Antwort anspielte, die ich auf eine Anfrage betreffs einer angeblichen neuen Marineabmachung mit Rußland gegeben hatte, wenn der Botschafter solch eine Abmachung auch nicht mit Namen erwähnte. Er sagte, daß die von mir abgegebene Erklärung große Befriedigung in Berlin ausgelöst und eine beruhigende Wirkung gehabt habe. In Deutschland befürchte man kriegerische Absichten Rußlands. Der Botschafter selbst teile diese Besorgnisse nicht, da er an die feindseligen Absichten Rußlands nicht glaube. Doch sei unlängst in der „Nowoje Wremja“ ein Artikel gestanden, der einen sehr feindseligen Ton gegen Deutschland angeschlagen hätte. Die Alddeutschen seien wirklich besorgt, und wenn auch Herr von Bethmann Hollweg diese Ansichten ebensowenig teile wie Fürst Lichnowsky selbst, so habe er doch das Gefühl, daß sich in Deutschland die Gefahr einer neuen Rüstungspanic entwickeln könne. Herr von Bethmann Hollweg habe den Fürsten Lichnowsky beauftragt, mir seine Hoffnung auszudrücken, daß wir etwaige neue Entwicklungen oder Schwierigkeiten auf dem Balkan ebenso offen miteinander besprechen würden, wie das mit den während der letzten Balkankrise entstandenen Schwierigkeiten geschah, und daß wir in derselben engen Fühlung zu bleiben vermöchten.

Ich bemerkte zum Fürsten Lichnowsky, daß es mir etwas schwer falle, mit ihm über unsere Beziehungen zu Frankreich und Rußland zu sprechen; ich könne sehr leicht und durchaus der Wahrheit entsprechend sagen, daß kein Bündnis und keine Vereinbarung bestünden, die uns zum Handeln verpflichteten, und daß alle Abmachungen dieser Art, die wir mit Frankreich und Rußland geschlossen hätten, veröffentlicht worden seien. Auf der anderen Seite wünschte ich den Botschafter nicht irrezuführen, indem ich den Glauben in ihm erweckte, daß unsere Beziehungen zu Frankreich und Rußland weniger herzlich und intim seien, als sie es tatsächlich sind. Obgleich wir nicht wie Verbündete durch Verpflichtungen gebunden seien, hätten wir uns doch von Zeit zu Zeit so vertraut wie Verbündete miteinander besprochen. Diese Intimität sei aber nicht aggressiv gegen Deutschland ausgewertet worden. Wie er wisse, sei Frankreich jetzt höchst friedfertig gesinnt.

Der Botschafter pflichtete dem wärmstens bei.

Wie er selbst gesagt habe, verfolge Rußland keine aggressive deutschfeindliche Politik und denke nicht daran, Deutschland mit Krieg zu überziehen. Zwar sei es ganz richtig, daß Rußland an der Entwicklung auf der Balkanhalbinsel sehr interessiert und oft darüber besorgt sei; aber diese Besorgnis entspringe keiner deutschfeindlichen Stimmung. Als zum Beispiel der Kaiser von Rußland kürzlich Rumänien besuchte, habe die russische Regierung den Besuch nicht als politische Angelegenheit mit uns besprochen oder irgendwie versucht, uns politisch in die Sache hineinzuziehen. Ich würde von ganzem

Herzen das erwidern, was Herr von Bethmann Hollweg gesagt habe, daß wir uns nämlich über neu in die Erscheinung tretende Entwicklungen ebenso offen wie zuvor unterhalten und sie im selben Geiste erörtern sollten, wie wir das während der Balkankrise getan hätten. Wir wollten so fortfahren, wie wir aufgehört haben, als jene Krise vorbei war. Ich sei sehr darauf bedacht, nichts von dem Boden zu verlieren, den wir damals zu Gunsten guter Beziehungen zwischen uns gewonnen hätten. Die britische Regierung gehöre der einen Mächtegruppe an, aber nicht, um die Schwierigkeiten zwischen den beiden europäischen Gruppen zu vergrößern; wir wünschten im Gegenteil zu vermeiden, daß neuauftauchende Fragen die Gruppen als solche in Gegensatz zueinander brächten. So hätten wir zum Beispiel im Falle des deutschen Militärikommandos in Konstantinopel, der uns zu Beginn dieses Jahres einige Besorgnisse verursacht habe, unser möglichstes getan, um eine direkte Aussprache zwischen Deutschland und Rußland darüber herbeizuführen und zu verhindern, daß der Fall zum Gegenstand formeller Vorstellungen einer Gruppe in Konstantinopel gemacht werde, und um keine Gelegenheit dafür zu bieten, daß die beiden Gruppen als solche in Gegensatz zueinander gebracht würden und sich dann voneinander trennten.

Fürst Lichnowsky stimmte dem von Herzen zu. Er meinte, unsere Zugehörigkeit zu der einen Gruppe sei gut und er betrachte unsere Intimität mit Frankreich und Rußland ohne jede Besorgnis, weil er sicher sei, daß sie im Sinne des Friedens zur Geltung gebracht würde.

Ich entgegnete, daß er mit dieser Ansicht ganz recht habe. Wir würden niemals eine aggressive Politik verfolgen, und falls wir je einen europäischen Krieg erlebten und uns daran beteiligten, so würde das nicht auf Seiten des Angreifers sein, weil die öffentliche Meinung dagegen wäre.

Fürst Lichnowsky erklärte ohne Einschränkung, daß er über unsere Absichten ebenso dächte, wie ich es ihm eben auseinandersetzt hätte.

Zum Schluß kam er wieder auf die Befürchtungen seiner Regierung zurück, daß in Deutschland eine neue Rüstungsangst aufleben könne. Er fügte hinzu, er habe Herrn von Bethmann Hollweg offen gesagt, daß es gewisse Dinge gäbe, die freundschaftliche Beziehungen mit uns unmöglich machen.

Ich vermute, daß er damit eine Zusatznovelle zum deutschen Flottengesetz meinte, aber ich habe diesen Punkt nicht weiter verfolgt.

Ich sagte, ich hätte bemerkt, daß unsere Zugehörigkeit zur einen Gruppe, sowie unsere Intimität mit Frankreich und Rußland in vergangenen Jahren in Deutschland dazu benutzt worden seien, um Stimmung für Rüstungsausgaben zu machen, und es bestände immer die Gefahr, daß das wieder geschähe. Indessen hoffte ich aufrichtig, daß Artikeln der „Nowoje Wremja“ keine allzu große Bedeutung beigelegt

zu werden brauchte; denn wie er einen deutschfeindlichen Artikel habe lesen müssen, von dem ich bisher nichts gehört, sei mir erst gestern Abend ein Artikel der „Nowoje Wremja“ zu Gesicht gekommen, der wegen der englisch-persischen Ölkonzession einen heftigen Angriff auf uns enthielt.

Um zu betonen, daß Rußland keine wirklich deutschfeindliche Politik betreibe, erwähnte ich im Verlaufe der Unterhaltung, daß es drei Personen gäbe, durch die wir die Gesinnung der russischen Regierung kennen lernten: 1. den Grafen Benckendorff, den Fürst Lichnowsky gewiß als nicht deutschfeindlich anerkennen werde; 2. Herrn Sasonow, der manchmal durch Angriffe der russischen Presse auf seine Person besorgt sei, ob die Triple-Entente nicht ungünstig vom Dreibund absteche und sich in der Diplomatie als weniger feste Kraft erweise, der aber nie den Wunsch durchblicken lasse, den Dreiverband für eine aggressive Politik gegen Deutschland gebrauchen zu wollen, und der ihn lediglich als Gegengewicht benutze; und 3. den Kaiser von Rußland, von dem Fürst Lichnowsky sicher wisse, daß er keine aggressive Politik gegen Deutschland, oder in der Tat gegen sonst jemand begünstige.

Ich bin usw.
E. Grey

In Grey Band I S. 303 veröffentlicht. Den Bericht Fürst Lichnowskys über diese Unterhaltung siehe in DD Nr. 5

(29293)

No. 5

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 243

Auswärtiges Amt, den 25. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Ich bemerkte heute zum Grafen Benckendorff, daß durch die hartnäckigen Gerüchte über eine maritime Vereinbarung zwischen Rußland und England ungeheurer Schaden angerichtet werde. Deutsche wie Professor Schiemann erhielten, wie ich hörte, von Freunden in Paris und St. Petersburg Nachrichten, daß trotz allem, was ich im Unterhaus gesagt hätte, ein Marineübereinkommen bestünde, und man nehme sogar an, daß es eine Abmachung betreffs Öffnung der Meerengen enthalte. Ohne Zweifel stamme die Information von nicht amtlichen Personen, die die Tatsachen nicht kannten und sie anders auffaßten, als sie in Wahrheit seien. Im Unterhaus werde man eine Anfrage wegen Öffnung der Meerengen für Kriegsschiffe an mich richten, und ich beabsichtigte zu antworten, daß diese Angelegenheit während der

letzten fünf Jahre nicht verhandelt worden sei und die alten Verträge in Kraft blieben, daß aber von Zeit zu Zeit, jedoch nicht während der letzten fünf Jahre, die Frage der Bedingungen, unter denen die Meeren gen für Kriegsschiffe geöffnet werden könnten, mit uns besprochen worden sei. Wie Graf Benckendorff sich erinnern werde, hätten wir diese Frage mit Herrn Iswolsky erörtert, als er im Jahre 1908 in London war. Seitdem hätten wir nicht mehr darüber gesprochen. Die beharrlichen Gerüchte würden jedoch großen Schaden in Deutschland anrichten. Sie könnten dort zu einer neuen Flottennovelle führen und unsere guten Beziehungen zu Deutschland beeinträchtigen, die sich während der letzten Balkankrise stark gebessert hätten und die ich zu erhalten wünschte. Ich setzte Graf Benckendorff von den Hauptpunkten meiner gestrigen Unterhaltung mit dem Fürsten Lichnowsky über unsere Beziehungen zu Frankreich und Deutschland in Kenntnis¹⁾. Ich wüßte, daß Fürst Lichnowsky über diese Beziehungen ebenso dächte wie ich.

Graf Benckendorff war mit meinen, ihm von mir mitgeteilten Bemerkungen zu Fürst Lichnowsky durchaus einverstanden und äußerte seine lebhafte Freude darüber, da Fürst Lichnowsky einen ausgezeichneten Gebrauch davon machen werde.

Ich bin usw.
E. Grey

Graf Benckendorffs Bericht über diese Unterredung wurde von Siebert in „Diplomatische Aktenstücke“, S. 824 veröffentlicht

(30321)

No. 6

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 268

Berlin, den 2. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der Besuch, den das britische Geschwader kürzlich in Kiel gemacht hat, ist erfolgreich vorübergegangen. Dies Ergebnis dürfte meines Erachtens hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben sein, daß der größere Teil der Presse nicht versucht hat, dem Besuch eine politische Bedeutung zu geben, sondern daß er ihn für das hielt, was er war, nämlich für den in einem deutschen Hafen erfolgten freundschaftlichen Besuch eines Teils einer Flotte, von der andere Teile Häfen anderer Länder aufsuchten.

¹⁾ Siehe No. 4.

Wie gleichwohl zu erwarten war, brachten gewisse Presseorgane, wie z. B. die „Hamburger Neuesten Nachrichten“ und die „Tages Zeitung“* Artikel, in denen die Zusammensetzung der nach Kronstadt und Kiel gesandten britischen Geschwader miteinander verglichen und der großartige Empfang betont wird, der dem Geschwader des Admirals Beatty zuteil wurde. Was diese beiden Punkte betrifft, so mag erwähnt sein, daß die Verfasser entweder in Unkenntnis der Tatsachen waren oder sie absichtlich entstellten. Die britischen Schlachtschiffe in Kiel machten auf jedermann Eindruck, und die Antwort auf die andere Kritik lautet, daß St. Petersburg und Kronstadt näher beieinander liegen als Berlin und Kiel.

Die beiden genannten Zeitungen knüpften an die Rede an, die Seiner Majestät Botschafter auf einem von Seiner Exzellenz am 25. v. Mts. zu Ehren des britischen Geschwaders gegebenen Diner hielt¹⁾. Sie haben aus dieser Rede soviel herausgelesen, wie sie aus ihr herauszulesen wünschten, und haben — trotz Ihrer gegenteiligen Erklärung im Unterhaus — namentlich aus einem Abschnitt die Folgerung gezogen, daß ein formelles Marineabkommen zwischen England und Rußland nahe bevorstände. Die „Tages Zeitung“ enthielt gestern einen scharfen Artikel über den Besuch der britischen Flotte in Kiel. In besonderem Umschlag schicke ich Ihnen aus der Feder des Marineattachés ein Resümee dieses und anderer Artikel über diesen Besuch²⁾. Allgemein gesprochen scheint indessen der Besuch in Kiel von den gegnerischen Presseorganen eher dazu benutzt worden zu sein, um die Aufmerksamkeit auf die feindlichen Pläne Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland zu lenken.

Während des Besuches des britischen Geschwaders in Kiel herrschte die allerbeste Kameradschaft zwischen den Offizieren und Mannschaften beider Nationen. In diesem Zusammenhang möchte ich folgendes anführen: Der Berichterstatter der „Daily Mail“ fragte einen der britischen Deckoffiziere, wie die gegenseitige Stimmung unter den Seeleuten der beiden Nationen sei. Der Offizier, der nicht wußte, wer der Fragesteller war, entgegnete: „An der Stimmung fehlt es nicht, wenn nur die . . . Presse sie in Ruhe lassen wollte.“

Ein humoristischer Zwischenfall ereignete sich im Laufe der letzten Woche. Lord Brassey wurde ungefähr eine Stunde lang in Haft gehalten, weil er unbewußt ganz in die Nähe der Marinewerft geraten war. Er wurde sofort nach Feststellung seiner Persönlichkeit auf freien Fuß gesetzt, aber der Vorfall wurde, zum großen Ärger des Kaisers, bald zu einem Spionageversuch aufgebauscht. Anstatt nun die

¹⁾ Siehe Anlage zu No. 8. Der Hinweis bezieht sich anscheinend auf eine Rede vom 24. Juni. Über eine Rede vom 25. Juni ist kein Bericht zu finden.

²⁾ Siehe Anlage zu No. 7.

* Die „Deutsche Tageszeitung“ ist gemeint.

Sache auf sich beruhen zu lassen, wurde darauf amtlich erklärt, Lord Brassey sei wegen des Verdachtes, einen Schmuggelversuch unternommen zu haben, festgenommen worden.

Nichts könnte die Wärme übertreffen, mit der die britischen Offiziere und Mannschaften aufgenommen wurden. Unglücklicherweise wurde das Ende des Besuches durch die Nachricht von den tragischen Ereignissen in Serajewo verdorben, die den Kaiser zwang, seinen Besuch in Kiel abzubrechen, und die die Aufgabe einiger Festlichkeiten zur Folge hatte. Wäre die deutsche Presse nicht vollauf mit Beiträgten über die österreichisch-ungarischen Angelegenheiten beschäftigt gewesen, so würden zweifellos anlässlich der Abfahrt der Flotte von Kiel weitere interessante Artikel veröffentlicht worden sein.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(30325)

No. 7

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 272

Berlin, den 3. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich, hiermit einen Bericht zu übersenden, den ich von Kapitän W. Henderson, dem Marineattaché der Botschaft Seiner Majestät, über den Besuch Seiner Majestät Schiffe in Kiel erhalten habe.

Ich bin usw.

Horace Rumbold

Anlage zu No. 7

Kapitän Henderson an Sir H. Rumbold

Vertraulich

Berlin, den 3. Juli 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Besuch des britischen Geschwaders in Kiel.

Ich beehre mich, den folgenden Bericht über den Besuch unseres Zweiten Schlachtgeschwaders und dreier leichter Kreuzer in Kiel während der Kieler Regatta-Woche vorzulegen.

Von dem Augenblick an, als im Reichsmarineamt bekannt wurde, daß ein Besuch beabsichtigt sei, haben mich viele deutsche Marineoffiziere in Berlin aufgesucht, um mir die aufrichtige Befriedigung, mit der sie diesem Ereignis entgegensehen, zum Ausdruck zu bringen.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser sprach sichtlich erfreut mit mir darüber und ich zweifle nicht, daß die verschwenderische Gastfreundschaft, die unserem Geschwader später erwiesen wurde, zum großen Teil auf den Wunsch Seiner Majestät erfolgte, daß wir gut aufgenommen und bewirkt werden sollten; denn ehe das Programm festgesetzt wurde, bemerkte Seine Majestät scherhaft zu mir: „You'll see we shall have something nice on ice for you at Kiel.“ *

Die deutsche Presse war anfangs recht schweigsam über den bevorstehenden Besuch; man schrieb sehr wenig darüber, außer der nackten Veröffentlichung der Tatsache, daß er stattfinden werde. Später ließen sich jedoch einige der führenden konservativen Blätter gehen.

Das Gerücht, der Erste Lord der Admiralität werde während des Besuches in Kiel zugegen sein, verlieh dem Gedanken Nahrung, daß der Besuch politische Bedeutung haben würde; und daß man Herrn Churchill bis zum letzten Augenblick erwartete, wurde durch die Tatsache bewiesen, daß auf der amtlichen Seekarte der Ankerplätze im Kieler Hafen eine Boje für die „Enchantress“ freigehalten war.

Ein deutscher Admiral a. D., von Ahlefeld, forderte, bevor es feststand, daß Herr Churchill nicht nach Kiel kommen werde, in der „Deutschen Revue“ ** als oberste Bedingung für eine „Aussprache“, daß vom deutschen Volke nicht verlangt werde, seine „Flottenstärke nach britischen Wünschen zu bemessen“. Bei Erfüllung dieser Bedingung, fährt er fort, könne ein Meinungsaustausch viel Gutes ergeben, besonders wenn beide Teile dadurch zur Überzeugung gelangten, daß ihre Interessen nicht bedroht wären — der größtmögliche Vorteil würde aber in der Befreiung beider Flotten von dem eintönigen und geisttötenden Drill in den heimischen Gewässern bestehen.

In einer Entgegnung darauf sprach das „Berliner Tageblatt“ (liberal) die Hoffnung aus, der Besuch Herrn Churchills möchte ein Einverständnis in Rüstungsfragen ergeben, da dies der einzige Gegenstand sei, über den sich eine Unterhaltung lohne.

Die „Dresdner Nachrichten“ (konservativ) veröffentlichten einen unfreundlichen Artikel mit der Überschrift „Keine Illusionen!“ ***, in dem sie erklärten, die augenscheinliche Absicht des gleichzeitigen Besuches eines unserer anderen Geschwader in Kronstadt sei die, den Kieler Besuch in den Schatten zu stellen.

Trotz Sir Edward Greys Ableugnung eines förmlichen Vertrages mit Rußland soll sein Dementi nicht so bestimmt gewesen sein, wie es hätte sein können, und man würde in Deutschland annehmen, daß tat-

* „Sie sollen sehen, wir werden in Kiel etwas Schönes für Sie auf Eis liegen haben.“

** „Deutsche Revue“, Band 39 Seite 1 ff. Der Artikel Ahlefelds erschien am 19. Juli 1914 auch in No. 306 der „Deutschen Zeitung“.

*** Siehe „Dresdner Nachrichten“ No. 169 vom 20. Juni 1914.

sächlich eine mündliche Verständigung über ein gemeinsames Operieren der englischen und russischen Flotte getroffen worden sei, wonach Rußland einen Teil der deutschen Flotte in der Ostsee fesseln solle, während England den Rest in der Nordsee vernichten würde. Die Zeitung warnte ihre Leser, über den bevorstehenden Festlichkeiten in Kiel den Kopf nicht zu verlieren, und sie schloß damit, daß auf der deutschen Seite das Motto lautet müsse: „Vorsicht und Zurückhaltung.“

Die „Deutsche Zeitung“* (konservativ) äußerte ähnliche Ansichten und betrachtete die fast gleichzeitigen Besuche britischer Geschwader bei den Ostseemächten als ein beabsichtigtes Schauspiel Englands, um der Welt nachdrücklich unsere Fähigkeit, dafür genügend Geschwader aufweisen zu können, vor Augen zu führen, und um der Welt zu zeigen, daß wir die Ostsee nicht als außerhalb unserer Einflußsphäre liegend betrachten. Dies Blatt bezweifelte ebenfalls die Aufrichtigkeit und bona fides Sir Edward Greys bezüglich des Wortlauts seines Dementis einer englisch-russischen Marineverständigung.

Die „Kreuz-Zeitung“** (konservativ) betrachtete die gleichzeitigen Besuche nicht nur als eine Besänftigung russischer Gefühle, falls der Kieler Besuch sie verletzen sollte, sondern auch als den Versuch, einen Keil in die jüngste Annäherung zwischen Deutschland und Schweden zu treiben, sowie als eine Kundgebung an die Welt, daß England die Ostsee nicht als *mare clausum* betrachtet. Solange man diese Punkte nicht aus dem Auge verlor, war die „Kreuz-Zeitung“ bereit, das britische Geschwader freundlich in Kiel zu begrüßen.

Sobald bekannt wurde, daß der Erste Lord der Admiralität nicht nach Kiel kommen werde, änderte sich der Ton der deutschen Presse und die Erklärung trat in den Vordergrund, daß, da Herr Churchill unser Geschwader nicht begleitet habe, der Besuch keinerlei politische Bedeutung haben würde. Darauf veröffentlichten die Zeitungen freundliche und anerkennende Artikel über unsere Marine, über unser Geschwader in Kiel und über seine Offiziere und Mannschaften.

Obgleich stets besorgt, den unpolitischen Charakter des Besuches zu betonen, gaben doch so gut wie alle Zeitungen zu, daß er nicht verfehlen könne, eine gute Wirkung auf die englisch-deutsche Stimmung auszuüben. Viele Blätter erwähnten die Blutsverwandtschaft zwischen England und Deutschland, spielten darauf an, daß die beiden Völker die Führung in der modernen Kultur hätten, und drückten die Ansicht aus, sie sollten die Welt als freundschaftliche Rivalen statt als Feinde führen.

Dieser freundlichere Ton der Presse erfuhr jedoch ungefähr inmitten der Kieler Woche eine Art Erschütterung, als der Teil, der immer gerne etwas an England auszusetzen findet, die Tischrede aufs

* No. 311 vom 22. Juni 1914.

** No. 288 vom 23. Juni 1914.

Korn nahm, die der britische Botschafter in Rußland am 25. Juni¹⁾ hielt; dabei wurden seine Worte als Bestätigung des kürzlich geäußerten Verdachts ausgelegt, daß zum mindesten eine ungeschriebene Verständigung zwischen England und Rußland über eine Kooperation zur See bestünde.

Die Folge davon war ein langer Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ (konservativ), der die alte Geschichte eines Kriegsplanes gegen Deutschland aufwärmte, wonach England und Rußland die deutsche Seeküste blockieren sollen, während Frankreich im Mittelmeer operiere und die Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach Deutschland über Italien und Österreich verhindere. „Schade ist es . . . doch,“ schreibt das Blatt, „daß Herr Winston Churchill nicht mit nach Kiel kam. Man hätte ihn dort einfach und verbindlich fragen können, was er zu solchen Äußerungen meint, und wie er uns in diesen Zeitläufen zumutet möchte, die notwendige Verstärkung unserer Wehrmacht zur See zu vernachlässigen...“*

Zu den Tiraden der deutschen Preßäußerungen gesellte sich ein ungewöhnlich scharfer Artikel des Grafen Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“ (konservativ) anlässlich der Abfahrt unseres Geschwaders aus Kiel, der die Überschrift trug: „Die Kieler Überschwenglichkeiten“**.

Unter Hinweis auf die herzliche und unpolitische Rede des Vizeadmirals Sir George Warrender auf dem von der Stadt Kiel gegebenen Essen bemerkt Graf Reventlow grob: „Man darf annehmen, daß der britische Admiral diese kurze und klare Antwort nicht als Impressionist gegeben hat, sondern weil er zu ihr befugt und verpflichtet war. Man kann nicht bezweifeln, daß Admiral Warrender die Auffassung des amtlichen Großbritanniens mit seiner Antwort gegeben hat. Die Haltung des größten Teiles der englischen Presse entsprach der gleichen Auffassung . . .“

Graf Reventlow nimmt sich dann die Rede unseres Botschafters in St. Petersburg vor, sagt aber nur mit anderen Worten, was oben schon erwähnt worden ist.

Der Rest des Artikels beklagt die Überschwenglichkeit der Festlichkeiten für das britische Geschwader in Kiel, die lediglich zur Folge gehabt habe, den Engländern einen völlig falschen Eindruck von der Stimmung in Deutschland beizubringen. Nach Graf Reventlow würde ein englischer Leser der Zeitungen den Eindruck gewinnen, Deutschland sei ein ganz unerwartetes Glück widerfahren, daß es durch die Anwesenheit des britischen Geschwaders geehrt worden sei, und er

¹⁾ Siehe Seite 13, Fußnote 1.

* Siehe den Artikel „Flottenbesuche und Gedankenflüge“ in den „Hamburger Nachrichten“ No. 294 vom 26. Juni 1914.

** Morgenauflage No. 326 vom 1. Juli 1914. Kapitän Henderson hat das folgende Zitat stark verkürzt übersetzt.

würde daraus schließen, daß, wenn diese Stimmung so billig hervorgerufen werden könne, dies Experiment häufiger wiederholt werden sollte. Er gibt zu, daß viele persönliche Sympathien zwischen britischen und deutschen Seeoffizieren bestehen und daß Deutschland in der Vergangenheit viel von der britischen Marine gelernt habe; aber darüber hinaus gingen die „Gefühle“ nicht. Er verspottet die sentimentale Phantasie des „Schulter an Schulterstehens“ und die Idee, daß britische und deutsche Marineoffiziere gemeinsam über das „unselige Wettrüsten“ klagten. Deutsche Offiziere kannten sowohl die Beweggründe, die Englands Politik beseelten, wie auch das Werkzeug (die britische Flotte) zu gut, mit dem diese Beweggründe unterstützt würden. Die Erinnerung an die Festlichkeiten würden verfliegen, aber im Gedächtnis der Deutschen würde vorerst der unangenehme Eindruck einer politisch unrichtigen neuen deutschen „Überschwenglichkeit“ haften bleiben. Wenn nachher Rückschläge kämen, würden die deutschen Begeisterten von heute gekränkt und erstaunt über die Nordsee hinüberblicken, nur um sich daran zu erinnern*, daß sie in Kiel ein Fest der Selbsttäuschung gefeiert hätten.

So viel über die deutsche Presse. Beim Lesen des Vorstehenden darf man nicht vergessen, daß ich die Ansichten derer in den Vordergrund gerückt habe, die uns mißtrauen, das heißt also die Meinung der Konservativen; und es wäre verfehlt, die von mir hervorgehobenen Artikel als Beispiele für die Ansichten der Mehrheit der Deutschen aufzufassen. Es handelt sich da vielmehr um die Ansichten der Minderheit, wenn auch einer einflußreichen Minderheit.

Graf Reventlow, der nebenbei bemerkt nicht in Kiel war, ist ganz im Unrecht, wenn er seine Landsleute der „Überschwenglichkeit“ bezichtigt. Gerade darin stimmten wir Marineoffiziere überein, daß sie nirgends zutage trat. Die freundliche Presse war freundlich und anerkennend, ohne überschwenglich oder sentimental zu sein.

Die Leute, mit denen wir zusammen kamen (hauptsächlich von der Marine), waren ehrlich erfreut uns zu sehen. Die Haltung der deutschen Marineoffiziere gegen uns war das genaue Gegenteil jener unaufrechten Speichelleckerei und widerlichen Gefühlsduselei, mit denen wir nicht selten anderwärts behandelt werden. Es war die Haltung kräftiger und gesunder Männer, die von einem Bewußtsein der Gleichwertigkeit mit uns durchdrungen waren und fühlten, daß sie in offenem und geradem Benehmen uns gegenüber nichts an Würde oder der Achtung verloren, die sie von uns zu erwarten berechtigt waren.

Ich unterhielt mich mit vielen von ihnen und vermag die Gefühle der deutschen Marineoffiziere nicht besser als durch eine Geschichte kurz zu charakterisieren, die mir einer der Herren erzählte:

* Im Original: ohne zu bedenken.

„Es ist erst ein Jahr her, als die Offiziere eines britischen und deutschen Kriegsschiffes miteinander speisten. Dabei wurde beiderseits nur ein Trinkspruch ausgebracht — ,die beiden »weißen« Nationen‘.“

In der feinen Bedeutung des Wortes „weiß“ (einer deutschen Marineoffizieren wohlbekannten Bedeutung) ist der Ausdruck ihrer Gefühle für uns zu finden.

Man kann kurz zusammengefaßt sagen, daß der Kieler Besuch ein großer Erfolg war, und zwar gerade wegen seines unpolitischen Charakters. In seiner nichtpolitischen Aufmachung hat er mehr erreicht, als das unter einer anderen Verhüllung möglich gewesen wäre, und jeder deutsche Marineoffizier sieht dem Gegenbesuch mit Spannung und in der Hoffnung entgegen, daran teilnehmen zu dürfen. Sie alle würden eine Wiederkehr der Zeiten willkommen heißen, als unsere Häfen die ersten oder letzten waren, die sie auf ihren Fahrten in fremden Gewässern anliefen. Ihnen allen ist totübel beim Anblick von Helgoland, um das sich ihre ganze eintönige Marinätigkeit dreht.

Ich halte es nicht für unangebracht, hier Ihre Aufmerksamkeit auf die überraschenden Fortschritte zu lenken, die die deutschen Seeleute in Sport und Spiel gemacht haben.

In Kiel wurden zwei Fußballspiele gegen deutsche Marinemannschaften ausgetragen. Die Deutschen gewannen das eine, die Engländer das andere Spiel. Die deutsche siegreiche Mannschaft war die gewöhnliche Fußballmannschaft des Kreuzers „Kolberg“, ohne Hinzuziehung von irgendwelchen „Klasse-Spielern“.

Allgemein gesprochen unterlagen unsere Leute in allen üblichen Sportarten vollkommen — im Laufen, Springen usw. — und im Seilziehen spazierten die Deutschen einfach mit uns davon, obgleich die eine unserer Mannschaften eine „Olympia“-Mannschaft war.

Die Deutschen sind systematisch in ein Gebiet eingedrungen, das wir bisher für unser nationales Feld betrachtet haben, nämlich das des Sportes, und was noch mehr sagen will: sie haben das in bewundernswerter Weise getan, denn es ist ihnen gelungen, ihren Leuten den Unterschied zwischen dem Spiel um des Spieles willen und dem Spiel um des Preises willen beizubringen.

Unseren Marinegästgebern jeden Ranges hat während der Kieler Woche nichts größere Freude bereitet als unsere rückhaltlos ausgedrückte Anerkennung der Fortschritte, die sie auf sämtlichen Gebieten des Sportes gemacht haben.

Ich bin usw.
Wilfred Henderson
Marineattaché

No. 8

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 6. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Ich sehe, daß die „Times“ in einem Leitartikel meine Rede auf dem Botschaftsdiner erwähnt, an dem der Großfürst und die Großfürstin Kyrill, der Marineminister, Sasonow, der Dumapräsident, der Bürgermeister von Petersburg und viele russische Admirale usw. teilnahmen.

Ich vergaß, Ihnen damals eine Abschrift der Rede zu schicken und tue es nun, da die „Times“ die Aufmerksamkeit darauf gelenkt hat.

Stets Ihr

George W. Buchanan

Anlage zu No. 8

Auszug aus der Rede Sir George Buchanans auf dem Botschaftsdiner am 24. Juni 1914

„Es war nicht meine Absicht, heute abend eine Rede zu halten, aber der warme und spontane Empfang, der dem Ersten Schlachtkreuzer-Geschwader zuteil geworden ist, zwingt mich, das Schweigen zu brechen und, wenn auch unzulänglich, zu versuchen, den Gefühlen der Dankbarkeit, die mein Herz erfüllen, Ausdruck zu verleihen.

Mehr als dreißig Jahre sind verstrichen, seitdem ein britisches Geschwader Kronstadt besucht hat, und in dem dazwischenliegenden Zeitraum haben unsere Beziehungen zu Rußland einen vollständigen Umschwung erfahren. Die Vereinbarung von 1907 bezeichnete den Wendepunkt in diesen Beziehungen, und seit jenem Tage sind die beiden Länder allmählich in enge Fühlung miteinander gekommen. Erst vor zwei Jahren hatte ich die Ehre, in diesem selben Saale den Vertretern der russischen Regierung, der kaiserlichen Duma und der Stadt St. Petersburg den Dank für ihren warmherzigen Empfang der britischen Abordnung auszusprechen, die St. Petersburg und Moskau im Winter 1912 besuchte. Jener Besuch trug in nicht geringem Maße dazu bei, vertrautere Beziehungen zwischen den beiden Nationen anzuknüpfen, und der jetzige Besuch des Admirals Beatty wird, davon bin ich überzeugt, diese Entwicklung einen Schritt weiter fördern. Gegenseitige Freundschaft, gegenseitige Sympathie und gemeinsame Interessen sind das festste Bindemittel zwischen Nationen. Sie ermöglichen es ihnen, vorübergehende Differenzen, die zwischen ihnen entstehen mögen, mit Gleichmut zu betrachten und sie ohne Reibung zu beheben. Während der vergangenen paar Tage habe ich mit Gefühlen dankbarer Bewegung die warme — ich möchte fast sagen, rührende — Art und Weise erlebt, in der unser Geschwader in Reval, Kronstadt und St. Petersburg empfangen wurde; mir

erscheint dies als ein glückliches Zeichen für die Zukunft, und ich schöpfe die Überzeugung daraus, daß jetzt alle Bedingungen für eine dauernde Verständigung gegeben sind. Die beiden Nationen kennen und verstehen einander nun immer besser. Sie lernen den Wert ihrer beiderseitigen Freundschaft schätzen, und nach meiner festen Überzeugung hat diese Freundschaft jetzt solch tiefe Wurzeln geschlagen, daß sie imstande ist, allen Stürmen zu trotzen, die sie in Zukunft umbrausen mögen.“

I

28. Juni bis 23. Juli

Blatt 22 wird Blatt 22

(29074)

No. 9

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 28. Juni 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Laut hierher gelangten Nachrichten Thronfolger und seine Gemahlin heute morgen durch Explosivmittel ermordet.

(29072)

No. 10

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 78

Wien, den 28. Juni 1914

A. 4¹⁰ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Vizekonsul in Serajewo drahtet Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Hohenberg heute morgen in Serajewo durch Explosivmittel ermordet. Aus anderer Quelle höre ich, daß Bombe zuerst auf dem Weg zum Rathaus gegen ihren Wagen geschleudert, wodurch mehrere Personen verletzt wurden, und daß später junger serbischer Student beide mit einem Revolver erschoß, als sie nach dem Konak zurückkehrten.

(29073)

No. 11

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 79

Wien, den 28. Juni 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 9⁰ nachm.

Darstellung am Ende meines unmittelbar vorhergehenden Telegramms¹⁾ scheint der Hauptsache nach richtig zu sein. Kaiser kehrt morgen von Ischl zurück.

¹⁾ No. 10.

Deutscher Botschafter teilt mir als Privatansicht mit, er sei sicher, daß Deutscher Kaiser zur Beisetzung kommen wird, daß er dies aber amtlich noch nicht erfahren hat. Minister des Äußern kehrt heute nacht von Landaufenthalt zurück.

(29567)

No. 12

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.)

Kiel, den 28. Juni 1914
E. 9²³ nachm.

Infolge entsetzlicher Nachrichten aus Serajewo fährt Kaiser morgen früh nach Berlin, von wo er zur Beisetzung nach Wien reisen wird. Prinz Heinrich wird Seine Majestät dort treffen. Kaiser hat gebeten, keine Änderung im Programm des Geschwaders eintreten zu lassen, das daher wie vorgesehen am 30. abfahren wird¹⁾.

(29078)

No. 13

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.) Dringend

Serajewo, den 29. Juni 1914
A. 8° vorm.
E. 11° vorm.

Mit Bezug auf mein gestriges Telegramm (Ermordung des Erzherzogs Franz)²⁾.

Ich erfuhr später auf Regierung, daß es wahrscheinlich mehrere Mitschuldige gibt.

Lokalzeitung spricht von anarchistischem Verbrechen, aber Tat war wahrscheinlich mehr die serbischer Irredentisten und von langer Hand vorbereitet.

(29072)

No. 14

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 119. *En clair* Auswärtiges Amt, den 29. Juni 1914
A. 12⁵⁰ nachm.

Bitte dem Minister des Äußern den Schmerz auszusprechen, mit dem Seiner Majestät Regierung Kenntnis von dem schrecklichen Er-

¹⁾ Siehe No. 6 und 7.

2) No. 9.

eignis in Serajewo erhalten hat, und ihr tiefes Mitgefühl mit der kaiserlichen Familie und der Doppelmonarchie für den schweren Verlust, den sie erlitten, zum Ausdruck zu bringen. Seiner Majestät Regierung wünscht auch, Seiner Kaiserlichen Majestät ihr aufrichtigstes und ehrfurchtvolles Beileid zu übermitteln. Ich möchte Sie ferner bitten, meine persönlichen Gefühle tiefen Mitgefühls in Erinnerung an die Ehre auszudrücken, die mir dadurch widerfuhr, daß ich im vorigen Jahre mit Seiner Kaiserlichen Hoheit zusammentraf und die Freude sah, die sein Besuch dem König und unserem Lande bereitete.

No. 15

Sir Edward Grey an Graf Mensdorff

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 29. Juni 1914

Verehrter Graf Mensdorff,

Ich muß neben unserem amtlichen Ausdruck der Teilnahme eine persönliche Zeile an Sie richten, um Ihnen mitzuteilen, wie tief ich den Verlust mitempfinde, den Österreich-Ungarn erlitten hat. Seine grausamen Begleitumstände erhöhen die Tragödie. Sie werden wissen, wie sehr wir alle für Ihren Kaiser fühlen und den Schlag und Kummer empfinden, die er erdulden muß.

Sein Leben ist mit dem Frieden Europas so verknüpft, daß ich alles fürchte, was seine Widerstandsfähigkeit angreifen muß.

Es ist noch kein Jahr her, da sahen viele von uns den Erzherzog und seine Gemahlin ihren Besuch in Windsor genießen; sie schienen hier so glücklich zu sein, und auch dies vertieft unser Mitgefühl.

Alle politischen und persönlichen Gefühle lassen mich mit Ihnen sympathisieren.

Ihr usw.
E. Grey

No. 16

Graf Mensdorff an Sir Edward Grey

(Privat)

Osterreichisch-Ungarische Botschaft
Belgrave Square 18, S. W., den 29. Juni 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich bin von Ihren freundlichen Worten der Teilnahme tief gerührt und bitte Sie, meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank für die freundschaftlichen Gefühle entgegenzunehmen, die Sie in Ihrem

Briefe für meinen Kaiser, mein Vaterland und mich selber zum Ausdrucke bringen.

Der Erzherzog, der nun diesem abscheulichen, brutalen und dummen Morde zum Opfer gefallen ist, war so glücklich, als er England im vergangenen November besuchte!

Der persönliche Eindruck, den er hier gewann, hatte seine Wertschätzung der Engländer und seine Bewunderung für England erhöht und ich freute mich zu sehen, daß er mehr und mehr ein aufrichtiger Freund dieses Landes wurde.

Ihr usw.

Albert Mensdorff

(29395)

No. 17

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.) Vertraulich

Serajewo, den 29. Juni 1914

A. 5⁰ nachm.

E. 5⁴⁵ nachm.

Heftige serbenfeindliche Kundgebung hat seitens loyaler kroatischer und mohammedanischer Bevölkerung stattgefunden. Ich habe die Zerstörung einiger (?) Waren mit angesehen und höre, daß viele Läden und Häuser geplündert wurden. Tägliche Angriffe auf Personen werden nicht gemeldet.

Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle, daß das Standrecht beschlossen worden ist.

(29388)

No. 18

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 80

Wien, den 29. Juni 1914

A. 7⁵⁶ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Minister des Äußern hat mich und verschiedene meiner Kollegen eben benachrichtigt, daß Kaiser, der heute morgen nach Wien zurückgekehrt, Hoffnung ausgesprochen hat, man möchte keine Missionen fremder Fürstlichkeiten zum Leichenbegängnis des Erzherzogs her senden.

Ich sagte Seiner Exzellenz, daß König beabsichtigte, Prinz Arthur zu deputieren. Minister des Äußern erwiderte, Kaiser werde erfreut sein, dies zu vernehmen, bat mich aber, erklären zu wollen, daß es als sehr wichtig betrachtet wird, dem Kaiser Ermüdung zu er-

sparen und die Zeremonien möglichst abzukürzen. Aus diesem Grunde sind fremde Missionen nicht erwünscht. Ich fragte, ob Deutscher Kaiser kommen werde. Minister des Äußern entgegnete, er wisse es nicht; doch wenn er darauf bestünde zu kommen, würde er dies als intimer persönlicher Freund des Erzherzogs tun, mit dem er eben erst zusammengewesen sei, und das würde die Frage fremder Missionen nicht berühren. Seelenmesse wird wahrscheinlich am 3. Juli in Wien in der Hofburgkapelle oder Kapuzinerkirche gelesen werden, in der kaiserliche Familienangehörige gewöhnlich beigesetzt werden. Eigentliche Beerdigung wird darauf in Dilastetten bei Amstetten stattfinden, wo Erzherzog eine Gruft besitzt und wo er und seine Gemahlin immer begraben sein wollten. Man hofft, Kaiser anfangs nächster Woche wieder nach Ischl bringen zu können.

No. 19

Sir Arthur Nicolson an Sir G. Buchanan

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 30. Juni 1914

Die Tragödie, die sich kürzlich in Serajewo abgespielt hat, wird, wie ich hoffe, nicht zu weiteren Verwicklungen führen, obgleich es schon ziemlich klar geworden ist, daß die Österreicher die furchtbaren Geschehnisse serbischen Intrigen und Machenschaften zuschreiben. Soweit die innere Lage Österreich-Ungarns in Betracht kommt, ist es — wiewohl es etwas brutal erscheinen mag, dies zu äußern — möglich, daß der neue Thronerbe populärer als der verstorbene Erzherzog sein wird. Er ist natürlich nicht viel mehr als ein bloßer Knabe, doch ist er ziemlich unbefangen und steht noch nicht im Banne eingewurzelter Vorurteile und Neigungen.

(29488)

No. 20

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 30. Juni 1914

A. 11²⁰ vorm.

E. 12¹⁵ nachm.

Wert des gestern vom Pöbel zerstörten serbischen Eigentums beträgt nach der einen Quelle 10 000 000 Kronen; aber eine andere Schätzung beziffert ihn nur auf 1 500 000 Kronen.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 2. Juli

No. 129

Wien, den 29. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin von Hohenberg wurden gestern morgen von einem slawischen Nationalisten oder Anarchisten in Serajewo ermordet.

Seine Kaiserliche Hoheit hatte Wien auf seiner Reise nach Bosnien am Dienstag abend, den 23. Juni, verlassen. Er ging am Mittwoch morgen in Triest an Bord des Schlachtschiffes „Viribus Unitis“, fuhr am Donnerstag morgen auf einem kleineren Schiffe den Fluß Narenta nach Metkowitsch in Dalmatien hinauf, wo er den Zug nach Mostar, der Hauptstadt der Herzegowina, benutzte, und nach einer Fahrt um die Stadt setzte er seine Reise nach Ilidze fort, einem kleinen bosnischen Badeort in der Nähe von Serajewo, wo die Herzogin von Hohenberg ihn erwartete. Am Freitag und Sonnabend, den 26. und 27. Juni, nahm der Erzherzog an den Gebirgsübungen des 15. und 16. Armeekorps teil, die unmittelbar südlich von Serajewo stattfanden. Gestern, am Sonntag, den 28. Juni, begab Seine Kaiserliche Hoheit sich, nachdem er der Messe in Ilidze beigewohnt hatte, mit der Herzogin wie festgesetzt mit dem Zuge nach Serajewo, um eine Fahrt durch die Stadt zu machen und Huldigungsadressen entgegenzunehmen. Wie der offizielle Bericht erklärt, wurde auf dem Wege vom Bahnhof zum Rathaus eine Bombe nach ihnen geworfen, die vom Erzherzog jedoch abgewendet wurde, hinter dem kaiserlichen Auto explodierte und die beiden Offiziere, die im nächsten Wagen fuhren, leicht, etliche 20 Personen von der Zuschauermenge aber mehr oder weniger schwer verwundete. Im Rathaus wurden Reden zwischen dem Bürgermeister und dem Erzherzog gewechselt, in denen dieser seine Befriedigung über die Herzlichkeit des Empfanges zum Ausdruck brachte und auf den mißlungenen feigen Anschlag auf sein Leben anspielte. Ungeachtet angeblich vorgebrachter Ratschläge, daß es klüger wäre, vom übrigen Programm abzusehen, fuhren Seine Kaiserliche Hoheit und die Herzogin in der Richtung nach dem Stadtmuseum weiter, oder, wie andere Meldungen besagen, nach dem Hospital, in das man nach dem Bombenattentat die Verwundeten gebracht hatte. Da stürzte ein Mann aus der Menge hervor und feuerte blitzschnell aus einer Browningpistole mehrere Schüsse in den Wagen. Die Halschlagader des Erzherzogs wurde zerrissen und er muß fast augenblicklich gestorben sein. Die Herzogin von Hohenberg war in die Seite getroffen und verschied sofort nach dem Eintreffen im Konak, wohin man beide gebracht hatte. Der Gouverneur, General Potiorek,

der auch die Manöver geleitet hatte und mit ihnen im Wagen saß, blieb unverletzt. Ein paar Schritte vom Schauplatz der Mordtat entfernt wurde eine nicht explodierte Bombe gefunden. Man nimmt an, daß sie ein dritter Verschwörer fortgeworfen hat, nachdem er bemerkte, daß der zweite Anschlag geglückt war.

Nach dem, was bis jetzt über dies fürchterliche Verbrechen ans Licht gedrungen ist, vermutet man, daß das ermordete Paar wahrscheinlich das Opfer eines sorgfältig vorbereiteten Komplottes wurde. Es ist richtig, daß der Erzherzog dafür bekannt war, mit den Bestrebungen der dem Kaiser untertanen Nationalitäten zu sympathisieren, soweit sie als vernünftig und durchführbar angesehen werden können, ohne die Einheit der Doppelmonarchie zu gefährden. Deshalb hatte man ihm auch allen Berichten zufolge während seiner ganzen Reise durch Dalmatien, die Herzegowina und Bosnien einen begeisterten Empfang bereitet. Sogar von der Oppositiionspresse wurde ihm ein Willkommen dargebracht, mit Ausnahme des „Narod“, einem serbischen irredentistischen Organ, das auf den Besuch des Erzherzogs gar nicht hinwies, dafür aber auf einer Seite, die die serbischen Farben trug, einen glühenden Artikel zur Erinnerung an die Schlacht von Kossowo veröffentlichte, die im 14. Jahrhundert unter dem Ansturm der Türken den Untergang des serbischen Reiches zur Folge hatte. Heute morgen erscheint im offiziellen „Fremdenblatt“ ein Telegramm aus Agram, daß seit dem Bekanntwerden der Absicht des Thronerben, den bosnischen Manövern beizuwollen, eine heftige großserbische Agitation in der serbisch-kroatischen Hauptstadt getobt hat. Der Erzherzog soll vergeblich vor der geplanten Reise gewarnt worden sein, und er soll sich selbst bemüht haben, der Herzogin abzuraten, ihn in Bosnien zu treffen. Ihre Hoheit war jedoch entschlossen, die Gefahr mit ihrem Gemahl zu teilen. Das Telegramm aus Agram behauptet weiter, seit 1908 (dem Jahre der Annexion) habe die serbische revolutionäre Organisation eine dauernd wachsende Tätigkeit entfaltet; Cabrilowitsch und Prinzip — der erste schleuderte die Bombe und der andere schoß mit dem Revolver — seien angeblich Mitglieder der terroristischen großserbischen Organisation, und in Agram bezweifle niemand, daß ein sorgfältig vorbereiteter Anschlag gegen den Erzherzog ins Werk gesetzt worden sei.

Diejenigen, die sich der Umstände des berüchtigten Agramer und Friedjung-Prozesses in den Jahren 1908 und 1909 erinnern, als die Bemühungen der österreichisch-ungarischen Regierung, den erwarteten Krieg mit Serbien durch Veröffentlichung von Beweisen für eine weitverbreitete irredentistische serbische Verschwörung zu rechtfertigen, so jämmerlich scheiterten, werden zögern, unterschiedslose Anschuldigungen gegen serbische vaterländische Vereine, wie sie nun zu erwarten sein werden, ohne hinreichende Belege gelten zu lassen.

Obgleich Wien nach außen hin sehr ruhig ist, hat man doch alle

öffentlichen Veranstaltungen abgesagt, und in Brünn, der Hauptstadt Mährens, wo ein großer „Sokol“ oder slawisch-nationalistisches Turnfest stattfand und man einen Konflikt mit gleichzeitigen deutschen Kundgebungen befürchtete, scheinen beide Seiten übereingekommen zu sein, alles Weitere zum Zeichen der Trauer einzustellen.

Die Nachricht von den Morden wurde dem Kaiser gestern gegen Mittag in Ischl überbracht, wo Seine Majestät erst den Tag vorher angekommen war. Seine Majestät hat es also erlebt, auch seinen Neffen und Erben auf der Liste seiner nächsten Verwandten zu sehen, die eines gewaltsamen Todes gestorben sind. Seine Majestät kehrte heute nach Wien zurück. Von seiner kürzlichen schweren Krankheit hat er sich aufs beste erholt.

Ich bin usw.

Maurice de Bunsen

(29864)

No. 22

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 2. Juli

No. 265

Berlin, den 30. Juni 1914

Euere Exzellenz!

An seinem heutigen Empfangstage begann der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sofort mit mir über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo zu reden. Er bezweifelte kaum, daß dies Verbrechen die Frucht eines von Anhängern der großserbischen Idee ausgeheckten Komplottes sei. Herr Zimmermann sagte, er habe gehört, daß die Stimmung in Österreich-Ungarn gegen Serbien und die Serben sehr erbittert sei, und er könne das in Anbetracht der Umstände den Österreichern nachsehen.

Der stellvertretende Staatssekretär fügte hinzu, er habe eben dem russischen Botschafter gesagt, daß die serbische Regierung in ihrem eigenen Interesse gut beraten wäre, wenn sie sich freiwillig erbieten würde, alles ihr mögliche zu tun, um den bosnischen Behörden bei ihren Nachforschungen nach dem Ursprung und den Verzweigungen des Komplottes zu helfen. Auf diese Weise würde die serbische Regierung, der man — dessen sei er sicher — nichts vorwerfen könne, einen überzeugenden Beweis liefern, daß sie die Beweggründe mißbillige, die zur Verübung dieses fürchterlichen Verbrechens geführt haben.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(29900)

No. 23

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 2. Juli 1914

A. 10⁴⁰ vorm.

E. 12³⁵ nachm.

In später Nachtstunde wurde heute das Standrecht über diese beiden Provinzen verhängt.

(29937)

No. 24

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 80

Berlin, den 2. Juli 1914

A. 8³⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß der Kaiser infolge einer leichten Indisposition die Absicht, nach Wien zu gehen, um der Beerdigung des Erzherzogs Franz Ferdinand beizuwohnen, aufgegeben hat. In den Pressemeldungen wird großer Nachdruck darauf gelegt, daß dieser Entschluß in keiner Weise durch politische Erwägungen oder durch Besorgnisse wegen der Sicherheit des Kaisers beeinflußt wurde.

Vgl. Bericht No. 26

Siehe DD No. 6b

(30094)

No. 25

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 3. Juli 1914

A. 3. Juli 11⁰ nachm.

E. 4. Juli 8⁰ vorm.

Eingegangenen Nachrichten zufolge wurde eine Verordnung erlassen, wonach alle serbischen Untertanen Bosnien zu verlassen haben.

Zwei weitere Komplicen wurden verhaftet und haben ihre Teilnahme am Mordanschlag eingestanden.

(30322)

No. 26

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 269

Evere Exzellenz!

Berlin, den 3. Juli 1914

Soweit man beurteilen kann, hat die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo einen Eindruck in Deutschland hervorgerufen, der beinahe an Bestürzung grenzt. Der Kaiser war erst ganz kürzlich aus Konopisch zurückgekehrt und die vertraulichen Beziehungen, die zwischen Seiner Majestät und dem österreichisch-ungarischen Thronfolger bestanden, waren nicht nur allgemein bekannt, sondern sie gereichten den Deutschen auch zur großen Befriedigung. Das Maß der inneren Teilnahme des deutschen Volkes an allem, was seinen Kaiser betrifft, befähigt den Beobachter, das Entsetzen zu ermessen, mit dem die Nachricht von dem Verbrechen aufgenommen wurde, das Seine Majestät seines intimen Freundes beraubte. Dazu kam noch die große und allgemeine Sympathie für den bejahrten Kaiser Franz Joseph; er hat den Beistand eines Fürsten verloren, dem er die allgemeine Oberaufsicht über das Heer anvertraut hatte und dessen Ziel es war, eine starke Flotte zu schaffen. Das waren die Betrachtungen, die sich der deutschen Presse beim ersten Eintreffen der Nachricht aufdrängten, und die möglichen politischen Folgen des Verbrechens im Hinblick auf die künftigen Beziehungen Deutschlands zu seinem Verbündeten wurden nur wenig berührt.

Allgemein darf vielleicht bemerkt werden, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zwei Seiten aufweisen; auf der einen handelt es sich um die Beziehungen zwischen den beiden Reichen und ihren Herrschern *inter se* und auf der anderen um das Maß der militärischen und maritimen Unterstützung, das sie im Kriegsfalle einander zu geben vermögen. Die beiden Fragen sind natürlich eng miteinander verknüpft. Was den ersten Punkt betrifft, so schien die zwischen dem Kaiser und dem verstorbenen Erzherzog bestehende Intimität einen sicheren Faktor in den künftigen Beziehungen der beiden Reiche zu bilden. Dieser Faktor ist nun verschwunden. Es fällt jetzt ins Reich akademischer Spekulation, ob sich, wenn der Erzherzog am Leben geblieben wäre, im Dreibund genügend Raum für zwei solch herrschsüchtige Persönlichkeiten wie den Kaiser und den verstorbenen österreichisch-ungarischen Thronerben hätte finden lassen, oder ob mit anderen Worten die Intimität zwischen ihnen von Dauer gewesen wäre. Verwicklungen hätten im Falle eines Versuches entstehen können, die Thronfolge in Österreich-Ungarn zu ändern, und diese Verwicklungen hätten Deutschland nicht gleichgültig gelassen. Doch in bezug auf diesen Teil der

Frage vertritt die Presse, soweit sie eine Meinung darüber äußerte, die Ansicht, daß sich an den Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten nichts ändern werde. Man hofft hier inbrünstig, daß dem österreichischen Kaiser noch einige Lebensjahre vergönnt sein werden, um den neuen Thronfolger schulen zu können.

Sie wissen, daß seit den Balkankriegen in Deutschland Zweifel darüber aufgetaucht sind, wie weit es im Falle eines allgemeinen Krieges auf die militärische Unterstützung seines Nachbarn rechnen kann. Man geht von dem Gedanken aus, daß sich Österreich-Ungarn Hemmnisse in den Weg legen würden, weil es für Eventualitäten an der serbischen Grenze Vorbereitungen zu treffen hätte. Dieser Gedanke erhielt durch das vor kurzem in Serajewo verübte Verbrechen erneut Nahrung. Ein oder zwei Präboggane haben sofort darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen jener, die auf ein Großserbien hinarbeiten, eine Gefahr für den Frieden Europas bilden. Eine Zeitung behauptet, daß die südslawische Frage in der Hauptsache das Schicksal Österreichs entscheiden werde. In Anbetracht dieser bedenklichen Lage wird deshalb die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung mit bangem Interesse verfolgt, da man hier von Anfang an kaum daran zweifelte, daß der Anschlag, der zum Tod des Erzherzogs führte, in Serbien ausgeheckt wurde.

Als der Kaiser die Nachricht von der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers erhielt, änderte er sofort seine Pläne und kehrte am 29. vor. Mts. nach Potsdam zurück. Seine Majestät äußerte die Absicht, persönlich am Leichenbegägnis des Erzherzogs teilzunehmen, und es wurde verkündet, daß ihn Prinz Heinrich begleiten würde. Im Laufe des gestrigen Tages wurde jedoch bekanntgemacht, daß Seine Majestät sich durch eine plötzliche Indisposition (die man einem Anfall von Hexenschuß zuschreibt) genötigt gesehen habe, seine oben erwähnte Absicht aufzugeben. Ich habe privatim gehört, daß die Aufgabe der Wiener Reise Seiner Majestät auf einen Brief des Kaisers von Österreich zurückzuführen ist. Heute morgen wird angezeigt, daß Prinz Heinrich gleichfalls seine Absicht aufgegeben hat, dem Leichenbegägnis beizuwohnen.

Heute hat in der St. Hedwigskirche von Berlin ein Gedächtnisgottesdienst für den Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin stattgefunden. Der Kaiser wurde durch Prinz Eitel Friedrich vertreten und die höchsten zurzeit in Berlin befindlichen Regierungsbeamten, sowie das gesamte diplomatische Korps nahmen an dem Gottesdienst teil.

Ich habe usw.
Horace Rumbold

Vgl. Telegramm No. 24

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 120. Vertraulich

Euerer Exzellenz

Belgrad, den 2. Juli 1914

beehre ich mich zu berichten, daß die Nachricht von der in Serajewo erfolgten Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, in Belgrad mehr ein Gefühl der Betäubung als des Bedauerns hervorrief. Am meisten, besonders in amtlichen Kreisen, fällt ein Gefühl der Besorgnis auf, daß gegen die Serben in Bosnien und in den Teilen der Monarchie, wo das serbische Element vorherrscht, zu harte Unterdrückungsmaßnahmen ergriffen werden könnten. Man befürchtet, daß derartige Maßnahmen die öffentliche Meinung in Serbien erregen und den Anlaß zu österreichfeindlichen Kundgebungen bieten würden, die nicht verfehlten könnten, eine Spannung in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder, sowie ernstliche Verwicklungen hervorzurufen.

Der vergangene Sonntag — der Tag, an dem der Mord stattfand — war der 525. Jahrestag der Schlacht von Kossowo, als die Niederlage der Serben durch die Türken den Untergang des serbischen Reiches Duschans herbeiführte. Diesen Jahrestag hat man in Serbien bislang als Nationaltrauertag begangen; aber in diesem Jahr wurde er zum erstenmal zum Anlaß eines Nationalfestes gemacht und zwar infolge der den Türken im Jahre 1912 durch die serbische Armee beigebrachten Niederlagen und zum Dank für die Wiedererwerbung von Altserbien und Kossowo durch die Serben. Der Tag wurde daher in ganz Serbien gefeiert und viele Serben und Kroaten kamen von jenseits der Grenze nach Belgrad, um an den Freudenkundgebungen teilzunehmen, die sich in Form von patriotischen Umzügen durch die Straßen der Stadt abspielten. Als sich in Belgrad die Nachricht von der Ermordung verbreitete (ungefähr um 8 Uhr abends), erließ die serbische Regierung in der Befürchtung, die chauvinistischen Elemente könnten in der durch die patriotischen Festlichkeiten erzeugten Wallung den Demonstrationen eine österreichfeindliche Färbung verleihen, eine Verfügung, daß sämtliche Vergnügungsstätten einschließlich der Cafés zum Zeichen der Trauer um 10 Uhr die Lichter zu löschen und ihre Lokale zu schließen hätten.

In seiner Ausgabe vom 29. Juni veröffentlichte das Regierungsorgan „Samouprava“ einen Leitartikel, der das traurige Geschehnis tief beklagte, den Mord am Erzherzog verurteilte und erklärte, daß es sich nur um die Tat eines unverantwortlichen Wahnsinnigen handeln könne. Das Organ der Hauptoppositionspartei (Unabhängige Radikale) äußerte jedoch in seiner Nummer vom selben Tag — wenn es darin auch Ausdrücke des Bedauerns fand — die Meinung, daß der

Erzherzog einen Mißgriff beging, als er den Manövern in Bosnien beiwohnte, deren offensichtlicher Zweck es gewesen sei, die Verteidigung der Provinz gegen einen serbisch-montenegrinischen Angriff zu erproben, und als er in einem Mittelpunkt des Serbentums wie Serajewo just in dem Augenblick Paraden abhielt, da in der serbischen Hauptstadt patriotische Festlichkeiten stattfanden.

Der Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes, den ich heute morgen sah, drückte sich, indem er jede Verantwortung der serbischen Regierung für das Verbrechen ablehnte, ganz ähnlich darüber aus. Ich wurde von meinem italienischen Kollegen vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß zwischen Herrn Gruitsch und dem österreichischen Geschäftsträger eine ziemlich heftige Unterredung stattgefunden hat, als dieser auf dem Auswärtigen Ministerium vorsprach, um Herrn Gruitsch für seinen Kondolenzbesuch zu danken. Wie es scheint, hat Herr von Storck den Generalsekretär inoffiziell gefragt, ob es die serbische Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß beide Verhaftete kürzlich in Belgrad gewesen seien, nicht ratsam halte, eine Untersuchung über die näheren Umstände des Verbrechens einzuleiten. Offenbar nahm Herr Gruitsch dies als Andeutung einer Verantwortlichkeit der serbischen Regierung für das Verbrechen recht übel auf. Es kam zu einem erregten Wortwechsel und für den Augenblick sind die Beziehungen zwischen der österreichischen Gesandtschaft und dem serbischen Ministerium des Äußern sehr gespannt¹⁾.

Ich habe usw.
Dayrell Crackanthorpe

(30346)

No. 28

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 132

Wien, den 2. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die sterblichen Überreste des ermordeten Erzherzogs und seiner Gemahlin wurden am 30. Juni mit dem Zuge von Serajewo nach Metkowitsch in Dalmatien, und von dort auf einem kleinen Dampfer zur Mündung der Narenta gebracht, wo sie an Bord des österreichisch-ungarischen Dreadnoughts „Viribus Unitis“ unter Eskorte eines Geschwaders von Schlachtschiffen und kleiner Kreuzer nach Triest übergeführt wurden. Unterwegs wurden ihnen feierliche Ehrenbezeigungen

¹⁾ Vgl. DD No. 12.

erwiesen; das geschah namentlich in Triest, wo man die Särge heute morgen in den Zug brachte, mit dem sie noch am späten Abend in Wien eintreffen sollen. Die Särge werden bis morgen abend in der Kapelle der Hofburg bleiben und von da nach ihrer letzten Ruhestätte in die Kapelle von Artstetten verbracht werden, einem alten Schloß und Eigentum des verstorbenen Erzherzogs, das ungefähr 60 Meilen westlich von Wien unweit des Nordufers der Donau liegt. Die Auffahrung und Seelenmesse werden morgen in der Hofburgkapelle stattfinden.

Das Entsetzen, das durch die besondere Abscheulichkeit des am Sonntag verübten Verbrechens erzeugt wurde, hat unglücklicherweise zu heftigen Demonstrationen der Rassengegnerschaft in den südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie, das heißt namentlich in Bosnien und Kroatien, geführt. In Serajewo selbst gingen die römisch-katholischen Kroaten mit einer starken Beimischung mohammedanischer Slawen daran, alles Eigentum der orthodoxen Serben, dessen sie habhaft werden konnten, zu zerstören. Serbische Hotels, Läden und Privathäuser wurden geplündert und ihre Einrichtungen auf die Straße geworfen. In einzelnen Fällen trug man den marodierenden Banden österreichische Fahnen und Bildnisse des Kaisers voran. Den schwäbischen Versuchen der Polizei, die Ordnung wiederherzustellen, wurde Trotz geboten. Das Zerstörungswerk nahm am Montag, den 29. Juni, also dem auf den Mord folgenden Tag, seinen Fortgang und da Meldungen über ähnliche Gewalttätigkeiten auch aus anderen Teilen der beiden annexierten Provinzen einliefen, wurde am Nachmittag des 29. das Standrecht über Serajewo und Umgebung und am 1. Juli über das gesamte Gebiet der beiden Provinzen verhängt. Unruhen werden auch aus Agram berichtet und es scheint ziemlich klar zu sein, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kroaten und Serben, das Ergebnis des Fiumaner Manifestes vom Oktober 1905, durch das man gehofft hatte, für die südslawischen Nationalitäten größere politische Unabhängigkeit zu erlangen, vorerst völlig erledigt ist. In Wahrheit trennt die beiden Völker bloß der Unterschied der Religion und der Umstand, daß ihre gleichlautende Sprache von den Kroaten mit lateinischen und von den Serben mit zyrillischen Buchstaben geschrieben wird. Daher dürften diejenigen südslawischen Aspirationen, deren Verwirklichung von der Vereinigung der verschiedenen slawischen Rassen unter der österreichisch-ungarischen Herrschaft abhängen, einen entschiedenen Rückschlag erfahren haben.

Andererseits kann nur die Zukunft lehren, ob der Traum eines Großserbien durch einen Frevel, der das Polizeiregime in Bosnien und der Herzegowina noch unendlich strenger als bisher gestalten muß, der Erfüllung nähergebracht worden ist oder nicht.

Was die Beziehungen zwischen der Doppelmonarchie und Serbien betrifft, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß nun eine Periode starker

Spannung eintreten wird. Herr Jowanowitsch, der serbische Gesandte in Wien, ist über die Aussicht verzweifelt, seine Bemühungen um die Regelung der Orientbahnfrage und anderer zwischen den beiden Ländern schwebender Punkte vollkommen gescheitert zu sehen, wie er das jetzt befürchtet. Die Wiener Presse nimmt es als ausgemacht an, daß die Mordtat von Serajewo in Belgrad geplant wurde, und daß die serbische Regierung, obgleich nicht unmittelbar in die Sache verwickelt, doch schuldig ist, die Pläne der politischen Extremisten begünstigt zu haben, die darauf abzielen, die österreichisch-ungarische Herrschaft in den benachbarten Provinzen zu untergraben. Serbien wird deshalb dafür verantwortlich gemacht, daß es die Atmosphäre hat schaffen helfen, in der das scheußliche Verbrechen von Serajewo geboren wurde.

Ich bin usw.

Maurice de Bunsen

No. 29

Sir M. de Bunsen an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Wien, den 3. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Warum der Deutsche Kaiser doch schließlich nicht gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Amtlich wurde als Grund angegeben, daß er einen Anfall von Hexenschuß gehabt habe. Meiner Ansicht nach hat man ihm aber zu verstehen gegeben, daß fremde Herrscher und Fürstlichkeiten nicht erwartet würden. Die „Reichspost“ — das christlich-soziale Organ des Erzherzogs, das alle Anordnungen unvereinbar mit der Würde des Verschiedenen findet und deshalb darüber herzieht — meint, Kaiser Wilhelm habe augenscheinlich seinen Verdruß über die Geringschätzung zum Ausdruck bringen wollen, mit der sein Freund überhäuft wurde. In gut unterrichteten Pressekreisen glaubt man fest, daß der wahre Grund die Aufdeckung einer anarchistischen oder slawisch-nationalistischen Verschwörung ist, die gegen Kaiser Wilhelm oder eine andere hohe Persönlichkeit gerichtet sei. Es ist immer schwer, die Richtigkeit derartiger Gerüchte festzustellen.

Jede Nacht werden Versuche gemacht, an die serbische Gesandtschaft, an die dicht dabei liegende serbische Kirche oder an die Privatwohnung des serbischen Gesandten heranzukommen. Gestern nacht kam es zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß zwischen der Menge und der Polizei. Nachdem der Trauerzug vorüber war, wälzte

sich die Menge in dichten Massen nach dem Viertel, in dem die erwähnten Gebäude alle nahe beisammen liegen. Es gelang der Polizei, die Menge abzudrängen, worauf sie die österreichische Nationalhymne und die „Wacht am Rhein“ anstimmte, die eine Art zweiter österreichischer Nationalhymne geworden zu sein scheint. Ein kleiner aufgeregter Haufe von ungefähr 300 Menschen gelangte kurz vor ein Uhr in das Botschaftsviertel. Man glaubte, die Leute beabsichtigten feindliche Kundgebungen vor der russischen Botschaft — als der vermeintlichen Beschützerin der Serben. Jedenfalls drängte die Polizei die Menge zurück und diese sammelte sich dann am Ende unserer Straße — der Metternichgasse —, wo sie in den Rennweg mündet, sodaß ich den Vorgang gut verfolgen konnte. Das ganze verlief ziemlich ruhig — Ansprachen, vaterländische Lieder und schließlich Rufe: Pfui Serbien.

Die „Reichspost“ und einige Blätter der gleichen Färbung stacheln lebhaft zu einem Angriff auf Serbien und zu strenger Unterdrückung der in der Doppelmonarchie lebenden Südslawen auf. Das amtliche „Fremdenblatt“ und die Mehrzahl der verständigeren Blätter vertreten indes den Standpunkt, daß es unpolitisch wäre, Serbien als Ganzes für die Verbrechen einer kleinen Bande Verkommenen, die sich vom großserbischen Hauptquartier in Belgrad inspirieren lassen, zur Rechenschaft zu ziehen. Die Armee ist, wie ich höre, sehr erbittert und zerrt an der Koppel. Ich kann kaum glauben, daß man sie „los lassen“ wird. Doch steht uns natürlich eine schwierige Zeit bevor. Ich muß sagen, daß sich die serbische Presse meines Erachtens schamlos benimmt. Hier werden lange Auszüge aus serbischen Zeitungen veröffentlicht, die anscheinend geneigt sind, die Meuchelmörder als Märtyrer-Opfer einer heiligen Sache zu betrachten. Österreich-Ungarn wird mit Schimpfwörtern bedacht — wobei „wurmstichig“ die Lieblingsbezeichnung ist. Der gewöhnliche Anstand hätte solche Ausdrücke zum mindesten eine Zeitlang unterdrückt und sich einigermaßen den Anschein gegeben, Teilnahme zu zeigen und die Mörder abzuschütteln. Mein Freund Jowanowitsch, der serbische Gesandte, wirklich ein sehr guter Mensch und gemäßigt in seinen Anschauungen, ist voll Verzweiflung über den Zusammenbruch seiner Bemühungen, bessere Beziehungen mit Österreich herbeizuführen, Bemühungen, die sich in der Orientbahnfrage recht vielversprechend anließen. Ohne Zweifel waren die Serben über den für die bosnischen Manöver gewählten Zeitpunkt, der mit ihren Nationalfeiern am Jahrestag der Schlacht von Kossowo (14. Jahrhundert) zusammenfiel, wirklich verärgert. Sie behaupten, daß die Österreicher keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihre berechtigten Gefühle als Serben zu reizen. Unglücklicherweise entspricht das der antiserbischen Politik, der die hiesige Regierung so hartnäckig huldigt. Sie will nicht erkennen, daß ihre einzige Mög-

lichkeit, dem südwärts gerichteten Druck Deutschlands zu widerstehen, in einer großzügigen Versöhnungspolitik dem südslawischen Element gegenüber liegt, wodurch quer vor dem nach Süden ausgreifenden Anmarsch Deutschlands in der Richtung auf Triest ein breiter österreichisch-slawischer Damm errichtet werden könnte. Mein italienischer Kollege, Herzog von Avarna, der in letzter Zeit in seinen Unterhaltungen mit mir viel freimütiger als sonst geworden ist, mißbilligt die eingeschlagene serbenfeindliche Politik Österreichs scharf. Sie war es, die Österreich veranlaßte, 1912—13 mobil zu machen und sich halb zu ruinieren, um die Serben vom Adriatischen Meere fernzuhalten. Daher auch die verrückte Struktur Albaniens, das nun in Stücke zerfällt. Man fragt sich, ob es denn wirklich die Mühe lohnt, es wieder zusammenzuflicken, selbst wenn sich die Möglichkeit dazu ergäbe. Aber Welch andere Wahl bietet sich uns da? Würde es angehen, die internationale Kommission in Durazzo als eine Art Bindeglied zwischen den drei Abschnitten zu benutzen, in die Albanien eingeteilt werden könnte: im Norden die Katholiken, in der Mitte die Mohammedaner und im Süden die Orthodoxen, je unter einem Anführer der betreffenden Religion? Nur würden dann genügend Truppen erforderlich sein, um die Kommission gegen Versuche zu schützen, sie ins Meer zu jagen! Aber ich glaube, daß die Serben schließlich, vielleicht erst nach Jahren, an das Meer gelangen müssen, und die dazwischenliegenden Regelungen können nur eine Art Notbehelf darstellen. Der „Figaro“ eilt zweifellos den Ereignissen voraus, wenn er die Vereinigung Serbiens und Montenegrinos zu einem Königreich als nahe bevorstehend bezeichnet; aber früher oder später muß das sicherlich so kommen.

Stets Ihr
Maurice de Bunsen

Die ausgelassenen Abschnitte enthalten eine ausführliche Beschreibung der Beisetzungsfeierlichkeiten und weitere Be trachtungen über Albanien

(30386)

No. 30

Herr Akers-Douglas an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 53

Bukarest, den 30. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Die furchtbare Nachricht von der Tragödie in Serajewo wurde hier mit tiefem Bedauern und mit Entrüstung aufgenommen. Der verstorbene Erzherzog war beim rumänischen Volke immer populär,

das ihn wegen der Sympathien, die man ihm für die Rumänen in Ungarn zuschrieb, besonders schätzte; und während sich in letzter Zeit die öffentliche Stimmung gegen das benachbarte Kaiserreich abkühlte, war man sich doch bewußt, daß der Thronfolger selbst enge Beziehungen zu Rumänien dringend wünschte. Die Rumänen in Siebenbürgen erblickten in Seiner Kaiserlichen Hoheit einen warmen Fürsprecher und hegten die bestimmte Erwartung, daß ihre Rechte hinsichtlich einer besseren Behandlung bei seiner Thronbesteigung anerkannt werden würden.

In der Kammer und im Senat sprachen gestern der Ministerpräsident und der Minister des Äußern von den Banden aufrichtiger Freundschaft, die beide Länder so lange verbunden habe, und sie fügten hinzu, daß die Rumänen nie die herzliche Freundschaft vergessen könnten, die der verstorbene Erzherzog ihnen ständig bezeigt habe. Beide Häuser vertagten sich zum Zeichen der Trauer.

Für König Karl wird die Nachricht ein schwerer Schlag gewesen sein; die enge und intime Freundschaft, die seit jeher zwischen den Höfen von Wien und Bukarest bestanden hat, wird dem Mitgefühl Seiner Majestät für den bejahrten Kaiser eine besondere Note geben. Der rumänische Hof legt auf vier Wochen Trauer an und man gibt bekannt, daß der Kronprinz der Beerdigung in Wien beiwohnen wird.

Die Presse bringt die aufrichtige Teilnahme Rumäniens zum Ausdruck und bemerkt, daß der Erzherzog ein großer „Beschützer der Minderheiten und Förderer nationaler Ziele“ innerhalb seines Reiches geworden wäre und daß sein Tod einen schweren Verlust für Österreich bedeute und dessen Zukunft noch gefährvoller gestalte — eine Zukunft, die im Hinblick auf die Möglichkeit ernster Verwickelungen sowohl einer starken Hand als auch einer gerechten und versöhnlichen Politik bedarf.

Ich bin usw.

A. Akers-Douglas

(30576)

No. 31

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 83

Wien, den 6. Juli 1914

A. 2¹⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Der serbische Gesandte sagt mir, daß seine Regierung noch keine amtliche Mitteilung von der österreichisch-ungarischen Regierung mit der Bitte erhalten hat, die serbische Regierung möge behilflich sein, alle Personen, die an der Mordtat mitschuldig sind, ihrer Strafe zuzuführen. Er hat auf dem österreichisch-ungarischen Aus-

wärtigen Amt Verwahrung gegen das Bestreben der öffentlichen Meinung und Presse eingelegt, der serbischen Regierung Mitverantwortlichkeit für das Verbrechen zuzuschreiben, ehe Gerichtshof in Serajewo auch nur Voruntersuchung abgeschlossen hat¹⁾). Es sei bemerkt, daß die Bomben aus Serbien stammen, wo ihrer viele vom Kriege, während dem sie von regulären Truppen verwendet wurden, übrig geblieben sind; aber sicherlich gehörten die serbische Regierung, sowie serbische öffentliche Meinung in ihrer großen Mehrheit zu den ersten, die ein Verbrechen beklagten und verurteilten, das serbischen Aspirationen für Zukunft einen schweren Schlag versetzt. Der Gesandte befürchtet, Gerichtsverfahren in Serajewo möchte aus bloßer Untersuchung feigen Verbrechens in Vorbereitung einer Anklage gegen ganze serbische Bevölkerung der Doppelmonarchie und sogar gegen die serbische Nation umgebogen werden, in welchem Falle leicht ernste Lage entstehen kann.

(Gleichlautend nach Belgrad)

(30742)

No. 32

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold (Berlin)

No. 214. Geheim

Auswärtiges Amt, den 6. Juli 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Der deutsche Botschafter drückte sich heute sehr warm über die Befriedigung und das Vergnügen aus, die der Kieler Besuch des britischen Admirals dem Kaiser, sowie überhaupt allgemein bereitet haben.

Ich erwiderte, mir sei bekannt, daß der Besuch große Befriedigung und Freude auf unserer Seite bereitet hätte.

Der Botschafter fuhr dann fort, sich mir gegenüber privat, wie er sagte, aber in sehr ernster Weise über die Besorgnisse und den Pessimismus zu äußern, die ihm in Berlin begegnet seien. Er erklärte, daß der Mord am Erzherzog Franz Ferdinand eine sehr starke serbenfeindliche Stimmung in Österreich hervorgerufen habe; obschon er Einzelheiten nicht wußte, war ihm als Tatsache bekannt, daß die Österreicher etwas beabsichtigten, und es sei nicht unmöglich, daß sie militärisch gegen Serbien vorgehen würden.

Ich bemerkte, daß sie doch gewiß nicht daran dächten, sich irgendwelche Gebiete anzueignen?

Der Botschafter entgegnete, daß sie kein Verlangen danach hätten, weil sie nicht wüßten, was sie mit dem Land anfangen sollten. Er glaubte, ihre Idee sei, daß sie irgendeine Genugtuung im Sinne

¹⁾ Vgl. S No. 12.

einer Demütigung Serbiens haben müßten. Die Lage sei für Deutschland äußerst schwierig; sage es den Österreichern, daß nichts geschehen dürfe, dann würde ihm vorgeworfen, daß es sie stets zurückhalte und nicht unterstütze; lasse es andererseits aber den Dingen ihren Lauf, dann bestünde die Möglichkeit sehr ernster Verwicklungen. Der Botschafter hoffte aufrichtig, daß wir, falls sich Verwicklungen einstellten, unsren Einfluß aufbieten würden, um die Gemüter in St. Petersburg zu beschwichtigen.

Ein zweiter Grund für die Besorgnisse und den Pessimismus in Berlin seien die Befürchtungen Deutschlands wegen der Haltung Rußlands, namentlich im Zusammenhang mit der jüngsten Verstärkung der russischen Heeresmacht. Ihm wurde mitgeteilt, daß Rußland jetzt einen Friedensstand von einer Million Mann habe, und in Deutschland herrsche der Eindruck, daß die Stimmung Rußlands gegen Deutschland sehr ungünstig sei.

Drittens habe man die Auffassung, daß es eine Marinekonvention zwischen Rußland und England gäbe. Er habe seiner Regierung alles berichtet, was ich ihm kürzlich, gerade vor seiner Urlaubsreise nach Deutschland, über unsere Beziehungen zu Rußland und Frankreich gesagt hätte¹⁾, und er habe seiner Regierung versichert, daß sie sich auf jedes Wort verlassen könne und daß auf unserer Seite keine geheime Vereinbarung bestünde. Die deutsche Regierung nehme die Erklärung entgegen, daß es zwischen der britischen und russischen Regierung nichts dergleichen gäbe, aber sie habe die Empfindung, daß dennoch ein Einvernehmen zwischen den britischen und russischen Marinebehörden bestehen könnte. Wenn eine derartige Verständigung für ein Zusammensehen gegen Deutschland vorliege, so würde sie die chauvinistische Strömung in Rußland stärken, die Stimmung der Alldeutschen ganz unwiderstehlich machen, sie würde zu einer Erweiterung des deutschen Flottengesetzes führen, was sonst nicht beabsichtigt sei, und würde ferner allgemein die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland beeinträchtigen. Das sei ihm in Berlin ganz nachdrücklich eingeprägt worden.

Der Botschafter ging so weit zu bemerken, in Deutschland habe man, und zwar insbesondere auf Grund des zweiten und dritten Punktes, die er heute nachmittag mir gegenüber erwähnt habe, einigermaßen das Gefühl, daß ganz sicher Verwicklungen eintreten würden und daß es darum besser wäre, Österreich nicht zurückzuhalten und das Übel lieber jetzt als später herankommen zu lassen. Er betonte mehr als einmal nachdrücklich, daß er ganz persönlich und über sehr heikle Dinge spräche, aber ihm läge daran, mit mir in Verbindung zu bleiben. Obgleich er die Ansicht mancher Leute in Berlin nicht teile, daß Rußland schlecht gegen Deutschland gesinnt

1) Siehe No. 4.

sei, wäre er doch so besorgt, daß er gefühlt hätte, er müsse sofort nach seiner Rückkehr aus Deutschland mit mir sprechen. Er bezeichnete Herrn von Bethmann Hollweg als pessimistisch.

Der Botschafter sagte, er habe in Berlin erklärt, daß England, obgleich es an der Gruppe des Dreiverbandes festhalten würde — denn es müsse das Gleichgewicht der Mächte aufrecht erhalten und könne Frankreich nicht vernichten lassen — doch nicht wünschte, die beiden Gruppen sich voneinander trennen zu sehen. Ich bestätigte dies wärmstens.

Ich bemerkte, daß ich die Aufzeichnung über das, was ich ihm unlängst vor seiner Reise nach Berlin über unsere Beziehungen zu Frankreich und Rußland gesagt habe, heraussuchen und ihm zeigen würde¹⁾. Seit der Erledigung der Frage des deutschen Militärrkommandos in Konstantinopel hätten wir keine Anzeichen aus St. Petersburg gehabt, daß die Russen hinsichtlich Deutschlands besorgt, gereizt oder feindselig gesinnt seien. Ich erinnerte ihn daran, was ich ihm zur Zeit des deutschen Kommandos in Konstantinopel über die große Empfindlichkeit Rußlands über diesen Punkt sagte, aber seitdem die Sache geregelt worden sei, hätte ich aus St. Petersburg nichts Ungünstiges in bezug auf Deutschland gehört. Ich sei über die Mitteilungen des Botschafters hinsichtlich der Art und Weise, wie sich die serbenfeindliche Stimmung in Österreich auswirken könne, beunruhigt. Wenn Verwicklungen entstünden, würde ich allen mir zu Gebote stehenden Einfluß aufbieten, um Schwierigkeiten zu verringern und aus dem Wege zu räumen und um ein etwa auftauchendes Gewitter am Ausbruch zu verhindern. Es freute mich, daß er mit mir gesprochen habe, und ich möchte den ganzen Inhalt seiner Äußerungen später, nachdem ich Zeit gehabt darüber nachzudenken, nochmals mit ihm durchsprechen.

Ich bin usw.
E. Grey

Siehe Fürst Lichnowskys Bericht über diese Unterhaltung
in DD No. 20

No. 33

Sir Arthur Nicolson an Sir M. de Bunsen

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 6. Juli 1914

Mein lieber de Bunsen,

Vielen Dank für Ihren Brief vom 3. d. Mts. Das Verbrechen von Serajewo war gewiß furchtbar und hat hier alle Welt erschüttert.

¹⁾ Siehe No. 4.

Ich hoffe zuversichtlich, daß es keine ernstlichen politischen Folgen, auf jeden Fall außerhalb Österreich-Ungarns, haben wird. Vermutlich müssen wir auf eine scharfe Kampagne gegen Serbien gefaßt sein, aber ich freue mich, Ihrem Briefe zu entnehmen, daß die vünftigeren Zeitungen in Wien es ausdrücklich mißbilligen, eine Regierung und ein Land für die Verbrechen etlicher Revolutionäre verantwortlich zu machen. Ihr Bericht über die Stimmung, von der gewisse Wiener Kreise hinsichtlich der Beisetzungsfeierlichkeiten ergriffen wurden, ist interessant, und ich sehe, daß die heutigen Morgenblätter darüber berichten. Die Abneigung des Kaisers, bei der Gelegenheit spezielle fremde Fürstlichkeiten zu empfangen, findet hier volles Verständnis, weil dies eine große Anstrengung für ihn bedeutet hätte.

Die albanische Frage ist sicherlich ein höchst verwickeltes Problem und erfreulicherweise verlangt und erwartet man von uns nicht, daß wir beim Versuch der Lösung dieser Frage eine besonders hervorragende Rolle spielen sollen. Unsere Haltung besteht vielmehr darin, der Führung anderer Mächte zu folgen und allen Maßnahmen beizupflichten, über die sich die andern etwa einigen. In einem Punkt jedoch bleiben wir fest: wir haben durchaus nicht die Absicht, das Leben auch nur eines britischen Soldaten oder einer Blaujacke aufs Spiel zu setzen, um die Ordnung in Albanien wiederherzustellen. Meines Erachtens würde der Abgang des Fürsten die Lage tatsächlich bedeutend erleichtern. Es ist nun ziemlich klar, daß er nur geringe Aussicht hat, seine Autorität im ganzen Lande durchsetzen zu können. Ich glaube wirklich, es wäre von Anfang an besser gewesen, man hätte keinen Versuch gemacht, einen unabhängigen Staat aus derart verfeindeten Stämmen zu schaffen. Ich weiß nicht, ob es nicht vielleicht die einfachste Lösung gewesen wäre, die Serben und Griechen das Land unter sich aufzuteilen zu lassen. Davon kann jetzt natürlich keine Rede mehr sein und ich denke, wir müssen die Lösung der Frage Wien und Rom anheimgeben. Den Gedanken dreier autonomer Provinzen hat Cambon heute nachmittag mir gegenüber erwähnt. Sonst nehmen uns im übrigen Europa keine sehr ernsten und dringenden Fragen in Anspruch. Zwischen der Türkei und Griechenland ist momentan eine *détente* eingetreten und die Kriegsgefahr zwischen diesen beiden Ländern ist auf alle Fälle für den Augenblick hinausgeschoben. Wir sind daher in der Hauptsache jetzt mit dem Versuch beschäftigt, mit Rußland die Angelegenheiten bezüglich Persiens, und in zweiter Linie bezüglich Tibets, in Ordnung zu bringen. Sie werden aus den Telegrammen bereits ersehen haben, daß wir darüber schon in ernstliche Besprechungen mit der russischen Regierung eingetreten sind. Wir begegnen dabei einer sicher sehr versöhnlichen und wohlwollenden Gesinnung seitens des Kaisers und Sasonows.

Die Flottenbesuche in Rußland und Deutschland sind erstaunlich gut verlaufen, besonders der erste, und ich meine, es war ein sehr guter Zug, daß wir unsere Schiffe nach Kronstadt geschickt haben. Die russische Presse wurde damals wegen der Ölkonzession in Südpersien gerade ein wenig unangenehm gegen uns, und der Besuch unseres Geschwaders bewies, daß wir wenigstens von durchaus freundschaftlichen Gefühlen beseelt waren. Der Empfang, der unseren Schiffen zuteil wurde, war ungemein herzlich und der Kaiser zeigte sich besonders verbindlich und huldvoll.

(30616)

No. 34

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 7. Juli

No. 135

Wien, den 4. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ein großer Teil der Wiener Garnison stand letzte Nacht auf der Strecke Spalier, die der Leichenzug auf dem Wege von der Hofburg bis zum Westbahnhof zurücklegte. Von dort wurden die Überreste des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg in tiefster Nacht mit der Bahn nach Pöchlarn an der Donau gebracht. Bei Tagesanbruch heute früh setzte man auf einer Fähre über die Donau und fuhr dann langsam nach ihrem letzten Ruheplatz: der erzherzoglichen Familiengruft in Artstetten.

Der Erzherzog und die Herzogin lagen den ganzen gestrigen Vormittag in der Hofburgkapelle aufgebahrt. Mittags legte ich auf den Befehl des Königs vor dem Katafalk einen Kranz mit einer Inschrift nieder, die die Freundschaft und Zuneigung Seiner Majestät für die Entschlafenen zum Ausdruck brachte. Um 4 Uhr nachmittags wurde in Gegenwart des Kaisers und Hofes in der Hofburgkapelle eine kurze Seelenmesse gelesen. Die meisten fremden Missionschefs waren besonders beauftragt worden, auf dem Begräbnis die Herrscher und Präsidenten ihrer Länder zu vertreten. Da der König geruht hatte, mir diese Ehre ebenfalls zu erweisen, erhielt ich mit meinen Kollegen vom Heiligen Stuhl, von Italien, Deutschland, Frankreich und Rußland meinen Platz in der ersten Reihe jener, die eingeladen waren, an der Zeremonie teilzunehmen. Aus Rücksicht auf den Kaiser dauerte der Gottesdienst nur eine Viertelstunde.

So wurden die zu Ehren des ermordeten Erzherzogs und seiner Gemahlin angeordneten Totenfeiern innerhalb einer Woche nach dem

abscheulichen Verbrechen in Serajewo zum Abschluß gebracht. Es erhoben sich Klagen darüber, daß diese Ehren ungebührlich beschnitten worden seien. Man sagt z. B., daß es schicklicher gewesen wäre, ein oder mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie abzutragen, um die Särge auf ihrer letzten Fahrt von Serajewo nach der Hauptstadt zu begleiten; daß bei ihrer Ankunft die nächtliche Prozession hätte imposanter gestaltet werden können; daß eine größere Kirche als die zu diesem Zweck gewählte Hofburgkapelle als Schauspiel der Feierlichkeiten mehr der hohen Stellung des Entschlafenen entsprochen hätte; und daß die Anwesenheit fremder Fürstlichkeiten, wie sie von vielen Seiten angesagt wurde, nicht abgelehnt zu werden brauchte, wodurch die Vorgänge eines sichtbaren Beweises der Teilnahme, die überall für die Monarchie in ihrem Leid empfunden werde, beraubt worden seien.

Die „Reichspost“, die christlich-soziale Zeitung, die man häufig als besonderes Sprachrohr des Erzherzogs betrachtete, hat sich zur ersten Wortführerin dieser erbitterten Kritik gemacht; in ihrer heutigen Morgenausgabe begrüßt sie die Teilnahme der Wiener Garnison am Trauerzug der letzten Nacht als Zeichen, daß man in elfter Stunde erkannt habe, es müsse, um die Feierlichkeit der Stunde deutlich zu machen, etwas mehr geschehen als Maßnahmen wie in der vorigen Nacht zu treffen, bei welcher Gelegenheit man kein besonderes militärisches Gepränge entfaltet hatte. Im letzten Augenblick gelang es einer großen Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, die man nicht mit einer Einladung zur Teilnahme an den Feierlichkeiten beehrt hatte, sich dem Ende des Trauerzuges anzuschließen. Unter ihnen befanden sich viele Mitglieder der Wiener Aristokratie.

Es ist schwer zu glauben, daß eine Absicht bestanden haben könnte, die Feierlichkeiten in einer dem erhabenen Range der Opfer nicht angemessenen Weise abzuhalten. Wenn die Zeremonien abgekürzt wurden, so war dies ohne Zweifel auf den Wunsch zurückzuführen, daß der Kaiser, den die erzwungene Rückkehr von Ischl sehr mitgenommen haben mußte, keiner vermeidbaren Strapaze ausgesetzt werden sollte. Wie ich höre, entsprachen die Zeremonien genau dem traditionellen „spanischen“ Ritus des kaiserlichen Hofes.

Die Gefühlsausbrüche des Volkes gegen Serbien und die ganze serbische Rasse dauern noch ebenso heftig an. Während der letzten paar Nächte wurde das Haus des serbischen Gesandten nur mit Mühe von einem starken Polizeiaufgebot gegen den Anprall der wogenden Menge geschützt. Glücklicherweise wurden Demonstrationen gegen die russische Botschaft verhindert, aber der Bezirk, in dem die russische, deutsche und britische Botschaft liegen, wird scharf bewacht, um unbequemen Kundgebungen der Abneigung oder Gunstbezeugungen seitens des Pöbels vorzubeugen.

In Bosnien und der Herzegowina ist das Standrecht noch in Kraft. Ich überreiche hiermit einen Bericht des Herrn Vizekonsuls Jones in Serajewo. Einer privaten Mitteilung des Herrn Jones entnehme ich, daß die Ortsbehörden sehr lässig gewesen sein müssen, indem sie die serbenfeindlichen Ausschreitungen nicht früher wie geschehen unterdrückten. Nun ist man mit der Verhängung des Standrechts, unter dem viele nahezu geringfügige Verstöße mit dem Tode bestraft werden, ins andere Extrem gefallen. Anscheinend war die Zerstörung serbischen Eigentums nicht von Täglichkeiten gegen Serben begleitet

Die Wiener Zeitungen geben ausführlich serbische Pressekommentare über das Attentat wieder, die unglücklicherweise einige Wendungen enthalten, die sich fast zu Ausdrücken der Verzeihung und sogar der Billigung des feigen Verbrechens versteigen.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Vgl. den Bericht Herrn Max Müllers No. 70

Anlage zu No. 34

Konsul Jones an Sir Maurice de Bunsen

No. 9

Serajewo, den 2. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß gestern nacht das Standrecht über diese beiden Provinzen, Bosnien und die Herzegowina, verhängt worden ist.

Die heutige Ausgabe des „Sarajevoer Tagblatt“ gibt als Grund für diese Maßnahme die Tatsache an, daß an so vielen Orten Ausschreitungen stattgefunden haben.

In einer früheren Nummer bemüht sich dieselbe Zeitung in einem Bericht über die Auftritte vom letzten Montag, das Versagen der Behörden, diese Ausschreitungen zu verhindern, damit zu entschuldigen, daß die offensichtliche Loyalität der Demonstranten die Militärgewalt machtlos mache; sie gibt aber schon in der nächsten Spalte zu, daß die Verhängung des Standrechts die Ordnung schnell wieder herstellte, und man kann sich daher nur schwer der Folgerung entziehen, daß, wäre der Schritt einige Stunden früher erfolgt, die Truppen ohne größere Mühe die Unruhen sofort hätten unterdrücken können, wodurch viele unschuldige Menschen vor Leid bewahrt worden wären.

Ich habe usw.

J. Francis Jones

Herr Crackanthonpe an Sir Edward Grey

Erhalten 8. Juli

No. 121

Belgrad, den 4. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein Schreiben No. 120 vom 2. ds. Mts.¹⁾) zu berichten, daß das Regierungsblatt „Samouprava“ in seiner Nummer vom 3. ds. Mts. einen Leitartikel veröffentlicht hat, der deshalb von Interesse ist, weil er die Ansichten der serbischen Regierung hinsichtlich der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Folgen des Verbrechens wiedergibt. Folgendes sind die Hauptpunkte des Artikels:

1. Die serbische Regierung verurteilt und bedauert die Verübung des Verbrechens tief.
2. Sie verurteilt und beklagt die Verfolgungen der Serben, die jetzt täglich in Bosnien und der Herzegowina stattfinden.
3. Das Verbrechen ist umso mehr zu bedauern, als es die Interessen Serbiens schädigt, das nun überzeugt ist, daß es in seinem Interesse liegt, mit Österreich-Ungarn auf freundschaftlichem Fuße zu leben, und das die Schaffung guter Beziehungen zur Doppelmonarchie aufrichtig wünscht.
4. Es ist bedauerlich, daß die österreichische Presse, wenn auch in versteckter Form, geneigt ist, die serbische Regierung in den Mord am Erzherzog zu verwickeln.

Der Artikel betont zum Schluß den Wunsch der serbischen Regierung, daß binnen kurzem in Bosnien ein normaler Zustand wieder hergestellt sein möge und daß man bloß die wirklichen Verbrecher für die Tat verantwortlich machen werde. Die Überzeugung gelangt zum Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, die in letzter Zeit eine gesunde Richtung angenommen haben, schließlich nicht unter dem ungerechtfertigten Verdacht leiden werden und können, den gewisse Organe der ausländischen Presse auf Serbien werfen.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthonpe

¹⁾ No. 27.

No. 36

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Privat)

Rom, den 7. Juli 1914

Es war interessant, hier die Wirkung des abscheulichen Mordes von Serajewo zu beobachten. Während die Behörden und die Presse ihre Verurteilung des Verbrechens und ihre volle Teilnahme für den Kaiser nach außen hin auffallend betonten, ist es unverkennbar, daß die Leute allgemein die Beseitigung des verstorbenen Erzherzogs beinahe als ein Werk der Vorsehung betrachtet haben. Ich hörte von zwei Bankiers hier, daß in Triest nach Eintreffen der Nachricht ungarische Anleihe von 72 auf 80 stieg. Anscheinend war er in Ungarn fast ebenso unbeliebt wie in Italien.

Der übrige Teil des Briefes handelt von anderen, hauptsächlich unpolitischen Dingen

(30754)

No. 37

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 8. Juli

No. 138

Wien, den 5. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Kaiser Franz Joseph beschließt die erste Woche nach der Mordtat von Serajewo mit einem Handschreiben, in dem er seinen Untertanen aller Nationalitäten in ergreifenden Worten für ihre loyalen Kundgebungen anlässlich des Todes des Thronfolgers dankt. Seine Majestät sagt darin, daß, wenn ihm in diesem herben Leid ein Trost werden kann, das die ungezählten Beweise warmer Zuneigung und aufrichtigen Mitühlens sind, die ihm aus allen Kreisen der Bevölkerung zugekommen sind. Eine verbrecherische Hand hat ihn seines „lieben Anverwandten und treuen Mitarbeiters“, hat unschuldige* Kinder all dessen, was ihnen auf Erden teuer war, beraubt. Der Wahnwitz einer kleinen Schar Irregeleiteter vermag jedoch nicht an den geheiligten Banden zu rütteln, die ihn und seine Völker umschlingen, und er

* Im Original „schutzbedürftige, dem zartesten Alter kaum entwachsene Kinder ... beraubt und namenloses Weh auf ihr unschuldsvolles Haupt gehäuft.“ Siehe „Schultheß“ Europäischer Geschichtskalender“, Neue Folge, 30. Jahrg. 1914, München 1917, Seite 462b und 463. Ich folge dem dortigen Wortlaut, soweit dies der Bericht Bunsens zuläßt.

reicht nicht an die Gefühle inniger Liebe heran, die ihm und seiner Familie* in so rührender Weise kundgegeben wurden. Seine Majestät erinnert daran, daß er während sechseinhalb Jahrzehnten Leid und Freuden mit seinen Völkern geteilt hat, auch in den schwersten Stunden stets eingedenk seiner erhabenen Pflichten und der Verantwortung dem Allmächtigen gegenüber für die Geschicke von Millionen. Diese neue von Gottes unerforschlichem Ratschluß verhängte Prüfung wird nur seinen Vorsatz stärken, auf dem als recht erkannten Wege bis zum letzten Atemzug auszuhalten zum Wohle seiner Völker. Wenn er ihre Liebe seinem Nachfolger hinterlassen kann, so wird er reichlich belohnt sein **. Zum Schluß beauftragt der Kaiser die Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn, an die sein Schreiben gerichtet ist, all denen seinen tiefempfundenen Dank kundzutun, die sich in diesen kummervollen Tagen treu und ergeben um seinen Thron geschart haben.

Seine Majestät hat ein Schreiben ähnlichen Inhalts an Herrn von Bilinski, den gemeinsamen Finanzminister, gerichtet, und zugleich mit diesen Schreiben wird ein allgemeiner Armee- und Flottenbefehl veröffentlicht. In diesem erinnert Seine Majestät daran, daß der Erzherzog bei Ausübung seiner Pflichten starb und daß seine letzten Befehle an die tapferen Truppen Bosniens und der Herzegowina gerichtet waren. Ebenso hoch wie seine Stelle in der Armee *** war auch seine Auffassung über die damit verbundenen † Aufgaben. Sein Heimgang bedeutet für seinen Herrscher und für die Wehrmacht der Monarchie ein schweres †† Opfer. Seine Majestät hält dennoch an seinen Hoffnungen für die Zukunft fest, in der die Tätigkeit des Erzherzogs Früchte tragen werde †††, und er ist überzeugt, daß die Monarchie in aller Bedrängnis, von der sie heimgesucht werden möge, „in der todesmutigen Hingebung der in ihrer Berufstreue unerschütterlichen Wehrmacht Österreich-Ungarns ihren sicheren Hort finden wird“.

In meinem gestrigen Bericht No. 135 habe ich die weitverbreiteten Klagen über die Unzulänglichkeit der Ehren erwähnt, die den irdischen Überresten des Erzherzogs und der Fürstin auf ihrem Wege durch Wien erwiesen worden seien¹⁾). Diesen Beschwerden tritt heute morgen eine amtliche Mitteilung an die Presse entgegen, in der darauf

¹⁾ No. 34.

* Im Original „und dem angestammten Herrscherhause“.

** Im Original „so wird dies der schönste Lohn meiner väterlichen Fürsorge sein.“

*** Im Original „in meiner Wehrmacht zu Lande und zur See“.

† Im Original „Auffassung der übernommenen Aufgaben“.

†† 'm Original „unermeßliches“.

††† Der Satz: „in der die Tätigkeit des Erzherzogs Früchte tragen werde“, steht nicht im Befehl; sondern es heißt da: „Dennoch entsage Ich nicht der Hoffnung auf gedeihliche Zukunft, überzeugt . . .“ und weiter sinngemäß wie oben. Siehe auch die „Neue Freie Presse“, Wien, 5. Juli 1914, Morgenblatt Nr. 17909.

hingewiesen wird, daß die irdischen Überreste sowohl der verstorbenen Kaiserin Elisabeth als auch des verstorbenen Erzherzogs Rudolf zur Nachtzeit mit Sonderzügen in Wien eintrafen. Bei Überführung des Erzherzogs Rudolf von der Schloßkapelle zur Kapuzinerkirche soll der militärische Aufwand nicht größer gewesen sein als im gegenwärtigen Falle. Überdies war für das Ganze die Tatsache maßgebend, daß Erzherzog Franz Ferdinand selbst letztwillig bestimmt hatte, er wolle in Artstetten und nicht in der Kapuzinerkirche bestattet sein. Das alt-hergebrachte Zeremoniell wurde natürlich im allgemeinen eingehalten, aber daß es nicht in Mißachtung gewöhnlicher Menschlichkeitsgefühle sklavisch beobachtet wurde, trat dadurch klar zu Tage, daß der Herzogin von Hohenberg durchweg die gleichen Ehren wie ihrem Gemahl erwiesen wurden.

Ich bin usw.
Maurice de Bunsen

(31416)

No. 38

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 451

Auswärtiges Amt, den 8. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich sprach heute mit Herrn Cambon über meine Besorgnis, daß Österreich infolge der durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand erregten Stimmung von seiner öffentlichen Meinung zu einer Demarche gegen Serbien gedrängt werden könnte; und ich sagte, daß wir in diesem Falle unser möglichstes tun müßten, um beruhigend auf St. Petersburg einzuwirken.

Herr Cambon pflichtete dieser Auffassung warm bei.

Ich bin usw.
E. Grey

(31417)

No. 39

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 264

Auswärtiges Amt, den 8. Juli 1914

Euere Exzellenz!

In einer ganz inoffiziellen Unterredung mit Graf Benckendorff brachte ich heute die Befürchtung zum Ausdruck, daß die österreichische Regierung durch die Macht der öffentlichen Meinung in Österreich dazu getrieben werden könnte, eine Demarche hinsichtlich

Serbiens zu machen, da die österreichische öffentliche Meinung durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand sehr stark gegen Serbien erregt worden sei. Die Sache läge so, daß die Stellung des Grafen Berchtold schwach sei und die österreichische Regierung weggefegt werden könnte.

Graf Benckendorff erwiderte, daß ihm die Erregung in Österreich bekannt sei, aber er sähe nicht ein, worauf man eine Demarche gegen Serbien stützen könne.

Ich erklärte, ich wisse nicht, was beabsichtigt sei. Ich vermöchte nur anzunehmen, daß irgendeine Entdeckung, die vielleicht im Laufe der Untersuchung gegen die in den Mord am Erzherzog verwickelten Leute gemacht würde — zum Beispiel, daß die Bomben in Belgrad beschafft worden seien — in den Augen der österreichischen Regierung den Grund bilden könnte, die serbische Regierung der Nachlässigkeit zu beschuldigen. Aber ich äußerte dies nur als einen Einfall und eine Mutmaßung meinerseits.

Graf Benckendorff entgegnete, er hoffe, daß Deutschland Österreich zurückhalten werde. Er könne nicht glauben, daß Deutschland einen Streit übereilt herbeiführen wolle.

Ich bemerkte, daß nach meinen Informationen die Berliner Behörden sehr beunruhigt und besorgt seien. Die Meinung habe sich in ihnen festgesetzt, daß die Stimmung in Rußland sehr deutschfeindlich sei. Sie hätten auf Grund der Besprechungen zwischen den russischen und britischen Marinebehörden irgendwie Nachrichten aus Paris oder St. Petersburg erhalten und bildeten sich zweifellos ein, daß viel mehr hinter diesen Besprechungen stecke, als tatsächlich der Fall sei. All dies könnte die deutschen Behörden zur Ansicht verleiten, daß ein Coup gegen sie vorbereitet werde, um in einem günstigen Augenblick ausgeführt zu werden. Natürlich liege kein Grund für solch eine Annahme vor. Ich erzählte Graf Benckendorff, was ich dem Fürsten Lichnowsky zu dessen Beruhigung gesagt habe¹⁾.

Graf Benckendorff bestätigte nachdrücklich, daß er, seitdem die Frage des deutschen Militärikommandos in Konstantinopel geregelt worden sei, aus Petersburg keinerlei Anzeichen der Feindschaft gegen Deutschland gehabt habe. Aber er fügte hinzu, daß die Vermehrung der russischen Armee und die größere Kriegsbereitschaft Rußlands unzweifelhafte Tatsachen wären, die möglicherweise einigen Geistern in Deutschland den Gedanken eingegeben könnten, daß es besser sei, jetzt, bevor sich die Lage mehr zu ungünsten Deutschlands verschöbe, einen Konflikt zu haben. Er vermöge jedoch nicht zu glauben, daß der Deutsche Kaiser und seine Regierung derartige Gedanken wirklich hegt.

Ich sagte, es wäre sehr wünschenswert, wenn die russische Re-

¹⁾ Siehe No. 32.

gierung in der ihr am besten erscheinenden Weise alles in ihrer Macht tun wollte, um Deutschland zu beruhigen und es zu überzeugen, daß kein Coup gegen es vorbereitet werde. Ich dächte oft bei diesen Dingen, daß es besser sei, wenn die ganze Wahrheit bekannt wäre. Die Schwierigkeit bestünde darin, den Leuten die Wahrheit zu sagen und sie glauben zu machen, daß sie wirklich die volle Wahrheit wüßten. Sie wären zum Glauben geneigt, daß viel mehr an einer Sache wäre, als man ihnen gesagt habe.

Graf Benckendorff bemerkte, daß er Herrn Sasonow schreiben würde. Nach seinen Äußerungen war er über die in Berlin herrschenden Befürchtungen gut unterrichtet; er war sich auch der Gefahr, die namentlich im jetzigen Augenblick der österreichischen Erregung gegen Serbien in dieser Stimmung liegt, und ebenso der Tatsache durchaus bewußt, wie erwünscht es sei, die schreckliche Lage zu verhüten, die entstünde, wenn die serbische Frage gewaltsam aufgerollt werden sollte.

Ich bin usw.
E. Grey

(30991)

No. 40

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 9. Juli

No. 137. Vertraulich

Wien, den 5. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich habe mich heute mit dem russischen Botschafter, Herrn Schebeko, über die erbitterte Stimmung, die hier gegen Serbien herrscht, und über ihre möglichen Folgen unterhalten. Herr Schebeko bezweifelt, ob die Feindseligkeit tief ins österreichische Volk greift, wenn sie auch die oberen Gesellschaftskreise sicherlich durchdringt. Er kann nicht glauben, daß sich das Land in einen Krieg stürzen lassen wird; denn ein isolierter Kampf mit Serbien wäre unmöglich und Rußland würde gezwungen sein, die Waffen zur Verteidigung Serbiens zu ergreifen. Darüber könne es keinen Zweifel geben. Ein serbischer Krieg würde einen allgemeinen europäischen Krieg bedeuten. Österreich fühle die wirtschaftlichen Folgen seiner Mobilisation von 1913 noch zu schmerhaft, um leichtfertig die viel größeren Opfer auf sich zu nehmen, die notwendig wären, wenn es tatsächlich in einen Krieg verwickelt werden würde. Herr Schebeko meinte, Österreich könne nicht erwarten, jenseits seiner Grenzen eine freundliche serbische Bevölkerung vorzufinden. Österreich habe in jedem Stadium des Balkankonfliktes serbische Hoffnungen vereitelt. Indem

es die Serben von der Adria vertrieb, indem es auf der Ausschließung Skutaris von Montenegro bestand und indem es sich in jeder Grenzfrage antiserbisch verhielt, habe es eine Stellung eingenommen, die jeden Serben zwinge, es als Feind zu betrachten. Österreich beschuldige jetzt ganz ungerechtfertigterweise Serbien, den Anschlag, dem der Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo zum Opfer fiel, wenn auch nicht tatsächlich gefördert, so doch durch seine Gleichgültigkeit indirekt begünstigt zu haben. Dies werde in Rußland als sehr unfair erachtet. Keine Nation könne die Tat eines Meuchelmörders mehr verabscheuen als die russische, denn Rußland habe schwer unter politischen Morden gelitten. Aber das Land, in dem ein Anschlag ausgeheckt wird, für seine Ausführung verantwortlich zu machen, sei eine neue Lehre und er glaube nicht, daß sich die österreichische Regierung durch ein paar heftige Zeitungsartikel veranlaßt sehen würde, danach zu handeln. Er sagte mir jedoch, daß Herr Jowanowitsch, der serbische Gesandte, zu Herrn Baron Macchio, dem stellvertretenden Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußern, eindringlich von der Gefahr gesprochen habe, das serbische Nationalgefühl zu sehr aufzurütteln, indem man den Anschein erwecken lasse, als teile die Regierung die in einigen Volkskreisen gegen die serbische Regierung gehegten Verdächtigungen.

Herr Schebeko beklagte die Schwierigkeit, die ihm, wie den meisten seiner Kollegen — mich eingeschlossen — bei den Versuchen begegnen, dem Grafen Berchtold, vor dem wir alle eine große persönliche Achtung haben, eine auch nur einigermaßen genaue Erklärung seiner Ansicht über internationale Angelegenheiten zu entreißen. Man überläßt es uns, die Haltung des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amtes aus ein paar vagen Bemerkungen des Grafen Berchtold, aus Zeitungsartikeln und aus Unterhaltungen mit anderen Leuten zu erraten, die mehr oder weniger enge mit öffentlichen Angelegenheiten verbunden sind.

Soweit mir Anzeichen über diese Frage zugegangen sind, weisen sie sicherlich, und zwar selbst am Ballplatz, auf das Bestehen einer sehr verärgerten Stimmung gegen Serbien hin und ich vermag augenblicklich Herrn Schebekos Neigung an den Glauben nicht zu teilen, daß die Handelskreise und allgemein die Mittelklassen Österreich-Ungarns gleichgültig in der Sache seien. Ich fürchte, man hat Grund, fast alle Schichten der Bevölkerung gerade jetzt als von blinder Wut gegen die Serben erfüllt zu betrachten, und ich habe aus guter Quelle gehört, daß viele Leute, die gewöhnlich ganz maßvolle und vernünftige Ansichten über auswärtige Angelegenheiten haben, sich nun in dem Sinne äußern, daß Österreich schließlich gezwungen sein werde, einen Beweis seiner Stärke zu geben, indem es über das Vergangene ein- für allemal mit Serbien abrechnet und einen Schlag führt, der Serbien künftig zur Machtlosigkeit verkümmert. In militärischen Kreisen herr-

schen diese Ansichten sicher vor, und es wäre vielleicht nicht klug, die Möglichkeit ganz auszuschließen, daß die Volksentrüstung über das schreckliche Verbrechen vom 28. Juni die Regierung zwingen könnte, eine Haltung einzunehmen, die wieder aufzugeben ihr nicht leicht werden würde.

Inzwischen werden täglich umfangreiche Polizeimaßnahmen getroffen, um die serbische Gesandtschaft, die serbischen Kirchen und andere Gebäude vor Angriffen zu schützen. Herr Jowanowitsch wurde durch die Bitten seines Hausbesitzers, der die Zerstörung seines Eigentums befürchtete, bewogen, seine Nationalflagge einzuziehen, während die anderen Botschaften und Gesandtschaften ihre Flaggen zum Zeichen der Trauer noch auf Halbmast wehen ließen.

Herr Dumaine, mein französischer Kollege, ist voll ernster Sorgen. Sein Land sympathisiert bekanntlich mit serbischen Aspirationen und er ist in der Lage zu wissen, was Serben in Wien sagen und tun. Er hat während der letzten Wochen wiederholt mit mir über die Gefahren der Situation gesprochen und befürchtet, daß sie möglicherweise rasch zu Komplikationen führen würden, aus denen leicht ein Krieg entstehen könnte.

Auf die Nachricht von der Mordtat äußerte ich zu meinem deutschen Kollegen die Besorgnis, daß sich die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien jetzt schwieriger denn je gestalten würden. Herr von Tschirsky* sagte nachdrücklich, daß diese Beziehungen schlecht sein müßten und daß nichts sie zu bessern vermöge. Er fügte hinzu, daß er vergeblich versucht habe, Berlin von dieser fundamentalen Wahrheit zu überzeugen. Einige Leute in Deutschland glaubten immer noch an die Wirksamkeit einer versöhnlichen Politik Österreichs Serbien gegenüber. Er selbst wisse das besser. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Seine Exzellenz mit diesen Worten auf die Ansichten seines Souveräns anspielte, aber ich habe Österreicher erzählen hören, die Gelegenheit hatten, Kaiser Wilhelm über diese Frage sprechen zu hören, daß Seine Majestät sich von Anfang an nicht von der Weisheit der österreichischen Politik, Serbien von der Adria fernzuhalten, überzeugen ließ und daß er seinen Glauben nicht verhöhlt, Österreich hätte besser getan, die normale Ausdehnung Serbiens ans Meer als Ergebnis des ersten Balkankrieges zuzulassen.

Herr Schebeko sagte mir heute, daß die Doppelmonarchie seiner Meinung nach große politische Klugheit an den Tag legen würde, wenn sie sich entschlösse, die Südslawen innerhalb der Monarchie versöhnlich zu behandeln. Solch ein Kurs würde die extremen Elemente in Rußland entwaffnen und mehr als alles andere die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn erleichtern.

* Richtig Tschirschky.

Herzog von Avarna, mein italienischer Kollege, hat diese Ansichten ebenfalls mehr als einmal zu mir geäußert, aber ich muß gestehen, daß ich wenigen Österreichern begegne, die sie teilen, und es wäre ohne Zweifel für Graf Berchtold, den man so sehr mit der Politik, Serbien innerhalb der engsten Grenzen zu halten, identifiziert, sehr schwierig, jetzt einen anderen Kurs einzuschlagen.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Vermerke

Letzter Absatz. Der italienische Botschafter in Wien scheint in bezug auf die Weisheit der neuerlichen antiserbischen Politik die gleiche Ansicht zu haben, wie sie nach unserer begründeten Annahme Signor Martino und in der Tat das italienische Ministerium im allgemeinen hat. — E. P. 9. Juli.

Aber die Unklugheit einer blind antiserbischen Politik wird in Österreich durchaus nicht erkannt und das ist der Kernpunkt einer ziemlich bedrohlichen Lage. Herr Schebeko unterschätzt die Ausdehnung der serbenfeindlichen Stimmung in Österreich: sie beschränkt sich nicht auf die allerhöchsten Kreise, wie er optimistisch zu schließen scheint. — R. G. V. 9. Juli.

Ich bezweifle, ob Österreich eine Aktion ernster Art unternimmt, und ich rechne damit, daß der Sturm vorüberziehen wird. Herr Schebeko ist ein scharfsinniger Mann und ich lege auf jede Meinung Gewicht, die er äußert. — A. N.

(31980)

No. 41

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold (Berlin)

No. 223. Geheim

Auswärtiges Amt, den 9. Juli 1914

Euer Hochwohlgeborene!

Ich habe heute erneut mit dem deutschen Botschafter über den Gegenstand unserer Unterhaltung vom letzten Montag (6. ds. Mts.) gesprochen¹⁾. Ich sagte, daß ich ganz privat spräche, wie er das auch getan hätte; denn er selbst habe bemerkt, daß die Dinge, die er erwähnte, zu heikel wären, um anders als privat behandelt zu werden.

Fürst Lichnowsky wiederholte, was er mir über die Befürchtungen in Deutschland hinsichtlich einer gegen Deutschland gerichteten englisch-russischen Marinekonvention gesagt hatte, und meinte, er hätte die Sache nur wegen meiner im Unterhaus abgegebenen Erklärung berührt, über die er auftragsgemäß die Befriedigung seiner Regierung auszudrücken gehabt habe.

Unter Hinweis auf die neulich von seiner Seite gefallenen Äußerungen sagte ich, ich dürfe nicht dahin verstanden werden, als hätten zwischen den Militär- und Marinebehörden Frankreichs, Rußlands

¹⁾ No. 32.

und Englands keine Besprechungen stattgefunden. Einige Besprechungen hätten von Zeit zu Zeit stattgefunden, und zwar zuerst im Jahre 1906. Aber all das sei auf der Grundlage erfolgt, daß die Hände der Regierungen völlig frei blieben. Wenn in der Tat solche Besprechungen stattfänden, brauchte ich die Einzelheiten nicht zu erfahren. Was die Regierung und mich selbst angehe und was ich im Auge behalten müsse, sei, ob wir im Falle eines Krieges daran teilnehmen sollten oder nicht. Wenn wir irgendeine Abmachung träfen, die uns Verpflichtungen auferlegte, so würde es sich nicht um eine geheime Abmachung handeln. Ich sei dem Parlament gegenüber verpflichtet, keine derartige Geheimabmachung zu schließen, und würde eine solche Abmachung getroffen, dann wäre sie dem Parlament vorzulegen. Es entspräche auch der Wahrheit, daß niemals so etwas wie ein Angriff gegen Deutschland vorbereitet worden sei. Während der Marokokrise im Jahre 1906 zum Beispiel und wiederum zur Agadirzeit habe man befürchtet, Deutschland könnte Frankreich ein Ultimatum stellen: aber eine derartige Erwägung sei etwas anderes, als einen Angriff gegen Deutschland vorzubereiten. Ich gab dem Botschafter dann die Aufzeichnung zu lesen, die ich über meine Unterredung mit ihm vom 24. Juni ds. Js. gemacht hatte¹⁾. Ich sagte, daß jedes Wort darin seine Geltung habe.

Ich teilte dem Botschafter mit, daß ich seit unserer Begegnung am letzten Montag zum Grafen Benckendorff die Befürchtung geäußert hätte, die österreichische Regierung könnte sich durch die öffentliche Meinung zu einer Demarche bezüglich Serbiens gezwungen sehen. Ich hätte Graf Benckendorff von dem unterrichtet, was ich dem Fürsten Lichnowsky über die Stimmung gegen Deutschland gesagt habe. Graf Benckendorff hätte mir erwidert, daß, seitdem die Frage des deutschen Militärkommandos in Konstantinopel geregelt worden sei, auch er aus St. Petersburg keinerlei Anzeichen von einer gereizten oder böswilligen Stimmung in Rußland gegen Deutschland erhalten habe²⁾.

Fürst Lichnowsky hatte zwar keine Nachrichten, äußerte aber die Hoffnung, daß es der deutschen Regierung gelungen sein möchte, die österreichischen Absichten bezüglich Serbiens zu dämpfen. Er hoffte, daß, wenn England und Deutschland in Fühlung miteinander blieben, wir unter allen Umständen in der Lage wären, die Dinge in der rechten Bahn zu halten.

Ich entgegnete, daß es natürlich verhältnismäßig leicht sein werde, St. Petersburg für eine ruhige Auffassung zu gewinnen, wenn eine österreichische Aktion gegen Serbien in gewissen Grenzen gehalten würde; aber es gäbe einiges, was Österreich tun könne und worauf sich die russische Regierung veranlaßt fühlen möchte, zu er-

¹⁾ No. 4.

²⁾ No. 39.

klären, das slawische Gefühl in Rußland sei so stark, daß sie ein Ultimatum oder etwas Derartiges stellen müsse. Ich versicherte dem Fürsten Lichnowsky, daß ich die gleiche Politik wie während der Balkankrise fortführen und mein Äußerstes tun würde, um den Ausbruch eines Krieges zwischen den Großmächten zu verhüten. Je größer die Gefahr eines Krieges sei, desto zäher würde ich an dieser Politik festhalten. Er könne seiner Regierung versichern, daß ich nicht nur den Frieden nicht zu stören wünsche, sondern auch mein möglichstes tun würde, um ihn zu erhalten. Ein Krieg zwischen den Großmächten würde das Scheitern des großen Ziels bedeuten, für das wir alle, die wir während der Balkankrise an der Londoner Konferenz teilgenommen, gearbeitet hätten.

Im Verlaufe der Unterhaltung warf ich die Bemerkung hin, ich nähme an, daß Deutschland seine eigenen Marine- und Militärabmachungen mit den anderen Mitgliedern des Dreibundes habe.

Fürst Lichnowsky gab mir darauf die Versicherung ab, daß der Dreibund so geblieben sei, wie er zur Zeit des Fürsten Bismarck bestand: er sei rein defensiv und enthalte keine Marineabmachung bezüglich des Mittelmeeres.

Ich bin usw.
E. Grey

*Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung
siehe in DD No. 30*

(31150)

No. 42

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 10. Juli

No. 339

Paris, den 9. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der heutige „*Matin*“ benachrichtigt seine Leser, daß demnächst in Paris ein kleines Buch des Fürsten Bülow unter dem Titel „*La Politique allemande*“ erscheinen wird. Dies Buch wurde, wie der „*Matin*“ angibt, von Herrn Maurice Herbette (vom Ministerium des Äußern) übersetzt und Herr de Selves, Ex-Minister des Äußern, hat ein Vorwort zur französischen Ausgabe geschrieben.

Herr Herbette war Privatsekretär von Herrn de Selves in der Zeit, als dieser Außenminister war, nämlich von Juni 1911 bis Januar 1912, also zu einer Zeit, in welche die Agadir-Angelegenheit und die Unterzeichnung des französisch-deutschen Vertrages über Marokko und das französische Äquatorial-Afrika fiel....

Der „Matin“ gibt nach Ankündigung der bevorstehenden Veröffentlichung des obengenannten Buches eines seiner Kapitel mit der Überschrift „La France irréconciliable“ wieder. Der Kern dieses Kapitels ist im letzten Satz enthalten; dort zitiert Fürst Bülow einige Worte, die ein französischer Diplomat einmal zu einem englischen Minister äußerte, daß nämlich, solange Elsaß-Lothringen deutsch sei, das französische Volk nie aufhören werde, in Deutschland den „permanenten“, in jeder anderen Macht nur den „akzidentiellen Gegner“ zu sehen. Der „Matin“ veröffentlicht in einer Spalte daneben das von Herrn de Selves geschriebene Vorwort. Ich beeche mich, Ihnen hiermit einen Auszug aus dem „Matin“ zu übersenden, der das Kapitel des Fürsten Bülow und das Vorwort des Herrn de Selves’ enthält¹⁾.

Der „Temps“ von gestern abend brachte ebenfalls einen Artikel, in dem französisch-deutsche Angelegenheiten erwähnt sind. Der Artikel kritisiert zuerst Herrn Jaurès, der in der Kammer gegen die bevorstehende Reise des Herrn Poincaré nach Rußland gesprochen hatte (eine platonische Kundgebung, welche die Sozialistische Partei bei sich bietender Gelegenheit gegen das autokratische Regime von Frankreichs Verbündetem zu machen pflegt) und meint dann, daß die Sozialisten einen dreifachen Feldzug im Auge hätten — gegen die dreijährige Dienstpflicht, gegen das russische Bündnis und zugunsten einer Annäherung an Deutschland.

Der Artikel im „Temps“ legt großes Gewicht auf die Tatsache, daß Frankreich, da es keinen Krieg gegen Deutschland unternommen habe, um seine verlorenen Provinzen wiederzuerobern, danach streben müsse, seine diplomatische Stellung in Europa wiederzugewinnen. Das geschähe durch die Schaffung einer Gruppe von Mächten, die unabhängig von deutschem Einfluß seien. Würde man auf Herrn Jaurès’ Anregung bezüglich eines *élargissement* des französischen Systems der Bündnisse und *ententes* hören, so würde das nach dem „Temps“ zur Vernichtung des von Frankreich aufgebauten Systems führen. „Une entente politique avec l’Allemagne,“ heißt es weiter, „annulant l’effort de quarante ans et désertant les voies où notre diplomatie a retrouvé la sécurité et la liberté, aucun Français conscient ne saurait y souscrire.“

Der Artikel schließt mit der nachdrücklichen Behauptung, Frankreich stünden keine Ersatz-Bündnisse oder Freundschaften („alliances et amitiés de rechange“) zur Verfügung, wenn es seine gegenwärtigen Aufgabe.

Ich bin usw.

Granville

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

Sir H. Bax-Ironside an Sir Arthur Nicolson

(Privat) Britische Gesandtschaft, Sofia, den 6. Juli 1914
Verehrter Nicolson,

Der verstorbene Erzherzog und König Ferdinand standen, wie Sie wohl wissen, auf Kriegsfuß miteinander. Sie kannten sich von Jugend auf und konnten einander anscheinend nie leiden.

Im ganzen sind die Aussichten nicht günstig. Ich habe mich sowohl in meinen Berichten wie in meinen Briefen völlig enthalten, die Alarmglocke zu schlagen. Wenn der Stein ins Rollen kommt, wird dies durch die Türkei geschehen, und zwar etwa im Oktober, nachdem sie ihren neuen Überdreadnought erhalten hat. Bulgarien wird vor einer endgültigen Abmachung mit der Türkei über die Teilung der Beute nicht mitmachen.

Wie ich Ihnen in einem früheren Briefe schrieb, glaube ich nicht, daß Serbien die albanische Grenze überschreiten wird, es sei denn, daß es sich vorher die russische Hilfe gesichert hat, „le jeu ne vaut pas la chandelle“, da es durch eine solche Tat Europa gegen sich aufbringen wird.

Ich neige zur Annahme, daß auch Österreich, solange der Kaiser lebt, sich ruhig verhalten wird, obgleich die Stimmung gegen die Serben eine Zeitlang fieberheiß sein dürfte. Wenn jedoch die Türkei und Griechenland miteinander in Krieg geraten und die türkischen Truppen die bulgarische Grenze überschreiten, wird Serbien ganz unfehlbar Griechenland zu Hilfe eilen und Rumänien wird schließlich wieder einen Teil der Beute bekommen. Diesmal wird es Schumla und Varna nehmen, wenn sich ihm die Gelegenheit dazu bietet.

Es sieht so aus, als würde die erste Anleihe in Deutschland aufgenommen werden; aber sie wird nicht ausreichen, und der Himmel weiß, an wen sie sich wegen der nächsten wenden werden.

Ihr aufrichtig ergebener

H. O. Bax-Ironside

(31544)

No. 11

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 13. Juli

No. 288. Vertraulich

Berlin, den 11. Juli 1914

Euere Exzellenz:

Ich hatte die Ehre, Ihnen geheimen Erlaß No. 214 vom 6. d.

Mts.¹⁾ über die Bemerkungen zu erhalten, die der deutsche Botschafter unter anderem über die Lage, die sich für Deutschland aus der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand ergibt, privatim zu Ihnen machte.

Die Äußerungen des Fürsten Lichnowsky hierüber werden, soweit ich es beurteilen kann, erstens durch die reservierte Haltung der deutschen Presse und dann durch das vollkommen bestätigt, was ich auf dem kaiserlichen Auswärtigen Amt zu erfahren vermochte.

Als hier die Nachricht von der Mordtat in Serajewo bekannt wurde, herrschte in amtlichen Kreisen offenbar die Besorgnis, daß die österreichisch-ungarische Regierung einen übereilten Schritt von weitreichenden Folgen gegen Serbien unternehmen könnte. Ein derartiger Gedanke muß Herrn Zimmermann beschäftigt haben, als er zum russischen Botschafter in dem Sinne sprach, wie ich in meinem Schreiben No. 265 vom 30. v. Mts. Ihnen zu berichten die Ehre hatte²⁾. Seine Bemerkungen waren offenbar darauf berechnet, weiter erzählt zu werden und der serbischen Regierung als Wink zu dienen, einer möglichen Aktion der österreichisch-ungarischen Regierung vorzukommen.

Der Umstand, daß anfänglich in der deutschen Presse eingehende Vermutungen über das, was sich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ereignen könnte, fast völlig fehlten, war ein Anzeichen dafür, daß die Lage für Deutschland schwierig war. Die Zeitungen brachten lediglich Telegramme aus Wien, daß irgendwelche unmittelbaren Schritte in Belgrad erwogen würden. Als aber bekannt wurde, daß die österreichisch-ungarische Regierung das Ergebnis der Untersuchung in Serajewo abwarten werde, ehe sie eine Aktion unternähme, trat deutlich ein Gefühl der Erleichterung zutage. Dann kam die Erklärung des Grafen Tisza in der Abgeordnetenkammer in Budapest³⁾). Auf diese Erklärung bezieht sich das nachstehende halbamtliche Communiqué in der „Kölnischen Zeitung“ vom 9. d. Mts.:

„Die Ausführungen, mit denen der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im Abgeordnetenhause zu Budapest die Interpellation des Grafen Andrassy über das Attentat in Sarajewo beantwortet hat, werden in den hiesigen politischen Kreisen mit Zustimmung begrüßt. Graf Tisza hat das große Interesse an der Erhaltung des Friedens betont, aber auch in ernster Weise auf die Wahrung der Lebensinteressen und des Prestiges der österreichisch-ungarischen Monarchie hingewiesen. Die Ruhe wie die Entschlossenheit, die aus dieser Erklärung spricht, begegnet hier vollem Verständnis.“*

¹⁾ No. 32.

²⁾ No. 22.

³⁾ Vgl. No. 55, 65, 70.

* „Kölnische Zeitung“ vom 9. Juli 1914, Abendausgabe, No. 787.

Die Presse hat in den letzten paar Tagen die Lage viel offener erörtert. Allgemein laufen ihre Äußerungen darauf hinaus, daß Österreich-Ungarn den üblichen Zustand an seiner serbischen Grenze nicht dauernd dulden könne. Harte Urteile werden über Serbien und die Serben gefällt und einige Blätter nehmen ohne weiteres an, daß die Serben hinter ihrem großen slawischen Bruder Schutz suchen werden. Die Ansicht ist allgemein verbreitet, daß Deutschland in dieser Sache seinem Verbündeten beistehen wird und muß.

Ich fragte Herrn von Jagow an seinem Empfangstage, was für Nachrichten er aus Serbien habe. Er antwortete, er habe keine, fügte aber hinzu, daß, wenn die serbische Presse in ihrem jetzigen Ton fortfaire, die Sache eine ernste Wendung nehmen würde.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(31661)

No. 45

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 13. Juli

No. 126

Belgrad, den 10. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die scharfen Repressalien, die infolge der Ermordung des Erzherzogs Ferdinand gegen die serbische Bevölkerung in Bosnien ergriffen wurden, haben, wie zu erwarten war, die Leidenschaften der serbischen gelben Presse entfesselt. Ich will Sie mit keinem dieser bissigen Artikel belästigen, die unverantwortlich und nichtamtlich sind. Sie wurden kürzlich vom Regierungsorgan, der „Samouprava“, in einem Leitartikel verurteilt, der die korrekte Haltung der serbischen Presse unmittelbar nach dem Mord und die allgemeine Mißbilligung des Verbrechens in Serbien hervorhob. Deshalb ist es, wie die „Samouprava“ ausführt, um so bedauerlicher, daß gewisse Organe durch spätere Vorgänge in Bosnien veranlaßt wurden, eine Rechtfertigung des Mordes zu versuchen. Das einzige Ergebnis kann nur in einer Rechtfertigung der Folgen bestehen, die der Mord für die serbische Bevölkerung Österreich-Ungarns gehabt hat. Die Hoffnung gelangt zum Ausdruck, daß diese Pressefehden nun aufhören werden. Serbien ist jetzt so stark, daß man von Drohungen und Beleidigungen absehen sollte. Der Artikel schließt mit der Betonung der Tatsache, daß die österreichisch-ungarische Presse die Gelegenheit ergriffen hat, einen Feldzug der Verleumdung und Bedrohung

gegen Serbien zu eröffnen und das Volk zu Ausschreitungen gegen unschuldige und friedfertige Bürger aufzustacheln, wodurch sie sich den Tadel jedes zivilisierten Staates zuziehe.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

(32017)

No. 46

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 15. Juli

No. 140

Wien, den 11. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Im Hinblick auf die gegen die ganze serbische Rasse erbitterte Stimmung, die durch die Ermordung des Thronfolgers in der Doppelmonarchie erzeugt wurde, hat man das Ergebnis einer Konferenz der gemeinsamen Außen-, Finanz- und Kriegsminister, sowie der Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn, die am 7. d. Mts. in Wien stattfand¹⁾, um über die durch die Ermordung geschaffene Lage zu beraten, gespannt erwartet und die hitzigeren Gemüter haben ohne Zweifel einigermaßen enttäuscht die andern Tags im offiziellen „Fremdenblatt“ stehende Mitteilung aufgenommen, daß bloß die innere Lage Bosniens und der Herzegowina, soweit sie durch die Gewalttat berührt würde, Gegenstand der Erwägungen gewesen sei. Weniger verantwortliche Blätter erklärten sich jedoch in der Lage, festzustellen, daß die Beratungen ein viel weiteres Gebiet umfaßt hätten. Es sei nicht nur beschlossen worden, die schärfste Polizeikontrolle über serbische Vereinigungen, Schulen und Kirchen innerhalb der annexierten Provinzen einzuführen und mit äußerster Strenge alle verdächtigen Fremden von jenseits der serbischen Grenze abzuweisen, sondern man habe auch — zwecks alsbaldiger Ausführung — den Entwurf einer energischen diplomatischen Demarche bei der serbischen Regierung fertiggestellt, um diese zu veranlassen, die verderbliche Propaganda der Allserbischen Liga ein- für allemal zu unterbinden.

Da diese Nachrichten in Zeitungen erschienen, von denen bekannt ist, daß sie vom Pressebüro gelegentlich für halbamtliche Mitteilungen benutzt werden, so verursachten sie beträchtliche Beunruhigung in der öffentlichen Meinung und bald zeigte sich ihre Wirkung in dem allgemeinen Kurssturz am Wiener Geldmarkt. Nach

¹⁾ Ein offizieller Bericht über diesen Ministerrat findet sich in Oe I No. 8.

Graf Berchtolds Audienz beim Kaiser in Ischl am 9. d. Mts., in der Seine Exzellenz, wie man annahm, die endgültigen Weisungen Seiner Majestät bezüglich der Übermittlung einer Drohnote an Serbien erhalten sollte, behauptete die Lärmpresse, daß der fragliche Schritt in den nächsten paar Tagen unternommen werden würde, zumal das Untersuchungsverfahren in Serajewo die Mitschuld Serbiens an der Mordtat bereits klar erwiesen habe. Gestern hielt man es aber für angezeigt, amtlich in der Presse zu erklären, daß sämtliche Darstellungen, die angeblich die Ergebnisse des Ministerrats und der Audienz beim Kaiser enthüllten, völlig der Grundlage entbehrten. In der Tat ist daher augenblicklich über die Absichten der Regierung nichts bekannt und es mag wohl sein, daß sie zögert, einen Schritt zu tun, der eine Situation großer internationaler Spannung herbeiführen könnte. Man scheint auf jeden Fall das Ergebnis der Untersuchung in Serajewo abwarten zu wollen, ehe man einen endgültigen Entschluß faßt. Der serbische Gesandte in Wien erklärt, er habe keinen Grund anzunehmen, daß man eine drohende Mitteilung an seine Regierung richten werde.

Ich bin usw.

(für den Botschafter)

Alexander Cadogan

No. 47

Mitteilung der serbischen Gesandtschaft

Aus Dokumenten unter der Privatkorrespondenz von Sir A. Nicolson geht hervor, daß der serbische Gesandte an einem nicht besonders bezeichneten Tag bezüglich eines Artikels, der am 11. Juli 1914 in einer Zeitschrift namens „John Bull“ erschienen war, privatim um Rat gefragt hat. Dieser Artikel brachte angeblich Beweismaterial dafür bei, daß die der serbischen Gesandtschaft in London attachierte Geheimpolizeiabteilung um die Pläne zur Ermordung des Erzherzogs gewußt hätte. Herr Boschkowitsch wünschte sich nun wegen einer Verleumdungsklage Rats zu erholen. Am 15. Juli unterrichtete ihn Sir Arthur Nicolson mündlich, nach Ansicht von Juristen könne ein derartiges Verfahren fehlschlagen; der Verfasser des Artikels sei sehr darauf bedacht gewesen, so vage zu schreiben, daß nicht irgend eine bestimmte Person die Möglichkeit habe, sich wegen Verleumdung zu beklagen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß es in England keine Mittel gäbe, mit denen die Staatsgewalt ein Presseorgan unterdrücken könne.

(31367)

No. 48

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 42. *En clair*

Belgrad, den 11. Juli 1914

Herr von Hartwig, der russische Gesandte hier, ist gestern abend plötzlich am Herzschlag gestorben.

Vermerke

In der politischen und diplomatischen Welt wird Herrn von Hartwigs Tod keinen großen Kummer verursachen. — E. A. C. 11. Juli.

Er war ein treuer und rühriger Verfechter der russischen Politik, obwohl er sich eigentümlicher Methoden bediente. Seine serbische Politik war, soweit russische Interessen in Betracht kamen, entschieden erfolgreich. — A. N.

Ich kann nur sagen: „de mortuis nil“. — E. G.

(31514)

b)

(Tel.) No. 43

Belgrad, den 12. Juli 1914

A. 10³⁰ vorm.

E. 11⁵⁰ vorm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm.

Durch eine sonderbare Schicksalsfügung erfolgte Tod des russischen Gesandten während Besuches, den er österreichischem Gesandten nach dessen Rückkehr aus Wien machte. Russischer Gesandter hegte Wunsch, gewisse persönliche Aufklärungen zu geben hinsichtlich verschiedener Gerüchte über sein Benehmen und seine Haltung nach Ermordung des Erzherzogs, worüber ich durch Kurier berichte¹⁾.

Mir wird versichert, daß Unterredung ganz freundschaftlich verlief, und nach Zeugnis des Arztes wäre Tod jedenfalls im Verlauf weniger Tage eingetreten.

No. 49

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 9. Juli 1914

Die französische Regierung scheint sich lebhaft mit der Frage der englisch-russischen Beziehungen in Persien zu beschäftigen, und Páleologue sagt mir, Poincaré, der am 20. Juli hier erwartet wird, wolle unter anderem hauptsächlich auch darüber mit Sasonow reden. Wenn

¹⁾ No. 62.

Sie mir daher mitteilen würden, ob es besondere Punkte gibt, die Sir Edward Herrn Sasonow einschärfen lassen möchte, will ich sie Poincaré gegenüber erwähnen, wenn ich ihn beim Empfang des Diplomatenkorps sehe.

Da nun das erste durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin hervorgerufene Gefühl des Entsetzens verflogen ist, scheint allgemein ein Eindruck der Erleichterung vorzuherrschen, daß eine solch gefährliche Persönlichkeit als Thronfolger beseitigt ist.

Anmerkung: Dieser Brief behandelt größtenteils die britisch-russischen Beziehungen in Asien. Siehe Einleitung Seite XXII ff.

(32282)

No. 50

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 85. Vertraulich

Wien, den 16. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Äußerungen des Außenministers zu einem meiner Freunde, der sie mir weitererzählte, entnehme ich, daß Lage auf dem Außenministerium in ernstem Licht betrachtet wird und daß eine Art Anklageschrift gegen die serbische Regierung wegen angeblicher Mitschuld an der Verschwörung, die zur Ermordung des Erzherzogs führte, in Vorbereitung ist. Anklage wird sich auf das Gerichtsverfahren in Serajevo stützen. Mein Gewährsmann erklärt, daß man von der serbischen Regierung verlangen wird, gewisse entschiedene Maßnahmen zur Eindämmung nationalistischer und anarchistischer Propaganda zu ergreifen, und daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht gesonnen ist, mit Serbien zu parlamentieren, sondern auf sofortiger bedingungsloser Einwilligung bestehen werde, andernfalls Gewalt angewendet würde. Deutschland soll mit diesem Vorgehen völlig einverstanden sein und man meint, das übrige Europa werde mit Österreich-Ungarn in der Forderung sympathisieren, daß Serbien künftig unterwürfige Haltung einnehmen soll.

Mein Gewährsmann erklärt, daß Graf Forgach diese Ansichten seines Chefs durchaus teilt und daß sie in allen Schichten Österreich-Ungarns ganz allgemein verbreitet sind.

Ich fragte, ob man von Rußland erwarte, daß es im Falle der Gewaltanwendung gegen Serbien ruhig zuschauen werde.

Mein Gewährsmann sagte, er vermute, daß Rußland Mörder seiner Rasse nicht schützen wolle; aber Österreich-Ungarn würde jedenfalls ohne Rücksicht auf die Folgen vorgehen. Es würde seine

Stellung als Großmacht einbüßen, wenn es sich weiteren Nonsense von Serbien gefallen ließe.

Diese Sprache wird auch von einem Teil der Zeitungen, einschließlich der „Neuen Freien Presse“ geführt, die jetzt mit dem Außenministerium in Fühlung steht. Das amtliche „Fremdenblatt“ ist gemäßiger.

Ich hoffe, Minister des Äußern Freitag zu sehen.
(Gleichlautend nach Belgrad)

Vgl. Berichte No. 55, 56

Vermerk

Graf Trauttmansdorff sprach heute (ganz privat) ausführlich mit mir und drückte dabei fast die gleichen Ansichten aus. — E. A. C. 16. Juli.

(32283)

No. 51

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 86

Wien, den 16. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

In Erwiderung auf Interpellationen in ungarischer Kammer bezüglich der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herrschenden Spannung sagte ungarischer Ministerpräsident gestern abend, Beziehungen zwischen den beiden Ländern müßten geklärt werden*, aber Regierung sei nicht der Meinung, daß diese Klärung notwendigerweise zu kriegerischen Verwicklungen führen müsse. Obgleich Hoffnung auf friedliche Lösung in Rede zum Ausdruck kommt, gab Graf Tisza eine Art allgemeiner Erklärung ab, daß jede Nation zum Krieg bereit sein müsse¹).

(32300)

No. 52

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 17. Juli

No. 347

Paris, den 16. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Über die gegenwärtige und künftige Vermehrung der russischen Armee veröffentlicht der „Temps“ in seiner heutigen Ausgabe einen

¹⁾ Siehe No. 65, 82.

* In diesem Sinne auch in „Schultheß‘ Europäischem Geschichtskalender“, Jahrgang 1914, S. 463. Nach dem „Pester Lloyd“ vom 16. Juli 1914, Morgenblatt No. 166, hat sich Tisza schärfer mit den Worten ausgedrückt: „Die Angelegenheit mit Serbien ist unter allen Umständen zu bereinigen.“ Siehe Dok. No. 82.

Leitartikel, der nicht nur wegen der Aufschlüsse, die er über die Einzelheiten der russischen Streitkräfte enthält, sondern auch hinsichtlich der Wirkung beachtenswert ist, die er wahrscheinlich auf die französische öffentliche Meinung ausüben wird; denn diese bildet sich ihr Urteil über die militärische Lage fremder Völker großenteils aus Informationen, die ihr Zeitungen vom Range des „Temps“ verschaffen. Der Hauptinhalt des „Temps“-Artikels ist wie folgt:

Obschon die Duma und der Reichsrat in geheimer Sitzung über die militärischen Fragen beschlossen haben und die russische Presse völlig darüber geschwiegen hat, ist es trotzdem möglich, die Hauptlinien der neuen vom russischen Generalstab entworfenen Militärvorlage zu erkennen. Der Grundgedanke besteht in der systematischen und allgemeinen zahlenmäßigen Erhöhung der Friedensstärke der Armee. Rußland, das eine Bevölkerung von einhundertundachtzig Millionen hat, vermag diese Maßnahme mit der größten Leichtigkeit durchzuführen. Es braucht aus hundert seiner Untertanen bloß immer einen Soldaten herauszuziehen, um ein aktives Heer von einer Million achthunderttausend Mann zu bilden. Rußland hat diese Formel angenommen und künftig wird seine Armee mit der Zunahme seiner Geburtsrate Schritt halten. Die russischen Militärbehörden wollen indes nicht nur das jährliche Rekrutenkontingent erhöhen, sondern auch die Militärdienstzeit verlängern. Der Ukas vom 20. März 1906, der das Militärgesetz von 1874 einschränkte, hatte die Dienstzeit für die Infanterie und berittene Artillerie auf 3 Jahre und für die anderen Gattungen auf 4 Jahre herabgesetzt. Jetzt hat man dies System geändert; die Mannschaften, die im gewöhnlichen Lauf der Dinge ihre Dienstzeit im Oktober beendet haben würden, werden bis zum nächsten April unter den Fahnen behalten. Bezüglich der Erhöhung des jährlichen Rekrutenkontingentes ist zu bemerken, daß von 1908 bis 1913 die Zahlen in jedem Jahre ungefähr die gleichen waren, das heißt es wurden etwa 450 000 Mann jährlich eingezogen. Dies ergab eine Armee von 1 300 000 Mann Friedensstärke. Das nächste Kontingent wird sich jedoch auf 580 000 Mann belaufen, was eine Erhöhung um 130 000 Mann im Vergleich zum Zeitraum von 1908—13 bedeutet; doch diese Ziffer wird sich stufenweise weitererhöhen. Bis 1918 wird die russische Armee eine Friedensstärke von insgesamt 1 700 000 Mann erreichen; und wenn man die Berechnung für die ersten Monate des Jahres 1919 — ehe dasjenige Kontingent zur Entlassung gelangt, das dann bereits drei Jahre Dienst hinter sich hat — anstellt, muß die Gesamtfriedensstärke der russischen Armee auf 2 300 000 Mann geschätzt werden.

Der „Temps“ schließt diesen Überblick über die russische Militärmacht mit der Bemerkung, daß allein das bloße Gewicht dieser neuen Truppenmassen seine Wirkung auf das europäische Gleichgewicht haben muß. Frankreich ist mehr als die anderen Nationen

an der neuen Sachlage bei der russischen Armee interessiert und der französische Beitrag zur gemeinsamen militärischen Anstrengung schließt die vollständige Beibehaltung des dreijährigen Dienstgesetzes in Frankreich ein.

Ich habe usw.
Granville

(32459)

No. 53

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 44

Belgrad, den 17. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.
E. 4²⁵ nachm.

Wiener Telegramm No. 85 vom 16. Juli¹⁾.

Gegenwärtige Haltung serbischer Regierung ist behutsam und versöhnlich. Serbischer Ministerpräsident hat österreichischem Gesandten in nichtamtlicher Unterredung erklärt, daß serbische Regierung bereit sei, jedem Ansuchen um polizeiliche Untersuchung sofort nachzukommen und jede andere Maßnahme, die mit Würde und Unabhängigkeit des Staates vereinbar, zu ergreifen.

Aber allgemein herrscht das Gefühl, daß einem Verlangen der österreichisch-ungarischen Regierung nach Einsetzung einer gemischten Untersuchungskommission, nach Unterdrückung nationalistischer Gesellschaften oder nach Pressezensur nicht entsprochen werden könne, da dies fremde Einmischung in innere Angelegenheiten und Gesetzgebung bedeuten würde.

(Gleichlautend nach Wien)

(32510)

No. 54

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 18. Juli

No. 351

Paris, den 17. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß in dieser Woche der Jahreskongreß der französischen Sozialisten in Paris stattgefunden hat. Die wichtigste zur Erörterung gelangte Frage betraf die Haltung des Sozialismus im Falle eines europäischen Krieges. Der Vorschlag der

¹⁾ No. 50.

Herren Keir Hardie und Vaillant, des französischen Abgeordneten, man solle einer Kriegserklärung mit einem Generalstreik der Arbeiterklassen in den betreffenden Ländern begegnen, war Gegenstand einer langen Debatte, während der ein beträchtlicher Meinungsunterschied unter den Abgeordneten zutage trat. Mehrere von ihnen wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei Erklärung eines Generalstreiks zu einer Zeit, in der das Land am Rande des Krieges stände, ergeben würden. Man hat vorgebracht, daß solch ein Verhalten womöglich nur die Geschäfte des feindlichen Landes fördern würde, in dem die sozialistischen Organisationen vielleicht weniger stark seien oder in dem der Krieg, wenn auch noch so ungerecht, populär wäre. Um wirksam zu sein, müsse der Generalstreik gleichzeitig in beiden Ländern erklärt werden, und dies sicherzustellen sei außerordentlich schwierig. Herr Guesde, der Führer einer Schule französischer Sozialisten, meinte, man dürfe nicht annehmen, daß die deutsche Arbeiterklasse in Gemeinschaft mit der französischen einen Generalstreik erklären würde, der ihr Land den Händen der Russen, den Verbündeten Frankreichs, auslieferte. Man erinnerte die Abgeordneten an die Schwierigkeiten, die sich dem Erfolg eines Generalstreiks nach erlassenen Mobilmachungsbefehlen, zur Zeit des Standrechts und der allgemeinen Aufregung, die einem Krieg vorauszugehen pflegt, in den Weg stellen würden. Herr Hervé, der bekannte Antimilitarist, betonte in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit, zwischen einem Angriffs- und Verteidigungskrieg zu unterscheiden.

Herr Marcel Sembat, der zugunsten des Generalstreikes sprach, fragte, was denn eine internationale Organisation nütze, wenn die Sozialisten vor jedem Hindernis verzagten. Herr Jaurès sagte, er sei, wenn er auch die Bedenken gegen einen Generalstreik als einseitiger Maßnahme, die gegen sein eigenes Land ausfallen könne, durchaus anerkenne, doch der Ansicht, daß er das beste Mittel sei, mit dem die Arbeiterklasse den Krieg zu bekämpfen vermöge, daß er zum mindesten ein Vorbeugungsmittel sei und daß der Kongreß erwägen solle, wie man eine möglichst wirksame Waffe daraus machen könne.

Nach einer weiteren Diskussion wurde ein Ausschuß zur Abfassung einer Formel eingesetzt, die der allgemeinen Ansicht des Kongresses Ausdruck verleihen sollte.

Herr Jaurès als Wortführer dieses Ausschusses verfasste den folgenden Entwurf:

„Entre tous les moyens employés pour prévenir et empêcher la guerre et pour imposer aux Gouvernements le recours à l'arbitrage, le Congrès considère comme particulièrement efficace:

La Grève Générale Ouvrière, simultanément et internationalement organisée dans les pays intéressés, ainsi que l'agitation et l'action populaires sous les formes les plus actives.“

Dieser Antrag wurde mit 1690 gegen 1174 Stimmen, bei dreihundachtzig Stimmenthaltungen, angenommen.

Ehe der Kongreß auseinanderging, nahm er einstimmig eine Resolution an, welche die französisch-deutschen interparlamentarischen Unionen in Basel und Bern billigte und die Hoffnung ausdrückte, Elsaß-Lothringen möchte die Autonomie gewährt werden, da dies stark zur Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands beitragen würde.

Ich habe usw.

Granville

(32532)

No. 55

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 18. Juli

No. 143

Wien, den 13. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Wie ich von einem Österreicher, der Fühlung mit dem Ballplatz hat, höre, ist Graf Berchtold zwar selbst friedlich gesinnt, aber bei verschiedenen Mitgliedern des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amtes, deren Ansichten Gewicht haben, herrscht das Gefühl, daß energische Schritte gegen Serbien geboten seien. Diese Leute argumentieren, daß die Doppelmonarchie ihre Stellung als Großmacht verlieren wird, wenn sie nicht ein- für allemal in Belgrad klarmacht, daß serbische Provokationen nicht länger diesseits der Grenze geduldet werden, und sie dringen auf militärische Maßnahmen, um Serbien zur Annahme dessen zu zwingen, was sie als notwendige Forderung der Teilnahme österreichischer Vertreter bei der Aufgabe betrachten, die Anstifter und Komplizen des Anschlages auf den österreichischen Thronfolger herauszufinden und ihrer verdienten Strafe zuzuführen. Die „Reichspost“ und andere mehr oder weniger unabhängige Organe der Wiener Presse führen einen kräftigen Feldzug in dieser Richtung. Die „Neue Freie Presse“ hat sich durch Geschrei nach Rache an Serbien ausgezeichnet. Von vielen Seiten hört man Bedauern darüber äußern, daß Österreich im Jahre 1908, als Bosnien und die Herzegowina annexiert wurden, nicht gegen Serbien zu Felde zog, da man zu der Zeit gegen die Nachbarmonarchie einen Schlag hätte führen können, der sie auf eine Generation zur Machtlosigkeit verurteilt hätte. Rußland, so bringt man vor, war damals nach seinem Kriege mit Japan nicht in der Lage, Serbien wirksam zu unterstützen. Nachdem diese Gelegenheit, ebenso wie die andere, die sich kürzlich durch die Balkankriege bot, verpaßt worden sei, könne Österreich-Ungarn es sich nicht wieder leisten, die Unverschämtheit und Kühnheit der serbischen Nationalisten ungestraft zu lassen.

Die „Neue Freie Presse“ macht geltend, daß die Doppelmonarchie diesmal die Sympathien ganz Europas auf ihrer Seite haben werde, wenn sie strenge Maßnahmen gegen Serbien ergriffe. Selbst Rußland würde einen Feldzug gegen eine Nation billigen, die mit dem Verbrechen des im eigenen Lande verübten Königsmordes besudelt ist und die Serajewoer Mordtat prahlerisch entschuldigt, und das übrige Europa würde in einem Kriege berechtigter Selbstverteidigung gegen Mord und Gewalttat Österreich sicherlich zur Seite stehen.

Wie ich bereits in meinem Bericht No. 140 vom 11. Juli erwähnte¹⁾, wurde gegen eine derartige Sprache ein Warnruf in Form eines amtlichen Communiqués veröffentlicht, das alle Alarmnachrichten, die man die Presse über das Ergebnis der jüngsten Konferenz der gemeinsamen Minister und der zwischen dem Kaiser und dem Grafen Berchtold am 9. Juli in Ischl stattgefundenen Beratung hatte veröffentlichten lassen, als völlig unbegründet bezeichnete. In der Tat wird allgemein angenommen, daß man den Kaiser selbst nur schwer dazu bewegen könnte, ein aggressives Vorgehen, das fast sicher zu internationalen Verwicklungen ernstester Art führen würde, gutzuheißen. Daß sich wohl eher gemäßigtere Ratschläge durchsetzen werden, dürfte auch wegen der überlegt vorsichtigen Worte wahrscheinlich sein, die der ungarische Ministerpräsident am 8. Juli in Beantwortung von Interpellationen in der Budapest-Kammer gebrauchte²⁾). Während er zugab, daß der Erzherzog einem vorsätzlichen Anschlag zum Opfer gefallen sei und daß wenigstens sechs oder acht Bomben bereit lagen, um an jenem Unglückstage gegen seinen Wagen geschleudert zu werden, bestritt Graf Tisza doch, daß sich die Bewohner Bosniens im Ganzen illoyal gegen die Verbindung mit der Doppelmonarchie verhielten oder daß unter ihren Völkern eine weitreichende Verschwörung gegen die habsburgische Herrschaft bestünde. Die Regierung würde daher nichts Übereiltes unternehmen. Sie werde „in jeder Richtung ihre Pflicht erfüllen“. Was auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten geschehen werde, sei er nicht befugt zu sagen. Er verurteilte die Massenzerstörungen serbischen Eigentums, die unglücklicherweise in Bosnien Platz gegriffen hatten, und er äußerte die Hoffnung, daß der zwischen den rivalisierenden Zweigen der slawonischen Rasse in Kroatien bestehende *modus vivendi* auch künftighin aufrechterhalten bliebe*.

Die Erklärungen des Grafen Tisza haben die öffentliche Meinung umso wirkungsvoller beruhigt, als der österreichische Reichsrat infolge tschechischer Obstruktion seit letztem März suspendiert ist und die ungarische Kammer daher augenblicklich das einzige Mittel bildet,

¹⁾ No. 46.

²⁾ Vgl. No. 65.

* Siehe die Rede Tiszas im „Pester Lloyd“, 9. Juli 1914, Morgenblatt No. 160.

um die Volksvertreter über die Absichten der Regierung zu unterrichten. Graf Tisza hatte am Tag vor seiner Erklärung an den Beratungen der gemeinsamen Außen-, Kriegs- und Finanzminister teilgenommen und drückte in seiner Rede ohne Zweifel die Meinungen aus, die in jenem wichtigen Ministerrat vorherrschten.

Aber obgleich auf diese Weise der Schrei nach Rache an Serbien etwas gedämpft wurde, befindet sich Österreich doch noch in sehr aufgebrachter Stimmung und die täglich in Wien aus einem Teil der Belgrader Presse wiedergegebenen Auszüge sind geeignet, die öffentliche Stimmung weiter zu erhitzen. Der serbische Gesandte, Herr Jowanowitsch, verurteilt diese Auslassungen, hebt aber hervor, daß sie ihre Erklärung, wenn auch gewiß keine Rechtfertigung, teilweise in der Erinnerung an unzählige, in beleidigendsten Ausdrücken gehaltene Angriffe finden, die von der Wiener Presse gewohnheitsmäßig gegen das serbische Volk geführt wurden. Er weist ferner auf die jüngsten Äußerungen des serbischen Ministerpräsidenten hin, die die wahre Gesinnung der Nation zum Ausdruck bringen. Herr Paschitsch soll gesagt haben, daß die serbische Regierung gewillt sei, im Einklang mit den Obliegenheiten eines zivilisierten Staates in jeder Weise behilflich zu sein, um den Verzweigungen des Verbrechens vom 28. Juni auf serbischem Gebiet nachzuforschen.

Ich habe usw.
(für den Botschafter)
Theo Russell

No. 56

Sir M. de Bunsen an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Wien, den 17. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Es gibt nur ein Thema in der Wiener Presse — selbst Albanien in seinen Wehen ist fast ganz verdrängt —: wann man nämlich den Protest gegen Serbien erheben und was er enthalten wird? Daß man protestieren wird, bezweifelt niemand, und der Schritt wird wahrscheinlich mit Forderungen verbunden sein, die eine Demütigung Serbiens bezwecken. Nach allem, was ich höre, ist der Ballplatz in unangiebiger Stimmung; aber sehr wahrscheinlich wird Graf Berchtold, den ich heute nachmittag sehen soll, sich wie immer sphynxartig verhalten. Der Gewährsmann für mein gestriges Telegramm¹⁾ war Graf Lützow, der ehemalige Botschafter in Rom. Er hat unweit von uns einen Landsitz und wir fuhren mittags zum Essen hinüber. Er

¹⁾ No. 50.

hatte am Tag vorher Berchtold und Forgatsch* am Ballplatz gesehen und sich lange mit ihnen unterhalten. Er machte ein ernstes Gesicht und bemerkte, er frage sich, ob ich wüßte, wie ernst die Lage sei. Die Regierung werde sich serbische Unverschämtheiten nicht länger gefallen lassen. Keine Großmacht könne solch eine Frechheit, wie sie Serbien an den Tag gelegt, hinnehmen und sich dabei ihre Stellung in der Welt erhalten. Eine Note sei in Vorbereitung und würde nach Abschluß der Serajewoer Untersuchung fertiggestellt werden; man würde darin kategorisch verlangen, daß Serbien durchgreifende Maßregeln treffe, um die Herstellung und Ausfuhr von Bomben zu verhindern und um die hinterhältige und mörderische Propaganda gegen die Doppelmonarchie zu unterbinden. Unnütze Erörterungen werde man nicht dulden. Wenn Serbien nicht sofort klein beigäbe, würde es mit Gewalt dazu gezwungen werden. Graf Lützow fügte hinzu, Graf Berchtold sei der deutschen Unterstützung sicher und glaube nicht, daß irgend ein Land — selbst Rußland nicht — mit seiner Zustimmung zögern könne.

All dies ist natürlich nur eine Wiedergabe dessen, was Graf Lützow den Worten des Grafen Berchtold entnahm, und er mag etwas übertrieben haben — aber es stimmt auffallend mit der Sprache der meisten Zeitungen und fast aller Leute überein, denen man begegnet. Ich äußerte Zweifel, ob Rußland, wenn es wirklich zum Schlagen käme, was ich nicht glauben könnte, Österreich und Serbien die Sache allein ausfechten ließe. Graf Lützow meinte, Österreich sei diesmal entschlossen, seinen Willen durchzusetzen und werde sich von niemand davon abhalten lassen. Die Rede Graf Tiszas scheint mir nicht sehr beruhigend zu klingen. Er sagte: Die Beziehungen zu Serbien müssen geklärt werden, und wir können das vielleicht ohne Krieg erreichen.

Ich vermag noch nicht zu glauben, daß Österreich zu den äußersten Mitteln greifen wird, aber meines Erachtens steht uns eine sorgenvolle Zeit bevor. Ich bin sicher, daß Tschirsky** nichts tut, um Österreich zurückzuhalten. Er gestand mir letzthin, daß er an die Möglichkeit besserer Beziehungen zwischen Österreich und Serbien nicht glaube, und der deutsche Militärrattaché verhehlt seine Ansicht nicht, daß für Serbien die Stunde der verdienten Strafe naht. Das hat mir Schebeko erzählt, der meinte, Rußland würde in diesem Falle unvermeidlich hineingezogen werden. Ich hoffe, daß die private Information, die Sie mir gütigerweise in der Nachschrift vom 7. Juli zu Ihrem Brief vom 6. vertraulich übermittelten¹⁾, richtig ist und daß Berlin dagegen wäre, wenn Wien scharfe Maßnahmen gegen Serbien ergreifen wollte.

¹⁾ No. 33. Von dieser Nachschrift hat Sir A. Nicolson keine Abschrift gemacht.

* Meist Forgach geschrieben.

** Richtig Tschirschky.

Jowanowitsch hat mich heute morgen wieder besucht. Er kann nichts aus dem Ballplatz herausringen und sieht dem Ende des dortigen ominösen Schweigens mit ziemlicher Besorgniß entgegen. Er sagt, Serbien werde alles tun, was billigerweise verlangt werden kann, um Verbrechen zu unterdrücken; es sei aber nutzlos, die Unterdrückung von Gefühlen zu fordern, die jeden Serben beseelten. Er bemerkte, es wäre geradeso vernünftig, von den Polen, Ruthenen, Rumänen und Italienern innerhalb der Doppelmonarchie zu verlangen, daß sie auf den Traum ihrer schließlichen Vereinigung mit der Hauptmasse ihrer Rasse jenseits der Grenze verzichteten. Diese Gefühle machen aus den verschiedenen Nationalitäten noch nicht notwendigerweise schlechte Untertanen. Sie werden sich alle ruhig verhalten, solange man sie gut behandelt; doch im hintersten Winkel ihrer Vorstellungen wahren sie die Idee, sich eines Tages mit ihren Stammesbrüdern zu vereinigen, wenn das Reich in die Brüche gehen sollte.

Stets Ihr
Maurice de Bunsen

Nachschrift: Ich habe mich eben mit Berchtold unterhalten. Er war reizend, kündigte für den kommenden Sonntag seinen Besuch auf unserem Landsitz an, lud uns zu sich nach Buchlau ein, dem Schauplatz der berühmten Unterredung zwischen Arenthal* und Iswolsky, erzählte mir, daß demnächst einige seiner Pferde an dem und jenem Rennen teilnehmen würden, berührte aber mit keinem Wort die allgemeine Politik oder Serbien. Wir sprachen ein wenig über Albanien und griechische Greuel in Epirus. Von der Aussicht einer Verständigung zwischen Griechenland und der Türkei schien er nicht sonderlich entzückt zu sein, weil er besorgt, daß sich Griechenland nun unangenehmer denn je an der Seite Albaniens fühlbar machen werde.

M. de B.

(32609)

No. 57

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 45

Belgrad, den 18. Juli 1914

A. 11^o vorm.

E. 12³⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm vom 17. Juli¹⁾.

Ich entnehme Äußerungen des österreichischen Gesandten, daß er persönlich nicht dafür ist, Serbien zu hart zu bedrängen, da er über-

¹⁾ No. 53.

* Richtig Aehrenthal.

zeugt, daß serbische Regierung bereit ist, alle Maßregeln zu ergreifen, die vernünftigerweise von ihr gefordert werden können. Er sieht die Lage nicht in pessimistischem Lichte.

(Gleichlautend nach Wien)

(32643)

No. 58

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 91

Wien, den 18. Juli 1914

A. 2¹⁰ nachm.

E. 3³⁰ nachm.

Russischer Botschafter befürchtet, daß Artikel wie der, den Wiener Presse heute morgen ausführlich aus gestriger „Westminster Gazette“ zitiert¹⁾, österreichisch-ungarische Regierung ermutigen wird, scharf gegen Serbien vorzugehen. Artikel wird als an Serbien gerichtete Warnung eines Organs britischer Regierung hingestellt. Ich habe russischem Botschafter gesagt, daß Artikel sicher jedes amtlichen Charakters und Gewichts entbehrt.

Auszug aus einem Artikel der „Westminster Gazette“ vom 17. Juli 1914

... Nach dem Verbrechen von Serajewo können wir nicht leugnen, daß Österreich-Ungarn einen offenkundigen Rechtsanspruch für seinen Wunsch besitzt, seine Beziehungen zu Serbien geklärt zu sehen. In der Monarchie ist man tief entrüstet und in weiten Kreisen herrscht der Glaube, daß die antiösterreichische Verschwörung, die den Erzherzog fällte, ihren Ursprung in Serbien hatte. Die Angelegenheit ist durch den Pressefeldzug, der seit dem Morde in Serbien vor sich ging, nicht gebessert worden; und in Wien und Budapest hegt man den Verdacht, daß ein planmäßiger Versuch im Werke ist, die österreichisch-ungarische Bevölkerung serbischer Nationalität zu bearbeiten, um ihre Loslösung von der Monarchie vorzubereiten, falls sich eine günstige Gelegenheit dazu bieten sollte. Unter solchen Umständen kann man nicht erwarten, daß die Regierung untätig bleibe; und Serbien wird gut beraten sein, wenn es sich die Berechtigung der Besorgnisse seines großen Nachbarn klar macht und alles, was in seiner Macht stehen mag, tut, um sie zu beheben, ohne auf einen Druck zu warten, der das einschließen könnte, was Graf Tisza „kriegerische Verwicklungen“ nennt. . . .

Vermerk

Meiner Ansicht nach rechtfertigt der Artikel die ihm vom russischen Botschafter gegebene Deutung nicht. Er nimmt an, daß der Artikel von Seiner Majestät Regierung inspiriert worden sei, und fragt sich, was unsere Absicht war, als wir ihn schreiben ließen. Er wurde von uns überhaupt nicht inspiriert. — E. G.

¹⁾ Vgl. No. 73, sowie Bericht No. 156.

(32644)

No. 59

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 92. Vertraulich

Wien, den 18. Juli 1914

A. 2¹⁰ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Telegramm aus Belgrad No. 44 vom 17. Juli¹⁾.

Minister des Äußern erwähnte Serbien nicht in Besprechung, die ich gestern mit ihm hatte, aber italienischer Botschafter teilte mir mit, daß Außenminister als Antwort auf seine Frage, ob Lage ernst werde, diesen Ausdruck nicht gelten lassen wollte, aber zugab, daß Lage der „Klärung“ bedürfe und nichts weniger als „heiter“ sei. Italienischer Botschafter glaubt nicht, daß man unvernünftige Forderungen an Serbien stellen wird, aber er tadelt österreichisch-ungarische Regierung, infolge täglicher Sprache der Presse bei öffentlicher Meinung Erwartung entstehen zu lassen, daß eine Art Ultimatum abgesandt wird, das möglicherweise zum Kriege führt. Er glaubt nicht, daß Minister des Äußern oder Kaiser ein solch unkluges Vorgehen gutheißen würden.

(Gleichlautend nach Belgrad)

Vgl. Bericht No. 156

(32659)

No. 60

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 161

St. Petersburg, den 18. Juli 1914

A. 8⁵⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Im Laufe heutiger Unterredung drückte Außenminister das große Unbehagen aus, das ihm österreichische Haltung gegen Serbien einflöße. Er habe beunruhigende Telegramme von den russischen Botschaftern in London, Berlin und Rom erhalten und sich vorgenommen, die französische Regierung zu bitten, ein Wort der Warnung in Wien zu äußern. Er habe soeben den deutschen Botschafter gesehen und ihm nachdrücklich gesagt, daß es der einzige Wunsch Rußlands sei, in Ruhe gelassen zu werden. Rußland hege gegen niemand Angriffspläne und möchte seine ganze Tatkraft der Entwicklung seiner inneren Hilfsquellen und dem Bau von Eisenbahnen widmen, die es so sehr benötige. Die Zeit der Expansion, die es durchgemacht habe, sei nun vorüber. Die Verstärkung seiner Rüstungen

¹⁾ No. 53.

richte sich nicht gegen eine andere Macht, sondern sei für die friedliche Entwicklung des ungeheuren Reiches notwendig. Deutschland nehme im Verhältnis eine weit stärkere Stellung als Rußland ein, da es weder solch lange Grenzen noch ein solch ausgedehntes Gebiet zu verteidigen habe.

Die großserbische Bewegung in Österreich sei ein inneres Gewächs und die Verantwortung dafür könne Serbien ebensowenig zugeschoben werden, wie man Deutschland für die alddeutsche oder Italien für die italienische Propaganda verantwortlich machen könne, die in Österreich betrieben werde.

In Beantwortung einer Frage von mir sagte Seine Exzellenz, daß eine Art österreichischen Ultimatums in Belgrad Rußland nicht gleichgültig lassen könne und es möglicherweise zwingen würde, einige militärische Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.

(32651)

No. 61

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 46

Belgrad, den 19. Juli 1914

A. 11³⁰ vorm.

E. 3³⁰ nachm.

Im Laufe privater Unterhaltung mit dem Unterstaatssekretär des Äußern brachte ich gestern Sprache auf den „Times“-Artikel vom 16. d. Mts., der serbischer Regierung rät, sie solle aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der angeblichen südslawischen Verschwörung auf serbischen Boden vornehmen. Unterstaatssekretär wies daraufhin, daß, solange Ergebnis des Gerichtsverfahrens in Serajewo nicht bekanntgegeben, die serbische Regierung kein Material besäße, auf das sie eine solche Untersuchung gründen könne. Er versicherte mir, daß die serbische Regierung bei Veröffentlichung der gerichtlichen Untersuchung durchaus bereit sei, jeder mit dem internationalen Brauch in Einklang stehender Forderung weiterer Untersuchung, die durch die Umstände etwa geboten sei, nachzukommen.

Er sagte, er wisse wohl, daß es eine einflußreiche Partei in Österreich gäbe, die gerne die gegenwärtige Lage benutzen möchte, um den äußersten Druck auf Serbien auszuüben; aber die serbische Regierung habe sichere Nachricht, daß Berlin mäßigend auf Österreich einwirken würde. Sollte Österreich jedoch den Krieg erzwingen, dann bliebe Serbien nicht allein. Rußland würde nicht zuschauen und Serbien einem mutwilligen Angriff ausgesetzt lassen, und Bulgarien würde durch Rumänien immobilisiert sein.

(Gleichlautend nach Wien)

Vgl. Bericht No. 80

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 129. Streng vertraulich

Belgrad, den 13. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf meine Telegramme No. 42 und 43 vom 11. und 12. d. Mts.¹⁾ zu berichten, daß Herr von Hartwig, der russische Gesandte in Serbien, durch eine merkwürdige Fügung des Schicksals am Abend des 10. d. Mts. in den Räumen der österreichischen Gesandtschaft einem Herzschlag erlegen ist.

Wie es scheint, hatte Herr von Hartwig den Wunsch, dem österreichischen Gesandten, der am selben Tag nach Belgrad zurückgekehrt war, eine persönliche Erklärung betreffs gewisser Klatschereien abzugeben, die hinsichtlich seines Betragens und seiner Haltung nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in der Öffentlichkeit umliefen. Ich habe keine unmittelbare Kenntnis von dem, was sich bei dieser Zusammenkunft ergab, und ich will deshalb lediglich einige der Gerüchte aufzeichnen, die man herumgetragen hatte und die im Laufe der Unterredung erörtert worden sein mögen.

1. Die Wiener „Reichspost“ hatte den russischen Gesandten unlängst in einem Artikel angegriffen, weil er am Abend der Ermordung des Erzherzogs eine Bridgepartie veranstaltet habe. Es ist richtig, daß Herr von Hartwig an jenem Abend in kleinem Kreise, nämlich mit dem rumänischen und griechischen Gesandten und dem italienischen Geschäftsträger Bridge spielte; aber unter den gegebenen Umständen hat der Artikel der „Reichspost“ anscheinend einige ganz unnötige Ausfälle enthalten.

2. Der russische Gesandte wurde beschuldigt, am Tage der Trauerfeier für den Erzherzog die russische Flagge nicht auf Halbmast gesetzt zu haben. Obwohl Herr von Hartwig selbst beteuerte, daß geflaggt war, erklären mehrere meiner Kollegen, daß dem nicht so gewesen sei. Die österreichische Gesandtschaft war aufgebracht darüber und zweifellos lag dem russischen Gesandten daran, die Sache beizulegen.

3. Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß Herr von Hartwig kürzlich, unter anderem in Gegenwart meines italienischen Kollegen, recht ungehörige und unbesonnene Worte über das Privatleben und den Charakter des gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Thronerben geäußert hat. Ich weiß nicht, ob diese Bemerkungen der österreichischen Gesandtschaft hinterbracht wurden; aber wenn dies der Fall war, dann dürfte die Unterredung für Herrn von Hartwig

¹⁾ No. 48.

etwas aufregend gewesen sein und genügt haben, ein Ende zu beschleunigen, das nach ärztlichem Gutachten auf jeden Fall nur um wenige Tage hätte hinausgeschoben werden können. Mir wird indessen versichert, daß die Unterhaltung der beiden Gesandten durchaus freundschaftlich verlief, und so wie ich Baron Giessl* kenne, sollte ich meinen, daß er die Erklärungen Herrn von Hartwigs ganz gewiß in versöhnlichem Sinne entgegenommen hat.

Als man in Belgrad die merkwürdigen Begleitumstände vom Tode des russischen Gesandten erfuhr, wurden sofort Schauergerüchte in Umlauf gesetzt, daß Herr von Hartwig eine „Tasse Tee“ in der österreichischen Gesandtschaft getrunken habe. Ich erwähne dies nur als ein Kennzeichen der etwas mittelalterlichen Sitten, die in dieser Stadt noch herrschen.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

(32779)

No. 63

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 295

Berlin, den 18. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß ich mich gestern mit Herrn Cambon über die allgemeine politische Lage unterhalten habe. Seine Exzellenz ist soeben aus dem Urlaub zurückgekehrt. Er bemerkte, daß er den österreichisch-ungarischen Botschafter gesehen und Graf Szögyenyi ** zum ersten Male, seit er ihn kenne, im Hinblick auf die Zukunft pessimistisch gefunden habe. Dieser Pessimismus mag vielleicht zum Teil auf das Bedauern und die Niedergeschlagenheit zurückzuführen sein, die Graf Szögyenyi darüber empfindet, daß er in wenigen Wochen einen Posten verlassen muß, den er über zwanzig Jahre lang bekleidet hat. Herr Cambon gab sich Gedanken über die Frage hin, welche Rolle die deutsche Regierung bei einer von ihrem Verbündeten etwa ins Auge gefaßten Demarche in Belgrad spiele. Der italienische Botschafter ist ebenso neugierig über diesen Punkt. Wenn zwischen Berlin und Wien ein Meinungsaustausch über die Natur der in Belgrad zu unternehmenden Schritte stattgefunden hat, so wurde sein Ergebnis völlig geheim gehalten. Die Öffentlichkeit tappt im Dunkeln, weshalb sich an einigen Stel-

* Richtig Giesl.

** In den amtlichen österreichischen Akten stets Szögyény geschrieben.

len ein Gefühl der Gereiztheit offenbarte, das vor einigen Tagen in der „Kreuz-Zeitung“ wie folgt zum Ausdruck kam:

„Genau dasselbe Schwanken, die gleiche Unschlüssigkeit, die die österreichische Regierung während der Balkankrise bekundet hat, gewahren wir auch jetzt hinsichtlich der beabsichtigten Demarche in Belgrad . . . Entweder man hat in Wien genügendes Material zur Hand, um in Belgrad vorstellig werden zu können: dann soll man, was zu tun ist, bald und mit Nachdruck tun; oder man besitzt keine entsprechende Unterlagen: dann soll man Serbien nicht mit der Ankündigung von diplomatischen Aktionen reizen, die mangels eines ernsteren Hintergrundes schließlich doch unterbleiben müssen. Man ist in Deutschland bereit, der österreichischen Regierung auch in der gegenwärtigen Frage die weitestgehende Unterstützung angedeihen zu lassen, aber man darf andererseits erwarten, daß man sich in Wien nun endlich darüber klar wird, was man eigentlich zu tun gedenkt.“*

Dann fragte ich den französischen Botschafter, ob er nicht der Meinung sei, daß Rußland und seine vermeintlichen Pläne die öffentliche Meinung Deutschlands im selben Grade beschäftigten, wie dies noch bis vor kurzem mit England der Fall war — daß wir tatsächlich in dieser Hinsicht Rußland Platz gemacht hätten. Herr Cambon pflichtete dem ganz bei und fügte hinzu, daß die Dinge zwischen Frankreich und Deutschland keineswegs so seien, wie sie es sollten. Die Deutschen benähmen sich durchaus nicht freundlich gegen sein Land. Die Beziehungen müßten früher oder später einmal geklärt werden. Seine Exzellenz spielte auf die zurzeit ungemein große Empfindlichkeit Deutschlands in der Spionagefrage an. Das ist mir auch aufgefallen. Natürlich ist die Entwicklung des Flugzeugwesens in hohem Maße dafür verantwortlich gewesen. Es kommt häufig vor, daß Flugzeuge usw. die Ost- oder Westgrenzen Deutschlands überfliegen. Gestern wurde zum Beispiel berichtet, daß das Luftschiff „Z 4“ auf einer Fahrt der russischen Grenze entlang russisches Gebiet überflogen habe und von russischen Grenzwachen beschossen worden sei.

Vor etwa zwei Wochen hat der russische Militärattaché infolge der Verhaftung eines Sergeanten namens Pohl, von dem er Pläne zweier Festungen an der Ostgrenze gekauft hatte, Berlin eiligst verlassen. Vor zwei Tagen stand Pohl vor dem Kriegsgericht; die Verhandlungen fanden aus Staatsgründen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Sergeant wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Solche Zwischenfälle sind nicht geeignet, die Stimmung zwischen Deutschland und Rußland zu bessern. Die deutsche

* Siehe die „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung“, 11. Juli 1914, Abendausgabe No. 320: „Der Tod des russischen Gesandten v. Hartwig.“

Presse bewies in ihren Bemerkungen über diesen Fall im ganzen eine beachtenswerte Zurückhaltung. Das „Tageblatt“ hob hervor, es habe keinen Wert, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß es ein regelrechtes Spionagesystem gäbe; kein Land sei in dieser Hinsicht einwandfrei. Doch sollten sich Mitglieder der fremden diplomatischen Vertretungen besonders hüten, in solche Angelegenheiten verwickelt zu werden.

Was die allgemeine Frage der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarn betrifft, so möchte ich ernstlich glauben, daß die deutsche Presse die vermeintlichen feindseligen Absichten Rußlands selbst in hohem Maße heraufbeschworen hat. Diese Presse hat unzweifelhaft dem Gefühl der Gereiztheit und Sorge Ausdruck verliehen, das durch den entschlossenen Willen Frankreichs und Rußlands hervorgerufen wurde, ihre Rüstungen auf den höchstmöglichen Stand zu bringen. Soviel Vertrauen die Deutschen auch in die Leistungsfähigkeit und Güte ihrer Armee haben mögen, so sind doch die ungeheuren, Rußland zu Gebote stehenden Menschenmassen eine stete Quelle der Präokkupation für sie. Erwägungen über die Ereignisse, die jene Massen gegen Deutschland in Bewegung setzen könnten, scheinen sich daraus fast mit Naturnotwendigkeit zu ergeben.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(32739)

No. 64

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 145

Wien, den 15. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Seit der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo habe ich von Herrn Jones, dem dortigen Konsul Seiner Majestät, eine Anzahl Berichte erhalten, welche die Untat selbst und den Verlauf der daraus hervorgegangenen Ereignisse schildern. Ich habe es nicht für nötig gehalten, Sie mit Abschriften dieser Berichte zu behelligen; ich beeche mich aber nun, anliegend einige Auszüge aus den letzten vier zu übersenden, die als Zeugnis für die Gemütsverfassung der dortigen öffentlichen Meinung Interesse haben dürften.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Nachtrag: Auszüge aus einem eben erhaltenen fünften Bericht
sind als Teil der obenerwähnten Übersicht gleichfalls angefügt.

M. de B. 17. Juli 1914

Anlage zu No. 64

*Informationen nach Berichten von Herrn Jones aus Serajewo
vom 3.—8. Juli 1914*

3. Juli

Unbestätigte Gerüchte waren in Umlauf, wonach ein Erlaß alle serbischen Untertanen aus Bosnien und der Herzegowina ausweise und der Herausgeber einer serbischen Zeitung in Serajewo, trotzdem er österreichischer Untertan ist, ebenfalls ausgewiesen worden sei. Das „Sarajevoer Tagblatt“ vom 2. Juli wurde konfisziert. Seine Nummer vom 3. Juli berichtete von serbenfeindlichen Demonstrationen in verschiedenen Teilen der Provinz und vom Niederbrennen der orthodoxen Kirche in Capljina.

4. Juli

Ein Artikel der „Bosnischen Post“ erklärte es als erwiesen, daß die Mordtat durch die serbische „Narodna Obrana“* (Volkswehr) in Belgrad organisiert und angestiftet worden sei; daß ein gewisser Miko Ciganovic in einem Belgrader Café Schußwaffen und Bomben an junge Leute austeilte, die ihre Bereitwilligkeit äußerten, den Mord am Erzherzog zu verüben, und daß Major Milan Pribicevic vom serbischen Generalstab und Sekretär der „Narodna Obrana“ den Ciganovic mit den Pistolen und Sprengstoffen versorgte. Doch wurde Herr Jones benachrichtigt, daß der Zusammenhang des Majors Pribicevic mit dem Anschlag lediglich eine Vermutung des Herausgebers sei. Er erfuhr ferner, daß Nachforschungen zur Auffindung von zwei weiteren unzweifelhaften Komplicen des Mörders, Studenten namens Grabes und Ilic, geführt hätten. Am 4. Juli wurde in der katholischen Kathedrale eine Totenmesse für den Erzherzog und die Herzogin gelesen; ihr wohnte das gesamte Konsularkorps mit Ausnahme des russischen und türkischen Vertreters bei.

6. Juli

Grabes hat der Polizei eine Aussage gemacht, die einen kroatischen Studenten belastet, der, wie man feststellte, eine Bombe und einen Revolver im Besitz und beides seiner Mutter zum Verstecken gegeben hatte. Herr Dimovic, Führer der gemäßigten serbischen Partei im Sabor, ist infolge der Angriffe auf die serbische Bevölkerung

* Richtig „Narodna Odbrana“.

zur Opposition übergetreten. Verhaftungen und polizeiliche Durchsuchungen wurden von verschiedenen Seiten gemeldet. Herr Jones erfuhr ferner, der Erzherzog habe kurz nach dem ersten Anschlag auf sein Leben geäußert, er hätte besser daran getan, den Rat des Grafen Tisza zu befolgen und von einem offiziellen Besuche Bosniens abzusehen.

8. Juli

Herr Jones sandte mir die Übersetzung eines Artikels aus der „Istina“ (Wahrheit) vom 7. Juli, dem Organ der gemäßigten Serbenteil, dem ersten orthodoxen serbischen Blatt, das seit der Ermordung erscheint; der Artikel tadeln in sehr maßvoller Sprache die Angriffe auf das gesamte Serbentum als Folge der Verbrechen einiger irregeführter Leute und erinnert daran, daß die serbische Rasse noch weit schlimmere Stürme als den jetzigen überstanden habe.

15. Juli

Am 14. Juli wurden drei orthodoxe Priester unter der Anklage der Mitschuld an der Mordtat in Serajewo eingeliefert. Es scheint, daß die Angeklagten sich neuerdings in einigen Fällen etwas mitteilsamer gezeigt haben, aber die Lokalblätter werden an der Veröffentlichung ihrer Aussagen verhindert. Wie Herrn Jones berichtet wird, sprechen Gründe für die Annahme, daß die Verschwörung ihren Ursprung in Serbien hat.

(32742)

No. 65

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 148

Wien, den 16. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Da die Wiener Presse sich fast ausschließlich mit Vermutungen beschäftigt, ob, wann und wie die österreichisch-ungarische Regierung den erwarteten diplomatischen Protest in Belgrad erheben wird, erwecken die einzigen authentischen Erklärungen, die bisher über die Absichten der gemeinsamen Regierung abgegeben wurden, großes Interesse, nämlich die Antworten, die Graf Stephan Tisza, der ungarische Ministerpräsident, den Interpellanten in der ungarischen Kammer erteilte.

Graf Tiszas erste Erklärung erfolgte am 8. Juli¹⁾), als er im wesentlichen darlegte, er vermöge zwar nur eine ganz allgemeine Antwort zu geben, dürfe aber doch feststellen, daß die Untersuchung des

¹⁾ No. 55.

Verbrechens von Serajewo nach jeder Richtung hin ihren Fortgang nehme, und daß es gewiß die Pflicht aller Beteiligten sei, die Wichtigkeit der mit der Erhaltung des Friedens verbundenen Interessen zu berücksichtigen, aber auch gebührendes Gewicht auf jene großen Interessen zu legen, die mit der Existenz und dem Prestige der Monarchie verknüpft seien.

Gestern beantwortete er wieder einige Interpellationen, und obwohl seine Worte durch die gleiche Vorsicht wie zuvor gekennzeichnet waren, waren sie doch in ein oder zwei Punkten viel bestimmter. Er sagte, daß die Beziehungen zu Serbien geklärt werden müßten, aber er könne sich noch nicht darüber äußern, in welcher Weise, in welcher Richtung und mit welcher Fassung dies zu geschehen habe. Er wiederholte, daß die Regierung sich der wichtigen Interessen, die sich an die Erhaltung des Friedens knüpften, völlig bewußt sei. Sie glaube nicht, daß die Abrechnung mit Serbien notwendigerweise zum Kriege führen würde. Er wolle nichts prophezeien, sondern nur bemerken, daß der Krieg eine *ultima ratio* sei, zu der man nur dann greifen sollte, wenn eine freundschaftliche Lösung sich als absolut unmöglich erweise. Aber jede Nation sollte imstande sein, als letztes Mittel Krieg zu führen. Von Bosnien habe man übertrieben gesprochen. Die Gefahr einer Revolution bestehe dort nicht und die in Bosnien befindlichen Streitkräfte genügten, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Doch würden die revolutionären Gesellschaften und Schulen eine gefährliche Agitation betreiben, die entschlossen niedergeschlagen werden müsse¹⁾.

Nach allgemeiner Auffassung bestätigt die Rede des Grafen Tisza die Erwartung, daß man einen diplomatischen Protest an Serbien richten wird, der sich auf das Ergebnis der noch im Gang befindlichen Untersuchung in Serajewo stützt. Die Rede gilt auch als Vorzeichen einer Periode großer Spannung, die möglicherweise sogar zum Kriege führt, wenn sich das erstrebte Ziel mit anderen Mitteln als unerreichbar erweisen sollte.

Der Verlauf der Sitzung in der ungarischen Kammer enthüllte bezüglich der Notwendigkeit, Serbien streng zur Rechenschaft zu ziehen, keine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und Opposition. Graf Tisza hat die genaue Art der Anklage, die gegen die serbische Regierung erhoben werden soll, nicht formuliert, aber in der Rede des ersten Interpellanten, des Herrn Szmrecsanyi, wird Serbien beschuldigt, eine gegen die Integrität eines Nachbarstaates gerichtete revolutionäre Propaganda zu dulden und eine mit Bomben und Revolvern bewaffnete Bande von Verschwörern über die Grenze geschickt zu haben. Er behauptete, es sei erwiesen, daß sich der Sitz der großserbischen Propaganda in Belgrad befindet und daß überdies die

¹⁾ Vgl. Nr. 51, 82.

Propaganda vom Verein Narodna Obrana organisiert worden sei, dessen Präsident und Sekretär General Jankovitch und Major Milan Pribicevich seien. Diese revolutionäre Gesellschaft habe früher ihre Tätigkeit gegen die Türkei entfaltet. Sie würde von der serbischen Regierung mit Geldmitteln unterstützt und erhalte auch Beiträge von auswärts. Sie vergifte Sinn und Herz der Studenten und rede dem Mord als politischer Waffe offen das Wort. Seit den Balkankriegen sei ihre Aufmerksamkeit besonders auf Bosnien und auch auf Ungarn gerichtet gewesen, wo sie die loyalen Gefühle des slawonischen Teils der Bevölkerung zu untergraben suchte. Er nannte einige serbische Hauptagitatoren einschließlich der drei Brüder Pribicevich mit Namen. Der Verein habe alljährlich Feiern des Jahrestags der Schlacht von Kossowo einzig mit dem Ziel ins Leben gerufen, den großserbischen Gedanken zu verherrlichen und die Wiederaufrichtung des Reiches Duschans zu fördern. Die Propaganda werde auch in Kroatien sehr eifrig betrieben und man schicke zahlreiche sogenannte serbische Deserteure über die Grenze, um das Land auszukundschaften. Der erfolgreiche Anschlag auf das Leben des Erzherzogs sei in Serbien mit schlecht verhehler Freude begrüßt worden. Niemand denke daran, die serbische Regierung zu bezichtigen, daß sie die Mordwaffen selber geliefert hätte, aber sie sei sicherlich schuldig, die Machenschaften der Narodna Obrana unterstützt zu haben. Das könne man nicht länger dulden. Der Redner machte geltend, ein Friedensfreund zu sein; aber der Friede sei mit der Fortdauer des jetzigen Zustands unvereinbar. Die Regierung müsse handeln und zwar rasch handeln.

Herr Szmrecsanyi versprach, der Regierung die Beweise für seine Angaben zu liefern. Graf Tisza berichtigte die Behauptung, daß die serbischen Deserteure Spione seien. Es seien eher Bauern, die sich dem serbischen Militärdienst zu entziehen suchten.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Vgl. Herrn Max Müllers Bericht No. 82

(32813)

No. 66

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 354

Paris, den 18. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich die Ehre, in meinem Bericht No. 347 vom 16. d. Mts.¹⁾ den Inhalt eines Leitartikels im „Temps“ über die Steigerung der

¹⁾ No. 52.

Militärmacht Rußlands zu schildern und darzulegen, daß mir der Artikel nicht nur wegen der darin gegebenen Aufschlüsse von Interesse zu sein scheine, sondern auch wegen der Wirkung, die Aufschlüsse über einen derartigen Gegenstand und aus solcher Quelle vermutlich auf die öffentliche Meinung Frankreichs haben würden.

Das Gleiche gilt für einen Artikel, den der heutige „*Matin*“ an hervorragender Stelle veröffentlicht und den Herr Jules Hedeman, der sich anlässlich des Besuches des Präsidenten von Frankreich zur Zeit in St. Petersburg befindet, für diese Zeitung geschrieben hat. Herr Hedeman ist vielleicht der bekannteste Sonderberichterstatter in Frankreich und seine Artikel werden hier immer viel beachtet. Der Kern des vom „*Matin*“ veröffentlichten Artikels ist wie folgt:

Der Besuch des Herrn Poincaré in Rußland findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem das außerordentliche Erwachen Rußlands glänzend zutage tritt. Die Entwicklung des heutigen Rußland auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit läßt sich nur mit der der Vereinigten Staaten von Amerika vor etwa dreißig Jahren vergleichen. Die russische öffentliche Meinung ist sich der furchtbaren Macht ihres Landes bewußt geworden und will, daß sie den Fremden . . . den Gegnern Rußlands sichtbar werde. Demgemäß wurden Maßnahmen ergriffen (Herr Hedeman nennt die Zahlen), um die Militärmacht Rußlands ungeheuer zu steigern. Bis zum Winter 1916 wird sich das russische Heer auf Friedensfuß nahezu verdoppeln, das heißt, seine Kopfstärke wird bis dahin von 1 200 000 auf die kolossale Zahl von 2 245 000 Mann angewachsen sein. Rußland wird dann eine aktive Armee besitzen, deren Kopfzahl größer ist als die der vereinigten Heere des Dreibundes. Außerdem wird es dank neuer strategischer Eisenbahnen in der Lage sein, so rasch wie die anderen Militärmächte zu mobilisieren. Die gleichen Anstrengungen kann man in der russischen Marine beobachten, deren Budget jetzt das Englands übertrifft. Rußland, das nach dem mandschurischen Feldzug „militärisch verrufen“ war, ist nun auf dem besten Weg, die stärkste Militärmacht zu werden, die die Welt je gesehen hat. Es ist wie Frankreich von friedlichen Absichten beseelt und Kaiser Nikolaus sagte vor kurzem zu einem französischen Diplomaten: „*Nous voulons être assez forts pour imposer la paix.*“ Aber Rußland will gewisse Handlungen Deutschlands wie die Entsendung der Mission Liman von Sanders' nach Konstantinopel und dessen Kommando-Übernahme über das Konstantinopeler Armeekorps, oder die Verhaftung ehrenwerter russischer Untertanen wegen Spionage, oder die heftige Sprache der Berliner Presse nicht länger zulassen. Die russische Diplomatie schlägt im Verkehr mit der deutschen Diplomatie bereits einen anderen Ton an und Deutschland fürchtet heute seinen östlichen Nachbarn. Außer der ewigen Feindseligkeit zwischen Slawen und Deutschen ent-

spinnt sich ein schwerer Wirtschaftskampf zwischen den beiden Ländern, der eine Besserung der russisch-deutschen Beziehungen mehr denn je unmöglich macht*.

Der „Temps“ veröffentlichte gestern einen weiteren Leitartikel über die russischen Heeresverstärkungen, die schon stattgefunden haben oder deren baldige Durchführung vorgesehen ist. Er erwähnt insbesondere drei neue russische Armeekorps, die in Westrußland aufgestellt werden sollen. Wie der „Temps“-Artikel bemerkte, nehmen die österreichischen Zeitungen an, daß diese neuen russischen Armeekorps im Raume um Kiew und Odessa aufgestellt werden, während die wahrscheinlich besser unterrichtete deutsche Presse erwartet, sie bei Warschau und Wilna stationiert zu sehen.

Ich habe usw.

Granville

V e r m e r k

Rußland ist eine furchtbare (formidable) Macht, und es wird noch weiter erstarken. Wir wollen hoffen, daß unsere Beziehungen zu ihm freundlich bleiben werden. — A. N.

(32659)

No. 67

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 336

Auswärtiges Amt, den 20. Juli 1914

A. 7^o nachm.

Möglicherweise war serbische Regierung nachlässig und wird das Gerichtsverfahren in Serajewo ergeben, daß die Ermordung des Erzherzogs auf serbischen Gebiete geplant wurde. Wenn die Forderungen Österreichs an Serbien in vernünftigen Grenzen gehalten sind und Österreich sie rechtfertigen kann, so hoffe ich, daß alles versucht wird, um einen Friedensbruch zu verhüten. Es wäre sehr erwünscht, daß Österreich und Rußland die Sache miteinander besprächen, wenn sich Schwierigkeiten ergeben sollten. Sie können sich in diesem Sinne äußern, falls Gelegenheit es zu erfordern scheint.

Veröffentlicht bei Oman S. 18

Vgl. No. 76

(33167)

No. 68

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold

No. 235

Auswärtiges Amt, den 20. Juli 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Ich fragte heute den deutschen Botschafter, ob er Nachrichten darüber habe, was in Wien hinsichtlich Serbiens vorgehe.

* Siehe über den Artikel auch „Schultheß“ Europäischer Geschichtskalender“, Jahrg. 1914, Seite 671—72.

Er verneinte dies, meinte aber, Österreich werde sicher einen Schritt unternehmen, und er halte die Lage für sehr ungemütlich.

Ich sagte, ich hätte neuerdings nichts gehört, außer daß Graf Berchtold im Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Wien den Gedanken, daß die Lage ernst sei, bestritten, jedoch geäußert habe, sie bedürfe der Klärung.

Der deutsche Botschafter bemerkte, es wäre sehr wünschenswert, wenn Rußland in bezug auf Serbien eine Vermittlerrolle spielen könne.

Ich äußerte, ich nähme an, daß die österreichische Regierung nichts tun werde, ehe sie der Öffentlichkeit ihren Rechtsfall gegen Serbien, der sich vermutlich auf das Ergebnis des Gerichtsverfahrens stützen würde, vorgelegt habe.

Der Botschafter entgegnete, er setze als sicher voraus, daß die österreichische Regierung auf Grund noch bekannt werdenden Materials vorgehen werde.

Ich sagte, dies würde es anderen, wie zum Beispiel Rußland, erleichtern, in Belgrad Mäßigung anzuraten. Je mehr Österreich in der Tat seine Forderungen in vernünftigen Grenzen halten und je besser es sie rechtfertigen könne, desto größer wäre die Aussicht, über etwaige Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ich haßte den Gedanken eines Krieges unter den Großmächten und es wäre abscheulich, wenn eine von ihnen durch Serbien in einen Krieg hineingezogen würde.

Der Botschafter stimmte dieser Meinung von Herzen zu.

Ich bin usw.

E. Grey

*Im BB No. 1 veröffentlicht
Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unter-
redung siehe in DD No. 92*

(32981)

No. 69

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 21. Juli

No. 357

Paris, den 20. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der heutige „Matin“ hebt ein Petersburger Telegramm seines Sonderberichterstatters, des Herrn Jules Hedeman, über die Rolle hervor, die das russische Heer im Falle eines europäischen Krieges spielen würde.

Herr Hedeman erklärt, daß seine Informationen aus berufenster militärischer Quelle stammen. Ihr Inhalt ist folgender:

Das russische Heer besteht jetzt aus vierundvierzig Armeekorps und im nächsten Jahr wird ein weiteres dazukommen. Soilte der Krieg ausbrechen, so würden dreizehn Armeekorps an ihren Standorten bleiben, und zwar sieben in Sibirien und dem fernen Osten, zwei in Turkestan, drei im Kaukasus und eines in Finnland und St. Petersburg; alle übrigen würden an der deutschen und österreichischen Grenze die Offensive ergreifen. Es ist unwahrscheinlich, daß Rußland Truppen an die russisch-rumänische Grenze schicken würde. Früher hätte man zwei russische Armeekorps dorthin geschickt, um die rumänische Armee in Schach zu halten, aber die Verhältnisse haben sich geändert und Rumänien wird sich jetzt eher an einem Angriff auf Österreich-Ungarn beteiligen, als in Rußland einfallen; denn die Rumänen trachten nach dem Besitz von Siebenbürgen, dessen Bevölkerung rumänischer Rasse ist. Unter diesen Umständen hat Rußland einunddreißig Armeekorps gegen Deutschland und Österreich frei. Es ist schwer zu sagen, wieviele Armeekorps die beiden genannten Mächte gegen Rußland zu werfen vermögen. Vor dem Balkankrieg haben die russischen militärischen Sachverständigen die Zahl der österreichischen Armeekorps auf vierzehn geschätzt, aber seit dem Anwachsen der serbischen Macht, seit der veränderten Stimmung Rumäniens und dem sich daraus ergebenden Wechsel in der Haltung der serbischen und rumänischen Untertanen Österreichs ist der österreichische Generalstab gezwungen, die Truppenzahl an den südlichen Grenzen und allgemein im Süden des Reiches zu erhöhen, und das verringert die Stärke der Streitkräfte, die an die russische Grenze gebracht werden können. Außerdem ist da noch mit der ernsten Frage des slawischen Elementes im österreichischen Heere zu rechnen, das wohl schwerlich gut gegen Rußland kämpfen wird. Deutschland und Frankreich haben fünfundzwanzig, bzw. einundzwanzig Armeekorps. Deutschland könnte bei Kriegsausbruch höchstens sechs Armeekorps an die russische Grenze werfen, weil es neunzehn an der französischen Grenze benötigt. Dank der neuen strategischen Eisenbahnen kann das russische Heer in sechzehn Tagen mobilisiert und konzentriert werden, während Deutschland zehn Tage dazu braucht. Seit kurzem neigen die russischen militärischen Sachverständigen mehr und mehr zu einer Offensivbewegung. Rußland weiß, daß Frankreich seine Heeresstärke nicht über das aus dem dreijährigen Dienstgesetz erwachsende Gesamtergebnis zu steigern vermag, und verlangt von ihm auch keine weiteren Anstrengungen in dieser Richtung, weil Rußland bereit ist, jede weitere Verstärkung, die Deutschland vorzunehmen versuchen könnte, zu neutralisieren. Wenn Deutschland seine Heeresstärke um 50 000 Mann vermehren sollte, würde Rußland diese Zahl verdoppeln oder verdreifachen. Rußland wünscht von Frankreich nur, daß es sein Kriegsmaterial auf einen möglichst vollkommenen Stand der Bereitschaft bringt. Die unlängst im französischen Senat gemachten Enthüllungen haben in St. Peters-

burg einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen, wurden aber nicht „au tragique“ genommen. Man fand dort, daß es vorzuziehen sei, bestehende Mängel zu erkennen und öffentlich zu kritisieren, statt die Sache zu vertuschen, wie das in Deutschland geschieht.

Ich habe usw.

Francis Bertie

(33049)

No. 70

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 21. Juli

No. 30

Budapest, den 14. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Seitdem ich einige Tage nach der Ermordung S. K. H. des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin nach Budapest zurückgekehrt bin, ist mir zweierlei besonders aufgefallen: erstens besteht bei keiner Klasse der Bevölkerung ein wirkliches Gefühl des Kummers über den auf so tragische Weise erfolgten Verlust ihres künftigen Herrschers und zweitens flutet eine gewaltige Welle blinden Hasses gegen Serbien und alles Serbische durch das ganze Land. Wenn ich so sagen darf, betrauert die ungarische Nation, so weit sie das überhaupt tut, nicht die Person sondern die Würde und Stellung des Opfers der Tragödie von Serajewo und ist in ihrer Sucht nach Rache an dem verachteten und verhaßten Feind, der als Urheber und Anstifter dieses Verbrechens am voraussichtlichen Träger der Krone des heiligen Stephan gilt, bereit, bis zum Äußersten zu schreiten.

Es war ganz allbekannt, wie unbeliebt der verstorbene Erzherzog bei seinen künftigen ungarischen Untertanen war und Seine Kaiserliche Hoheit hat sich auch, wie ich schon bei mehr als einer Gelegenheit hervorhob, keine Mühe gegeben, sich in Ungarn beliebt zu machen. Es hieß, daß er Sympathien für die verschiedenen nichtungarischen Nationalitäten habe, und man behauptete sogar, daß er wie Kaiser Joseph II. beabsichtigte, den vor der Krönung zum König von Ungarn erforderlichen Eid zu verweigern; er soll ferner zum Trialismus geneigt haben und für die Errichtung eines südslawischen Königreiches als dritten Bestandteils der habsburgischen Monarchie gewesen sei. Wie weit diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, braucht jetzt nicht untersucht zu werden, und es darf als ausgemacht gelten, daß er, einmal auf dem Throne, seine Ansichten hätte ändern und sich der Macht der Umstände hätte fügen müssen. Doch kann über das teilnehmende Interesse, das er den Bestrebungen der verschiedenen Nationalitäten entgegenbrachte, kein Zweifel bestehen und sowohl die Süd-

slawen wie auch die Rumänen Siebenbürgens setzten große Hoffnungen auf seine Thronbesteigung. Diese Tatsache macht das Verbrechen von Serajewo nur um so sinnloser. Es ist sicherlich eine Ironie des Schicksals, daß der künftige Herrscher, der allgemein als Verfechter der südslawischen Rechte galt, der verbrecherischen Propaganda der großserbischen Bewegung zum Opfer fallen mußte. Deshalb ist es nicht merkwürdig, daß diejenigen Lobesworte über den ermordeten Erzherzog, die Vertreter der Nationalitäten geäußert oder in den ihren Interessen dienenden Zeitungen veröffentlicht haben, besonders aufrichtig klangen. Es war jedoch nur zu erwarten, daß die Kritik in Anbetracht einer solch erschütternden Tragödie schweigen würde, und die ungarischen Politiker und Presseleute aller Schattierungen der politischen Meinung haben das altehrwürdige Prinzip „*De mortuis nil nisi bonum*“ beachtet und sich, indem sie jede Anspielung auf seine anerkannte Unbeliebtheit in Ungarn vermieden, darauf beschränkt, die großen Dienste, die er der Monarchie, besonders in bezug auf das Heer und die Flotte bereits geleistet, und den großen Verlust hervorzuheben, den das plötzliche Hinscheiden eines künftigen Herrschers von solch eisernem Willen und ehrlichem Streben für die gemeinsamen Interessen Österreich-Ungarns bedeutet. Wenn man indes von der offiziellen Trauer zur nationalen übergeht, so ist die Sachlage ganz anders und für den fremden Beobachter gewiß überraschend und etwas peinlich. Bei der großen Menge hat man so gut wie kein Zeichen der Trauer um den ermordeten Thronerben bemerkt; alle Unterhaltungen nahmen ungefähr ihren gewöhnlichen Verlauf und am Tage nach der Ermordung waren die Rennen besonders stark besucht. Aber selbst in aristokratischen und amtlichen Kreisen wurde keine Trauer beobachtet. Im ersten Club, dessen Mitglieder fast durchweg der Adelsaristokratie angehören — viele von ihnen sind Kämmerer usw. —, hatten nur die Minister und meine Kollegen Trauer angelegt. Bei dem offiziellen Trauergottesdienst, an dem eine große Zahl von Beamten, Parlamentsmitgliedern usw. teilnehmen mußten, fielen die oberen Klassen durch ihre Abwesenheit auf; die meisten von ihnen hatten es vorgezogen, einer Trauung beizuwohnen — der Bräutigam und die Braut gehörten den vornehmen Familien der Szapary und Esterhazy an —, die zur selben Stunde wie die Totenmesse stattfand. Angesichts einer Tragödie, die das Entsetzen und das Mitgefühl der ganzen zivilisierten Welt erregt hat, erschien dies Verhalten der ungarischen Nation, und namentlich von Angehörigen der Magnatenfamilien bemerkenswert genug, um in diesem Bericht besondere Erwähnung zu verdienen. Ich habe sagen hören, daß dies zum Teil eine Folge der vermeintlichen Zurücksetzung von Mitgliedern der österreichischen und ungarischen Aristokratie ist, die nicht zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten in der Wiener Hofkapelle eingeladen waren, ein Umstand, der viele Adlige zu einer öffentlichen

Kundgebung während des Leichenzuges zum Bahnhof veranlaßte und der den Gegenstand einer würdelosen Korrespondenz in der Presse und einer vom Grafen Albert Apponyi in der Abgeordnetenkammer eingebrachten Interpellation bildete. Wenn überhaupt eine Zurücksetzung bestand, so war sie ohne Zweifel durch die Vorschriften der veralteten spanischen Hofetikette bedingt, die meines Wissens sogar den Bruder der ermordeten Herzogin von den Feierlichkeiten in der Hofkapelle ausschloß.

Die weitverbreitete Kritik an den Anordnungen für die Beisetzungsfeierlichkeiten, der Graf Apponyi in der Abgeordnetenkammer ebenfalls Ausdruck verlieh, ist eher begründet. Das Empfinden war allgemein, daß das Leichenbegängnis zum Anlaß einer eindrucksvollen Kundgebung der Völker der Monarchie hätte gemacht werden sollen, der Völker, die in der Trauer um ihren ermordeten Erzherzog und im Abscheu vor dem Verbrechen, dem er zum Opfer fiel, dies eine Mal einig waren. Graf Apponyi kritisierte den Mangel an Prunk und an jeglicher militärischen Machtentfaltung, die dem Oberhaupte des Heeres und der Flotte gebührt hätte, und er machte die alte Hofetikette lächerlich, vor der die Gefühle der Menschlichkeit zurücktreten mußten und die eine eindrucksvolle und nützliche Kundgebung der nationalen Einheit verhinderte.

Die Intensität der Stimmung gegen Serbien, die durch dessen angebliche Mitschuld am Morde hervorgerufen wurde, hat in allen Teilen der Doppelmonarchie einen höchst gefährlichen Umfang angenommen. In Serajewo mußte man infolge der antiserbischen Ausschreitungen einen beschränkten Belagerungszustand anordnen. In Wien fanden Demonstrationen des Pöbels gegen die serbische Gesandtschaft statt. In Agram und anderen Teilen Kroatiens kam es zu heftigen Kundgebungen der Kroaten gegen Serben, während die Mitglieder der Rechtspartei, insbesondere der Gruppe Frank, im Sabor die schmählichsten Auftritte machten und die Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition mit Rufen wie „Verräter“, „serbische Mörder“ usw. überschütteten. Vom ungarischen Standpunkt aus muß man bedenken, daß die Kroaten, die ihrer Treue zur Dynastie derart Ausdruck verliehen, die gleichen Leute sind, die eine Lostrennung von Ungarn am meisten herbeisehn; der Vorfall dient ferner dazu, die weite Kluft zu enthüllen, die die Bestrebungen der Kroaten und Serben trennt, und er stellt schließlich einer befriedigenden Lösung der südslawischen Frage weitere Hindernisse in den Weg. In Budapest fanden keine heftigen antiserbischen Kundgebungen statt, aber alle Kreise der Bevölkerung und die gesamte Presse ohne Unterschied der politischen Färbung schrieben sogleich übereinstimmend den Ursprung des Verbrechens von Serajewo serbischen Umtrieben zu. Nicht nur die gelben Blätter, sondern auch angesehene Regierungsorgane, unter anderem der „Pester Lloyd“, ergingen sich in den wildesten Schmähungen Serbiens und der

serbischen Regierung. Ein Regierungsblatt zum Beispiel bezeichnet Serbien als ein Land, das seine nationale Größe auf die Ermordung von Fürsten gründet. Ohne das Ergebnis der Untersuchung der Umstände und des Ursprungs des Verbrechens abzuwarten, legte es die Presse einstimmig serbischem Einfluß zur Last. Es war in der Tat jedem, der mit den politischen Verhältnissen der Monarchie vertraut ist, von Anfang an klar, daß das Verbrechen eher nationalistischer als anarchistischer Natur war und in der großserbischen Propaganda, einer antidygestischen und irredentistischen Bewegung, seinen Ursprung hatte; aber bisher ist über das Ergebnis der amtlichen Untersuchung nichts veröffentlicht worden, was die serbische Regierung irgendwie mit dem Verbrechen in Verbindung bringen könnte. Man darf zurzeit höchstens sagen, daß die moralische Verantwortung für das sinnlose Verbrechen auf die heftige Agitation fällt, die von Serbien aus teils durch die Presse, teils durch politische Vereine und besonders seit den Ereignissen von 1908 gegen die Doppelmonarchie betrieben wurde, und daß die serbische Regierung diese Verantwortung insofern teilt, als sie es versäumt, die Auswüchse dieser nationalistischen großserbischen Bewegung niederzuhalten. Unter diesen Umständen kann man nicht umhin, die Haltung der ungarischen Presse zu tadeln, die alles, was in ihrer Macht steht, zu tun scheint, um die schon erhitzte öffentliche Meinung Ungarns noch mehr zu entflammen. Trotz amtlichen Dementis sind die wildesten Gerüchte über das Ergebnis der Untersuchung des Mordes in Umlauf und finden Glauben. Man liest von einer weitverbreiteten Verschwörung in Bosnien, die auf eine Revolution hinauslaufe. Serbische Offiziere sollen direkt in die Sache verwickelt sein und die Namen von Offizieren in hohen Stellungen werden als am Morde beteiligt genannt, während man allgemein glaubt, daß die Bomben eigens aus einem serbischen Zeughaus beschafft wurden. Gewisse Zeitungen versuchten, den zeitweiligen Rücktritt König Peters von seinem Herrscheramt und die angebliche Vereinigung von Serbien und Montenegro mit dem Morde in Zusammenhang zu bringen. Jeden Tag tischt der „Pester Lloyd“ zur Erbauung der Leserschaft unter der Überschrift „Aus der serbischen Hexenküche“ die zügellosesten Auszüge aus serbischen Zeitungen auf. Man muß zugeben, daß anfangs der Ton der serbischen Presse in seiner Verurteilung des Verbrechens korrekt und sogar teilnahmsvoll war; aber unter dem Einfluß der maßlosen Schmähungen der österreichischen und ungarischen Zeitungen änderte sie bald ihren Ton und vergalt Gleches mit Glechem. Obwohl verantwortliche Minister auf beiden Seiten versucht haben, die öffentliche Meinung zu beruhigen, so kann dieser heftige Pressefeldzug die schon hinreichend gespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur noch mehr verschärfen und die bestehende Nervosität steigern. Hier reden die Leute aller Stände offen von einem Krieg mit Serbien, und ein solcher würde gewiß höchst

populär sein. Anderseits kann man trotz gegenteiligen Gerüchten versichern, daß bis jetzt noch keine Anzeichen für militärische Bewegungen, die auf Kriegsvorbereitungen deuteten, erkennbar sind.

Der bloße Umstand, daß am 7. Juli in Wien eine Zusammenkunft der gemeinsamen Minister und der beiden Ministerpräsidenten stattgefunden hat¹⁾), genügte, um die wildesten Gerüchte über eine bevorstehende Aktion gegen Serbien in Umlauf zu setzen; diese Gerüchte wurden jedoch durch die Mitteilung, daß der Ministerrat nur die in Bosnien zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der großserbischen Propaganda erwogen habe, und durch den friedlichen Ton der Rede zerstreut, die Graf Tisza am folgenden Tag im ungarischen Parlament in Erwiderung auf eine Interpellation des Grafen Julius Andrassy hielt.

Graf Andrassy fragte die Regierung:

1. Wie es möglich sei, daß man in Anbetracht der bekannten Zustände in Bosnien den Besuch des Erzherzogs in Serajewo an einem Nationalfeiertag gestattet habe?
2. Warum keine gehörigen Vorsichtsmaßregeln getroffen worden seien?
3. Wie es zu erklären sei, daß man den Erzherzog nach dem ersten Anschlag auf sein Leben die Fahrt fortsetzen ließ?
4. Welchen Umfang die serbenfeindlichen Demonstrationen in Bosnien und der Herzegowina angenommen hätten?
5. Ob die serbische Bevölkerung großen Schaden erlitten habe, und wenn ja, warum den Demonstrationen nicht sogleich Einhalt geboten worden sei?
6. Ob an dem weitverbreiteten und bisher nicht widersprochenen Gerücht, daß die Fäden der Verschwörung nach Belgrad verfolgt werden könnten, etwas Wahres sei, und wenn ja, was die Regierung tun werde, um die Bestrafung der Schuldigen zu gewährleisten?
7. Welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen beabsichtige, um in Zukunft zu verhindern, daß an sicherer Stätte und ungestraft Verschwörungen gegen die höchsten Vertreter des Staates, sowie gegen die innere Sicherheit angezettelt werden?

Graf Andrassy schilderte dann kurz die neuere Geschichte der südslawischen Bewegung und namentlich die der großserbischen Propaganda in den annexierten Provinzen, die er als die unmittelbare Ursache des Mordes bezeichnete. Es erscheine unglaublich, bemerkte er, daß die Behörden von einer solch weitverzweigten Verschwörung nichts gewußt haben sollten, und es sei sehr nachlässig gewesen, den Erzherzog an einem Nationalfeiertag Serajewo besuchen zu lassen und keine ausreichenden Maßnahmen für seinen Schutz zu treffen. Er klagte

¹⁾ Siehe No. 46.

die gegen die Südslawen befolgte Politik schwer an und behauptete, daß so, wie die Serben von Jahr zu Jahr an Zahl und Macht zugenommen hätten, auch ihr Haß gegen die österreichisch-ungarische Monarchie sich verschärft habe.

Graf Tisza begann seine Erwiderung mit der Erklärung, daß der Erzherzog bei seinem Besuche Bosniens in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Armee unabhängig gehandelt habe und, ohne die österreichische oder ungarische Regierung um Rat zu fragen, dorthin gegangen sei, wohin ihn seine militärischen Pflichten riefen.

Seine Exzellenz führte aus, die Untersuchung des Verbrechens sei noch nicht so weit gediehen, daß er über die genaue Ausdehnung der Verschwörung Auskunft geben könne, aber er müsse der Ansicht des Grafen Andrassy, daß die ganze politische Lage in Bosnien untergraben sei und man dort jeden Augenblick eine Revolution erwarten könne, entschieden entgegentreten. Er vermöge über das Ergebnis der noch im Gange befindlichen Untersuchung noch nichts zu sagen, aber, versicherte Seine Exzellenz, die beiden Regierungen und alle für die auswärtige Politik der Monarchie verantwortlichen Personen seien sich ihrer Pflicht sowohl hinsichtlich der gewaltigen Interessen, die sich an die Wahrung des Friedens knüpfen, als auch hinsichtlich jener Interessen, mit denen der Bestand und das Ansehen Österreich-Ungarns verbunden seien, vollkommen bewußt; sie seien auch der Tatsache völlig eingedenk, daß in Österreich, Bosnien, Kroatien und Ungarn südslawische Propaganda getrieben werde, und mit diesem Faktor müsse man rechnen. Graf Tisza verteidigte dann jedoch die Treue der meisten der in Ungarn lebenden Serben, sowie die Aktion seiner Regierung, die mit einer der serbisch-kroatischen Koalition entnommenen parlamentarischen Mehrheit wieder einen konstitutionellen Zustand in Kroatien schuf, und er wies darauf hin, daß diejenigen Kroaten, die jetzt jene Mehrheit aus Parteigründen angriffen, die gleichen Leute seien, die am meisten darauf aus wären, die Bande zu zerreißen, die Kroatien mit Ungarn verbinden. Seine Exzellenz ergriff die Gelegenheit, um sein tiefes Bedauern über die nach dem Verbrechen an den Serben verübten Ausschreitungen zum Ausdruck zu bringen.*

Der ganze Ton der Rede des Grafen Tisza war friedlich und versöhnlich und sollte dazu beitragen, der kriegerischen Stimmung entgegenzuwirken, die hierzulande in der Luft liegt und die die Bemühungen verantwortlicher Minister um eine friedliche Lösung so sehr erschweren muß¹⁾.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

¹⁾ Siehe No. 65.

* Siehe über die Interpellation Andrassys und die Antwort Tiszas den „Pester Lloyd“ vom 9. Juli 1914, Morgenblatt No. 160.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 93

Wien, den 21. Juli 1914

A. 12²⁰ vorm.E. 10⁰⁰ vorm.

Nach vertraulicher Mitteilung des französischen Botschafters haben der serbische Gesandte und der italienische Botschafter in Paris dem französischen (stellvertretenden) Minister des Äußern ihre Besorgnis ausgedrückt, daß die österreichisch-ungarische Regierung einen plötzlichen Angriff auf den Berg Lovtschen unternehmen könnte, um sich eine Montenegro beherrschende Stellung zu sichern, die sie instand setze, ein Zusammengehen Montenegros mit Serbien zu verhindern. Der italienische Botschafter hier scheint ziemlich zuversichtlich zu sein, daß die Sache mit Serbien ihre Regelung ohne einen Appell an die Waffen finden wird. Der französische und russische Botschafter teilen diese Ansicht.

*Vgl. den Bericht vom 19. Juli No. 156 und den Bericht
des Grafen de Salis vom 26. Juli No. 652*

V e r m e r k e

Österreich würde sich durch solch einen ungerechtfertigten Angriff völlig ins Unrecht setzen. — E. A. C. 21. Juli.

Ich bezweifle, daß Österreich zu äußersten Maßnahmen schreiten wird — obwohl Berlin offenbar besorgt ist. — A. N.

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 478

Auswärtiges Amt, den 21. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich sprach heute mit Herrn Cambon über die großen Befürchtungen in bezug auf das, was Österreich von Serbien verlangen werde. Ich erwähnte, daß ich den deutschen Botschafter sehr besorgt gefunden hätte. Ich wisse nicht, ob er über die von Österreich beabsichtigten Forderungen unterrichtet sei oder nicht, da er mir darüber nichts gesagt habe. Berlin versuche wahrscheinlich Wien zu mäßigen. Ich teilte Herrn Cambon mit, was ich gestern dem Fürsten Lichnowsky über die Notwendigkeit für Österreich sagte, seine Forderungen mög-

lichst vernünftig zu halten und eine möglichst überzeugende Rechtfertigung dafür zu veröffentlichen¹⁾.

Ich bin usw.
E. Grey

Vgl. Herrn Cambons Darstellung dieses Gespräches in F No. 19

(33199)

No. 73

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 22. Juli

No. 297

Berlin, den 20. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Gestern erschien in der „Norddeutschen Zeitung“* folgende halbamtliche Erklärung:

„In den Auslassungen der europäischen Presse zu der in dem Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien obwaltenden Spannung machen sich immer mehr Stimmen geltend, die anerkennen, daß Österreich-Ungarns Verlangen, eine Klärung seiner Beziehungen zu Serbien herbeizuführen, berechtigt ist. Dabei schließen wir uns der an mehr als einer Stelle ausgedrückten Hoffnung an, daß durch rechtzeitiges Einlenken der serbischen Regierung das Entstehen einer ernsten Krisis vermieden werde. Jedenfalls läßt es das solidarische Interesse Europas, das bisher in der langen Balkankrisis in der Bewahrung des Friedens unter den Großmächten zur Geltung gekommen ist, erwünscht und geboten erscheinen, daß die Auseinandersetzungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien entstehen können, lokalisiert bleiben.“²⁾

Auch die „Kölnische Zeitung“ hat gestern ein inspiriertes Telegramm aus Berlin veröffentlicht, das die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien behandelt. Darin kam die Befriedigung über die neuliche Rede des Herrn Lloyd George und über den Artikel in der „Westminster Gazette“ vom 17. d. Mts.³⁾ zum Ausdruck, in dem es hieß, daß Österreich-Ungarn berechtigt sei, den Versuchen auf Losreißen der serbischen Bevölkerung von der Monarchie entgegenzutreten, und daß die serbische Regierung gut tun werde, sich die

¹⁾ No. 68.

²⁾ Vgl. No. 77 und Bericht No. 158.

³⁾ Siehe No. 58.

* Richtiger: „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Siehe die zweite (Morgen-)Ausgabe vom 19. Juli 1914, No. 167.

Berechtigung der Besorgnis ihres großen Nachbars zu vergegenwärtigen und alles zu tun, sie zu zerstreuen. Man könne nur hoffen und wünschen, besagt das Telegramm, daß die serbische Regierung ernstlich den guten Willen zeigt, mit den Wühlereien der nationalistischen Propaganda der Tat gegenüber Österreich-Ungarn, die das serbische Land durchseuchen, gründlich aufzuräumen*.

Wie ich erfahre, wurde der kürzlich erschienene Artikel der „Times“¹⁾ über diese Frage hier auch sehr beifällig aufgenommen.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

No. 74

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Privat)

Rom, den 20. Juli 1914

Verehrter Sir Edward,

Vielleicht liegt es etwas außerhalb meines Gebiets, von Rom aus amtlich über Deutschland zu schreiben, und es dürfte daher besser sein, wenn ich meine Beobachtungen auf einen Privatbrief beschränke. Ich habe soeben im Depeschensack eine Abschrift Ihres nach Berlin gesandten Erlasses No. 214 vom 6. d. Mts.²⁾ vorgefunden, der Ihre Unterredung mit dem deutschen Botschafter über die in Deutschland herrschende Besorgnis und pessimistische Stimmung hinsichtlich der österreichisch-serbischen Beziehungen wiedergibt.

Ich bemerke, daß auf der hiesigen deutschen Botschaft genau das-selbe Gefühl des Unbehagens herrscht. Der Botschafter, der gehofft hatte, die Sommermonate im Urlaub zu verbringen, hat eingesehen, daß es ihm bei der gegenwärtigen Lage unmöglich sein wird, seinen Posten zu verlassen. Er ist zurzeit nicht selbst in Rom; ich habe ihn seit mehr als vierzehn Tagen nicht gesehen, und was ich in letzter Zeit gehört habe, stammt von den jüngeren Mitgliedern der Botschaft.

Diese scheinen anzunehmen, daß die österreichisch-ungarische Regierung beabsichtigt, eine sehr scharfe Note an Serbien zu richten, und sie befürchten nun, daß Serbien, dem manches stark zu Kopf gestiegen ist und das sich der Unterstützung Rußlands sicher fühlt, eine Antwort geben wird, die Österreich nur als herausfordernd betrachten kann. Die neuliche Erklärung des Herrn Paschitsch, die in der Presse erschien und unwidersprochen blieb, ist geeignet, diese Ansicht zu bestätigen. Und sie halten die Lage Österreichs in bezug auf seine slawischen

¹⁾ Vgl. No. 61.

²⁾ No. 32.

* Siehe die „Kölnische Zeitung“ vom 19. Juli 1914, 1. Morgenausgabe No. 822.

Untertanen für derart, daß es nur eine unterwürfige Antwort Serbiens annehmen kann, wenn es sein Ansehen nicht gänzlich einbüßen will. Die einzige Hoffnung auf eine Lösung bestehe darin, daß Rußland in Belgrad zur Vorsicht mahne, aber sie sind keineswegs sicher, daß das geschehen wird. Ich fragte, wie sich Deutschland in der Sache verhalten würde, und mein Gewährsmann war überzeugt, daß, wenn die Frage auf Österreich und Serbien beschränkt bliebe, Deutschland nichts damit zu tun hätte, daß aber, wenn Rußland zugunsten Serbiens eingreifen würde, Deutschland verpflichtet sei, zugunsten Österreichs einzutreten. Sie hofften, daß wir und Deutschland zusammenhalten und uns bemühen würden, mäßigend auf unsere beiderseitigen Freunde einzuwirken und den Konflikt zu lokalisieren, falls es dazu kommen sollte. Die Besorgnisse der Deutschen über die Gefahren der augenblicklichen politischen Lage haben einen starken Eindruck auf mich gemacht.

Ihr aufrichtig ergebener
Rennell Rodd

(33315)

No. 75

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 162

St. Petersburg, den 22. Juli 1914

A. 1⁴⁶ nachm.

E. 2²⁰ nachm.

Präsident der Republik sagte mir gestern, daß er persische Frage mit Kaiser und Außenminister besprochen habe und daß ihm beide befriedigendste Versicherungen bezüglich der Weisungen gegeben hätten, die russischen Konsuln zugegangen sind. Kaiser habe aufs bestimmteste erklärt, daß er Persien (?) ausgelassen: nicht) Zwietracht zwischen England und Rußland säen lassen werde.

Französischer Ministerpräsident bestätigte obiges und fügte hinzu, Außenminister habe zugegeben, daß russische Konsuln im Unrecht seien.
(Gleichlautend nach Teheran)

(33319)

No. 76

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 163

St. Petersburg, den 22. Juli 1914

A. 1⁴⁶ nachm.

E. 3²² nachm.

Serbischer Gesandter sagte mir gestern, daß er gegenwärtige Krise für gefährlichste halte, die Serbien in den letzten zwei Jahren

durchgemacht habe. Nachdem er mir alles wiederholt, was seine Regierung getan, um ihre Bereitwilligkeit zu zeigen, allen berechtigten Forderungen, die Österreich an sie stellen könnte, entgegenzukommen, meinte er, daß Graf Tisza und Graf Forgach die österreichische öffentliche Meinung aufreizten, um so betagten Kaiser vorwärts zu treiben. Auf meine Bemerkung, daß, wenn Serbien in seiner gegenwärtigen korrekten Haltung verharre, Österreich unmöglich einen Vorwand für einen Angriff auf Serbien finden könne, erwiderte Gesandter, daß es einen Zwischenfall hervorrufen würde, der ihm den Vorwand böte.

Ich wiederholte obiges zum Präsidenten der Republik, den ich unmittelbar darauf sah, und erwähnte auch, was Sie in Ihrem Telegramm No. 336 vom 20. Juli gesagt haben¹⁾. Seine Exzellenz drückte Ansicht aus, daß eine Unterhaltung *à deux* zwischen Österreich und Rußland augenblicklich sehr gefährlich sei, und schien mäßigenden Ratschlägen Frankreichs und Englands in Wien zuzuneigen.

Ich sprach auch mit Außenminister, den ich später am Tage traf. Seine Exzellenz sagte, daß, wenn Österreich beweisen könnte, daß Anschlag in Serbien angezettelt worden sei, ihm nicht verwehrt würde, von serbischer Regierung zu verlangen, gerichtliche Untersuchung einzuleiten, und Serbien sei, wie er glaube, dazu bereit. Er meinte jedoch, daß es für die drei Regierungen ratsam wäre, in Wien Mäßigung zu empfehlen. Dies müsse in freundschaftlichster Weise geschehen und dürfe nicht in der Form eines Kollektivschrittes erfolgen. Er bat mich, Ihnen in diesem Sinne zu telegraphieren, und sagte, er würde heute mit dem Präsidenten der Republik darüber sprechen²⁾.

V e r m e r k e

Jeder Rat an Wien wird eine sehr heikle Sache sein, und mich dünkt, daß wir auf jeden Fall abwarten sollten, was die österreichische Regierung in Belgrad vorbringen wird. — G. R. C.

Ich bezweifle sehr, ob es klug wäre, wenn wir Vorstellungen in Wien erheben würden. Das ist vor allem Sache der deutschen Regierung. — E. A. C.

Ich höre, daß der Staatssekretär mit Graf Mensdorff zu sprechen gedenkt. Das kann nur von Nutzen sein, aber ich wäre gegen irgendwelche Vorstellungen oder Ratschläge der drei Mächte in Wien. Ich bin sicher, solch ein Schritt würde übel aufgenommen werden und Schaden anrichten. — A. N.

Ich werde den Grafen Mensdorff morgen sehen³⁾. — E. G. 22. Juli 1914.

¹⁾ No. 67.

²⁾ Siehe No. 84, 90 und F No. 22.

³⁾ Siehe No. 86.

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 88. Vertraulich

Berlin, den 22. Juli 1914

A. 2^o nachm.E. 4^o nachm.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Staatssekretär des Auswärtigen sprach gestern abend mit mir über bevorstehende österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad. Offenbar erwartete er, daß sie bereits erfolgt sei. Er bemerkte, Stellungnahme deutscher Regierung sei wie halbamtlich in „Norddeutscher Zeitung“* vom 19. Juli dargelegt, und er gab zu, daß er diese Erklärung eigentlich selbst entworfen habe¹⁾. Er bestand darauf, daß vorliegende Streitfrage ohne Einmischung von außen, allein zwischen Österreich und Serbien erörtert und geregelt werden sollte. Er habe es daher nicht für opportun gehalten, die österreichisch-ungarische Regierung in der Sache überhaupt anzugehen. Er fügte indes hinzu, daß er serbischen Gesandten²⁾ gegenüber wiederholt eindringlich Notwendigkeit betont habe, Beziehungen Serbiens zu Österreich-Ungarn in richtiges Verhältnis zu bringen. Serbischer Gesandter habe vorgebracht, daß seine Regierung über serbische Presse, die frei sei und alles nach Belieben veröffentlichen könne, keine Kontrolle auszuüben vermöge.

Staatssekretär bemerkte hinsichtlich dieses Punktes, daß, wenn jemand nichts tun könne oder wolle, um einer Schädigung ein Ende zu machen, der Kläger sich des Heilmittels selbst bedienen müsse. Er meinte, seines Erachtens habe österreichisch-ungarische Regierung seit langem Serbien gegenüber große Nachsicht bewiesen.

Im BB No. 2 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht. Vgl. Bericht No. 158

V e r m e r k e

Die Haltung der deutschen Regierung ist schwer zu verstehen. Obenin betrachtet trägt sie nicht den Stempel der Gerechtigkeit. Wenn der deutschen Regierung wirklich daran liegt, daß Österreich vernünftig im Zaum gehalten wird, so ist sie am besten imstande, in Wien ihr Wort zu erheben. Alles, was sie tut, ist aber, in Belgrad die Leidenschaften zu erhitzen, und es sieht wirklich in hohem Grade nach Aufputschen der Österreicher aus, wenn sie durch ihre amtlichen Zeitungen der serbischen Regierung offen und andauernd droht.

Man mag annehmen, daß die deutsche Regierung an eine wirkliche Kriegsgefahr nicht glaubt. Sie scheint sich darauf zu verlassen, daß die britische Regierung die deutschen und österreichischen Drohungen in Belgrad unterstützt;

¹⁾ Siehe No. 73.

²⁾ Sollte vermutlich Geschäftsträger heißen. Damals befand sich kein serbischer Gesandter in Berlin.

* Genauer „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

es ist klar, daß, wenn die britische Regierung in diesem Sinne intervenierte, oder wenn sie Mahnungen nach St. Petersburg richtete, der heiß ersehnte Bruch zwischen England und Rußland seiner Verwirklichung einen Schritt näher gebracht würde.

Doch ich gebe zu: all das sind nur Mutmaßungen. Wir kennen die Tatsachen nicht. Die deutsche Regierung kennt sie augenscheinlich. Sie weiß, was die österreichische Regierung zu fordern im Begriffe steht, sie weiß, daß diese Forderungen eine ernste Frage aufwerfen werden, und ich denke, wir können mit einiger Sicherheit sagen, daß sie jene Forderungen gebilligt und Unterstützung versprochen hat, falls gefährliche Verwicklungen daraus entstehen sollten. Das kann, meine ich, aus dem vorliegenden Telegramm herausgelesen werden.

Die vagen Andeutungen und die Besorgnisse des Fürsten Lichnowsky entsprechen nicht ganz der wirklichen Lage, die seine Regierung schaffen hilft. — E. A. C. 22. Juli.

Ich will dies Telegramm morgen nach meiner Zusammenkunft mit Graf Mensdorff beantworten¹⁾. — E. G. 22. Juli 1914.

Dies Telegramm ist jetzt keiner besonderen Antwort mehr wert. — E. G. 24. Juli 1914.

(33328)

No. 78

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 116

Rom, den 22. Juli 1914

A. 2³⁵ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Außenminister, der in ständiger Fühlung mit österreichischer Botschaft ist, sprach mir Befürchtung aus, daß an Serbien zu richtende Note Fassung erhalten habe, die notwendigerweise unannehmbar sein müsse. Er hatte Hoffnung, daß Note in Ischl modifiziert worden sein könnte. Er ist überzeugt, daß eine Partei in Österreich entschlossen ist, diese Gelegenheit zu ergreifen, um Serbien zu erdrücken, was ganz gegen die italienischen Interessen wäre.

(Gleichlautend nach Wien und Budapest)

Vgl. Berichte No. 161, 648 und 664

(33657)

No. 79

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 289

Auswärtiges Amt, den 22. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich sprach heute mit Graf Benckendorff über die Befürchtungen bezüglich Österreichs und Serbiens. Ich unterrichtete ihn von meiner letzten Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter²⁾ und erfuhr, daß

¹⁾ Siehe No. 86.

²⁾ No. 68.

Graf Benckendorff den deutschen Botschafter gleichfalls getroffen¹⁾ und ihn sehr besorgt gefunden hatte. Ich bemerkte, es sei sehr wünschenswert, daß die russische Regierung in direkte Verbindung mit der österreichischen trate. Wenn Österreich Forderungen in Belgrad stellte und man vom dortigen russischen Gesandten erwarte, daß er die Serben in ihrem Widerstand gegen die Forderungen bestärke, und wenn Österreich und Rußland sich mittlerweile gegenseitig vom Leibe hielten*, so würde eine sehr schwierige Lage entstehen.

Graf Benckendorff sprach von der Schwierigkeit für Rußland, eine freundschaftliche Mitteilung in Wien zu machen; gegenwärtig läge noch nichts vor, um eine Handhabe dafür zu bieten.

Ich sagte, daß ich darüber nachgedacht hätte, was zu tun wäre, wenn ich an Herrn Sasonows Stelle stünde. Es dürfte für Herrn Sasonow möglich sein, den österreichischen Botschafter in St. Petersburg kommen zu lassen; sich auf die Darlegungen in der Presse zu berufen, wonach Österreich im Begriffe stehe, einige Forderungen an Serbien zu stellen; die Stärke der pro-serbischen Gefühle in Rußland zu betonen und hervorzuheben, wie gewaltig und unwiderstehlich diese Gefühle im Falle einer Krise werden könnten; und dann die österreichische Regierung zu bitten, Rußland dadurch ins Vertrauen zu ziehen, daß sie ihm genau die Größe und Natur ihrer Beschwerden gegen Serbien und das mittheile, was sie glaube verlangen zu müssen. Die russische Regierung könnte sich dann vielleicht in der Lage sehen, die österreichischen Forderungen in vernünftigen Grenzen zu halten.

Ich bemerkte auch, ich hätte Herrn des Graz, der Ende dieser Woche als unser Gesandter nach Belgrad gehe, gesagt, daß es nicht unsere Sache sei, in dieser Angelegenheit heftig Partei zu ergreifen, und daß das, was er in Belgrad vorbringen könne, davon abhinge, wie die Österreicher ihre Sache begründeten. Wenn sie bewiesen, daß der Mordanschlag auf den Erzherzog Franz Ferdinand auf serbischen Gebiet vorbereitet und organisiert worden sei, und daß Österreich wirklichen Grund zu Klagen gegen Serbien habe, so würde er in Belgrad darauf dringen können, daß die serbische Regierung Österreich wirklich die äußersten ihr nur möglichen Bürgschaften dafür geben sollte, in Zukunft zu verhindern, daß in Serbien solche Anschläge gegen Österreich betrieben würden.

Ich bin usw.
E. Grey

Veröffentlicht bei Oman Seite 18, aber die Wiedergabe ist
dort nicht ganz genau

¹⁾ Siehe DD No. 85.

* „... kept each other at arm's length“ — hier in dem Sinne, daß Österreich und Rußland auseinandergerieten und direkt keine Fühlung mehr miteinander hätten.

Herr Crackanthurpe an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juli

No. 133

Belgrad, den 18. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Im Laufe einer privaten Unterredung, die ich heute morgen mit dem Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes hatte, spielte ich auf den von der „Times“ am 16. d. Mts. aufgeworfenen Gedanken an, daß es am klügsten für Serbien sei, wenn es selbst und aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der angeblichen südslawischen Verschwörung auf serbischem Boden vornehmen würde. Herr Gruitsch wies auf die Unmöglichkeit hin, irgendwelche bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, bevor man das Ergebnis des Serajewoer Gerichtsverfahrens, das bisher geheim gehalten wurde, kennen gelernt habe. Was Chabrino-witsch betreffe, der den ersten Anschlag auf das Leben des Erzherzogs gemacht hatte, so sei bereits öffentlich bekannt, daß die serbische Regierung — wie das bei österreichischen Untertanen, die nach Belgrad kommen, um sich dort niederzulassen, herkömmlich sei — sich unlängst bei seiner Ankunft in Belgrad in der üblichen Weise beim österreichischen Konsulat nach seinem Vorleben erkundigt und darüber eine befriedigende Auskunft erhalten habe. Von Princip wisse die serbische Regierung nichts. Bei Veröffentlichung des Ergebnisses der Untersuchung in Serajewo sei die serbische Regierung durchaus bereit, jedem mit dem internationalen Brauch in Einklang stehenden Verlangen nach weiterer Untersuchung, die durch die Umstände etwa geboten sei, nachzukommen.

Der Generalsekretär sagte, er wisse wohl, daß es eine einflußreiche Partei in Österreich gäbe, die gerne die gegenwärtige Lage benutzt hätte, um den äußersten Druck auf Serbien auszuüben. Aber die serbische Regierung habe sichere Nachricht, daß Berlin mäßigend auf Österreich einwirken würde. Sollte indessen das Allerschlimmste eintreten und Österreich den Krieg erklären, dann werde Serbien nicht allein dastehen. Rußland würde bei einem mutwilligen Angriff auf Serbien nicht ruhig bleiben und Bulgarien würde durch Rumänien immobilisiert sein. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse nach Ansicht des Generalsekretärs ein Krieg zwischen einer Großmacht und einem Balkanstaat unvermeidlich zu einer europäischen Feuersbrunst führen.

(Gleichlautend nach Wien)

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthurpe

Vgl. Telegramm No. 61, sowie S No. 30

V e r m e r k e

Herr Gruitsch hat eine interessante Behauptung über die Absicht Deutschlands aufgestellt, auf Wien mäßigend einzuwirken. — G. R. C. 24. Juli 1914.

Darin wurde er jedoch offenbar völlig irregeführt. Es wäre interessant zu erfahren, wer ihn irregeführt hat. — E. A. C. 24. Juli.

(33357)

No. 81

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juli

No. 31

Budapest, den 16. Juli 1914

Euerer Exzellenz

muß ich leider berichten, daß der versöhnliche Ton der vom Grafen Tisza am 8. d. Mts. gehaltenen Rede die Heftigkeit des Feldzuges, der zwischen der ungarischen und serbischen Presse tobt, nicht vermindert hat und man kann unmöglich die Augen vor der gefährlichen Wirkung verschließen, die die übertriebenen, verdrehten oder falschen Meldungen, wie sie tagtäglich von der Presse veröffentlicht werden, auf die hiesige öffentliche Meinung ausüben.

Es ist in der Tat nur natürlich, daß der Mord den Beziehungen zwischen der Doppelmonarchie und Serbien gewisse Merkmale ernster Störung verliehen und daß die serbische Rassenabstammung des Mörders einen heftigen Ausbruch feindseliger Gefühle gegen Serbien ausgelöst hat. Man glaubt allgemein, daß in Serbien seit Jahren eine verbrecherische, von der serbischen Regierung ungehinderte Agitation großserbischer Gesellschaften gegen Österreich-Ungarn im Gange ist, und die Perioden scharfer Spannung zwischen den beiden Nachbarstaaten sind in den letzten Jahren zu häufig gewesen, als daß dieser neue Zündstoff keine Gefahren bergen sollte. Um so mehr Grund für die Presse, möchte man meinen, Geduld zu predigen, bis die Mitschuld der serbischen Regierung bewiesen ist; aber sowohl hier wie in Wien ist das gerade Gegenteil der Fall.

Mir wird aus zuverlässiger Quelle versichert, daß Graf Tisza seinen Einfluß aufbietet, um den Ton der Zeitungen zu mäßigen, aber bisher sind seine Bemühungen — wenn er sich wirklich in dieser Richtung betätigt hat — ganz erfolglos gewesen. Der „Pester Lloyd“ fährt fort, unter der Überschrift „Aus der serbischen Hexenküche“ aufreizende Auszüge aus den serbischen Zeitungen zu bringen, und gleich am Tage nach der Rede des Grafen Tisza wurde hier die Nachricht veröffentlicht — die selbstverständlich jeder tatsächlichen Grundlage entbehrt —, daß die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad in die Luft gesprengt worden sei.

Ungarische Zeitungen trugen kein Bedenken, die unsinnige Er-

klärung gewisser serbischer Zeitungen, daß Herr Hartwig in der österreichischen Gesandtschaft vergiftet worden sei, wiederzugeben.

Am 13., einem Montag, an welchem Tage die meisten Lokalblätter keine Morgenausgabe veröffentlichen, wurde in Budapest das Gerücht verbreitet und allgemein geglaubt, daß am Tag vorher, dem Geburtstage des Königs Peter, Belgrad der Schauplatz österreichfeindlicher Ausschreitungen gewesen sei, daß Österreicher und Ungarn überfallen und ihre Häuser geplündert worden seien und daß die Mitglieder der österreichischen Gesandtschaft hätten in Semlin Schutz suchen müssen. Bald stellte sich heraus, daß diese Gerüchte falsch waren; sie beruhten lediglich darauf, daß Baron Giesl vor möglichen österreichfeindlichen Kundgebungen gewarnt worden war und es für ratsam erachtet hatte, Herrn Paschitsch davon zu verständigen, der sogleich alle möglichen Vorsichtsmaßregeln treffen ließ. Es ergab sich ferner, daß einige Mitglieder der österreichisch-ungarischen Kolonie der Sicherheit halber nach Semlin hinübergefahren waren, während andere in ihrer Gesandtschaft Schutz gesucht hatten. Der ganze Vorfall dürfte einer sinnlosen Panik in der österreichisch-ungarischen Kolonie als einer Folge des aufreizenden Tones der Presse beider Länder zuschreiben sein. Tatsächlich gab es an jenem Tage keine Ruhestörung in Belgrad und entgegen den gehegten Befürchtungen fand auch anlässlich der Bestattung des verstorbenen russischen Gesandten¹⁾ keine anti-österreichische Kundgebung statt.

Diese Belgrader Gerüchte wurden hier jedoch eine Zeitlang ganz allgemein geglaubt und dienten dazu, die schon bestehende Nervosität wegen der Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu steigern. In Verbindung mit Gerüchten über eine Mobilmachung Italiens gegen Griechenland lösten sie an der Budapester Börse eine Panik aus und am Montag und Dienstag fielen die Kurse stark. Es ist daher erfreulich melden zu können, daß der Ton der Effektenbörse seitdem zuversichtlicher geworden ist und daß in vielen Fällen der Kurssturz der beiden ersten Tage der Woche schon wieder ausgeglichen wurde. Diese Rückkehr zur Zuversicht dürfte schwerlich auf den Ton der Rede des Grafen Tisza vom Mittwoch²⁾ zurückzuführen sein; sondern sie entspringt meines Erachtens der Überzeugung, daß, wenn eine unmittelbare Aussicht auf Krieg oder auch nur auf militärische Kriegsvorbereitungen bestünde, der gemeinsame Kriegsminister, der österreichische und der ungarische Landesverteidigungsminister, sowie der Chef des Generalstabes nicht sämtlich im Urlaub weilen könnten, was, wie man mir sagt, gegenwärtig der Fall ist.

Ich habe usw.
W. G. Max Müller

¹⁾ Vgl. S No. 21 und 30.

²⁾ No. 82.

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juli

No. 32

Budapest, den 17. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich im Anschluß an mein Schreiben Nr. 30 vom 14. d. Mts.¹⁾ zu berichten, daß am Mittwoch [15. Juli] im Abgeordnetenhaus eine weitere Debatte über die gegenwärtig infolge der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand zwischen Österreich-Ungarn und Serbien gespannten Beziehungen stattgefunden hat.

Die Unterbrechung des parlamentarischen Lebens in Österreich hat unter anderem dazu geführt, daß der ungarische Reichstag — mit dem ungarischen Ministerpräsidenten als verantwortlichem Exponenten — das Forum für öffentliche Erklärungen über die auswärtige Politik der Doppelmonarchie geworden ist.

Zwei Anfragen standen auf der Tagesordnung. Die erste bezog sich auf die in Ungarn, Kroatien und den annexierten Provinzen weitverbreitete Agitation, die der von Belgrad ausgehenden großserbischen Propaganda zuzuschreiben sei. Der Interpellant stellte die Behauptung auf, daß die Verschwörung in Bosnien und die Ermordung des Thronfolgers die unmittelbare Folge dieser Propaganda seien, und verlangte die Zusicherung, daß die Regierung bereit sei, die energischsten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Agitation zu ergreifen. Der für diese Interpellation verantwortliche Abgeordnete hielt eine heftige und kriegslustige Rede, in deren Verlauf er die serbische Note verlas, die der aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina entstandenen Krise ein Ende gemacht hatte. In dieser Note verzichtete Serbien bestimmt und bedingungslos auf seine Aspirationen hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina, es verpflichtete sich, seine militärischen Streitkräfte auf Friedensfuß herabzusetzen und seine Banden aus den beiden Provinzen zurückzuziehen, und es versprach, mit Österreich-Ungarn in Frieden und freundnachbarlichen Beziehungen zu leben.

Der „Pester Lloyd“ bemerkt in einem Leitartikel über die Debatte, daß die Ermordung zeige, wie Serbien sein Versprechen gehalten habe, und fährt dann fort:

„In Belgrad wurde das Komplott gestiftet, in Belgrad wurden die Mörder in ihrem Handwerk unterwiesen, in Belgrad wurden sie mit Geld und Mordwerkzeugen ausgerüstet; in Belgrad und in ganz Serbien ist die Brutstätte jenes Geistes, der beständig auf die Zertrümmerung unserer Monarchie sinnt, die verbrecherischen Pläne zur

¹⁾ No. 70.

Verwirklichung dieses Strebens ausheckt, den Adepten dieser Lehre die Weihen nationaler Heiligkeit erteilt.“*

Graf Tisza eröffnete seine Erwiderung mit der Erklärung, daß er noch nicht in der Lage sei, seinen Worten vom 8. d. Mts. über die Schritte, die möglicherweise gegen Serbien unternommen werden müßten, etwas hinzuzufügen; aber der ganze Ton seiner Rede macht einen weniger versöhnlichen, ja ich möchte sogar sagen, einen drohenderen Eindruck als seine frühere Erklärung. Beinahe seine ersten Worte waren: „Die Angelegenheit mit Serbien ist unter allen Umständen zu bereinigen.“ Aber über die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Ziels machte er keine bestimmten Angaben. Die Regierung, fuhr er fort, sei von dem Bewußtsein all jener wichtigen Interessen durchdrungen, die sich an die Erhaltung des Friedens knüpfen, und sei nicht der Ansicht, daß diese Bereinigung notwendigerweise zu einer kriegerischen Verwicklung führen müsse. Seine Exzellenz sprach dann die feierliche Warnung aus, daß der Krieg eine traurige *ultima ratio* sei, zu der man erst greifen dürfe, wenn alle übrigen Lösungsmöglichkeiten erschöpft seien, zu der aber jede Nation befähigt und gewillt sein müsse, wofür sie eine Nation und ein Staat zu bleiben wünsche.

Diese ernsten Warnungsworte werden in der Presse beider Hälften der Monarchie besonders, und fast ausnahmslos zustimmend, kommentiert.

Graf Tiszas Erwiderung bewegte sich sodann in annähernd denselben Bahnen wie seine Erwiderung auf die Interpellation des Grafen Julius Andrassy am 8. d. Mts. Er lehnte abermals im Namen der Regierung jede Verantwortung für die Reise des Erzherzogs ab, die Seine Kaiserliche Hoheit in seiner militärischen Eigenschaft unternommen habe; er behauptete, daß die allgemeine Lage in Bosnien nicht so verzweifelt sei, wie sie der Interpellant geschildert hatte; daß der Frevel das Werk von ein paar vereinzelten Verbrechern sei und von der großen Masse der serbischen Bevölkerung mißbilligt werde; er gab zu, daß in Bosnien zwar eine politische Gärung bestehe, aber keine Revolution; er sagte, es müßten strengere administrative, polizeiliche und erzieherische Maßnahmen ergriffen werden, um das Übel zu bekämpfen; Friede und Fortschritt in den annexierten Provinzen hätten einen Geist des Optimismus erzeugt, aus dem das Erwachen schrecklich gewesen sei, doch das bilde keinen Grund, um an der Zukunft der Provinzen zu verzweifeln. Seine Exzellenz trat dann wiederum für die serbisch-kroatische Koalition in Kroatien ein und verteidigte sie gegen die Beschuldigung, großserbische Aspirationen zu hegen.

Der Schluß der Rede des Grafen Tisza war friedlicher als der Anfang:

* „Pester Lloyd“, 16. Juli 1914, Morgenblatt No. 166.

„Ich bin genötigt, meine Ausführungen mit dem Gemeinplatze zu schließen, daß es eine Agitation und eine Propaganda gibt, gegen die angekämpft werden muß; dieser Kampf ist energisch zu führen, mit möglichst scharfem Auge die Wurzel der Übel aufsuchend und diese Wurzel angreifend, aber dabei ist jede panikartige Erscheinung, jeglicher Schrecken, jegliches planlose Hin- und Herhaschen und jeglicher überflüssige Lärm zu vermeiden.“

Die zweite von Graf Albert Apponyi eingebrachte Interpellation betraf die Gerüchte über Gefahren, die der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Belgrad, sowie dem Leben und Eigentum der dort wohnenden österreichisch-ungarischen Untertanen drohten, und ersuchte um eine authentische amtliche Mitteilung darüber, was das sicherste Mittel sei, um die in der Öffentlichkeit entstandene Erregung zu beschwichtigen.

Graf Tisza schilderte kurz die Vorfälle in Belgrad, die sich dort am vergangenen Sonntag zugetragen und den Anlaß zu solch beunruhigenden Gerüchten gegeben hatten. Baron Giesl sei, so erklärte Seine Exzellenz, von anscheinend vertrauenswürdiger Seite vor der beabsichtigten Kundgebung gewarnt worden. Er habe demgemäß Herrn Paschitsch von der Sache verständigt, der die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen treffen ließ. In Wahrheit, fuhr Graf Tisza fort, habe keine Kundgebung stattgefunden, und es lägen keine Beweise dafür vor, daß die dem Baron Giesl zugegangene Warnung eine tatsächliche Grundlage gehabt habe. Der Vorfall würde deshalb natürlich, wie Graf Tisza bemerkte, ohne Folgen bleiben. Seine Exzellenz benützte diese Gelegenheit, um an die ungarische Presse die Bitte zu richten, sie solle beim Empfang von Nachrichten über Ereignisse, die die Lebensinteressen der ungarischen Nation berühren, nicht zuerst daran denken, wie diese Gerüchte zu journalistischen Zwecken verwendet werden könnten, sondern sich vielmehr überlegen, ob ihre Veröffentlichung dem guten Ruf der Nation zur Ehre gereichen werde. Der durch derartige Gerüchte erzeugte Zustand der Nervosität und Panik sei voll ernster Gefahren und die Presse sollte es sich angelegen sein lassen, sich vor der Veröffentlichung von ihrer Richtigkeit zu überzeugen*.

Die Debatte zeigte deutlich, daß trotz den scharfen Meinungsverschiedenheiten, die in innerpolitischen Fragen zwischen der Regierung und der Opposition bestehen, sämtliche Parteien in ihren Ansichten über den von der gemeinsamen Regierung bezüglich ihrer Beziehungen zu Serbien einzuschlagenden Weg einig sind.

Als Beispiel für die Wirkung, die die obenerwähnte Warnung des Grafen Tisza auf die Presse hatte, möchte ich anführen, daß der „Pester Lloyd“ und andere Blätter heute morgen einen ganz ausführlichen

* Der erste Interpellant war G. Szmrecsanyi. Siehe über die ganze Debatte den „Pester Lloyd“ vom 16. Juli 1914, Morgenblatt No. 166.

Bericht über Truppenbewegungen und die Mobilisation in Serbien brachten, die den Stand der serbischen Armee von 45 000 auf 110 000 Mann erhöhte, und daß trotz einem amtlichen Dementi aus Belgrad und Widersprüchen aus Wien der „Pester Lloyd“ in seiner Abendausgabe auf der allgemeinen Richtigkeit seiner Angaben beharrt.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

Vgl. den Bericht Sir M. de Bunsens No. 65

(33479)

No. 83

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 94

Wien, den 23. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 2⁴⁵ nachm.

In Erwiderung auf Interpellationen in der ungarischen Kammer über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen der Doppelmonarchie zu Serbien lehnte ungarischer Ministerpräsident gestern abend Aufschlüsse ab und behauptete, es läge nicht im Interesse des Landes, die Angelegenheit im jetzigen Augenblick aufzurollen. Er sprach indes die Hoffnung aus, daß er binnen kurzem in der Lage sein werde, eine ausführliche Erklärung abzugeben. Situation sei, wie er sagte, derart, daß sie entweder zu einem friedlichen oder zu einem sehr ernsten Ausgang führen könne*.

Vgl. No. 85

(33480)

No. 84

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 165

St. Petersburg, den 23. Juli 1914

A. 2¹⁸ nachm.

E. 3⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 163 vom 22. Juli¹⁾.

Außenminister hat russischen Botschafter in Wien beauftragt, sich mit seinem französischen und deutschen Kollegen hinsichtlich des Erteilens freundschaftlicher Ratschläge der Mäßigung zu verständigen²⁾.

¹⁾ No. 76.

²⁾ Siehe No. 90.

* Siehe „Neue Freie Presse“, Wien, 23. Juli 1914, Morgenblatt No. 17927.

Wie ich höre, schickt französische Regierung ähnliche Weisung an den französischen Botschafter¹⁾.

V e r m e r k e

Jede derartige Mitteilung würde Wien wahrscheinlich heftig reizen, ohne sonst eine wohlätige Wirkung auszuüben. — E. A. C. 23. Juli.

Ich fürchte, daß dies kein kluger Schachzug ist, und bezweifle, daß die Deutschen sich daran beteiligen werden. — A. N.

Ich fürchte, daß „deutsch“ ein Fehler für „britisch“ ist, aber warten wir einmal bis morgen ab. — E. G.

Legen Sie diese Telegramme morgen mit jenem aus Berlin vor, das Herrn von Jagows Meinung wiedergibt²⁾. — E. G.

(33491)

No. 85

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 1

Budapest, den 23. Juli 1914

A. 2^o nachm.

E. 4³⁰ nachm.

Ministerpräsident lehnte gestern abend Antwort auf Interpellation bezüglich serbischen Streitfalles mit der Begründung ab, daß es augenblicklich nicht im Interesse der Monarchie liege, Frage aufzurollen. Seine Exzellenz hoffte, bald ausführliche Erklärung abgeben zu können. Er sagte, Lage berechtigte nicht zur Ansicht, daß eine ernste Wendung der Ereignisse unvermeidlich oder nur wahrscheinlich sei. Lage sei noch ganz ungewiß und könne mit friedlichen Mitteln geschlichtet werden, obgleich Möglichkeit ernster Verwicklungen bestehen bleibe*.

Ton der Rede war ernst, wenn auch sehr zurückhaltend.

Öffentliche Meinung immer noch erregt und Krieg wäre populär. Börsenkurse sind weiter gefallen. Pressefeldzug dauert unverändert an, sogar in Regierungsorganen.

Gefährlicher Faktor der Lage ist weitverbreitete Überzeugung, daß für Fortbestand der Monarchie Krieg mit Serbien früher oder später unvermeidlich ist, daß Österreich-Ungarn in der gegenwärtigen Frage die Sympathie und stillschweigende Billigung der Mächte genießt und daß deshalb Krieg auf Züchtigung Serbiens durch Österreich-Ungarn beschränkt bliebe.

(Gleichlautend nach Wien)

Vgl. No. 83 und Bericht No. 157

¹⁾ No. 97 und F No. 23.

²⁾ No. 77.

* Siehe „Neue Freie Presse“, Wien, 23. Juli 1914, Morgenblatt Nr. 17927.

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

No. 121

Auswärtiges Amt, den 23. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Graf Mensdorff eröffnete mir heute, daß er mir morgen vormittag amtlich die Note überbringen könne, die Österreich seines Wissens heute an Serbien richten werde. Er setzte mir dann privatim die Art der gestellten Forderungen auseinander. Da er mir sagte, daß in dem Schriftstück, das er mir morgen überreichen werde, sämtliche Tatsachen verzeichnet seien, brauche ich sie hier nicht zu erwähnen. Ich entnahm seinen Worten, daß die Note Beweise für die Mitschuld einiger serbischer Beamten am Mordanschlag auf den Erzherzog Franz Ferdinand und eine lange Liste von Forderungen enthielte, die Österreich infolgedessen an Serbien stellt.

Ich erwiderte, daß ich vor Empfang einer amtlichen Mitteilung keine Bemerkung über all diese Dinge machen möchte; auch scheine es sich um eine Sache zu handeln, über die ich mich wahrscheinlich nicht auf den ersten Blick äußern könnte.

Aber als Graf Mensdorff sagte, er vermute, daß so etwas wie eine Frist gesetzt würde — was tatsächlich einem Ultimatum gleichkäme —, drückte ich mein lebhaftes Bedauern darüber aus. Um es vorweg zu nehmen: eine Befristung könnte die öffentliche Meinung in Rußland erregen und würde es schwierig, wenn nicht unmöglich machen, mehr Zeit zu gewähren, selbst wenn es sich nach ein paar Tagen herausstellte, daß eine Fristverlängerung Aussicht auf eine friedliche Lösung und auf eine befriedigende Antwort Serbiens bieten würde. Ich gab zu, daß die Sache ohne Befristung ungebührlich verschleppt werden könnte, machte aber folgendes geltend: man könne später immer noch eine Frist setzen; würden die Forderungen zunächst ohne Befristung erhoben, dann würde sich die russische öffentliche Meinung vielleicht weniger erregen und könnte sich nach einer Woche beruhigt haben; und wenn die österreichische Sache wohlgegründet sei, möchte es sich ergeben, daß die russische Regierung in der Lage wäre, ihren Einfluß zugunsten einer befriedigenden Antwort Serbiens aufzubieten. Eine Frist würde gewöhnlich nur zu allerletzt gestellt, nachdem man andere Mittel vergeblich versucht habe.

Graf Mensdorff warf ein, daß, wenn Serbien in der Zeit, die seit der Ermordung des Erzherzogs verstrichen sei, freiwillig eine Untersuchung im eigenen Lande eingeleitet hätte, all dies wohl vermieden worden wäre. Im Jahre 1909 habe Serbien in einer Note erklärt, daß es freundnachbarliche Beziehungen zu Österreich unterhalten wolle; es habe aber sein Versprechen nie gehalten, sondern eine Bewegung

entfacht, deren Ziel die Auflösung Österreichs sei, und davor müsse die Monarchie sich unbedingt schützen.

Ich sagte, ich möchte die Ausführungen des Grafen Mensdorff von heute nachmittag weder kommentieren noch bemängeln, könne jedoch nicht umhin, mir über die entsetzlichen Folgen, die in der Situation lägen, Gedanken zu machen. Nicht bloß Herr Cambon und Graf Benckendorff, sondern auch andere hätten sich mir gegenüber lebhaft besorgt über das, was geschehen könnte, ausgesprochen, und man habe es mir als sehr erwünscht bezeichnet, daß diejenigen, die Einfluß in St. Petersburg besäßen, ihn dort im Sinne der Geduld und Mäßigung ausüben sollten. Ich hätte entgegnet, daß die Stärke des Einflusses, der in diesem Sinne geltend gemacht werden könne, davon abhinge, ob die österreichischen Forderungen vernünftig wären und wie groß die Berechtigung sei, die Österreich für die Stellung seiner Forderungen etwa ermittelt habe. Die möglichen Folgen der gegenwärtigen Lage seien schrecklich. Wenn nicht weniger als vier Großmächte Europas — z. B. Österreich, Frankreich, Rußland und Deutschland — in einen Krieg verwickelt würden, so müsse dies meines Erachtens solch ungeheure Geldsummen verschlingen und eine derartige Störung des Welthandels verursachen, daß der Krieg von einem vollständigen Zusammenbruch des Kreditwesens und der Industrie Europas begleitet sein oder einen solchen nach sich ziehen werde. Das würde heutigentags in großen Industriestaaten einen schlimmeren Zustand als den von 1848 bedeuten und mancherlei verschwände vielleicht völlig von der Bildfläche, wer auch immer als Sieger aus dem Kriege hervorgehe.

Graf Mensdorff wandte gegen diese Schilderung der möglichen Folgen der gegenwärtigen Lage nichts ein, meinte aber, daß alles von Rußland abhinge.

Dazu bemerkte ich, es sei in einer solch schwierigen Zeit ebenso richtig zu behaupten, daß zwei dazu gehörten, um Frieden zu halten, wie man gewöhnlich mit Recht sage, daß man zu zweit sein müsse, um Händel anzufangen. Ich hoffte sehr, daß, sobald Schwierigkeiten auftauchten, Österreich und Rußland in der Lage wären, sie gleich direkt miteinander zu besprechen.

Graf Mensdorff drückte die Hoffnung aus, daß dies möglich sein werde, aber er stand unter dem Eindruck, daß St. Petersburg in letzter Zeit keine sehr freundliche Haltung eingenommen habe.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 3 veröffentlicht

*Siehe den Bericht des Grafen Mensdorff über diese Unterhaltung
in Oe I No. 59*

Mitteilung des serbischen Gesandten

Auswärtiges Amt, den 23. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Der serbische Gesandte machte heute einen Besuch, und zwar anscheinend ohne eine ganz bestimmte Absicht. Er sagte, seine Regierung sei äußerst besorgt und beunruhigt. Sie sei vollkommen bereit, allen vernünftigen Forderungen Österreichs zu entsprechen, solange sie sich auf dem „terrain juridique“ hielten. Falls die Untersuchung in Serajewo, die in solch geheimnisvollem Dunkel geführt werde, die Tatsache enthüllte, daß es Personen gäbe, die auf serbischem Gebiet konspirierten oder Verschwörungen organisierten, so wäre die serbische Regierung durchaus bereit, die nötige Genugtuung zu gewähren. Wenn Österreich aber die Frage auf das politische Gebiet verschoben und verlange, die ihr unbequeme serbische Politik solle eine völlig andere Richtung einschlagen und politische Ideale aufgeben, so würde oder könnte sich kein unabhängiger Staat einem solchen Diktat unterwerfen.

Er erwähnte noch, daß die beiden Mörder österreichische Untertanen — Bosnier — seien und daß sich einer von ihnen in Serbien aufgehalten habe. Die serbischen Behörden hätten ihn für verdächtig und gefährlich gehalten und ihn deshalb ausweisen wollen; als sie sich aber an die österreichischen Behörden wandten, hätten diese ihn beschützt und erklärt, daß er ein unschuldiger und harmloser Mensch sei.

Er bat um meine Ansicht über die ganze Frage. Ich entgegnete, es sei ganz unmöglich, sich eine Meinung darüber zu bilden, da die Unterlagen dafür fehlten. Ich könnte nur meine aufrichtige Hoffnung äußern, daß seine Regierung bemüht sein werde, den österreichischen Forderungen im Geiste der Versöhnlichkeit und Mäßigung entgegenzukommen. Ich hätte keine Ahnung, welcher Art diese Forderungen seien, und ich wüßte auch nicht, worauf sie sich stützen würden.

A. N.

Mit geringfügigen Änderungen im BB No. 30 als Bericht veröffentlicht. Vgl. S No. 30

(Herr Cambon sagt mir, daß der österreichische Kriegsminister Vorbereitungen für die Mobilmachung von 8 Armeekorps angeordnet habe, aber auf den Rat des Herrn Tisza wurde diese Maßnahme aufgeschoben. Herr Jules Cambon fragte Herrn Jagow nach den Bedingungen der österreichischen Note. Dieser erwiderte, er kenne sie nicht.)¹⁾

A. N.

¹⁾ Vgl. F No. 15.

II

24. Juli bis 4. August

11

taugt. & sic ist. &c.

(33509)

No. 88

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 24. Juli

No. 152

Wien, den 21. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die „Neue Freie Presse“, die im Pressefeldzug gegen Serbien eine hervorragende Führerrolle gespielt hat, meldet eben in ihrer Abendausgabe aus Ischl, wo Graf Berchtold heute eine Audienz beim Kaiser hatte, man glaube dort, daß die erwartete Demarche im Laufe dieser Woche in Belgrad erfolgen werde. Die Forderungen an Serbien würden höflich in der Form, im Inhalt jedoch sehr entschieden sein und man werde Serbien vermutlich eine Frist von nur 48 Stunden zur Beantwortung einräumen. Nach diesem Artikel wären die Hauptforderungen wahrscheinlich wie folgt:

1. Daß eine gründliche Untersuchung über die Mitschuld derjenigen Serben durchgeführt werde, die infolge des Verfahrens in Serajewo als bloßgestellt erscheinen.
2. Daß Maßnahmen gegen diejenigen serbischen nationalistischen Gesellschaften ergriffen werden, deren Machenschaften auf österreichisch-ungarischem Boden eine fortwährende Gärung in der Doppelmonarchie erzeugten.
3. Daß von der Grenzpolizei der beiden Länder gemeinsam Maßnahmen zur besseren Überwachung der Grenze getroffen werden*.

Obwohl die übrigen Wiener Blätter keine derart bestimmte Ankündigung eines nahe bevorstehenden diplomatischen Schrittes in Belgrad enthalten, sprechen Berichte aus Budapest davon, daß Graf Tisza dem Ministerrate den Wortlaut der zu überreichenden Note mitgeteilt habe; und die Effektenbörse, die sich für einen Augenblick von ihrem Sturz der letzten Woche erholt hatte, leidet aufs neue an weichenden Kursen.

Die Vermutung, daß man Serbien eine Frist von nur 48 Stunden zur Annahme der österreichisch-ungarischen Forderungen lassen wird, dürfte wohl kaum begründet sein, denn der serbische Ministerpräsident

* Siehe „Neue Freie Presse“, 21. Juli 1914, Abendblatt No. 17925.

ist dem Vernehmen nach auf einer zehntägigen Wahlagitationsreise von Belgrad fern, während andererseits die Ernte in Österreich und Ungarn vor Ablauf von weiteren drei Wochen nicht eingebracht sein wird. Man kann aber vor diesem Zeitpunkt eine Krise nicht herbeiführen wollen.

Eine Abschrift dieses Berichts wurde nach Belgrad gesandt.

Ich habe usw.

(für den Botschafter)
Theo Russell

(33531)

No. 89

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 47

Belgrad, den 23. Juli 1914

A. 23. Juli 10³⁰ nachm.

E. 24. Juli 8⁰ vorm.

Ich erfahre von meinem italienischen Kollegen, daß die österreichische Gesandtschaft heute abend eine Note überreicht hat, die der serbischen Regierung zur Erfüllung der darin enthaltenen Forderungen eine Frist von achtundvierzig Stunden gewährt. Ich kenne noch keine Einzelheiten, höre aber, daß die auferlegten Bedingungen außerordentlich schwer sind.

(Gleichlautend nach Wien)

(33574)

No. 90

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 95

Wien, den 23. Juli 1914

A. 23. Juli 8²⁵ nachm.

E. 24. Juli 11³⁰ vorm.

Russischer Geschäftsträger ist beauftragt, sich mit französischem Botschafter und mir wegen Vorstellungen ins Benehmen zu setzen, die wir im gleichen Sinne, jedoch nicht gemeinsam erheben sollen, um österreichisch-ungarische Regierung in freundschaftlicher aber fester Sprache zu warnen, an serbische Regierung eine Note zu richten, deren Bedingungen diese nicht ohne Demütigung annehmen könnte.

Ich verständigte russischen Geschäftsträger, daß ich noch ohne Weisung sei, jedoch während heutiger Unterhaltung mit Unterstaatssekretär Graf Forgach persönlich Hoffnung in obigem Sinne ausgedrückt hätte.

Unterstaatssekretär teilt mir mit, Note solle heute in Belgrad

überreicht und ihr Wortlaut in morgigen Zeitungen veröffentlicht werden. Er bemerkte, Note sei scharf, da sonst dem auf die Mordtat gefolgten Ausbruch öffentlicher Entrüstung über Serbien nicht Genüge geschehen würde. Er hoffte, schien aber kaum zu erwarten, daß serbische Regierung den peremtorischen Forderungen der Note nachkommen werde. Er sagte mir, Mitschuld serbischer Beamter am Verbrechen sei voll erwiesen und hier könne sich keine Regierung auch nur eine Woche halten, die verabsäume, Serbien ernstlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Französischer Botschafter sprach gestern ernst mit dem anderen Unterstaatssekretär, Baron Macchio, über Gefahr, einen bewaffneten Konflikt mit Serbien herbeizuführen. Baron Macchio nahm seine Warnung freundlich auf und erweckte bei französischem Botschafter Eindruck, daß Note in gemäßigter Sprache abgefaßt sei. Dieser Eindruck wurde nach Ansicht Seiner Exzellenz durch gestrige Sprache des ungarischen Ministerpräsidenten in Budapest bestätigt, doch ich gestehe, daß die mir von Graf Forgach heute nachmittag gesprächsweise abgegebenen Erklärungen über Stimmung im Lande und Unmöglichkeit für Regierung, ihr zu widerstehen, mich Bevorstehen einer ernsten Krise befürchten lassen.

(Gleichlautend nach Belgrad)

Siehe No. 76 und 84

(33652)

No. 91

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 148

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

Österreichisch-ungarischer Botschafter hat mir die an Serbien gerichtete Note mit den Erklärungen der österreichisch-ungarischen Regierung mitgeteilt¹⁾.

Ich sagte, die Ermordung des Erzherzogs sowie einige der in der österreichisch-ungarischen Note hinsichtlich Serbiens angeführten Umstände erweckten natürlich Sympathien für Österreich, ich hielte es aber für sehr bedauerlich, daß in diesem Stadium eine Frist, und zwar eine solch kurze Frist gestellt worden sei, und die Note scheine mir das furchtbarste Dokument zu sein, das ich je einen Staat an einen andern unabhängigen Staat habe richten sehen. Forderung No. 5 könnte bedeuten, daß die österreichisch-ungarische Regierung berechtigt sein solle, Beamte zu ernennen, die auf serbischen Gebiet

¹⁾ Siehe Anhang A.

amtliche Befugnisse ausüben dürften, und das würde mit Erhaltung unabhängiger Souveränität Serbiens kaum vereinbar sein.

Ich machte diese Bemerkungen jedoch nicht, um die Rechtslage des Streitfalles zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu erörtern; damit hätten wir nichts zu schaffen. Ich würde mich lediglich vom Gesichtspunkt des europäischen Friedens aus mit der Sache befassen und ich sei sehr besorgt.

Ich müßte die Ansichten anderer Mächte abwarten und wir würden uns ohne Zweifel mit ihnen beraten, um zu sehen, was zur Behebung von Schwierigkeiten geschehen könne.

Der österreichisch-ungarische Botschafter äußerte, Serbien habe eine derartige Verschleppungstaktik befolgt, daß eine Befristung notwendig sei. Seit der Ermordung des Erzherzogs wären einige Wochen verstrichen, von Serbien sei aber kein Zeichen der Teilnahme oder Hilfsbereitschaft erfolgt; hätte es nach dem Morde die Hand geboten, dann hätte die gegenwärtige Lage verhütet werden können.

Ich bemerkte, man hätte zu irgendeinem späteren Zeitpunkt eine Frist stellen können, falls Serbien mit einer Antwort gezögert hätte; wie die Dinge lägen, verlange die österreichisch-ungarische Regierung nicht bloß eine Antwort binnen achtundvierzig Stunden, sondern sie schreibe auch den Wortlaut der Antwort vor.

(Gleichlautend nach Paris No. 206/207; Berlin No. 193/194; Rom No. 186/187 und St. Petersburg No. 342/343: „Nur zur Information“)

*Im BB No. 5 (paraphrasiert) veröffentlicht
Siehe den Bericht des Grafen Mensdorff über diese Unterredung
in Oe II No. 14*

(33653)

No. 92

Herr Crackanthonpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 49. Dringend

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 2^o nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm¹⁾.

Ministerpräsident, der heute früh nach Belgrad zurückgekehrt, ist sehr besorgt und niedergeschlagen. Er bat mich dringend, Ihnen seine Hoffnung zu übermitteln, daß Seiner Majestät Regierung ihre guten Dienste aufbieten werde, um österreichische Forderungen zu mäßigen, deren Annahme, wie er sagt, unmöglich sei²⁾.

Im BB No. 8 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ ? No. 94.

²⁾ Siehe No. 102, sowie S No. 35.

(33656)

No. 93

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 99

Wien, den 24. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 3¹⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 96 vom 24. Juli¹⁾: Österreichisch-ungarische Note an Serbien.

Französischer Botschafter sprach soeben vor, um Eindrücke auszutauschen. Unseres Erachtens ist Note, wenn sie auch viele berechtigte Forderungen enthält, in solch peremtorischer Weise abgefaßt, daß sofortige bedingungslose Annahme durch serbische Regierung sehr erschwert wird. Französischer Botschafter hat serbischen Gesandten bereits gesehen, der erklärt, daß zwischen Belgrad und St. Petersburg reger Telegrammwechsel stattfindet und seiner Meinung nach von dessen Ergebnis Antwort serbischer Regierung abhängen wird. Falls Frist für Antwort verlängert werden könnte, hält serbischer Gesandter persönlich eine Verständigung nicht für ausgeschlossen. In zwei oder drei Punkten müßten jedoch österreichisch-ungarische Forderungen eingeschränkt werden. König von Serbien könnte sich niemals durch Erlaß eines Armeebefehls in vorgeschriebenen Worten demütigen. Forderung No. 4, derzufolge gewisse Offiziere verabschiedet werden sollen, deren Namen und Vergehen noch nicht einmal bekanntgegeben seien, ist völlig unannehmbar, und ebenso Forderung No. 5 betreffs Teilnahme österreichisch-ungarischer Organe bei Unterdrückung politischer Bewegung in Serbien.

Nach Ansicht französischen Botschafters war Haltung serbischen Gesandten sehr maßvoll und versöhnlich.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Belgrad)

(33659)

No. 94

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 48. Dringend

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 3¹² nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm²⁾.

Ich habe Wortlaut der österreichischen Note gesehen, der barsch und peremtorisch ist. Serbischer Ministerpräsident sagte mir, daß

¹⁾ Dieses Telegramm ist hier nicht abgedruckt, da es nur einen Abriß der österreichisch-ungarischen Note enthält.

²⁾ No. 89.

zwar noch kein endgültiger Beschuß bezüglich der zu erteilenden Antwort gefaßt worden sei, Note aber gewisse Forderungen enthalte, die für serbische Regierung ganz unannehmbar seien.

Verlangt wird unter anderm:

1. Die Einwilligung, daß die österreichisch-ungarische Regierung bei der Unterdrückung der gegen Österreich-Ungarn gerichteten nationalistischen Bewegung auf serbischen Boden mitwirkt.

2. Die Verpflichtung, aus dem Staatsdienst alle Offiziere und Beamten zu entfernen, die verdächtig sind, bei der Ermordung die Hand im Spiel gehabt zu haben, und deren Namen die österreichisch-ungarische Regierung mitteilen wird.

3. Die Beseitigung aus Schulen und öffentlichem Unterricht aller Lehrer und Schulbücher, die geeignet sind, die Propaganda gegen Österreich-Ungarn zu nähren.

4. Die Unterdrückung und Auflösung nationalistischer Gesellschaften in Serbien, wie z. B. der Narodna Odbrana.

Note verlangt ferner, daß die serbische Regierung in ihrem amtlichen Organ vom 26. Juli eine formelle Erklärung veröffentlicht, in der die serbische Bewegung und der Versuch verurteilt werden, serbische Bevölkerung Österreich-Ungarns der Monarchie abspenstig zu machen, und in der bedauert wird, daß serbische Beamte an dieser Propaganda teilgenommen und damit die freundnachbarlichen Beziehungen gefährdet haben, die zu pflegen Serbien in seiner Erklärung vom 31. März 1909 versprochen hatte.

Die Frist von 48 Stunden, die am Samstag um 6 Uhr abends abläuft, wurde mündlich gestellt.

(Nach Wien gesandt)

Vgl. *Oman* Seite 27

(33670)

No. 95

Sir H. Bax-Ironside an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 34. Vertraulich

Sofia, den 24. Juli 1914

A. 4³⁰ nachm.

E. 5⁶ nachm.

Es gibt gute Gründe für Annahme, daß zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien Vereinbarung geschlossen wurde, wonach im Falle Ausbruchs von Feindseligkeiten Bulgarien trachten wird, jetzt im Besitze Serbiens befindlichen Teil Mazedoniens zu besetzen.

Bulgarien wird insgeheim via Donau und Lom-Palanka mit schwerer Munition und *matériel* aller Art versorgt.

Bulgarische Armee ist noch nicht auf Kriegsfuß, könnte aber raschestens feldzugsbereit gemacht werden.

(33672)

No. 96

Herr Crackanthurpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 50. Streng vertraulich Belgrad, den 24. Juli 1914
A. 4⁴⁰ nachm.
E. 6²⁰ nachm.

Kronprinz hat persönlich Telegramm an König von Italien geschickt, in dem er Seine Majestät auf Grund der Familienbande zwischen italienischem und serbischen königlichem Hause und in seiner Eigenschaft als Verbündeten Österreichs dringend um seine guten Dienste bittet, um Fristverlängerung und Milderung österreichischer Forderungen zu erlangen.

(Nach Wien und Rom gesandt)

(33671)

No. 97

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 100 Wien, den 24. Juli 1914
A. 7⁵⁰ nachm.
E. 10¹⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm vom 24. Juli¹⁾:
Österreich und Serbien.

Französischer Botschafter hat jetzt eine ähnliche Weisung erhalten, wie sie mir gestern russischer Geschäftsträger mitgeteilt hat, aber mit dem Zusatz, französischer Botschafter solle in Anbetracht des Umstandes, daß österreichisch-ungarische Note bereits überreicht, mit russischem Geschäftsträger und mir beraten, ob eine Mitteilung in diesem Augenblick noch zweckdienlich sei. Ich stimme mit französischem Botschafter überein, daß Vorstellungen, um Übergabe der Note zu verhindern oder Änderung ihrer Bedingungen zu erzielen, jetzt nicht mehr angebracht wären.

Russischer Geschäftsträger ergriff Gelegenheit, Außenminister heute morgen seine persönliche Ansicht über Note auszudrücken, die er als ungewöhnlich und peremtorisch bezeichnete und als derart abgefaßt, daß ihre Annahme in jetziger Form unmöglich sei. Minister des Äußern sagte, sie müsse bis morgen nachm. 6 Uhr ohne Ein-

¹⁾ No. 93. Vgl. No. 90.

schränkung angenommen werden, sonst sei österreichischer Gesandter schon angewiesen, Belgrad unverzüglich zu verlassen. Der getane Schritt habe in gesamter Doppelmonarchie, die fühle, daß ihre ganze Existenz auf dem Spiele stehe, große Befriedigung ausgelöst und Seine Exzellenz vermochte nicht zu glauben, daß irgendeine Macht daran denken könnte, Einwände zu erheben¹⁾.

Vertraulich

Ich hatte Unterhaltung mit türkischem Botschafter, der meint, Note sei durch Benehmen Serbiens seit geraumer Zeit gerechtfertigt, doch österreichisch-ungarische Regierung müsse wissen, daß sie nicht angenommen werden könne, und sie beabsichtige offenbar einen Angriff auf Serbien. Seine Exzellenz hat Eindruck, daß Rußland in diesem Fall nicht einschreiten werde, aber daß sich bulgarische und albanische Bevölkerung Neuserbiens sicher erheben und Verwicklungen daraus hervorgehen würden, die Österreich-Ungarn Gelegenheit verschafften, für Bulgarien Partei zu ergreifen und eine Revision des Bukarester Friedens zu verlangen. Türkischer Botschafter glaubt, daß, obgleich noch keine Truppen in Marsch gesetzt wurden, wenn nötig alles für einen sofortigen Vormarsch bereit ist.

Vor Antritt seines Urlaubs versicherte mir russischer Botschafter, daß österreichische Maßnahmen zur Demütigung Serbiens Rußland nicht gleichgültig lassen könnten.

(Gleichlautend nach Belgrad)

Zum Teil im BB No. 7 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33782)

No. 98

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 491

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Nachdem ich Herrn Cambon heute von der österreichischen Note an Serbien, die ich diesen Morgen erhalten, und von meinen gestrigen Bemerkungen darüber zu Graf Mensdorff²⁾ Mitteilung gemacht hatte, sagte ich Herrn Cambon, daß ich heute nachmittag den deutschen Botschafter sehen würde, der mich vor einigen Tagen privatim gebeten habe, mäßigend auf St. Petersburg einzuwirken. Ich würde dem Botschafter eröffnen, daß, wenn die Überreichung dieses Ultimatums an Serbien zu keinen Mißhelligkeiten zwischen Österreich und Rußland führen würde, wir uns natürlich nicht darum zu kümmern brauchten;

¹⁾ Siehe Oe II No. 23.

²⁾ No. 86.

sollte Rußland jedoch zu derjenigen Ansicht über das österreichische Ultimatum gelangen, zu der, wie mir scheine, jede an Serbien interessierte Macht gelangen würde, dann wäre ich angesichts der Bedingungen des Ultimatums ganz außerstande, einen mäßigenden Einfluß auszuüben. Ich würde ferner sagen, meines Erachtens bestünde die einzige Aussicht auf Ausübung einer vermittelnden oder mäßigenden Einwirkung darin, daß Deutschland, Frankreich, Italien und wir, die wir kein unmittelbares Interesse an Serbien hätten, gleichzeitig in Wien und St. Petersburg gemeinsam für den Frieden wirkten¹⁾.

Herr Cambon bemerkte, daß, wenn Aussicht auf Vermittlung durch die vier Mächte bestände, seine Regierung sich, wie er nicht bezweifle, gerne daran beteiligen würde; er wies aber darauf hin, daß wir nichts in St. Petersburg vorbringen könnten, bis Rußland eine Meinung geäußert oder einen Schritt unternommen hätte. Doch nach Ablauf von zwei Tagen werde Österreich in Serbien einrücken, denn die Serben könnten die österreichischen Forderungen unmöglich annehmen. Rußland würde durch seine öffentliche Meinung zum Einschreiten gezwungen werden, sobald Österreich Serbien angriffe, und daher wäre es für jede Vermittlung zu spät, wenn die Österreicher einmal Serbien angegriffen hätten.

Ich erwiderte, mein Gedanke wäre gewesen, erst dann mit einer Erklärung in St. Petersburg hervorzutreten, nachdem sich herausgestellt habe, daß Schwierigkeiten zwischen Österreich und Rußland unvermeidlich seien. Ich hätte gedacht, daß, wenn Österreich in Serbien einrücke und Rußland alsdann mobilisiere, es den vier Mächten möglich sein würde, auf Österreich und ebenso auf Rußland einzutwirken, ihren Vormarsch während der Vermittlungsaktion einzustellen. Sollte ein solcher Schritt jedoch Aussicht auf Erfolg haben, so sei es notwendig, daß Deutschland sich daran beteilige.

Herr Cambon warf ein, es wäre zu spät, nachdem Österreich einmal gegen Serbien vormarschiert sei. Worauf es ankäme, wäre, durch Vermittlung in Wien Zeit zu gewinnen. Die größte Aussicht auf Annahme dieser Vermittlung bestünde darin, daß Deutschland sie den andern Mächten vorschlage.

Ich bemerkte, daß er damit eine Vermittlung zwischen Österreich und Serbien meine.

Er bejahte dies.

Ich sagte, daß ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter darüber sprechen würde¹⁾.

Ich bin usw.
E. Grey

Im BB No. 10 veröffentlicht

Siehe den Bericht Cambons über diese Unterredung in F No. 32

¹⁾ No. 99.

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold

(Tel.) No. 196

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914
A. 7⁴⁵ nachm.

Deutscher Botschafter hat mir die Ansicht der deutschen Regierung über die österreichischen Forderungen an Serbien mitgeteilt¹⁾; ich höre, daß die deutsche Regierung den andern Mächten dieselbe Mitteilung macht.

Ich bemerkte, daß, wenn das österreichische Ultimatum an Serbien zu keinen Mißhelligkeiten zwischen Österreich und Rußland führe, mich die Sache nichts angehe; ich hätte noch keine Nachricht aus St. Petersburg, sei aber sehr besorgt darüber, wie Rußland die Lage auffasse. Ich erinnerte den deutschen Botschafter daran, daß er vor einigen Tagen persönlich die Hoffnung ausgedrückt habe, ich möchte notfalls auf St. Petersburg mäßigend einzuwirken trachten; aber jetzt sagte ich, daß ich mich — soweit Rußland in Frage käme — angesichts des außerordentlich scharfen Charakters der Note, der kurzen Befristung und der umfassenden Forderungen an Serbien ganz hilflos fühlte, und ich glaubte nicht, daß eine Macht allein ihren Einfluß geltend machen könne.

Die einzige Aussicht auf eine wirksame vermittelnde oder mäßigende Einwirkung vermöge ich darin zu erblicken, daß die vier Mächte Deutschland, Italien, Frankreich und wir zusammen gleichzeitig in Wien und St. Petersburg auf eine Mäßigung hinarbeiteten, falls die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland bedrohlich werden sollten.

Die unmittelbare Gefahr läge darin, daß Österreich in ein paar Stunden in Serbien einrücken und slawenfreundliche öffentliche Meinung Rußlands fordern könnte, Rußland solle zur Unterstützung Serbiens marschieren; es wäre daher sehr erwünscht, Österreich dahin zu bringen, seine militärischen Maßnahmen nicht zu überstürzen, um so mehr Zeit zu gewinnen. Aber keiner von uns vermöge Österreich in dieser Hinsicht zu beeinflussen, falls Deutschland solch ein Vorgehen nicht vorschlage und selbst in Wien daran teilnehme. Wollen Sie Außenminister hiervon verständigen.

Vertraulich

Der deutsche Botschafter äußerte, es dürfte zu erwarten sein, daß Österreich, wenn Serbien nicht sämtliche österreichischen Forderungen bedingungslos annehmen könne, nach Ablauf der Frist marschieren werde. Er warf persönlich den Gedanken hin, Serbien dürfe auf keinen Fall eine abschlägige Antwort geben, sondern solle sofort

¹⁾ No. 100.

bezüglich einiger Punkte eine ausreichend befriedigende Antwort erteilen, um Österreich einen Vorwand zu liefern, nicht unverzüglich einzuschreiten.

(Gleichlautend nach Paris No. 210/11; Wien No. 151/52; Rom No. 190/91 und St. Petersburg No. 345/46: „Nur zu Ihrer Information“)

*Im BB No. 11 (nicht paraphrasiert, außer im letzten Absatz)
veröffentlicht*

*Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung
in DD No. 157; siehe auch Oe II No. 15*

V e r m e r k

Abschrift des ersten Teils dieses Telegramms (nicht des vertraulichen Absatzes) ist an den italienischen Botschafter zu schicken, der sich nach meiner Ansicht erkundigt hat. — E. G.

(33736)

No. 100

Mitteilung des deutschen Botschafters, 24. Juli 1914

Die Veröffentlichungen der österreichisch-ungarischen Regierung über die Umstände, unter denen das Attentat auf den österreichischen Thronfolger und seine Gemahlin stattgefunden hat, enthüllen offen die Ziele, die sich die großserbische Propaganda gesetzt hat, und die Mittel, deren sie sich zur Verwirklichung derselben bedient. Auch müssen durch die bekanntgegebenen Tatsachen die letzten Zweifel darüber schwinden, daß das Aktionszentrum der Bestrebungen, die auf Loslösung der südslawischen Provinzen von der österreichisch-ungarischen Monarchie und deren Vereinigung mit dem serbischen Königreich hinauslaufen, in Belgrad zu suchen ist, und dort zum mindesten mit der Konnivenz von Angehörigen der Regierung und Armee seine Tätigkeit entfaltet.

Die serbischen Treibereien gehen auf eine lange Reihe von Jahren zurück. In besonders markanter Form trat der großserbische Chauvinismus während der bosnischen Krisis in die Erscheinung. Nur der weitgehenden Selbstbeherrschung und Mäßigung der österreichisch-ungarischen Regierung und dem energischen Einschreiten der Großmächte war es zuzuschreiben, wenn die Provokationen, welchen Österreich-Ungarn in dieser Zeit von seiten Serbiens ausgesetzt war, nicht zum Konflikt führten. Die Zusicherung künftigen Wohlverhaltens, die die serbische Regierung damals gegeben hat, hat sie nicht eingehalten. Unter den Augen, zum mindesten unter stillschweigender Duldung des amtlichen Serbiens, hat die großserbische Propaganda inzwischen fortgesetzt an Ausdehnung und Intensität zugenommen; auf

ihr Konto ist das jüngste Verbrechen zu setzen, dessen Fäden nach Belgrad führen. Es hat sich in unzweideutiger Weise kundgetan, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie vereinbar sein würde, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen, durch das die Sicherheit und Integrität ihrer Gebiete dauernd bedroht wird. Bei dieser Sachlage können das Vorgehen sowie die Forderungen der österreichisch-ungarischen Regierung nur als billig und maßvoll angesehen werden. Trotzdem schließt die Haltung, die die öffentliche Meinung sowohl als auch die Regierung in Serbien in letzter Zeit eingenommen hat, die Befürchtung nicht aus, daß die serbische Regierung es ablehnen wird, diesen Forderungen zu entsprechen, und daß sie sich zu einer provokatorischen Haltung Österreich-Ungarn gegenüber hinreißen läßt. Es würde der österreichisch-ungarischen Regierung, will sie nicht auf ihre Stellung als Großmacht endgültig Verzicht leisten, alsdann nichts anderes übrig bleiben, als ihre Forderungen bei der serbischen Regierung durch einen starken Druck und nötigenfalls unter der Ergreifung militärischer Maßnahmen durchzusetzen, wobei ihr die Wahl der Mittel überlassen bleiben muß.

Die kaiserliche Regierung möchte der Anschauung nachdrücklich Ausdruck verleihen*, daß es sich in der vorliegenden Frage um eine lediglich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zum Austrag zu bringende Angelegenheit handele, die auf die beiden direkt Beteiligten zu beschränken das ernste Bestreben der Mächte sein müsse. Wir wünschen dringend die Lokalisierung des Konflikts, weil jedes Eingreifen einer anderen Macht infolge der verschiedenen Bündnisverpflichtungen unabsehbare Konsequenzen nach sich ziehen würde.

Deutsche Botschaft, London

Im BB No. 9 veröffentlicht

*Siehe das deutsche Original in DD No. 100***

Vermerke

Sehr starke Unterstützung. — G. R. C. 25. Juli 1914.

Die Antwort lautet, daß infolge der äußerst scharfen österreichischen Forderungen und der vorgeschriebenen Frist die Lokalisierung des Konflikts ungemein schwierig geworden ist. Denn die österreichischen Bedingungen lassen deutlich die Merkmale der Absicht erkennen, einen Krieg herbeizuführen. Die von Österreich aufgestellten und nun von Deutschland wiederholten Behauptungen über die Missetaten Serbiens beruhen bis jetzt auf keinem den Mächten zugäng-

* Zu Beginn dieses Absatzes hieß es im Erlaß an Fürst Lichnowsky: „Ew. pp. beehre ich mich zu ersuchen, sich in vorstehendem Sinne Sir E. Grey gegenüber auszusprechen und dabei insbesondere der Anschauung nachdrücklich Ausdruck zu verleihen...“ Sonst ist der Wortlaut genau wie in DD No. 100.

** In der englischen Ausgabe ist noch bemerkt, daß die dort zum Abdruck gebrachte englische Übersetzung identisch mit der Schreibmaschinenabschrift in englischer Sprache ist, die der deutsche Botschafter auf dem Auswärtigen Amt hinterlassen hat.

lichen Beweismaterial, obwohl die österreichische Regierung die Mächte aufgefordert hat, jene Behauptungen hinzunehmen. Man müßte ihnen Zeit lassen, sich von den Tatsachen zu überzeugen, die sie anerkennen sollen. — E. A. C.
25. Juli.

Bei den Klubs sind Telegramme angeschlagen, wonach die konservative Presse Berlins herumgeschwenkt ist und Einspruch dagegen erhebt, daß Deutschland in einen Konflikt gezogen werde, den Österreich-Ungarn heraufbeschworen hat, und weil Deutschland in bezug auf das Ultimatum nicht im voraus befragt wurde. Ich weiß nicht, ob dieser Frontwechsel irgendwelche Bedeutung hat. — A. N.

Falls wahr, dann ist der Frontwechsel sehr überraschend. Ich habe in meinen Unterredungen mit Fürst Lichnowsky angenommen, daß ein Krieg zwischen Österreich und Serbien nicht lokalisiert werden kann. — E. G.

(33673)

No. 101

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 166. Dringend

St. Petersburg, den 24. Juli 1914

A. 5⁴⁰ nachm.

E. 8⁰ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm¹⁾.

Minister des Äußern teilte mir heute morgen telephonisch mit, daß er eben Wortlaut des gestern von Österreich in Belgrad überreichten Ultimatums erhalten habe, das eine Antwort binnen achtundvierzig Stunden verlange. Dieser von Österreich getane Schritt bedeute den Krieg und er bat mich, ihn auf der französischen Botschaft zu treffen.

† Minister des Äußern und französischer Botschafter sagten mir vertraulich, Ergebnis des Besuchs des Präsidenten der französischen Republik sei gewesen, die folgenden Punkte festzulegen:

1. Vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten über die verschiedenen Probleme, denen sich die Mächte in bezug auf die Erhaltung des allgemeinen Friedens und des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, insbesondere im Osten, gegenübergestellt sehen.

2. Entschluß, in Wien Schritte zu unternehmen, um ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderungen zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen und die Serbien berechtigterweise als einen An-

¹⁾ No. 84.

† Anmerkung (des englischen Herausgebers): Im Blaubuch wurde dieser Abschnitt ausgelassen (siehe die Einleitung Seite XVI). Versehentlich blieb jedoch im Inhaltsverzeichnis ein Hinweis darauf stehen. Ein deutscher Forscher hat im Frühjahr 1924 die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Tatsache gelenkt und ihm wurde mit Erlaubnis des Staatssekretärs des Auswärtigen der Wortlaut des fehlenden Abschnitts mitgeteilt. Dieser wurde daher seitdem in Deutschland veröffentlicht.

griff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit betrachten könnte.

3. Feierliche Bestätigung der den beiden Ländern durch das Bündnis auferlegten Verpflichtungen. †

Minister des Äußern drückte die Hoffnung aus, Seiner Majestät Regierung werde sich mit Frankreich und Rußland solidarisch erklären. Er bezeichnete Österreichs Verhalten als unmoralisch und herausfordernd. Einige der von ihm erhobenen Forderungen seien vollkommen unannehmbar und es hätte niemals so gehandelt, ohne Deutschland vorher befragt zu haben. Der französische Botschafter gab mir zu verstehen, daß Frankreich Rußland nicht bloß diplomatisch energisch unterstützen, sondern im Notfall auch alle ihm durch sein Bündnis auferlegten Verpflichtungen erfüllen werde.

Ich bemerkte, daß ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen könne, daß ich Ihnen aber alle ihre Äußerungen telegraphieren würde. Ich vermöge persönlich keine Hoffnung zu erwecken, daß Seiner Majestät Regierung eine Solidaritätserklärung abgeben würde, die Verpflichtung einschlösse, Frankreich und Rußland mit Waffengewalt zu unterstützen. Wir seien an Serbien nicht unmittelbar interessiert und öffentliche Meinung Englands würde seinetwegen niemals einen Krieg gutheißen. Minister des Äußern entgegnete, serbische Frage bilde nur Teil allgemeiner europäischer Frage und wir könnten uns nicht ausschalten.

Ich sagte, ich entnähme den Worten Seiner Exzellenz den Wunsch, wir sollten uns einer Mitteilung an Österreich anschließen, daß wir seine aktive Einmischung in innere Fragen Serbiens nicht dulden könnten. Gedenke Rußland, falls Österreich unsere Vorstellungen nicht beachte und militärisch gegen Serbien vorgehe, ihm den Krieg zu erklären? Minister des Äußern erwiderte, heute nachmittag werde ein Ministerrat die ganze Frage erwägen, man würde aber bis zu einem weiteren, wahrscheinlich morgen stattfindenden Ministerrat unter dem Vorsitz des Kaisers keinen Beschluß fassen. Er persönlich glaube, Rußland werde auf jeden Fall mobil machen müssen.

Ich warf Gedanken hin, daß erstes Erfordernis sei, Zeitgewinn anzustreben, indem wir auf Österreich einwirken und es veranlassen, Serbien gewährte Frist zu verlängern. Der französische Botschafter erwiderte, dazu fehle die Zeit; entweder blaffe Österreich oder es sei entschlossen, sofort vorzugehen. In beiden Fällen bestünde unsere einzige Chance, den Krieg abzuwenden, darin, daß wir fest und vereint aufträten. Ich fragte dann, ob es nicht ratsam wäre, serbische Regierung zu genauer Angabe aufzufordern, wie weit sie bereit sei, österreichischen Wünschen entgegenzukommen. Minister des Äußern antwortete, daß einige Forderungen des Ultimatums ohne Zweifel angenommen werden könnten, er müsse sich aber vorher mit seinen Kollegen besprechen.

Da mich beide weiterhin drängten, wir sollten uns vollständig solidarisch mit ihnen erklären, bemerkte ich, Sie möchten meines Erachtens geneigt sein, Wien und Berlin eindringlich vorzuhalten, daß ein österreichischer Angriff auf Serbien europäischen Frieden gefährden würde. Sie dürften vielleicht darauf hinweisen, daß dies aller Wahrscheinlichkeit nach Rußland zur Intervention zwingen, daß dadurch Deutschland und (?) Frankreich hineingezogen würde und daß es bei einem etwaigen allgemeinen Krieg für England schwierig sein würde, neutral zu bleiben. Minister des Äußern sprach Hoffnung aus, daß wir jedenfalls scharfe Mißbilligung über Österreichs Schritt ausdrücken würden. Wenn der Krieg ausbräche, würden wir früher oder später hineingezogen, und wenn wir nicht von Anfang an gemeinsam mit Frankreich und Rußland vorgingen, würden wir den Krieg nur wahrscheinlicher gemacht haben und hätten keine „beau rôle“ gespielt.

Nach Sprache französischen Botschafters sah es fast aus, als wären Frankreich und Rußland entschlossen, feste Haltung einzunehmen, selbst wenn wir ablehnen, uns ihnen anzuschließen. Sprache des Außenministers war in dieser Hinsicht jedoch nicht so (?) entschieden).

Österreichische Regierung scheint ihr Ultimatum absichtlich im Augenblick überreicht zu haben, als Präsident der französischen Republik und Ministerpräsident Rußland verließen, um nach Frankreich zurückzukehren, wo sie vor vier oder fünf Tagen nicht eintreffen können.

Gegen den Schluß unserer Unterredung gesellte sich rumänischer Gesandter zu uns. Minister des Äußern führte ein Privatgespräch mit ihm, in dem Seine Exzellenz auch rumänische Regierung einlud, Vorstellungen in Wien zu erheben.

(Gleichlautend nach Paris, 1²⁰ nachm., No. 217)

Im BB No. 6 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

Vermerke

Der Augenblick ist vorüber, als es vielleicht noch möglich war, die französische Unterstützung für einen Versuch, Rußland zurückzuhalten, zu gewinnen.

Es ist klar, daß Frankreich und Rußland entschlossen sind, den ihnen hingeworfenen Handschuh aufzuheben. Was wir auch von der rechtlichen Seite der österreichischen Anklagen gegen Serbien halten mögen, Frankreich und Rußland sind der Ansicht, daß sie Vorwände sind und daß die größere Frage von Dreibund gegen Dreiverband endgültig aufgeworfen ist.

Ich glaube, es wäre unklug, um nicht zu sagen gefährlich, wenn England versuchte, dieser Meinung zu widersprechen oder durch Vorstellungen in St. Petersburg und Paris diese klare Sachlage zu verdunkeln.

Worauf es ankommt, ist, ob Deutschland zu diesem Krieg jetzt absolut entschlossen ist oder nicht.

Es besteht noch die Möglichkeit, Deutschland wankend zu machen, indem man ihm die Sorge einflößt, daß der Krieg England auf Seiten Frankreichs und Rußlands finden wird.

Ich vermag bloß ein wirksames Mittel vorzuschlagen, um dies der deut-

schen Regierung klarzumachen, ohne uns in diesem Stadium absolut und endgültig festzulegen. Wenn Seiner Majestät Regierung im Augenblick, wo entweder Österreich oder Rußland zu mobilisieren beginnen, Befehl erteilt, unsere ganze Flotte unverzüglich auf Kriegsfuß zu setzen, so mag dies denkbarerweise Deutschland die Augen über den Ernst der Gefahr öffnen, der es ausgesetzt wäre, falls England am Kriege teilnehme.

Angenommen, dieser Entschluß könnte jetzt gefaßt werden, dann wäre es richtig, die französische und russische Regierung davon zu unterrichten, und das wäre wiederum das beste, was wir tun könnten, um das Entstehen einer sehr ernsten Lage zwischen England und Rußland zu verhindern.

Es fällt schwer, nicht mit Herrn Sasonow darin übereinzustimmen, daß England früher oder später in den Krieg hineingezogen wird, falls er wirklich ausbricht. Wir haben nichts dabei zu gewinnen, wenn wir uns nicht schlüssig werden, was wir unter Umständen, die vielleicht schon morgen eintreten, tun können.

Sollte der Krieg ausbrechen und England unbeteiligt bleiben, dann muß sich folgendes ergeben:

a) Entweder siegen Deutschland und Österreich, sie erdrücken Frankreich und demütigen Rußland. Die französische Flotte verschwunden, Deutschland im Besitz des Kanals, mit der bereitwilligen oder widerstrebenden Kooperation Hollands und Belgiens: wie wird dann die Lage eines freundlosen England sein?

b) Oder Frankreich und Rußland siegen. Wie werden sie sich dann gegen England verhalten? Und wie wird's mit Indien und dem Mittelmeer stehen?

In diesem Kampf, der nicht um den Besitz Serbiens geht, sondern bei dem es sich um das Ziel Deutschlands, seine politische Vorherrschaft in Europa zu errichten, und um den Wunsch der Mächte handelt, ihre individuelle Freiheit zu erhalten — in diesem Kampf sind unsere Interessen mit denen Frankreichs und Rußlands verknüpft. Wenn wir dazu beitragen können, den Konflikt zu verhüten, indem wir unsere maritime Stärke zeigen, jederzeit zum Einsatz bereit, dann wäre es falsch, diesen Versuch (effort) nicht zu machen.

Wie daher auch letzten Endes unser Entschluß ausfallen mag, ich meine, wir sollten jetzt beschließen, die Flotte zu mobilisieren, sobald irgendeine Großmacht mobilisiert, und wir sollten diesen Entschluß unverzüglich der französischen und russischen Regierung bekanntgeben. — E. A. C. 25. Juli.

Die von Sir Eyre Crowe aufgeworfenen Punkte verdienen ernste Beachtung und das Kabinett wird ohne Zweifel die Lage erwägen. Rußland wird unsere Haltung in dieser Krise als Prüfstein betrachten und wir müssen äußerst vorsichtig sein, es uns nicht zu entfremden. — A. N.

Herr Churchill hat mir heute gesagt, daß die Flotte binnen vierundzwanzig Stunden mobilisiert werden könnte, aber ich glaube, es wäre verfrüht, Rußland und Frankreich schon jetzt eine Erklärung abzugeben. — E. G.

(33822)

No. 102

Sir Edward Grey an Herrn Crackan thorpe

(Tel.) No. 17

Auswärtiges Amt, den 24. Juli 1914

A. 9³⁰ nachm.

Ich habe deutschem Botschafter nachdrücklich vorgestellt, Österreich solle nicht übereilt militärisch vorgehen¹⁾.

¹⁾ No. 99.

Mir scheint, Serbien müßte entschieden Teilnahme und Bedauern ausdrücken, daß Beamte, wenn auch in untergeordneter Stellung, an Ermordung des Erzherzogs mitschuldig gewesen sein sollten, und, falls dies bewiesen ist, versprechen, vollste Genugtuung zu geben. Im übrigen kann ich nur sagen, daß serbische Regierung so antworten muß, wie es ihres Erachtens die Interessen Serbiens erheischen.

Ich vermag nicht zu sagen, ob irgend etwas außer bedingungsloser Annahme militärisches Vorgehen Österreichs nach Ablauf der Frist abwenden wird, aber die einzige Chance wäre, eine befriedigende Antwort auf so viele Punkte als innerhalb gestellter Frist möglich zu erteilen und österreichische Forderungen nicht völlig abschlägig zu bescheiden.

Wollen Sie sich mit Ihrem russischen und französischen Kollegen wegen Mitteilung des Vorstehenden an serbische Regierung beraten. Hiesiger serbischer Gesandter bittet uns dringend, unsere Ansicht anzudeuten, doch ich kann Verantwortung nicht übernehmen, mehr als Obiges anzuraten, und selbst das tue ich ungern, ohne zu wissen, was russische und französische Regierung in Belgrad vorbringen werden.

(Gleichlautend nach Paris No. 212 und St. Petersburg No. 347)

Im BB No. 12 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33674)

No. 103

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 89. Vertraulich

Berlin, den 24. Juli 1914

A. 8⁴⁰ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Österreichisch-ungarische Note an Serbien.

Französischer Botschafter besuchte Staatssekretär des Auswärtigen heute nachmittag und hat mir über die Unterredung berichtet. Französischer Botschafter sagte Staatssekretär, daß er ohne Weisungen und persönlich spreche.

Botschafter bemerkte, deutsche Regierung könne Fiktion nicht aufrechterhalten, daß Streitfrage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine interne sei und lokalisiert werden könne. Keine Frage sei intern, bei der es sich um Erörterungen zwischen zwei Mächten handle. Überdies habe Haltung deutscher Presse auf alle Fälle Frage jedes lokalen Charakters beraubt, denn Deutschland habe sich öffentlich an die Seite Österreich-Ungarns gestellt.

Auf Äußerungen des Staatssekretärs, serbische Regierung werde zweifellos nachgeben, fragte französischer Botschafter, ob Staats-

sekretär ernstlich glaube, daß serbische Regierung gewisse Forderungen der Note annehmen könne, wie zum Beispiel Forderung No. 5 und einen durch König von Serbien im vorgeschlagenen Wortlaut zu erlassenden Tagesbefehl an Armee. Wenn König solch einen Befehl erlassee, bestehé in einem Lande wie Serbien die Wahrscheinlichkeit, daß er ermordet würde.

Staatssekretär meinte, es sei Sache der Ententemächte, in Belgrad zur Mäßigung und Nachgiebigkeit zu raten. Botschafter fragte, ob deutsche Regierung nicht auch bei ihrem Verbündeten auf Mäßigung dringen wolle. Staatssekretär erwiderte nach einigem Überlegen, „das würde von den Umständen abhängen.“

Staatssekretär bestritt wiederum, daß er irgendwelche Vorkenntnis von Bedingungen österreichisch-ungarischer Note gehabt habe, und gab zu, Note sei zu scharf. Botschafter drückte darauf Überraschung aus, daß er solch ein Dokument decken könne.

Französischer Botschafter neigt zur Annahme, daß österreichisch-ungarische und deutsche Regierung ein gefährliches Bluffspiel treiben und glauben, sie könnten die Sache mit starker Hand durchführen. Er meint, sein Gespräch mit Staatssekretär habe diesem viel Stoff zum Nachdenken gegeben. Er bat mich, seine Äußerungen als streng vertraulich zu behandeln, da er nicht beabsichtige, seiner Regierung die Unterredung zu berichten.

Vgl. Bericht No. 160 und F No. 30

Vermerk

Wir können nichts in bezug auf Mäßigung tun, wenn Deutschland nicht bereit ist, *pari passu* dasselbe zu tun. — E. G.

(33652)

No. 104

Mitteilung des österreichischen Botschafters

Sir E. Grey,

Graf Mensdorff hat, nachdem Sie fortgegangen, telephonisch angefragt, ob er Sie heute abend sehen könne. Ich erwiderte, Sie seien bereits fortgegangen und ich wisse nicht, wann Sie zu Hause sein würden. Er bat mich, ob ich auf meinem Heimweg auf der Botschaft vorsprechen könne.

Das tat ich und er sagte mir, er habe ein Telegramm seiner Regierung mit der Ermächtigung erhalten, Sie darüber aufzuklären, daß der in Belgrad unternommene Schritt kein Ultimatum, sondern „eine befristete Demarche“ sei, und daß, sollten die österreichischen Forderungen nicht innerhalb der gesetzten Frist angenommen werden, seine Regierung die diplomatischen Beziehungen abbrechen und mili-

tärische Vorbereitungen (nicht Operationen) beginnen würde. Graf Mensdorff wollte Sie das im Hinblick auf die von Ihnen bezüglich des Ultimatums geäußerten Besorgnisse sobald als möglich wissen lassen und meinte, der Unterschied möge nicht groß sein, aber die Sache liege zweifellos um eine „nuance“ anders.

24. 7. 14.

H. M.

Vgl. Oe II No. 13

(33827)

No. 105

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 352

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 12¹⁰ vorm.

Österreichischer Botschafter wurde ermächtigt, mich darüber aufzuklären, daß der in Belgrad unternommene Schritt kein Ultimatum, sondern eine befristete Demarche sei, und daß, sollten die österreichischen Forderungen nicht innerhalb der gesetzten Frist angenommen werden, die österreichische Regierung die diplomatischen Beziehungen abbrechen und militärische Vorbereitungen, nicht Operationen, beginnen werde.

Falls österreichisch-ungarische Regierung die gleiche Mitteilung nicht in St. Petersburg (Paris) gemacht hat, wollen Sie Minister des Äußern sobald als möglich unterrichten; die augenblickliche Lage wird dadurch etwas entspannt.

(Gleichlautend nach Paris No. 216)

Im BB No. 14 veröffentlicht

(33681)

No. 106

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 2

Budapest, den 24. Juli 1914

A. 24. Juli 8¹⁵ nachm.

E. 25. Juli 12⁵ vorm.

Österreichisch-ungarische Note an serbische Regierung wurde gestern spät abends durch Graf Tisza persönlich Pressevertretern mitgeteilt. Wie ich höre, konnte er seine Befriedigung mit ihrem Inhalt, den er auf seine Rechnung setzt, nicht verbergen. Graf Tisza hielt heute morgen Rede im Parlament und erklärte Notwendigkeit von Form und Ton der Note, fügte aber hinzu, daß gegenwärtige Lage

keinen Kriegszustand bedeute und nicht einmal unvermeidlich zum Kriege führen müsse.

Note wurde im ganzen günstig von Presse aufgenommen, die ungewöhnlichen Ton durch die Umstände gerechtfertigt hält. Finanzkreise sind über Heftigkeit des Tons bestürzt und die Börse erlebte starke Kursstürze.

Allgemeine Meinung geht dahin, daß serbische Regierung Forderungen nicht annehmen kann und daß Tag der Abrechnung mit Serbien gekommen ist.

Wahrscheinlichkeit russischen Eingreifens wird bestritten oder außer acht gelassen und Regierung erwartet offenbar, Krieg werde lokalisiert bleiben, trotz dem Umstand, daß sie ihre Sache durch ihre Maßlosigkeit geschädigt hat.

Ich höre, daß, wenn zufriedenstellende Antwort nicht bis Samstag eingeholt, am Sonntag morgen acht Armeekorps mobilisiert werden und daß Monitore bereits nach unterer Donau gesandt wurden.

(Nach Wien geschickt)

Vgl. Berichte No. 191 und 242

(33704)

No. 107

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 51

Belgrad, den 24. Juli 1914

A. 24. Juli 8^o nachm.

E. 25. Juli 8^o vorm.

Ich höre, daß man im Kriegsfall keinen Versuch zur Verteidigung Belgrads machen und daß sich Regierung nach Kruschewatz und von da möglicherweise nach Nisch begeben wird.

(Nach Wien gesandt)

(33789)

No. 108

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 168

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

A. 12³² nachm.

E. 12^o mittags

Ihr Telegramm No. 207 vom 24. Juli nach Paris¹⁾.

Minister des Äußern fragte mich gestern, ob Sie Weisungen nach Wien geschickt hätten. Da er die Frage wahrscheinlich wiederholen wird, wäre es mir angenehm zu wissen, was ich sagen soll.

1) No. 91.

Vermerke

Unser Telegramm an Sir G. Buchanan von heute nachmittag (No. 353)¹⁾ wird es Sir G. Buchanan klargemacht haben, welches die Haltung und Ansichten Seiner Majestät Regierung sind. — E. A. C. 25. Juli.

Heute morgen sollte an Sir M. de Bunsen ein Telegramm mit dem Auftrag gesandt werden, ein Ersuchen des russischen Botschafters in Wien um Fristverlängerung allgemein zu unterstützen²⁾.

Das ist das Telegramm, das Sir G. Buchanan zugehen soll. — E. G.

(33828)

No. 109

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

Erhalten 25. Juli

(Tel.) No. 167. *En clair* St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Folgendes amtliches Communiqué heute veröffentlicht:

„Die eingetretenen Ereignisse und das von Österreich-Ungarn an Serbien gerichtete Ultimatum beschäftigen die Regierung aufs lebhafteste. Sie verfolgt aufmerksam die Entwicklung des serbisch-österreichischen Konflikts, der Rußland nicht gleichgültig lassen kann.“

(Gleichlautend nach Paris No. 225)

Siehe Bericht No. 196

(33845)

No. 110

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 101

Wien, den 25. Juli 1914

A. 12⁵ nachm.

E. 1⁴⁵ nachm.

Sprache heutiger Morgenblätter hinterläßt den Eindruck, daß man völliges Nachgeben Serbiens weder erwartet noch wünscht. Amtlich wird verkündet, daß der österreichische Gesandte Auftrag hat, mit Stab der Gesandtschaft Belgrad zu verlassen, falls bis heute abend 6 Uhr Note nicht bedingungslos angenommen ist.

Minister des Äußern begibt sich heute nach Ischl, um dem Kaiser serbische Antwort bei Eintreffen persönlich zu übermitteln.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 20 veröffentlicht

¹⁾ No. 112.

²⁾ No. 118.

(33846)

No. 111

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 53

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 2¹⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 17 vom 24. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Ich habe meinen russischen Kollegen und neuen französischen Gesandten, der eben aus Konstantinopel eingetroffen ist, gesprochen und sie von Ihren Ansichten in Kenntnis gesetzt. Sie sind noch ohne Weisungen von ihren Regierungen. Infolgedessen und in Anbetracht beabsichtigter versöhnlicher Form der serbischen Antwort (siehe mein vorhergehendes Telegramm von heute²⁾) habe ich bislang abgesehen, serbischer Regierung Rat zu erteilen.

Es erscheint mir höchst wahrscheinlich, daß russische Regierung der serbischen schon dringend äußerste Mäßigung anempfohlen hat.

(Gleichlautend nach Paris und St. Petersburg)

Im BB No. 22 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33673)

No. 112

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 353

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 2¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 166 vom 24. Juli³⁾: Österreich und Serbien.

Sie haben unter sehr schwierigen Umständen bezüglich Haltung Seiner Majestät Regierung ganz richtige Sprache geführt. Ich bin vollkommen damit einverstanden und kann von seiten Seiner Majestät Regierung nicht mehr versprechen.

Ich bin nicht der Ansicht, daß hiesige öffentliche Meinung es gutheißen würde oder sollte, wenn wir wegen des serbischen Streitfalls in den Krieg träten.

Falls der Krieg aber ausbricht, könnten wir durch Entwicklung anderer Fragen hineingezogen werden, und ich bin daher bestrebt, den Krieg zu verhüten.

Der schroffe, unerwartete und peremtorische Charakter der österreichischen Demarche macht es fast unvermeidlich, daß Österreich und Rußland in kurzem gegeneinander mobilisiert haben werden.

¹⁾ No. 102.

²⁾ No. 114.

³⁾ No. 101.

In diesem Falle scheint mir die einzige Friedensmöglichkeit darin zu liegen, daß die andern vier Mächte gemeinsam Österreich und Rußland auffordern, Grenze nicht zu überschreiten und den vier in Wien und St. Petersburg tätigen Mächten Zeit zu lassen, Beilegung der Sache zu versuchen.

Wenn Deutschland sich dieser Auffassung anschließt, bin ich entschieden der Ansicht, daß Frankreich und wir danach handeln sollten¹⁾. Italien würde zweifellos gerne mitwirken.

Doch die Mitwirkung Deutschlands wäre notwendig. Weder Rußland noch Österreich würden eine diplomatische Intervention oder Vermittlung dulden, wenn sie nicht offensichtlich unparteiisch wäre und Freunde oder Verbündete beider Seiten einschlösse.

(Gleichlautend nach Paris No. 218/19: „Verständigen Sie Außenminister“)

Im BB No. 24 (leicht paraphrasiert) veröffentlicht

(33847)

No. 113

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 120

Rom, den 25. Juli 1914

A. 1¹⁵ nachm.

E. 2⁸⁵ nachm.

Ihre Telegramme No. 190 und 191 vom 24. Juli¹⁾.

Ich erfuhr heute morgen, daß der Generalsekretär Kenntnis von der Anregung hatte, Deutschland, Italien, Frankreich und wir sollten in Wien und St. Petersburg im Sinne der Mäßigung wirken, falls Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedrohlich würden.

Seiner Ansicht nach wird sich Österreich-Ungarn nur durch bedingungslose Annahme der Note durch Serbien zurückhalten lassen, (? insofern als) (? sonst) Besetzung serbischen Gebiets geplant ist. Italienische Regierung hat Nachricht, daß Österreich von Salnikibahn Besitz zu ergreifen gedenkt.

Im BB No. 19 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹⁾ Siehe No. 116.

²⁾ No. 99.

(33849)

No. 114

Herr Crackanthonpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 52

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 3⁰ nachm.

Antwort auf österreichische Note wird gegenwärtig im Ministerrat abgefaßt. Unterstaatssekretär des Auswärtigen teilt mir mit, daß sie in versöhnlichster Form gehalten sein und österreichischen Forderungen so weit als nur möglich entgegenkommen wird. Er gab mir im voraus kurze Zusammenfassung vorgesehener Antwort.

Serbische Regierung willigt ein, Erklärung im amtlichen Organ zu veröffentlichen. Die zehn Punkte werden mit Vorbehalten angenommen. Serbische Regierung erklärt sich mit gemischter Untersuchungskommission einverstanden, sofern dargetan werden kann, daß Einsetzung solcher Kommission in Einklang mit internationalem Brauch ist. Sie willigt ein, jene Offiziere zu entlassen und unter Anklage zu stellen, deren Schuld klar nachgewiesen werden kann, und sie hat bereits den in österreichischer Note erwähnten Offizier verhaftet. Sie ist einverstanden, Narodna Odbrana zu unterdrücken.

Serbische Regierung ist der Ansicht, daß österreichische Regierung, falls sie nicht Krieg um jeden Preis will, die in serbischer Antwort angebotene volle Genugtuung annehmen wird.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 21 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. No. 111*

(33849)

No. 115

Sir Edward Grey an den deutschen Botschafter

Den 25. Juli 1914

Verehrter Fürst Lichnowsky,

Anbei eine Vorhersage der serbischen Antwort, die ich eben erhalten habe¹⁾. Mir scheint, daß sie einen günstigen Eindruck in Wien machen müßte, aber es ist schwer für jeden, der nicht Verbündeter ist, der österreichischen Regierung nahezulegen, wie sie diese Antwort auffassen sollte.

Ich hoffe, daß, wenn die serbische Antwort bei ihrem Eintreffen in Wien dieser Vorhersage entspricht, die deutsche Regierung sich

¹⁾ No. 114.

in der Lage sehen wird, auf die österreichische Regierung einzuwirken, die Antwort günstig aufzunehmen.

Ihr aufrichtig ergebener
E. Grey

Anlage: Die ersten beiden Absätze von Herrn Crackanthorpes Telegramm No. 52¹⁾

*Der deutsche Botschafter hat dies wörtlich auf Englisch
nach Berlin telegraphiert
Siehe DD No. 186 und 191a*

(34198)

No. 116

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold

(Tel.) No. 197

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 3^o nachm.

Ich habe deutschem Botschafter gesagt, österreichischer Botschafter sei ermächtigt worden, mir mitzuteilen, daß Vorgehen Österreichs nach Ablauf der Frist in Abbruch diplomatischer Beziehungen und in militärischen Vorbereitungen, aber nicht Operationen, bestehen würde. Ich bemerkte, damit werde ein Stadium der Mobilmachung eingeschoben, ehe die Grenze tatsächlich überschritten würde, was aufzuschieben ich gestern dringend empfohlen hatte.

Anscheinend würden wir uns jetzt bald dem Augenblick gegenübersehen, da sowohl Österreich wie Rußland mobil gemacht hätten. Wenn sie das täten, bestünde die einzige Friedensaussicht darin, daß die vier Mächte Deutschland, Rußland (*sic!*²⁾, Frankreich und wir zusammenhielten und vereint Österreich und Rußland ersuchten, Grenze nicht zu überschreiten, bis wir Zeit gehabt hätten, Beilegung der Sache zwischen ihnen zu versuchen.

Deutscher Botschafter las mir ein Telegramm vom deutschen Auswärtigen Amt vor, daß Deutschland die scharfe Sprache österreichischer Note an Serbien nicht vorher gekannt und ebensowenig wie andere Mächte damit zu tun gehabt habe; nachdem Österreich die Note aber hinausgeschickt, könne es nicht mehr zurückweichen³⁾. Der Botschafter bemerkte indes, daß, was ich ins Auge faßte, Vermittlung zwischen Rußland und Österreich sei; das sei etwas anderes; er meinte, Österreich könne das in Würde annehmen und er sprach sich persönlich günstig über meinen Vorschlag aus.

¹⁾ No. 114.

²⁾ Es sollte „Italien“ heißen.

³⁾ Siehe DD No. 153.

Ich bestätigte die Richtigkeit seiner Bemerkung und sagte, ich fühlte mich nicht berechtigt, zwischen Serbien und Österreich zu intervenieren; sobald die Frage aber auf Österreich und Rußland übergreife, würde es sich um den Frieden Europas handeln, und dabei hätten wir alle mitzuwirken.

Ich verwies ihn nachdrücklich darauf, daß, falls Österreich und Rußland mobilisierten, die Teilnahme Deutschlands bei jeder diplomatischen Friedensaktion notwendig sei. Allein könnten wir nichts machen. Ich hätte keine Zeit gehabt, die französische Regierung, die gegenwärtig auf Reisen sei, zu befragen und ich könnte ihrer Ansicht nicht sicher sein; aber wenn die deutsche Regierung bereit sei, meiner Anregung zuzustimmen, wäre ich bereit, der französischen Regierung zu erklären, daß ich dies für das richtige Vorgehen hielte.

(Gleichlautend nach Paris No. 221/22; Rom 192/93; Wien No. 355/56 und St. Petersburg No. 154/55: „Nur zu Ihrer persönlichen Information“)

Im BB No. 25 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vgl. No. 112

Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung in DD No. 180 und 179

(34243)

No. 117

Mitteilung des russischen Botschafters, 25. Juli 1914

Graf Benckendorff gab mir die Anlage. Ich sagte ihm, daß Sir M. de Bunsen den Auftrag erhalte, dies zu unterstützen¹⁾. — E. G. 25. Juli 1914.

M. Sazonoff télégraphie au Chargé d'Affaires de Russie à Vienne en date du 11 (24) juillet, 1914:

„La communication du Gouvernement Austro-Hongrois aux Puissances le lendemain de la présentation de l'ultimatum à Belgrade ne laisse aux Puissances qu'un délai tout à fait insuffisant pour entreprendre quoi qu'il soit d'utile pour l'aplanissement des complications surgies.

Pour prévenir les conséquences incalculables et également néfastes pour toutes les Puissances qui peuvent suivre le mode d'action du Gouvernement Austro-Hongrois, il nous paraît indispensable qu'avant tout le délai donné à la Serbie pour répondre soit

¹⁾ No. 118.

prolongé. L'Autriche-Hongrie se déclarant disposée à informer les Puissances des données de l'enquête sur lesquelles le Gouvernement Impérial et Royal base ses accusations, devrait leur donner également le temps de s'en rendre compte.

En ce cas si les Puissances se convainquaient du bien-fondé de certaines des exigences Autrichiennes, elles se trouveraient en mesure de faire parvenir au Gouvernement Serbe des conseils en conséquence.

Un refus de prolonger le terme de l'ultimatum priverait de toute portée la démarche du Gouvernement Austro-Hongrois auprès des Puissances et se trouverait en contradiction avec les bases mêmes des relations internationales.

Le Prince Koudachef est chargé de communiquer ce qui précède au Cabinet de Vienne.“

M. Sazonoff espère que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique adhérera au point de vue exposé, et il exprime l'espoir que Sir Edward Grey voudra bien munir l'Ambassadeur d'Angleterre à Vienne d'instructions conformes.

Mit Übersetzung im BB No. 13 veröffentlicht; siehe auch R No. 4

(34199)

No. 118

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 153

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 3¹⁵ nachm.

Russischer Botschafter hat mir ein Telegramm mitgeteilt, das seine Regierung an russischen Botschafter in Wien mit Auftrag gesandt hat, es dem Minister des Äußern bekanntzugeben. Sein wesentlicher Inhalt besagt¹⁾:

„Die Serbien für eine Antwort gewährte Frist ist so kurz, daß die Mächte keine Schritte zum Abwenden der drohenden Verwicklungen unternehmen können. Die russische Regierung hegt die Hoffnung, daß die österreichisch-ungarische Regierung die Frist verlängern wird, und da diese sich bereit erklärt hat, den Mächten das Material vorzulegen, auf das sie ihre Forderungen an Serbien gestützt hat, hofft die russische Regierung, daß dies Material vorgelegt wird, so daß die Mächte die Sache zu prüfen vermögen, und wenn sie finden, daß einige der österreichischen Forderungen wohlgegründet sind, wären sie in der Lage, die serbische Regierung entsprechend zu beraten. Sollte die österreichisch-ungarische Regierung einer Frist-

¹⁾ No. 117.

verlängerung abgeneigt sein, dann würde sie nicht nur gegen die internationale Moral verstößen, sondern auch ihrer Mitteilung an die Mächte jede praktische Bedeutung nehmen.“

Sie können den von Ihrem russischen Kollegen getanen Schritt in allgemeinen Ausdrücken unterstützen, aber seit Abgang der Weisung hörten wir zu unserer Erleichterung, daß die von der österreichisch-ungarischen Regierung zu unternehmenden Schritte sich vorerhand auf Abbruch der Beziehungen und militärische Vorbereitungen, nicht aber Operationen, beschränken sollen. Wenn österreichisch-ungarische Regierung es daher für zu spät hält, die bereits festgesetzte Frist zu ändern, so vertraue ich doch darauf, daß sie jedenfalls in dem von Rußland gewünschten Sinne und aus den angegebenen Gründen Zeit gewähren wird, ehe sie zu unwiderruflichen Schritten übergeht.

(Gleichlautend nach Paris No. 220 und St. Petersburg No. 354)

*Im BB No. 26 (mit geringfügigen Wortänderungen) veröffentlicht
Vgl. No. 108*

(34242)

No. 119

Mitteilung des serbischen Gesandten

Den 25. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Der serbische Gesandte sprach heute vor, um eine Abschrift der österreichischen Note zu überreichen. Ich sagte ihm, daß wir bereits ein Exemplar hätten. Er war beauftragt hinzuzufügen, daß, als der österreichische Gesandte Herrn Paschitsch die Note überreichte*, jener mündlich erklärt habe, er werde mit seinem Stab Belgrad verlassen müssen, wenn er bis heute nachmittag 6 Uhr keine zufriedenstellende Antwort erhielte.

Der serbische Gesandte sollte auf Wunsch des Herrn Paschitsch des weitern erklären, daß er nach Zusammenberufung seiner Kollegen eine Antwort erwägen werde, daß aber keine serbische Regierung imstande sein würde, die österreichischen Forderungen „dans leur ensemble“ anzunehmen. Herr Paschitsch gebe sich der Hoffnung hin, Seiner Majestät Regierung würde Serbien unter den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen ihre Unterstützung leihen¹⁾.

(Das Telegramm war von vorgestern datiert)

Ich erwiderte, daß wir in einem Meinungsaustausch mit andern Regierungen begriffen wären und daß ich ihm keine Informationen

¹⁾ Vgl. S No. 34 und 35.

* Die Note wurde dem Finanzminister Patschu überreicht, der den abwesenden Ministerpräsidenten Paschitsch vertrat. Paschitsch kehrte erst am 24. Juli zurück.

geben könne, doch habe ich ihm mündlich das Wesentliche von dem mitgeteilt, was Herr Gruitsch Herrn Crackanthorpe bezüglich des serbischen Antwortentwurfes gesagt hatte¹).

A. N.

(33849)

No. 120

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 228

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

A. 4³⁰ nachm.

Ich habe deutschem Botschafter die in Herrn Crackanthorpes Telegramm No. 52 vom 25. Juli enthaltene und an Sie weitergegebene Vorhersage der serbischen Antwort mitgeteilt¹). Ich habe gesagt, daß, wenn serbische Antwort nach Erhalt in Wien dieser Vorhersage entspricht, ich hoffte, die deutsche Regierung werde sich in der Lage sehen, auf die österreichische Regierung einzuwirken, die Antwort günstig aufzunehmen²).

(Auch nach Berlin No. 200 und nach St. Petersburg No. 360 gesandt)

Im BB No. 27 veröffentlicht

(33854)

No. 121

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 81

Paris, den 25. Juli 1914

A. 3¹⁵ nachm.

E. 5³⁰ nachm.

Stellvertretender politischer Direktor sagt, französische Regierung habe von der österreichischen noch nicht die in Ihrem heutigen Telegramm No. 216 erwähnte Erklärung³) erhalten; sie habe Serbien aber durch hiesigen serbischen Gesandten ähnlichen Rat wie laut Ihrem gestrigen Telegramm No. 17 nach Belgrad erteilt⁴).

Im BB No. 15 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹) No. 114.

²) No. 115.

³) No. 105.

⁴) No. 102.

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 90

Berlin, den 25. Juli 1914

A. 3¹⁶ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 196 vom 24. Juli¹⁾ ausgeführt.

Staatssekretär des Auswärtigen sagt, er habe, nachdem er heute morgen 10 Uhr ein Telegramm deutschen Botschafters in London erhalten²⁾, sofort deutschen Botschafter in Wien beauftragt, österreichischem Minister des Äußern Ihren Vorschlag betreffs einer Fristverlängerung mitzuteilen und mit Seiner Exzellenz darüber zu sprechen³⁾. Leider sei Graf Berchtold Zeitungsnachrichten zufolge in Ischl und Staatssekretär glaubte, daß unter diesen Umständen Verzögerungen eintreten und Fristverlängerung schwer zu erlangen sein würde. Staatssekretär bemerkte, er wisse nicht, was Österreich-Ungarn an Ort und Stelle verwendungsbereit hätte, aber er gab ganz offen zu, daß österreichisch-ungarische Regierung den Serben eine Lektion zu erteilen wünsche und daß sie militärisch vorzugehen gedenke. Er gab auch zu, daß serbische Regierung gewisse Forderungen Österreich-Ungarns nicht schlucken könne.

Staatssekretär meinte, eine beruhigende Erscheinung in Lage sei, daß Graf Berchtold russischen Vertreter in Wien zu sich gebeten und ihm gesagt habe, Österreich-Ungarn beabsichtige nicht, sich serbischen Gebiets zu bemächtigen. Dieser Schritt sollte seiner Ansicht nach einen beruhigenden Einfluß auf St. Petersburg ausüben. Ich fragte, ob nicht zu befürchten sei, daß Österreich durch militärische Maßnahmen gegen Serbien öffentliche Meinung Rußlands gefährlich erregen würde. Er sagte, das glaube er nicht. Er blieb bei Ansicht, daß Krise lokalisiert werden könne. Ich warf ein, daß Telegramme aus Rußland in heutigen Morgenblättern nicht sehr beruhigend lauten, doch er beharrte auf seiner optimistischen Auffassung bezüglich Rußlands. Er bemerkte, er habe der russischen Regierung zu verstehen gegeben, daß das Letzte, was Deutschland wünsche, ein allgemeiner Krieg sei, und er würde alles in seiner Macht stehende tun, solch ein Unheil zu verhüten. Wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Rußland bedrohlich würden, sei er durchaus bereit, auf Ihren Vorschlag einzugehen, daß die vier Mächte mäßigend auf Wien und St. Petersburg einwirken sollten.

Vertraulich

Staatssekretär wiederholte wiederum ernstlichst, er habe keine vorherige Kenntnis vom Inhalt der österreichisch-ungarischen Note

¹⁾ No. 99.

²⁾ DD No. 157.

³⁾ DD No. 164, 171. Vgl. Oe II No. 32.

gehabt, obwohl er beschuldigt worden sei, alles über sie gewußt zu haben. Privatim bekannte er, daß die Note als diplomatisches Dokument viel zu wünschen übrig lasse.

Hiesiger französischer Botschafter erfährt aus Wien, Österreicher seien bereit, mit acht Armeekorps vorzugehen.

(Nach Wien gesandt)

(Gleichlautend nach Paris No. 233, Rom No. 209 und St. Petersburg No. 370)

Im BB No. 18 (nur vorletzten Absatz paraphrasiert, aber ohne den letzten Absatz) veröffentlicht

(33884)

No. 123

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 82

Paris, den 25. Juli 1914

A. 4²⁰ nachm.

E. 8⁰ nachm.

Das „Echo de Paris“ meldet, der deutsche Botschafter habe gestern auf Ministerium des Äußern mündlich mitgeteilt, daß deutsche Regierung Inhalt und Form österreichischer Note an Serbien billige, daß deutsche Regierung hoffe, Auseinandersetzung zwischen Wien und Belgrad werde lokalisiert bleiben, und daß etwaige Einmischung einer dritten Macht ernste Spannung unter den beiden Mächtegruppen hervorrufen würde. Das „Echo de Paris“ greift auf Grund dieser Meldung Deutschland und Österreich heftig an, indem es sie beschuldigt, einen Augenblick zu wählen, da England und Rußland mit Ulster beziehungsweise Streik in St. Petersburg beschäftigt und Präsident der französischen Republik und Ministerpräsident auf hoher See sind, um Dreiverband demütigen zu wollen, wobei Mordtat von Serajewo lediglich Vorwand sei.

Deutscher Botschafter hat auf Ministerium des Äußern protestiert und behauptet, daß deutsche Regierung Inhalt der Note nicht kannte und erst wie andere Regierungen nach ihrer Überreichung unterrichtet wurde. Deutscher Botschafter hat weiter erklärt, Deutschland sei äußerst darum besorgt, daß Streit streng lokalisiert bleibe und keine dritte Macht eingreife, da solche Einmischung infolge Bündnisbestimmungen zu sehr gefährlicher Lage führen müsse. Deutscher Botschafter erklärte stellvertretendem politischem Direktor, dies sei keine Drohung.

Vom „Echo de Paris“ ist bekannt, daß es in enger Beziehung zur russischen Botschaft steht.

(Gleichlautend nach St. Petersburg)

Vgl. Bericht No. 193, sowie F No. 36 und DD No. 169, 170

(33852)

No. 124

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 102

Wien, den 25. Juli 1914

A. 6³⁰ nachm.

E. 9¹⁰ nachm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:
„Folgende Nachricht ist bestätigt:

Chef des Stabes benachrichtigte italienischen Militärattaché gestern abend, daß bis zum Eintreffen serbischer Antwort keine Maßnahmen außer kleinere Vorsichtsmaßregeln getroffen würden. Vorbereitungen für sofortige Mobilmachung seien beendet und Befehl würde im Falle Nichtempfangs oder bei unbefriedigender Antwort ohne Verzug erlassen werden. Gewöhnliche Wachen seien heute bei Tagesanbruch an allen Hauptbahnen, Arsenalen und Depots ausgestellt.

Folgendes aus guter Quelle, jedoch nicht voll bestätigt:

Eine Abteilung Belagerungstrain mit schweren Haubitzen verließ heute morgen 3 Uhr Südbahnhof.

Nach guter Quelle, jedoch noch ohne endgültige Bestätigung, soll einleitende (? Mobilmachung) sich auf XV., XVI., XIII., V., VII. Korps sowie 20. und 41. Honveddivision erstrecken. (Zwei Gruppen nicht entzifferbar) XII. Korps und eine andere Budapester Honveddivision. Erachte (Gruppe nicht entzifferbar) mobilisieren gleichzeitig mit galizischem Korps (mehrere Gruppen nicht entzifferbar) wahrscheinlich.“

(33883)

No. 125

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

(Tel.) No. 169. Streng vertraulich

A. 8⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Durch Privatbrief teilte ich Außenminister heute morgen Inhalt Ihres Telegramms No. 216 vom 25. Juli nach Paris¹⁾ mit und besprach heute nachmittag mit ihm die vom französischen Botschafter angeregte Mitteilung an serbische Regierung, die in Ihrem Telegramm No. 17 vom 24. Juli nach Belgrad erwähnt ist²⁾.

Was ersteres betrifft, bemerkte Minister des Äußern, daß Erklärung des österreichischen Botschafters sich nicht ganz mit Nach-

¹⁾ No. 105.

²⁾ No. 102.

richt decke, die ihm von deutscher Seite zugegangen sei. Bezuglich des zweiten Punktes stimmten Seine Exzellenz und französischer Botschafter darin überein, daß es für solch eine Mitteilung zu spät sei, da gestellte Frist heute abend abläuft. Minister des Äußern sagte, Serbien sei durchaus bereit zu tun, was Sie vorgeschlagen und die schuldig Befundenen zu bestrafen, aber man könne von keinem unabhängigen Staat erwarten, erhobene politische Forderungen anzunehmen. Zufolge einer Unterredung, die er mit serbischem Gesandten gestern hatte, glaubte Minister des Äußern, daß serbische Regierung im Falle österreichischen Angriffs Belgrad räumen, ihre Truppen ins Innere zurückziehen und gleichzeitig Mächte um Beistand anrufen würde. Seine Exzellenz sprach sich für solch einen Appell aus. Die 1908 (*sic*) von Serbien übernommenen Verpflichtungen, auf die österreichisches Ultimatum verweist, seien Mächten und nicht Österreich gegenüber eingegangen und er möchte Frage auf internationale Grundlage gestellt sehen. Sollte Serbien Mächte anrufen, dann wäre Rußland durchaus bereit, sich abseits zu halten und Sache England, Frankreich, Italien und Deutschland zu überlassen. Es sei möglich, fügte er hinzu, daß Serbien vorschlage, Frage Schiedsspruch zu unterwerfen.

Minister des Äußern teilte uns dann mit, heute morgen habe Kaiser im Ministerrat unter seinem Vorsitz Entwurf kaiserlichen Ukases genehmigt, der erst veröffentlicht werden soll, wenn Minister des Äußern Augenblick für seine Inkraftsetzung gekommen erachtet, und der Mobilmachung von 1 100 000 Mann anordnet. Notwendige einleitende Vorbereitungen für Mobilmachung würden jedoch sofort begonnen werden. Als ich ernstliche Hoffnung ausdrückte, Rußland werde Krieg durch Mobilisierung nicht übereilt herbeiführen, ehe Sie Zeit gehabt hätten, Ihren Einfluß zugunsten des Friedens geltend zu machen, versicherte mir Seine Exzellenz, daß Rußland keine aggressiven Absichten habe und zu Handlungen nur, wenn ihm aufgezwungen, schreiten werde.

Französischer Botschafter bemerkte sodann, er habe eine Anzahl Telegramme vom stellvertretenden Minister des Äußern erhalten; kein einziges von ihnen verrate geringstes Anzeichen von Unschlüssigkeit und er sei in der Lage, Seiner Exzellenz formelle Zusicherung zu geben, daß sich Frankreich vorbehaltlos an Seite Rußlands stelle.

Nachdem er ihm gedankt, wandte sich Außenminister an mich mit Frage: „Und Ihre Regierung?“ Ich entgegnete, Sie gäben Lage noch nicht für verloren und Hauptsache sei, Zeit zu gewinnen. Ich wiederholte, was ich dem Kaiser in Audienz gesagt hatte — siehe meinen geheimen Bericht No. 100 vom 3. April [Auszüge unten] —, daß England nämlich Rolle des Vermittlers in Berlin und Wien zweckmäßiger als Freund spielen könne, der sich, falls seine Ratschläge der Mäßigung unbeachtet blieben, eines Tages in einen Verbündeten verwandeln könnte,

als wenn es sich sofort zum Verbündeten Rußlands erklären würde. Seine Exzellenz meinte, Deutschland sei leider überzeugt, daß es auf unsere Neutralität rechnen könne. Mit Ausnahme der „Times“ stünde fast die gesamte Presse Englands auf Seiten Österreichs, das Herr Gladstone mit „Hände weg“ gewarnt habe. Die Sinne der Leute seien (Gruppe nicht entzifferbar). Sie verstünden nicht, daß Vorgehen Österreichs in Wahrheit gegen Rußland gerichtet sei. Es strebe danach, gegenwärtigen Status quo auf dem Balkan umzustürzen und dort seine eigene Hegemonie aufzurichten. Er glaubte nicht, daß Deutschland wirklich den Krieg wolle, aber seine Haltung würde durch die unsere bestimmt. Wenn wir uns entschlossen an die Seite Frankreichs und Rußlands stellten, gäbe es keinen Krieg, ließen wir sie aber jetzt im Stich, so würden Ströme von Blut fließen und wir würden schließlich doch in den Krieg hineingezogen werden.

Französischer Botschafter bemerkte, französische Regierung würde sogleich wissen wollen, ob unsere Flotte bereit sei, die ihr durch englisch-französische Marinekonvention zugewiesene Rolle zu spielen¹⁾. Er vermöge nicht zu glauben, daß England seinen beiden Freunden, die in dieser Sache Hand in Hand gingen, nicht beistehen werde.

Ich tat mein möglichstes, um Minister des Äußern zur Vorsicht zu mahnen, und warnte ihn, daß, wenn Rußland mobilisiere, Deutschland sich nicht mit bloßer Mobilmachung begnügen oder Rußland Zeit zur Ausführung der seinen lassen, sondern wahrscheinlich sofort den Krieg erklären würde. Seine Exzellenz versicherte mir nochmals, er wünsche den Konflikt nicht zu überstürzen, aber falls Deutschland Österreich nicht zurückzuhalten vermöge, könne ich Lage als verzweifelt betrachten. Rußland könne nicht zulassen, daß Österreich Serbien erdrücke und vorherrschende Macht auf dem Balkan werde, und Rußland würde, des französischen Beistandes sicher, alle Gefahren des Krieges auf sich nehmen. Unsere eigene Lage ist höchst gefährlich und wir werden zu wählen haben, ob wir Rußland aktiv unterstützen oder auf seine Freundschaft verzichten wollen. Wenn wir es jetzt im Stich lassen, können wir nicht hoffen, jenes freundschaftliche Zusammengehen mit ihm in Asien fortzusetzen, das von solch vitaler Bedeutung für uns ist. Haltung Italiens scheint, nach Minister des Äußern, lauwarm zu sein und Österreich hat es anscheinend nicht vorher zu Rate gezogen.

(Nach Paris gesandt)

Im BB No. 17 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

¹⁾ Der französische Botschafter hatte keinen Auftrag seiner Regierung, diese Frage aufzuwerfen. Es handelte sich lediglich um eine private Bemerkung des Botschafters, die aus seiner eigenen persönlichen Auffassung der Lage entsprang. Siehe Einleitung Seite XXVI.

Auszüge aus einem Bericht Sir G. Buchanans an Sir Edward Grey,
datiert St. Petersburg, den 3. April 1914

Erhalten 7. April

(Privat)

Auf die europäische Lage übergehend sagte der Kaiser, daß die einzige Frage, die ihn beunruhige, die albanische sei. Er wisse nicht, ob es auf die Dauer möglich sein werde, die Kooperation Österreichs und Italiens mit den anderen Mächten aufrechtzuerhalten, oder ob jene nicht das Konzert verlassen und eine Politik der Teilung einschlagen würden. In diesem Falle würden sie sicher in Streit miteinander geraten, und da dies eine Schwächung des Dreibundes bedeutete, so würden sich einige ausgleichende Vorteile daraus ergeben. Er bedauerte die Griechen sehr, da sie hinsichtlich der augenblicklichen Lage in Epirus wie auch der Inselfrage ziemlich hart behandelt würden. Sollten die Inseln neutralisiert werden, dann scheine es nur fair zu sein, wenn die Mächte sie gegen einen Angriff der Türkei garantieren. Er wisse indessen nicht, was da geschehen könne. Es sei die alte Geschichte. Europa sei in zwei Lager geteilt und es sei unmöglich, das Konzert zum Zusammenarbeiten zu bringen.

Dies veranlaßte Seine Majestät zu der Bemerkung, daß er gerne eine engere Verbindung zwischen England und Rußland hergestellt sehen würde, wie zum Beispiel ein Bündnis rein defensiven Charakters. Als ich darauf die Befürchtung äußerte, daß dies gegenwärtig undurchführbar sei, meinte der Kaiser, wir könnten jedenfalls ein ähnliches Übereinkommen schließen, wie es zwischen Seiner Majestät Regierung und der Regierung der französischen Republik bestünde. Ich antwortete, daß mir die Bedingungen dieses Übereinkommens unbekannt seien. Seine Majestät sagte, er sei auch in Unkenntnis darüber, glaube aber, daß, wenn wir auch keine wirkliche Militärkonvention mit Frankreich hätten, wir doch erörtert und vereinbart hätten, was jedes der beiden Länder bei gewissen Eventualitäten zu tun habe. Auf meine Bemerkung, das Herüberschaffen eines Expeditionskorps, das mit der russischen Armee kooperieren solle, käme aus materiellen Gründen nicht in Frage, sagte der Kaiser, daß, selbst wenn dies ausführbar wäre, es gar keinen Zweck habe, da er übergenug Truppen im Lande hätte. Es möchte jedoch vorteilhaft sein, sich im voraus über das Zusammenwirken der britischen und russischen Flotte zu verständigen. Bis zum Jahre 1917 hoffe er 8 Dreadnoughts in der Ostsee zu haben und im Kriegsfalle müßten die Deutschen mehr als diese Anzahl von Schiffen zu ihrer Überwachung detachieren. Er würde niemals die Entsendung einer britischen Flotte in die baltischen Gewässer vorschlagen und zwar wegen der Gefahren, denen sie durch Minen im Belt und durch Angriffe einer den Nordostseekanal passierenden überlegenen deutschen Flotte ausgesetzt wäre. Indes würde das Vorhandensein einer russischen Flotte in der Ostsee die Lage der britischen Flotte in der Nordsee erleichtern. Augenblicklich, fuhr Seine Majestät fort, beschränke sich unsere Verständigung auf Persien und er sei entschieden der Meinung, daß diese Verständigung entweder durch irgendein Übereinkommen, wie er es vorgeschlagen habe, oder durch eine schriftliche Formel ausgedehnt werden sollte, welche die Tatsache einer englisch-russischen Kooperation in Europa zum Ausdruck bringen würde.

Ich erwiderte dem Kaiser, darüber könne ich nicht im Namen Seiner Majestät Regierung sprechen, aber ich persönlich würde jedes Übereinkommen begrüßen, das dazu diente, die englisch-russischen Beziehungen zu festigen. Ich müsse mir jedoch die Frage vorlegen, ob, angenommen England wäre im vergangenen Jahr der Verbündete Rußlands gewesen, es diesem wirkungsvollere Dienste hätte leisten können, als es ihm in Wirklichkeit als Freund geleistet habe. Während der langwierigen Balkankrise habe England bei verschiedenen

Gelegenheiten die Rolle eines Vermittlers in Berlin und Wien zu spielen vermocht und es sei seiner freundschaftlichen Intervention zu verdanken gewesen, daß man zu einer mehr oder weniger befriedigenden Lösung der serbischen Hafenfrage gelangt sei und daß Österreich in bezug auf Djakowa und Dibra nachgegeben habe, die das Hindernis für eine freundschaftliche Regelung der so überaus wichtigen Skutarifrage bildeten. Es sei meines Erachtens zweifelhaft, ob wir in Berlin oder Wien so viel hätten erreichen können, wenn wir als der Verbündete Rußlands an diese beiden Regierungen herangetreten wären, wogegen der Umstand, daß wir nur ein Freund seien, der sich in einen Verbündeten verwandeln könnte, falls Deutschland und Österreich Rußland einen Krieg aufzwingen sollten, die Mittelmächte viel geneigter mache, auf uns zu hören. Wenn Rußland in der Frage von Adrianopel habe nachgeben müssen, so sei dies nicht so sehr auf irgend etwas zurückzuführen, was Seiner Majestät Regierung getan oder unterlassen habe, als vielmehr auf den Wunsch der französischen Regierung, daß Rußland nichts unternehmen möge, was etwa die Einmischung Deutschlands hervorrufen könnte. In der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel habe Seiner Majestät Regierung wiederum mit ganz beträchtlichem Erfolg ihre freundschaftlichen Dienste in Berlin verwertet.

Der Kaiser gab die Richtigkeit meiner Ausführungen über die Franzosen und die Frage von Adrianopel zu und erkannte auch die mannigfachen Dienste an, die Seiner Majestät Regierung Rußland während der Krise geleistet hatte. An meiner Argumentierung möge, wie er meinte, etwas sein, er würde es aber dennoch vorziehen, unsere jetzige Verständigung einen präziseren und bestimmteren Charakter annehmen zu sehen

(33859)

No. 126

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 3

Budapest, den 25. Juli 1914

A. 9⁴⁴ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Ich erfahre, daß serbische Antwort kurz vor 6 Uhr auf österreichisch-ungarischer Gesandtschaft einging und daß, da sie unbefriedigend befunden wurde, Gesandtschaft mit Stab Belgrad verlassen hat.

Einberufung von Reservisten hat hier begonnen.

(Nach Wien gesandt)

(33855)

No. 127

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 85

Paris, den 25. Juli 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Ich habe stellvertretenden Minister des Äußern gesprochen.

Er hatte keinen Vorschlag zu machen, außer daß man in Wien sowohl wie in Belgrad zur Mäßigung raten könnte. Er hofft, Antwort

serbischer Regierung auf österreichische Note werde soweit zufriedenstellend lauten, um Ergreifen äußerster Maßnahmen seitens österreichischer Regierung vorzubeugen, er meint aber, es würde eine Revolution in Serbien geben, wenn serbische Regierung österreichische Forderungen in ihrer Gesamtheit annähme.

Im BB No. 16 (paraphrasiert) veröffentlicht

(33858)

No. 128

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 91

Berlin, den 25. Juli 1914

A. 8¹⁵ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Ich habe Eindruck, daß nach Ansicht hiesiger österreichisch-ungarischer Botschaft Lokalisierung der Krise zwischen Österreich-Ungarn und Serbien davon abhängen wird, ob und, wenn ja, bis zu welchem Grade Rußland und Frankreich im Falle allgemeiner Verwicklungen auf aktive Unterstützung Seiner Majestät Regierung glauben rechnen zu können.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Belgrad)

(33856)

No. 129

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 86. Vertraulich

Paris, den 25. Juli 1914

A. 8³⁰ nachm.

E. 11¹⁵ nachm.

Ihren heutigen telegraphischen Erlaß No. 219¹⁾ heute abend erhalten. Ich werde stellvertretendem Minister des Äußern erforderliche Mitteilung machen, sobald ich im Besitz St. Petersburger Telegramms No. 166 vom 24. Juli²⁾ bin.

Heute nachmittag drückte ich stellvertretendem Minister des Äußern die Ansicht aus, in demokratischen Ländern wie England und Frankreich könne ein Krieg nicht ohne Unterstützung der öffentlichen Meinung gemacht werden, und ich sei sicher, daß öffentliche Meinung Englands einen Krieg zur Unterstützung Rußlands nicht gutheißen

¹⁾ No. 112.

²⁾ No. 101.

würde, wenn es als Beschützer der Slawen wegen österreichisch-serbischer Differenzen einen Streit mit Österreich vom Zaune brechen würde. Er gab zu, aber nicht als Minister, daß es in einem Fall wie dem gegenwärtigen schwierig wäre, öffentliche Meinung Frankreichs in Kampfstimung zu versetzen.

(33998)

No. 130

Herr Crackanthonpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 54

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 10⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Mobilmachung angeordnet.

(33857)

No. 131

Herr Crackanthonpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 55

Belgrad, den 25. Juli 1914

A. 9²⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Österreichischer Gesandter um 6³⁰ abgereist. Regierung hat sich nach Nisch begeben, wo Skupschtina auf Montag einberufen wurde. Heute abend wird diplomatischem Korps Sonderzug zur Verfügung gestellt. Ich reise mit meinen andern Kollegen ab und nehme eine Chiffer mit. Vizekonsul bleibt und hat Chiffren und Archive (? in) Verwahrung.

(Nach Wien gesandt)

Im BB No. 23 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Stellen) veröffentlicht

(34450)

No. 132

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 295. Vertraulich

Auswärtiges Amt, den 25. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich teilte Graf Benckendorff heute mit, was ich diesen Morgen dem deutschen Botschafter über die Möglichkeit eines gemeinsamen

Zusammenwirkens von Deutschland, Italien, Frankreich und England gesagt hatte, um den Frieden zu wahren, nachdem Österreich und Rußland mobilisiert hätten¹⁾.

Graf Benckendorff war sehr besorgt, meine Äußerungen möchten in Deutschland den Eindruck erwecken, als wären Frankreich und England uneins mit Rußland*.

Ich bemerkte, Frankreich und England würden meiner Anregung gemäß nicht uneiniger mit Rußland sein als Deutschland mit seinem Verbündeten Österreich. Ich hätte dem Fürsten Lichnowsky gegenüber betont, daß die Teilnahme Deutschlands an solch einer diplomatischen Vermittlung eine Hauptbedingung sei, und die Lage gestalte sich für Rußland gewiß nicht unbefriedigend, wenn Frankreich und England an sich hielten, vorausgesetzt, daß Deutschland ein Gleiches tue.

Graf Benckendorff drang darauf, ich solle Deutschland zu erkennen geben, daß wir im Kriegsfalle nicht unbeteiligt bleiben würden.

Ich erwiderte, ich hätte durch nichts zu verstehen gegeben, daß wir unbeteiligt bleiben würden; ich hätte dem deutschen Botschafter im Gegenteil gesagt, daß ich mich nicht zur Einmischung berechtigt fühle, solange es sich um einen Streitfall zwischen Österreich und Serbien handle, daß aber in dem Augenblick, wo er auf Österreich und Rußland übergreife, eine Frage des europäischen Friedens daraus würde, die uns alle angehe. Ich wäre ferner bei meiner Unterredung von der Annahme ausgegangen, daß Rußland mobilisieren werde, während die deutsche Regierung bisher offiziell angenommen habe, daß Serbien keine Unterstützung erhalten würde; und meine Äußerungen müßten die deutsche Regierung veranlassen, die Sache ernst zu nehmen. In der Tat verlangte ich von der deutschen Regierung, die die österreichischen Forderungen an Serbien unterstützt habe, sie solle, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, Österreich auffordern, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Betracht zu ziehen. Das zu tun wäre nicht leicht für Deutschland, selbst wenn wir gleichzeitig Rußland vereint ersuchen würden, eine Aktion aufzuschieben. Ich befürchtete auch, Deutschland würde antworten, daß seine Mobilmachung eine Frage von Stunden, die russische eine Frage von Tagen sei, und daß ich tatsächlich verlangt hätte, Deutschland solle im Falle der russischen Mobilmachung gegen Österreich, anstatt gegen Rußland zu mobilisieren, seine Mobilmachung aufschieben und sich unserer Intervention in Wien anschließen, wodurch es seinen Zeitgewinn opfere; denn wenn die diplomatische Intervention fehlschläge, würde Rußland mittlerweile Zeit für seine Mobilmachung gewonnen haben.

¹⁾ No. 116.

* Eigentlich „von Rußland getrennt“ (detached from Russia).

Es sei zwar richtig, daß ich direkt nichts darüber gesagt hätte, ob wir im Falle eines europäischen Konfliktes daran teilnehmen würden oder nicht, und ich könnte das auch nicht sagen; aber mein der deutschen Regierung gemachter Vorschlag biete Rußland absolut keinen Anlaß für eine Klage und ich befürchte nur, daß sich bezüglich seiner Annahme durch die deutsche Regierung Schwierigkeiten ergeben könnten. Ich hätte den Vorschlag auf meine eigene Verantwortung gemacht und bezweifle nicht, daß er der beste im Interesse des Friedens sei.

Ich bin usw.
E. Grey

In Grey Band I Seite 317 veröffentlicht

Anmerkung. Dieser Erlaß, der ursprünglich im Blaubuch unter No. 28 aufgenommen war, wurde später im Auftrag Sir Edward Greys fortgelassen (siehe Einleitung Seite XVII). Die Gründe dafür waren laut einem Brief des Parlamentarischen Unterstaatssekretärs an einen Korrespondenten vom 7. November 1914 wie folgt:

„Der Erlaß stellte die Aufzeichnung einer Unterredung zwischen Sir Edward Grey und einem der Botschafter [Graf Benckendorff] dar, in der der Botschafter nicht den gleichen Standpunkt hinsichtlich eines Vorschlags von Sir Edward Grey einnahm wie später seine Regierung, und Sir Edward Grey dachte, es wäre freundlicher gegen den Botschafter, diesen Umstand nicht zu veröffentlichen.“

Während Graf Benckendorff Einwendungen gegen Sir Edward Greys Vorschlag einer Vermittlung durch die vier Mächte erhob, war Sasonow, wie sich zeigen wird, gemäß No. 125 bereit, auf den Gedanken einzugehen.

(34451)

No. 133

Sir Edward Grey an Sir R. Rood

Der italienische Botschafter suchte mich heute auf.
Ich teilte ihm in allgemeinen Ausdrücken mit, was ich dem deut-
n Botschafter heute morgen gesagt habe¹⁾.

Der italienische Botschafter stimmte dem wärmstens bei. Er machte kein Hehl aus der Tatsache, daß Italien den Krieg sehnlichst vermieden zu sehen wünscht.

Ich bin usw.
F. Grey

Im BB No. 29 veröffentlicht

¹⁾ No. 116.

No. 134

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Privat) Britische Botschaft, Paris, den 25. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich glaube nicht, daß, wenn Rußland wegen der österreichisch-serbischen Differenz einen Streit mit Österreich vom Zaune bricht, die öffentliche Meinung Frankreichs dafür wäre, Rußland in einer solch schlechten Sache zu unterstützen.

Folglich wird die französische Regierung wahrscheinlich der russischen empfehlen, jeden Übereifer zu zügeln, den sie etwa geneigt sein möchte, zugunsten ihres serbischen Schützlings zu entfalten.

Ihr aufrichtig ergebener
Francis Bertie

(33853)

No. 135

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 103. *En clair*

Wien, den 25. Juli 1914

A. 25. Juli 11²⁰ nachm.

E. 26. Juli 8° vorm.

Serbische Antwort auf die österreichisch-ungarischen Forderungen wird nicht als befriedigend angesehen und der österreichisch-ungarische Gesandte hat Belgrad verlassen. Man hält Kriegsausbruch für unmittelbar bevorstehend. In Wien herrscht höchste Begeisterung. Russische Botschaft wird von Truppen bewacht, um wiederholte Versuche feindseliger Kundgebungen seitens der ungeheuren, die Straßen durchziehenden Volksmengen zu vereiteln.

Im BB No. 31 (ohne die beiden letzten Sätze) veröffentlicht

(33886)

No. 136

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 104

Wien, den 26. Juli 1914

A. 11⁵ vorm.

E. 1° nachm.

Folgendes vergangene Nacht vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung erhalten:

„Nach soeben aus guter Quelle erhaltener, aber nicht endgültig bestätigter Nachricht werden Armeen gegen Serbien wie folgt zusammengesetzt sein:

Potiorek, Hauptquartier Serajewo, XV. und XVI. Korps.

Ritter von Frank, Hauptquartier Agram, mit Auftrag, gegen Belgrad zu operieren, XIII. Korps unterstützt durch Detachements des (? II.) und III. Korps.

Ritter von Auffenberg, Hauptquartier Budapest, mit Auftrag, über Temesvar im Morawatal aufwärts zu rücken, IV. und VII. Korps unterstützt durch 20. Honveddivision.

VI. Korps und 41. Honveddivision in Reserve.

XII. Korps bleibt zur Beobachtung von Rumänien.

Jedes Korps besteht nur aus zwei gewöhnlichen Armeedivisionen. Zunächst alles in allem: siebzehn Divisionen, einschließlich XII. Korps. Außerdem sind sechs selbständige Honveddivisionen und eine mobile Brigade für jedes Armeekorps verfügbar.

Einberufung der Reservisten hat begonnen.

Es herrscht großer Zweifel über die Haltung Rumäniens.“

(33869)

No. 137

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 14

Kristiania, den 26. Juli 1914

A. 11⁵⁰ vorm.

E. 1⁰ nachm.

Morgenblätter melden, deutsche Flotte, zusammen achtundzwanzig große Schiffe, habe Befehl erhalten, sich während vergangener Nacht bei vorher bestimmtem Punkt an der norwegischen Küste zu sammeln.

(33868)

No. 138

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 13. *En clair*

Kristiania, den 26. Juli 1914

A. 11⁵⁰ vorm.

E. 1³⁰ nachm.

Wie verlautet, ist Kaiser Wilhelm gestern abend 6 Uhr von Balestrand abgefahren und begibt sich direkt nach Kiel.

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey (Itchen Abbas)

a)

(Tel.)

(Undatiert — 26. Juli)

Ich glaube, unsere einzige Hoffnung, einen allgemeinen Konflikt zu verhüten, besteht darin, daß wir sofort die Anregung Sasonows laut zweitem Absatz des Ihnen heute morgen zugehenden Telegramms Buchanans No. 169¹⁾ aufgreifen und daß Sie nach Berlin, Paris und Rom telegraphieren, man möge die betreffenden hiesigen Botschafter ermächtigen, zu einer Konferenz mit Ihnen zusammenzutreten, um einen Ausweg zur Vermeidung von Verwicklungen zu suchen, und daß Wien, Serbien und St. Petersburg ersucht werden sollen, bis zu Ergebnissen der Konferenz allseitig von aktiven militärischen Operationen abzusehen. Dies Telegramm wäre gleichlautend nach Wien, Belgrad und St. Petersburg zur Mitteilung an Minister des Äußern mit Weisung zu schicken, danach zu trachten, daß vorgeschlagene Verpflichtungen bezüglich militärischer Fragen zugestanden werden, da von dieser Zusicherung Zusammentritt der Konferenz notwendigerweise abhängen würde. Wenn Sie einverstanden, bitte an Resident Clerk zu telegraphieren, dem ich Telegrammentwürfe im obigen Sinn übergebe.

b)

Sir Edward Grey an Resident Clerk, Auswärtiges Amt, London S.W.

(Tel.)

Itchen Abbas, den 26. Juli 1914

A. 2^o nachm.

Ich bin mit Nicolson's Telegrammentwürfen einverstanden und sie sind abzusenden (No. 140/41). — E. Grey

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 232

Auswärtiges Amt, den 26. Juli 1914

A. 3^o nachm.

Fragen Sie Minister des Äußern, ob er geneigt wäre, hiesigen Botschafter anzuweisen, unverzüglich mit Vertretern von Italien, Deutschland und Frankreich zu einer hier abzuhaltenen Konferenz mit mir zusammenzutreten, um einen Ausweg zur Vermeidung von

¹⁾ No. 125.

Verwicklungen zu suchen. Im Verfolg dieser Absicht sollten Vertreter in Wien, St. Petersburg und Belgrad bei Übermittlung obigen Vorschlags an Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, ermächtigt werden zu ersuchen, daß alle aktiven militärischen Operationen bis zu Ergebnissen der Konferenz aufgeschoben werden sollten.

(Gleichlautend nach Wien No. 159; St. Petersburg No. 365 und Nisch No. 18)

(Auch nach Berlin No. 204 und Rom No. 198 gesandt)

Im BB No. 36 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34200)

No. 141

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 160

Auswärtiges Amt, den 26. Juli 1914

A. 3^o nachm.

Mein heutiges Telegramm nach Paris No. 232¹).

Sie wollen Auftrag ausführen, sobald Ihr italienischer, deutscher und französischer Kollege gleiche Weisungen erhalten haben.

(Auch nach St. Petersburg No. 366 und Belgrad No. 19 gesandt)

(33887)

No. 142

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 105

Wien, den 26. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Folgendes vom Militärrattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Folgendes nach französischen Nachrichten aus Budapest (*sic!*):

Potiorek, XV. und XVI. Korps. Von Frank XIII. und IV. Korps und 41. Honveddivision. Von Auffenberg VI. und VII. Korps und 20. Honveddivision. XII. Korps gegen Rumänien bereit gehalten. I., X. und XI. Korps, von Brudermann, gegen Rußland bereit gehalten. General Böhm-Ermolli als Führer Reservearmee bestimmt, XIV., VIII., IX., II. und III. Korps, falls welche der letzteren später benötigt werden.

Ungefährre Stärke Potioreks: 4 Marschdivisionen und 2 Reservebrigaden, 100 000 Mann. Von Frank: 5 Marschdivisionen, 2 mobile

¹) No. 140.

Divisionen, 2 weitere Honveddivisionen, 156 000 Mann. Von Auffenberg wie von Frank: 12 (*sic.* ? 2) Korps, 2 Marschdivisionen, 1 weitere Honveddivision, 1 Marschbrigade, 68 000 Mann. Alles zusammen 480 000 Mann, ausschließlich selbständiger Kavalleriedivisionen und Landsturmtruppen. Nach unverbürgten Nachrichten soll Erzherzog Friedrich Oberbefehl übernehmen.“

(33885)

No. 143

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 234

Auswärtiges Amt, den 26. Juli 1914

A. 3⁸⁰ nachm.

Berliner Telegramm No. 90 vom 25. Juli¹⁾.

Es ist wichtig zu erfahren, ob Frankreich nötigenfalls vorgeschlagener Aktion der vier Mächte zustimmen wird.

Im BB No. 37 veröffentlicht

No. 144

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Cadogan Gardens 53, S. W., den 26. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich telegraphierte Ihnen einen Gedanken²⁾), der mir kam, nachdem ich Buchanans Telegramm No. 169³⁾ gelesen hatte. Es scheint mir die einzige Aussicht zu sein, einen Konflikt zu vermeiden — es ist, wie ich zugebe, eine sehr geringe Aussicht — aber auf jeden Fall werden wir unser Äußerstes getan haben. Berlin spielt mit uns. Jagow hat Ihren Vorschlag, in Wien zu intervenieren und von uns und Frankreich unterstützt zu werden, nicht wirklich angenommen, sondern hat Ihre Anregung bloß „weitergegeben“ und seinem Botschafter Weisung erteilt, darüber zu sprechen. Das ist nicht das, was beabsichtigt oder gewünscht wurde. Mensdorff bat mich heute nachmittag um eine Unterredung. Er kam nur, um amtlich mitzuteilen, daß die Beziehungen mit Serbien abgebrochen seien und daß Serbien mobilisiere. Er fragte mich, was für Nachrichten wir aus St. Petersburg hätten. Ich sagte ihm, die Lage werde dort naturgemäß höchst

¹⁾ No. 122.

²⁾ No. 139.

³⁾ No. 125.

ernst beurteilt, aber ich gab ihm keine Einzelheiten. Ich sah Benckendorff, dem ich Buchanans 169¹⁾ vorlas. Er wußte nichts Neues, verwies mich aber nachdrücklich darauf, daß Lichnowsky überzeugt sei, wir könnten unbeteiligt und neutral bleiben — eine unglückliche Überzeugung, da, wenn Deutschland einsehen würde, daß auf unsere Neutralität durchaus nicht zu rechnen sei und man von uns nicht erwarten könne, gleichgültig zu bleiben, wenn ganz Europa in Flammen stünde, ein hemmender Einfluß auf Berlin ausgeübt werden würde.

Ich habe eben gehört, daß Sie meinen Vorschlag gebilligt haben — das freut mich, wiewohl ich nicht hoffnungsvoll bin. Indessen sollte keine Chance vernachlässigt werden.

Ich habe mit Stamfordham zu Mittag gespeist. Er erzählte mir, Prinz Heinrich sei gestern herübergekommen und habe heute morgen mit dem König gefrühstückt. Prinz Heinrich sagte, wenn Rußland marschiere, gebe es im Innern Revolution und die Dynastie würde gestürzt werden. Das ist Unsinn — aber es zeigt, wie eifrig die Deutschen bestrebt sind, uns vorzumachen, daß Rußland ruhig bleiben werde, und auszustreuen, daß wir uns ebenso still verhalten werden — ein törichtes Verfahren — (Prinz Heinrich ist nach Deutschland zurückgekehrt).

Ihr aufrichtig ergebener
A. Nicolson

(34244)

No. 145

Der deutsche Botschafter an Sir Edward Grey

Carlton House Terrace 9, S. W., den 26. Juli 1914

Verehrter Sir Edward,

Wie ich aus Berlin höre, sind dort von vertrauenswürdiger Seite Nachrichten eingelangt, daß Rußland beabsichtigt, mehrere Reservistenjahrgänge einzuberufen. In diesem Falle würden wir zu Gegenmaßregeln gezwungen sein, da dies einer Mobilisierung auch gegen uns gleichkommen würde.

Da meine Regierung immer noch hofft, den Krieg lokalisieren und den europäischen Frieden erhalten zu können, bin ich beauftragt, Sie zu bitten, in diesem Sinne in St. Petersburg zu wirken²⁾.

Ich verbleibe usw.

Lichnowsky

P. S. Meine Regierung nimmt die von Ihnen angeregte Vermittlung zu vieren an³⁾.

¹⁾ No. 125.

²⁾ Siehe DD No. 199.

³⁾ Siehe No. 116, sowie DD No. 192.

(34516)

No. 146

Mitteilung des deutschen Botschafters

Den 26. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Fürst Lichnowsky sprach heute nachmittag mit einem dringenden Telegramm seiner Regierung vor, wonach sie Nachricht erhalten habe, daß Rußland „Reservistenjahrgänge“ einberufe, was Mobilisierung bedeute. Falls diese Mobilmachung an der deutschen Grenze stattfände, werde Deutschland gezwungen sein, selbst zu mobilisieren — und Frankreich würde dem natürlich folgen. Fürst Lichnowsky war daher beauftragt zu ersuchen, wir möchten bei der russischen Regierung darauf dringen, nicht zu mobilisieren. Die Deutschen würden nichts gegen eine Teilmobilmachung, zum Beispiel in Odessa oder Kiew, einzuwenden haben — sie könnten aber eine Mobilmachung an der deutschen Grenze nicht gleichgültig hinnehmen.

Ich sagte dem Fürsten Lichnowsky, daß wir keine Nachricht hinsichtlich einer allgemeinen Mobilmachung oder überhaupt einer augenblicklichen Mobilmachung hätten. (Der Ukas, der die Mobilmachung von 1 100 000 Mann befiehlt, ist noch nicht ausgegeben)¹⁾. Es wäre indes schwierig und heikel für uns, Petersburg zu bitten, gar nicht zu mobilisieren — wenn Österreich eine derartige Maßnahme beabsichtige — und man würde uns nicht anhören. Die Hauptsache sei, aktive militärische Operationen möglichst zu verhindern — und ich gab Fürst Lichnowsky allgemein von dem Vorschlag einer Konferenz zu vieren hier Kenntnis, den Sie in Paris, Rom und Berlin unter der Bedingung gemacht hätten, daß Rußland, Österreich und Serbien bis zu den Ergebnissen der Konferenz aktive militärische Operationen aufschieben sollten²⁾). Dem Fürsten Lichnowsky gefiel der Vorschlag.

(Er war sehr aufgereggt)

A. N.

Siehe DD No. 236 und 218

(33890)

No. 147

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 92

Berlin, den 26. Juli 1914

A. 2²⁰ nachm.

E. 4³⁰ nachm.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Vor der österreichischen Botschaft fand gestern abend eine Kundgebung statt und große Volksmassen zogen, vaterländische Lieder und

¹⁾ Siehe No. 125.

²⁾ No. 140.

die österreichische Nationalhymne singend, durch die Hauptstraßen. Deutsche öffentliche Meinung fährt fort, Österreich-Ungarn kräftig zu unterstützen. Bislang war Publikum der Stärke österreichischer Sache so sicher, daß es überzeugt war, Konflikt mit Serbien werde lokalisiert bleiben. Jetzt tauchen Anzeichen auf, daß deutsche Öffentlichkeit und Presse anfangen, Ernst der Lage zu begreifen. Obschon sie den Krieg nicht wollen, sind sie doch entschlossen, Österreich-Ungarn durchzuhelfen.

Kaiser kehrt unerwartet heute abend zurück und Unterstaatssekretär des Auswärtigen sagt, Auswärtiges Amt bedaure diesen Schritt, der auf eigene Initiative Seiner Majestät erfolgt sei. Man befürchtet, plötzliche Rückkehr Seiner Majestät könne Vermutungen Raum geben und Aufregung verursachen. Ferner teilte mir Unterstaatssekretär mit, deutscher Botschafter in St. Petersburg habe berichtet, daß russischer Außenminister im Gespräch mit ihm geäußert habe, Rußland werde nicht gleichgültig bleiben, falls Österreich Stücke serbischen Gebiets annektiere. Unterstaatssekretär folgerte daraus, daß Rußland nicht eingreifen werde, wenn Österreich kein Gebiet annektiert.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 33 (nur den letzten Absatz) veröffentlicht

(33864)

No. 148

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 122

Rom, den 26. Juli 1914

A. 3⁴⁵ nachm.

E. 5³⁰ nachm.

Österreichisch-serbischer Konflikt.

Meinen Eindrücken nach wird italienische Regierung, selbst wenn Rußland zur Unterstützung Serbiens einschreiten sollte, zu argumentieren versuchen, daß, da Österreich Italien vor Überreichung der Note nicht befragt habe und es durch die Art seines Angriffs auf Serbien Rußland zwangsläufig herausforderte, der im Bündnis vorgesehene *casus foederis* nicht eintreten würde. Man gibt jedoch zu, daß Deutschland anderer Meinung ist.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

(33891)

No. 149

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 94

Berlin, den 26. Juli 1914

A. 7³⁵ nachm.

E. 8¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 228 nach Paris¹⁾.

Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat mir soeben telephoniert, deutscher Botschafter in Wien habe Weisung erhalten, österreichisch-ungarischer Regierung Ihre Hoffnung zu übermitteln, sie möge die serbische Antwort günstig aufnehmen, wenn sie der im Belgrader Telegramm No. 52 enthaltenen Vorhersage²⁾ entspricht.

Nach Ansicht Unterstaatssekretärs bedeutet bloße Tatsache dieser Mitteilung an österreichisch-ungarische Regierung, daß sich deutsche Regierung Ihrer Hoffnung bis zu einem gewissen Grad anschließt. Sie sieht sich nicht in der Lage, darüber hinauszugehen.

(Gleichlautend nach Paris und St. Petersburg)

Im BB No. 34 veröffentlicht

Vgl. No. 115, sowie DD No. 186 (Fußnote 2)

Vermerke

Sehr hinterhältig von seiten der deutschen Regierung. Vermutlich wird Sir E. Grey dem Fürsten Lichnowsky ein Wort über diese etwas eigentümliche Art sagen, mit unserem Vorschlag zu verfahren, daß Deutschland sich uns anschließen solle, eine Mitteilung in Wien zu machen. — E. A. C. 27. Juli.

Dies ist der zweite Fall, in dem sich Herr von Jagow ähnlich verhalten hat. — A. N.

(33888)

No. 150

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 106. Vertraulich

Wien, den 26. Juli 1914

A. 7⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Deutscher Botschafter hat mir seinen zuversichtlichen* Glauben ausgedrückt, Rußland werde sich, nachdem es Zusicherung erhalten, daß Österreich-Ungarn kein serbisches Gebiet annexieren werde, während Züchtigung, die an Serbien zu vollziehen Österreich-Ungarn

¹⁾ No. 120.

²⁾ No. 114.

* Im Original: his confidential belief. Das ist offenbar ein Schreibfehler für: his confident belief. Confidential = vertraulich, confident = zuversichtlich. Der Herausgeber der englischen Akten hat daher hinter confidential (*sic*) eingefügt.

entschlossen ist, ruhig verhalten. Ich fragte ihn, ob er nicht glaube, öffentliche Meinung könnte russische Regierung zwingen, zugunsten eines stammverwandten Volkes einzugreifen. Er entgegnete, Tage panslawistischer Agitation in Rußland seien vorüber. Moskau sei vollkommen ruhig und alles hänge von Persönlichkeit russischen Außenministers ab, der, wenn er wolle, dem Druck etlicher Zeitungen leicht widerstehen könne. Seine Exzellenz hielt russischen Außenminister nicht für so unvorsichtig, einen Schritt zu tun, der voraussichtlich viele Rußland interessierende Fragen, wie die schwedische, polnische, rutherische, rumänische und persische Frage, aufrollen würde. Auch sei Frankreich durchaus nicht in der Lage, es auf einen Krieg ankommen zu lassen.

Ich sagte, meiner Ansicht nach habe österreichisch-ungarische Regierung anderen Mächten Sache durch Ton des Ultimatums an Serbien ein wenig erschwert; man sympathisiere ja natürlich mit vielen Forderungen des Ultimatums, wenn sie nur maßvoller gefaßt worden wären. Deutscher Botschafter erklärte es für unmöglich, mit Serbien auf andere Weise wirksam zu reden. Deutschland wisse sehr gut, was es tue, wenn es Österreich-Ungarn in dieser Sache decke. Serbien verdiene Lektion und sei daran, sie zu erhalten, doch sollte der Streit nicht auf andere Länder übergreifen; Rußland habe kein Recht, sich Schutzherrschaft über Serbien anzumaßen, und er bezweifelte, ob es so auftreten würde, als erhebe es Anspruch darauf.

Italienischer Botschafter sagt, der deutsche Botschafter habe ihm gegenüber genau dieselbe Sprache geführt, die sich auf gleiche Ansichten sowohl deutschen wie österreichischen Botschafters in St. Petersburg stütze. Italienischer Botschafter befürchtet, daß sie russische Untätigkeit allzu optimistisch einschätzt.

Deutscher Botschafter fragte mich, ob ich gehört hätte, daß serbische Regierung im letzten Augenblick Nachgiebigkeit geheuchelt habe. Seine Exzellenz hatte von einem Brief gehört, den Sie gestern an den deutschen Botschafter geschrieben haben und in dem Sie Hoffnung ausdrückten, daß die serbischen Zugeständnisse als befriedigend betrachtet würden¹⁾. Ich erwiderte, ich hätte gehört, daß Serbien bereit gewesen wäre, so ziemlich in jedem Punkt nachzugeben. Er bemerkte, das sei alles Schwindel, denn Serbien habe, ehe es sein Anerbieten machte, Mobilisierung und Abzug der Regierung aus Belgrad befohlen und damit bewiesen, wie gut es wußte, daß sein Anerbieten ungenügend sei, um berechtigte Forderungen Österreich-Ungarns zu befriedigen.

Im BB No. 32 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Teile) veröffentlicht

¹⁾ No. 115 und DD No. 186 (Fußnote 2).

Vermerke

Das ist nur Herr von Tschirschky. — E. A. C. 27. Juli.
So ist's — und er verbreitet den Glauben, daß Rußland sich ruhig verhalten wird, wenn keine Annexionen vorgenommen werden! Wie wenig vermag er doch die wahre Lage zu erfassen! — A. N.

(33893)

No. 151

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 456

Konstantinopel, den 26. Juli 1914

A. 8⁵⁶ nachm.

E. 10⁰⁰ nachm.

Ich habe allen Grund anzunehmen, daß Türkei in Hinblick auf Abbruch der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien abwartende Haltung einnehmen und sich in ihrer Politik von künftigen Ereignissen leiten lassen, aber gierig jede Gelegenheit ergreifen wird, verlorenes Gebiet wiederzugewinnen. Bis jetzt haben Anordnungen über Zusammenkunft zwischen Großwesir und Herrn Veniselos keine Änderungen erfahren und sie wird am 31. Juli stattfinden, falls Herr Veniselos nicht, was wahrscheinlich sein dürfte, nach Athen zurückkehren muß.

Russischer Botschafter ist sehr pessimistisch und der Ansicht, österreichische Aktion sei ebensosehr gegen Dreiverband und besonders Rußland wie gegen Serbien gerichtet, indem Dreibund Augenblick für günstig halte, Prestigeverlust infolge jüngster Balkanereignisse wieder wettzumachen und Serbien völlig zu vernichten.

(33874)

No. 152

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 4

Budapest, den 26. Juli 1914

A. 5⁵⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Budapest war gestern abend Schauplatz überaus stürmischer Volkskundgebungen für Krieg mit Serbien.

Heute früh wurden Zettel angeschlagen, die Teilmobilmachung Budapester Korps und gewisser Honvedregimenter befehlen; betreffende Reservisten haben sich innerhalb vierundzwanzig Stunden zu stellen. Landsturmleute müssen sich während der nächsten drei Tage melden.

General Putnik, Chef des serbischen Generalstabs, wurde gestern

abend auf der Fahrt nach Serbien durch Militärbehörden auf Bahnstation festgenommen.

(Nach Wien gesandt)

No. 153

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel. Privat)

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

A. 8^o nachm.

E. 10⁴⁰ nachm.

Ich erlaube mir die Hoffnung auszudrücken, Sie möchten sich, falls Sie Erklärungen im Unterhaus abgeben, in der Lage sehen darzulegen, daß es nicht die Schuld Rußlands sondern Österreichs ist, wenn der Friede Europas gefährdet ist. Rußland hat sein möglichstes getan, Serbien zu veranlassen, alle österreichischen Forderungen anzunehmen, soweit sie nicht seinem Status als unabhängigem Land oder seinen bestehenden Gesetzen widersprechen. Österreich hat bislang durch nichts zu erkennen gegeben, daß es friedliche Lösung der Frage wünscht, und hat Rußland direkt herausgefordert. Gegen Serbien geführter Schlag sei, wie mir Außenminister gestern sagte, in Wirklichkeit gegen Rußland gerichtet.

Deutscher Botschafter hat gesprächsweise die in gewissen österreichfreundlichen liberalen Zeitungen zum Ausdruck gelangten Ansichten des Außenministers in dem Sinne zitiert, als würden sie die Ansichten Seiner Majestät Regierung und der britischen öffentlichen Meinung wiedergeben. Es wäre meines Erachtens höchst unklug, hier Glauben aufkommen zu lassen, daß unsere Sympathien auf Seiten Österreichs sind. Unsere Lage ist sowieso schon recht heikel und Minister des Äußern erzählte mir gestern, Kaiser habe sich sehr enttäuscht geäußert, als er von ihm hörte, was ich bezüglich der wahrscheinlichen Haltung Seiner Majestät Regierung gesagt hatte (siehe mein Telegramm No. 166 vom 24. Juli¹)).

(33865)

No. 154

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 123

Rom, den 26. Juli 1914

A. 10⁶ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 232 nach Paris vom 26. Juli²): Österreich und Serbien.

¹) No. 101.

²) No. 140.

Minister des Äußern begrüßt Ihren Vorschlag einer Konferenz und wird italienischem Botschafter heute abend entsprechende Weisung erteilen.

In bezug auf zweiten Absatz stimmt er zwar grundsätzlich zu, meint aber, es wäre klug, wenn Italien sich in seiner Stellung als Verbündeter an Berlin und Wien wende, bevor es daran geht, Österreich formell zu ersuchen, jede Aktion einzustellen.

Österreichischer Botschafter hat italienische Regierung heute abend benachrichtigt, Gesandter in Belgrad sei abberufen worden, was aber nicht Kriegserklärung bedeute.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 35 (ohne einen Abschnitt) veröffentlicht

(33867)

No. 155

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 172

St. Petersburg, den 26. Juli 1914

A. 8^o nachm.

E. 11^o nachm.

Durch kaiserlichen Ukas vom 26. Juli ist in Gouvernements von St. Petersburg und Moskau der „Zustand des außerordentlichen Schutzes“ erklärt worden, scheinbar im Hinblick auf Streiks. Diese sind aber so gut wie beendet, und Maßnahme steht zweifellos im Zusammenhang mit einsetzender Mobilmachung.

(34071)

No. 156

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 151. Vertraulich

Wien, den 19. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Gestern habe ich mich mit meinem italienischen und russischen Kollegen über den Pressefeldzug unterhalten, der gegenwärtig in Wien gegen Serbien geführt wird.

Herzog Avarna sagte mir, er habe Graf Berchtold am Tage vor-

her gerade heraus gefragt, ob die Lage als ernst zu betrachten sei. Graf Berchtold habe diesem bestimmten Ausdruck widersprochen, aber geäußert, die Beziehungen zu Serbien bedürften der Klärung und die Lage sei *peu sûre*. Der Herzog erkundigte sich dann, ob es wahr sei, daß eine scharfe Note in Belgrad überreicht werden solle, und drückte, wenn dem so sei, die Hoffnung aus, sie würde keine ungerechtfertigten Forderungen enthalten. Graf Berchtold erwiderte, er wisse selbst noch nicht, was geschehen werde. Die Untersuchung in Serajewo sei noch nicht abgeschlossen. Alles hinge von dem genauen Ergebnis der Untersuchung ab, die das zuständige Gericht gerade vornehme. Wahrscheinlich werde schließlich eine Mitteilung an die serbische Regierung gerichtet werden müssen. Es sei noch zu früh, um ihren Inhalt angeben zu können. Der italienische Botschafter gab mir zu verstehen, er habe Graf Berchtold vor der Gefahr gewarnt, durch die Presse bei der Öffentlichkeit die Erwartung wecken zu lassen, daß eine Art Ultimatum abgesandt und, falls Belgrad sich nicht sofort füge, Gewalt gebraucht würde. Der gegenwärtige Ton der „Neuen Freien Presse“ und anderer bedeutender Blätter, namentlich der „Reichspost“, dürfte diese Wirkung erzielen und die österreichisch-ungarische Regierung könnte am Ende in eine schwierige Lage geraten. Die Feindschaft des Volkes gegen Serbien würde dann bis zu einem solchen Grade aufgepeitscht worden sein, daß zur Befriedigung der öffentlichen Meinung eine Sprache mit der serbischen Regierung geführt werden müsse, die vielleicht eine gefährliche Krise herbeiführen würde. Herzog Avarna fügte hinzu, er habe den Minister des Äußern zum Schlusse auf die Nutzlosigkeit hingewiesen, gegen nationale Aspirationen dadurch vorzugehen, daß man zum Beispiel die Unterdrückung sogenannter vaterländischer Gesellschaften verlange, und es würde gut sein, die an Serbien zu stellenden Forderungen auf ein Verlangen zu beschränken, es solle dabei mitwirken, daß Förderer oder Mitschuldige des Verbrechens, die sich etwa in Serbien befänden, festgestellt und ihrer Strafe zugeführt würden. Seine Exzellenz nahm den Eindruck mit, daß Graf Berchtold, wenn die Zeit herangereift sei, mit der gebührenden Mäßigung und Vorsicht zu Werke gehen würde, daß es aber schwierig sein könne, der Allgemeinheit zu erklären, was man als Rückzug von der ursprünglich eingenommenen Haltung erachten würde.

Der russische Botschafter sagte mir, er habe wegen der Unsicherheit der Lage den Antritt seiner Urlaubsreise verschoben, fühle aber nun, daß er ruhig auf zwei oder drei Wochen fortgehen könne, und er werde wahrscheinlich in ein oder zwei Tagen nach Rußland abreisen. Hier herrsche jedoch eine sehr gereizte Stimmung gegen die Serben und er habe den Ballplatz über das Schweigen der serbischen Regierung verärgert gefunden, die seiner Ansicht nach mit Recht jede Aktion aufgeschoben habe, bis sie im Besitze konkreter

Anschuldigungen gegen bestimmte Personen sei, die ihr ein wirk-sames Vorgehen gestatteten. Herr Schebeko beklagte die Heftigkeit einiger Preßorgane und er lenkte meine Aufmerksamkeit auf eine Anzahl in den gestrigen Blättern erschienener Artikel, in denen Aus-lassungen der englischen Presse wiedergegeben und kommentiert wurden, Auslassungen, die als Ermutigung der Doppelmonarchie ge-deutet wurden, streng gegen Serbien einzuschreiten. In diesem Sinne wurde zum Beispiel ein Artikel der „Times“ vom 16. Juli erwähnt, und der Artikel der „Westminster Gazette“¹⁾ vom andern Tag wurde in mehreren Wiener Zeitungen mit Überschriften wiedergegeben, die ihn als eine vom amtlichen Organ der britischen Regierung an Serbien gerichtete Warnung bezeichneten. Herr Schebeko fand, es sei schade, daß die Flammen, die an sich schon nur allzu leicht auf-loderten, auf diese Weise angefacht würden. Ich sagte Seiner Ex-zellenz, die fraglichen Artikel seien sicher amtlich nicht inspiriert worden, und ich bemerkte, sie schienen mir auf nicht mehr als den Ausdruck der durchaus vernünftigen Ansicht hinauszulaufen, daß Ser-bien in seinem eigenen Interesse vielleicht gut daran täte, ein Ver-fahren gegen verdächtige Personen in Serbien einzuleiten, ohne eine diesbezügliche peremtorische Forderung Österreich-Ungarns abzu-warten. Der russische Botschafter erklärte, seine Regierung habe in der St. Petersburger Presse ein Communiqué veröffentlicht, in dem die Überzeugung zum Ausdruck gelangt, daß die österreichisch-ungarische Regierung keine übermäßigen Forderungen erheben werde, und dies sei als Wink gedacht gewesen, daß die österreichisch-unga-rische Regierung gut daran tue, maßvoll vorzugehen. Er wollte gerne wissen, ob die britische Regierung sich in der Lage sehen würde, eine ähnliche Erklärung in der Presse zu veröffentlichen. Ich ent-gegnete, ich vermöge gegenwärtig keinen Anlaß dafür zu erblicken, soweit mir die Auslassungen der englischen Blätter bekannt wären.

Der französische Botschafter beklagt zwar die Sprache der Presse und verfolgt mit einiger Besorgnis die Berichte, die ihm über eine immer gereizter werdende Stimmung bosnischer Serben gegen die Doppelmonarchie zugehen, er neigt aber im ganzen zur Ansicht, die österreichisch-ungarische Regierung werde schließlich einsehen, daß es klug wäre, einen bewaffneten Zusammenstoß mit Serbien zu vermeiden. Wie er hört, wurde trotz den feindseligen Handlungen der bosnischen Kroaten gegen ihre serbischen Nachbarn unmittelbar nach der Mordtat die vor einigen Jahren zwischen den Kroaten und Serben Kroatiens getroffene Vereinbarung durch die jüngsten Ereig-nisse bloß zeitweilig gestört und werden sich die Serben und Kroaten in den Südprovinzen der Doppelmonarchie wahrscheinlich gemeinsam gegen zu bedrückende Maßnahmen wenden, die die gemeinsame Re-

¹⁾ No. 58, 73.

gierung vielleicht gegen sie ergreifen wird. Herr Dumaine hat, wie ich mich bereits beeindruckt habe, vertraulich in meinem Telegramm No. 93 vom 20. Juli zu berichten¹⁾, aus Paris erfahren, daß der dortige italienische Botschafter und der serbische Gesandte der französischen Regierung ihre Befürchtung anvertraut haben, Österreich-Ungarn könnte sich in einem Wutausbruch gegen Serbien dazu verleiten lassen, plötzlich einen Angriff auf den Berg Lovtschen zu unternehmen, eine Stellung, die Österreich-Ungarn, wenn einmal in seinen Händen, instand setzen würde, Montenegro seinen Willen zu diktieren und das bewaffnete Zusammenwirken von Montenegro und Serbien erfolgreich zu verhindern. Die Wegnahme des Berges Lovtschen würde unfraglich ein schwerer Schlag für Serbien sowohl wie Montenegro sein.

Ich gebe mich jedoch der Hoffnung hin, daß meine Kollegen, deren Ansichten ich kurz zusammenfassen versucht habe, mit ihrem allgemeinen Glauben, kriegerische Verwicklungen würden vermieden werden, recht haben.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

(34114)

No. 157

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 33

Budapest, den 23. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beeindre ich mich unter Bezugnahme auf meinen Bericht No. 32 vom 17. d. Mts.²⁾ zu melden, daß gestern in der Abgeordnetenkammer nicht weniger als vier Interpellationen über die gegenwärtigen Schwierigkeiten mit Serbien, davon eine im Namen des Grafen Julius Andrassy, auf der Tagesordnung standen und daß die Erwiderungen des Grafen Tisza mit dem größten Interesse erwartet wurden.

Wie ich bereits die Ehre hatte, Ihnen telegraphisch zu berichten³⁾, erklärte Graf Tisza, daß er noch nicht in der Lage sei, die an ihn gerichteten Anfragen bezüglich eines ins Auge gefaßten Schrittes zu beantworten, er hoffe aber, bald eine ausführliche Erklärung abgeben zu können. Er führte aus, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht im Interesse des Landes liege, die Frage aufzurollen, die den Gegenstand der Interpellationen bilde.

Trotzdem begann eine Debatte, in der die Verwaltung von Bos-

¹⁾ No. 71.

²⁾ No. 82.

³⁾ No. 85.

nien und der Herzegowina, die von der gegenwärtigen Regierung den Südslawen gegenüber befolgten Methoden, sowie die Saumseligkeit und Entschlußlosigkeit scharf kritisiert wurden, die die Regierung bei Behandlung der infolge der Ermordung des Erzherzogs entstandenen Vorfälle an den Tag legte. Ein Redner ging so weit zu behaupten: „Die Lage in Ungarn und Österreich ist heute die, daß einige alte Herren, einige alte Exzellenzen und einige Generale sich zusammenschließen, den König hermetisch abschließen und das alte System des Fortwurstelns fortsetzen. Eine solche Politik kann vielleicht in Friedenszeiten verteidigt werden. Aber jetzt, in einem Augenblick der Krise, ist mehr Rücksicht, mehr Gerechtigkeit, mehr Mäßigung gegen die ungarische Opposition, und mehr Tatkraft und größere Entschlossenheit im Verkehr mit diesen alten Herren erforderlich.“

Graf Tisza erklärte, die auswärtige Lage sei nicht derart, daß man den Eintritt einer ernsten Wendung behaupten oder auch nur als wahrscheinlich hinstellen könnte; die außenpolitische Lage sei noch ungewiß und könne mit friedlichen Mitteln geschlichtet werden, obwohl er die Möglichkeit eines ernsten Konfliktes nicht ignorieren könne.

Die Debatte ging dann auf die Frage der scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen der Regierung und der Opposition, sowie auf den Schaden über, den sie dem Lande zu einer Zeit zufügten, wenn alle Parteien dem äußeren Feind eine einzige Front entgegenstellen sollten. Nach vielen gegenseitigen Beschuldigungen versprach Graf Tisza in Erwiderung auf einen Appell des Grafen Julius Andrassy, daß, solange die gegenwärtige Spannung in den auswärtigen Beziehungen andauere, er alles in seiner Macht stehende tun werde, die Auswüchse der Parteikonflikte einzudämmen; zu diesem Zwecke könne er aber unter den gegenwärtigen Umständen, wenn er auch eine Verständigung mit der Opposition aufs äußerste anstrebe, sein Amt als Chef der Regierung nicht niederlegen, solange er das Vertrauen seiner Partei genieße. Seine Exzellenz schloß mit der Erklärung, er sei stets bereit gewesen, im geeigneten Augenblick die Initiative zur Herbeiführung normaler parlamentarischer Verhältnisse zu ergreifen, und er habe das Gefühl, daß der geeignete Augenblick durch irgendeine auswärtige Verwicklung geschaffen werden würde. Er sei jedoch bereit, nicht länger auf das Auftauchen solcher auswärtiger Verwicklungen zu warten, sondern sofort in Verhandlungen mit der Opposition einzutreten, um ein gesundes und geregeltes parlamentarisches Leben wiederherzustellen und der Opposition zu ermöglichen, einen Schleier über die Vergangenheit zu breiten*.

* Siehe über die Debatte die „Neue Freie Presse“, Wien, 23. Juli, Morgenblatt, No. 17927.

Es bleibt abzuwarten, ob sich diese vortrefflichen Absichten verwirklichen oder ob sie bloß ein frommer Wunsch bleiben werden.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

(33912)

No. 158

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 299

Berlin, den 22. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß, als ich Herrn von Jagow an seinem gestrigen Empfangstage spät nachmittags sah, er von selbst die Sprache auf die Demarche brachte, die seitens der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad bevorstehe. Er hatte offenbar erwartet, daß die österreichisch-ungarische Regierung den Schritt inzwischen unternommen haben würde.

Ich sagte, daß ich mit Interesse das Communiqué gelesen hätte, das am 20. d. Mts. in der „Norddeutschen Zeitung“* erschienen sei¹⁾). Herr von Jagow erwiderte, dies Communiqué gäbe die Ansichten der deutschen Regierung getreu wieder. Er könne mir sagen, daß er es eigentlich selbst entworfen habe. Seine Exzellenz bemerkte beiläufig, er wisse, wenn auch die deutsche Börse schwach gewesen und es noch sei, doch ganz bestimmt, daß diese Schwäche auf die Machenschaften von Spekulanten zurückzuführen sei.

Herr von Jagow behauptete mit großem Nachdruck, daß die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebende Frage nur diese beiden Länder allein angehe. Österreich-Ungarn fühle, daß es die Sache mit Serbien ausfechten müsse, und er sah keinen Grund, warum sich dritte Parteien einmischen sollten. Bei dieser Auffassung fand er nicht, daß er sich hinsichtlich der bevorstehenden Demarche der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber irgendwie hätte äußern können.

Seine Exzellenz erklärte, daß er die serbische Regierung nicht der direkten Mitschuld an dem Anschlag beschuldige, der zur Ermordung des Erzherzogs geführt habe, er sei jedoch der Ansicht, daß die serbische Regierung infolge ihrer Duldung der ungezügelten Auslassungen eines Teiles der serbischen Presse für die Schaffung einer Lage mitverantwortlich sei, die das Verbrechen ermöglichte.

¹⁾ Vgl. No. 73, 77.

* Genauer: in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Er habe dem serbischen Gesandten wieder und wieder gesagt, es sei sehr erwünscht, daß Serbien seine Beziehungen zu Österreich-Ungarn in das richtige Verhältnis bringe und Maßnahmen treffe, um die serbische Presse zu überwachen. Der Gesandte habe entgegnet, die Presse in Serbien sei frei und seine Regierung vermöge sie nicht zu kontrollieren.

Herr von Jagow bemerkte zu mir, daß, wenn jemand einen Nachbarn habe, der entweder nichts tun könne oder nichts tun wolle, um einer Schädigung ein Ende zu machen, er das Recht habe, auf die bestmögliche Weise zur Selbsthilfe zu schreiten. Seine Exzellenz meinte, Österreich habe sich seit langem sehr nachsichtig gezeigt. Ich glaubte diese Bemerkung allgemein auf die österreichische Haltung in Balkanangelegenheiten beziehen zu sollen und dieser Eindruck fand eine Bestätigung, als Herr von Jagow hinzufügte, daß er den Sandschak annektiert hätte, wenn er damals österreichisch-ungarischer Minister des Äußern gewesen wäre.

Dies Gespräch hinterließ in mir den Eindruck, daß Herr von Jagow ein rasches und tatkräftiges Vorgehen Österreich-Ungarns im gegenwärtigen Zeitpunkt billigen würde und daß er vom allgemeinen Charakter der bevorstehenden Demarche in Belgrad Kenntnis hat.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vermerk

Das bestätigt den Eindruck, daß Herr von Jagow, wenn er überhaupt etwas getan, die Österreicher aufgehetzt hat. — E. A. C. 29. Juli.

(33914)

No. 159

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 301

Berlin, den 24. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die Berliner Presse hat in ihren Auslassungen fast ohne Ausnahme die Haltung vollkommen gebilligt, die die österreichisch-ungarische Regierung in ihrer an die serbische Regierung gerichteten Note eingenommen hat. Allgemein gelangt die Hoffnung zum Ausdruck, daß ein etwa entstehender Konflikt ganz auf Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleiben möge, aber gleichzeitig wird kein Zweifel darüber gelassen, daß, falls sich irgendeine andere Großmacht einmischen sollte, das deutsche Volk bereit sein wird, seinen österreichischen Bundesgenossen wenn nötig mit Waffengewalt zu unterstützen.

Nur der „Lokal-Anzeiger“ hat bis jetzt einen Artikel gebracht, von dem man annehmen kann, daß er die Ansichten der deutschen Regierung annähernd wiedergibt. Dieser Artikel lautet:

„Ein historisches Dokument ersten Ranges liegt hier vor uns. Wenn man Ton und Inhalt dieser Note würdigen will, muß man in erster Reihe bedenken, daß ihren Verfassern die zornige Empörung über die Bluttat von Serajewo die Feder geführt hat. Sie hatten bisher volle Selbstbeherrschung geübt und auch den Vorwurf der Schwäche und Unentschlossenheit nicht gescheut. Nun sie aber das Wort ergreifen, um die Verantwortlichkeit für die Ermordung des österreichischen Thronfolgers festzustellen und daraus die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen, da hält jeder Satz dieser furchtbaren Anklageschrift wider von verächtlicher Entrüstung gegen die Treiber und Anstifter der großserbischen Bewegung. Mit schonungsloser Deutlichkeit wird die Königlich serbische Regierung für das Geschehene haftbar gemacht, mit harter Faust werden alle die Tatsachen aneinander gereiht, die der österreichisch-ungarischen Monarchie das Leben in den letzten Jahren so sauer gemacht haben. Man hat lange gezaudert und überlegt in Wien und Budapest, aber man hat sich endlich entschlossen, den Stier bei den Hörnern zu packen und ihn festzuhalten, bis für alle Zukunft Ruhe und Sicherheit gewährleistet ist. Für ihre Beschuldigungen und Forderungen haben die Grafen Berchtold und Tisza eine Sprache gefunden, die dem schicksalsschweren Ernst der Lage angepaßt ist, und nirgends in der Welt wird man nunmehr darüber im Zweifel sein, was hier auf dem Spiele steht. Die serbische Regierung hat Zeit genug gehabt, sich auf dieses Ereignis vorzubereiten; sie ist über die Vorgänge und Stimmungen in der Donaumonarchie gut genug unterrichtet, um zu wissen, daß die Geduld auch des alten, schwer geprüften Kaisers diesmal erschöpft war. Die ihr gesetzte kurze Frist wird deshalb ausreichen, um sie die Entschlüsse fassen zu lassen, die sie für angemessen findet. Es geht jetzt um die Abrechnung mit Serbien, die man nach allen den Ereignissen der letzten Jahre kommen sah, die einmal kommen mußte, wenn unser verbündeter Kaiserstaat sich nicht um sein Prestige in der Welt und namentlich im nahen Orient bringen wollte. Darauf ist von manchen Seiten deutlich genug spekuliert worden. Diese Rechnung wird jetzt zerrissen, und man kann nur mit großer Genugtuung feststellen, daß die Forderungen der Lage in Wien klar erkannt und furchtlos formuliert worden sind.“

In Belgrad wird man diese Note wie einen furchtbaren Schlag ins Gesicht empfinden. Zweifellos ist die serbische Regierung vor eine für sie unheilvolle Wahl gestellt, sie muß jetzt die Sünden der Vergangenheit büßen. Entweder nimmt sie die demütigenden Bedingungen der Note hin, was auf lange Zeit hinaus ihrem Ansehen

schwere Wunden zufügen muß, oder sie weigert sich — dann werden die österreichisch-ungarischen Gewehre losgehen, die so lange und so oft geladen waren und doch immer wieder entladen werden mußten. Auf ein Feilschen, auf Abhandeln und Versprechungen wird man sich nicht mehr einlassen, die Zeiten der Nachsicht, der Gutmütigkeit, des Hoffens und Vertrauens sind endgültig vorüber. Serbien hat die Wahl und muß sich rasch und vorbehaltlos entscheiden. Es wird vielleicht nach Petersburg hinhorchen, und nach Paris, nach Bukarest und nach Athen. Aber es wird ihm alles nichts nutzen. In Wien weiß man, was man will, und es gibt kein Zurück, ehe dieser Wille nicht vollinhaltlich durchgesetzt ist. Das deutsche Volk atmet erleichtert auf, daß endlich Klarheit geschaffen werden soll auf dem Balkan. Es beglückwünscht seinen Verbündeten an der Donau zu diesem manhaftigen Entschluß und wird es an Beweisen seiner Treue und Hilfsbereitschaft in den schweren Tagen, denen er vielleicht entgegengeht, nicht fehlen lassen.“*

In seiner Abendausgabe nahm der „Lokal-Anzeiger“ eine noch entschiedenere Haltung ein und schrieb:

„Es gibt kein Zurück mehr, weder für die Donaumonarchie... noch für alle diejenigen, die entschlossen sind, ihren Bündnispflichten im Ernstfall treu nachzukommen.“

In bezug auf Rußland fährt derselbe Artikel fort:

„Wir können nicht annehmen, daß man dort gewillt ist, seine Hände an eine Sache zu legen, an der Blut klebt, und zwar unschuldig vergossenes Blut!..... Serbien wird die österreichischen Forderungen erfüllen oder aber — es wird zugrunde gehen!“**

Nachdem die konservative „Kreuz-Zeitung“ die volle Billigung des österreichisch-ungarischen Schrittes ausgesprochen, gibt sie der Hoffnung Ausdruck, daß Rußland infolge seiner inneren Lage verhindert sein wird, irgend etwas zur Nackensteifung Serbiens zu tun. Die Zeitung hält Frankreich im Augenblick für verhältnismäßig friedliebend und da „England durch seine Homerulesorgen vollauf in Anspruch genommen ist“, vertritt sie die Ansicht, daß Serbien nur geringe Aussicht auf Unterstützung durch die Tripelentente hat. Man dürfe deshalb hoffen, fährt das Blatt fort, daß Serbien, wenn auch widerstrebend, die österreichischen Forderungen annehmen wird. Selbst wenn Volksleidenschaften oder andere unvorhergesehene Zwischenfälle einen Strich durch diese Rechnung ziehen sollten, sei die Erwartung begründet, den unvermeidlichen Krieg zwischen Österreich und Serbien lokalisiert zu sehen. Die deutsche Regierung würde ihren Einfluß

* „Berliner Lokal-Anzeiger“, 24. Juli 1914, Morgenausgabe, No. 370.

** „Berliner Lokal-Anzeiger“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 371.

zweifellos nach dieser Richtung hin ausüben, während England das-selbe bezüglich seiner Freunde tun würde. Jedenfalls bleibe aber für Deutschland der Bündnisvertrag mit Österreich-Ungarn in voller Wirksamkeit und es sei vielleicht angezeigt, nachdrücklichst zu betonen, daß das deutsche Volk unter allen Umständen bereit und gewillt sei, den aus diesem Bündnis erwachsenden Pflichten in weitestgehendem Maße gerecht zu werden*.

Ahnlich schreibt die „Tägliche Rundschau“:

„Was und wie geht die Sache uns an? Antwort: Zunächst gar nichts und auf keine Weise, falls man Österreich und Serbien unter sich läßt... Aber alles und bis aufs letzte, falls das wider alle Erwägungen der staatsmännischen Klugheit und gegen alle elementarste moralische Einsicht nicht geschehen sollte.“**

Selbst das radikale „Tageblatt“ deckt das Vorgehen Österreich-Ungarns und meint:

„So sehr jeder fühlende und sittliche Mensch die Erhaltung des Friedens wünschen muß, man wird doch anerkennen müssen, daß Österreich-Ungarn nicht anders handeln konnte. Und zumindest bei seinen Verbündeten wird es auf die vollste moralische und tatkräftige Unterstützung der jetzt eingeleiteten Aktion zählen dürfen.“***

Die liberale „Vossische Zeitung“ gibt ebenfalls zu, daß Österreich nicht anders handeln konnte, wenn es sich seine Stellung als Großmacht erhalten wolle. Die Zukunft der Habsburgischen Monarchie stehe jetzt auf dem Spiel. Diese Monarchie werde entweder alle Kräfte zur Wiederaufrichtung eines imponierenden Staatsbaues zusammenfassen, oder Zertrümmerung und Zerfall werde die Folge sein. „Was Österreich tut, das zu tun ist es durch den Selbsterhaltungstrieb gezwungen; wer aber ohne Not sich einmengen wollte, der würde den größeren Frevel an seinem eigenen und an allen Völkern Europas begehen.“†

Die einzige absprechende Kritik der Note, die mir zu Gesicht gekommen, ist merkwürdigerweise in der alddeutschen und chauvinistischen „Post“ erschienen. Die Note, schreibt sie, sei keine Note, sondern ein Ultimatum in schärfster Form. Sie sei von der *bona fides* der österreichisch-ungarischen Regierung überzeugt, daß der Mord von Serajewo auf serbische Wühlereien zurückzuführen ist. Womit begründe sie aber ihre schweren Anklagen? Selbst wenn ein serbischer Major die Hand im Spiele hatte und wenn serbische Grenz-

* „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 342.

** „Tägliche Rundschau“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 342.

*** „Berliner Tageblatt“, 24. Juli 1914, Morgenausgabe, No. 370.

† „Vossische Zeitung“, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 371.

beamte bestochen und in das Vorhaben verwickelt waren, sei es immerhin gewagt, ein ganzes Volk des Mordes zu beschuldigen, wie das klar in der Note geschehe. Warum hielt die österreichisch-ungarische Regierung das Beweismaterial zurück, das sie doch in ihren Händen haben muß, warum lieferte sie nicht den unwiderlegbaren Beweis, daß sie nicht allein von dem Bedürfnis nach Rache beseelt war, sondern daß eindeutige Tatsachen die Existenz einer gegen die Monarchie gerichteten großserbischen Verschwörung beweisen? Die kurzen Feststellungen, die sie mache, seien zweifellos kompromittierend für Serbien, aber man müßte doch wissen, was die serbische Regierung zu ihrer Verteidigung zu sagen habe. Dazu lasse die österreichische Regierung jedoch keine Zeit. Sie bestehe auf sofortiger Einwilligung in eine Reihe unmöglicher Forderungen. Warum handelt Österreich auf diese Art und Weise? Es weiß, daß es um sein Prestige geht. Es sei kein Zweifel mehr möglich, daß Österreich die kriegerische Auseinandersetzung mit Serbien wünscht.

Es frage sich jetzt, ob die Kalkulation Österreichs, daß das durch die beiden Balkankriege geschwächte Serbien kaum ernstlich Widerstand werde leisten können, richtig sei, und ferner, ob die tschechischen und südslawischen Regimenter zuverlässig seien. Eine weitere Frage von großer Bedeutung erhebe sich: werde und könne der österreichisch-serbische Konflikt lokalisiert bleiben? Diese Frage könne zurzeit schwerlich beantwortet werden. Alles komme auf die Haltung Rußlands an, und niemand könne verbürgen, daß es sich damit begnügen werde, passiver Zuschauer zu bleiben. Auch sei mit dem Selbstgefühl der Bulgaren zu rechnen, die vermutlich geneigt sein möchten, sich eine Gelegenheit zunutze zu machen, um in bezug auf ihren verhaßten Rivalen alte Scharten auszuwetzen. Und wenn Rußland Serbien beispringe, wird dann Frankreich nicht den Augenblick für gekommen erachten, um Deutschland anzugreifen, damit es nicht in die Lage kommt, Österreich zu unterstützen?

„Ein ganzes Knäuel von Fragen“, schließt das Blatt, „liegt in der Überreichung der österreichischen Note beschlossen. Nie war die Gefahr eines europäischen Krieges näher gerückt als in diesen Tagen. Österreich mußte sich der vollen Verantwortung für diejenige Art von Energie bewußt sein, die es jetzt in so überraschender Weise an den Tag gelegt hat... Österreich-Ungarn geht selbständig vor? Gut. So möge es auch selbständig weitergehen. Wir können warten.“*

Die häufigen Kommentare über die gewohnheitsmäßige Wankelmüttigkeit und Unentschlossenheit des Wiener Kabinetts, die vor Überreichung der österreichisch-ungarischen Note in der Presse erschienen, haben sich so ziemlich zu einem Aufstacheln der österrei-

* „Die Post“, Berlin, 24. Juli 1914, Abendausgabe, No. 342.

chisch-ungarischen Regierung gesteigert, endlich einmal energisch und entschlossen vorzugehen.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vermerk

Wenn man wirklich annehmen darf, daß die Artikel im „Lokal-Anzeiger“ die Ansichten der deutschen Regierung wiedergeben, dann kann es nicht überraschen, daß Österreich fühlte, es werde von Berlin aus ermutigt. — E. A. C. 29. Juli.

(33916)

No. 160

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 303. Vertraulich

Euere Exzellenz!

Berlin, den 24. Juli 1914

Der französische Botschafter bat mich, ihn heute vormittag zu besuchen. Herr Cambon erkundigte sich nach meiner Ansicht über die österreichisch-ungarische Note an Serbien. Ich erwiderte, daß sie gewisse Forderungen, namentlich die Punkte 5 und 6, enthielte, die ein unabhängiger Staat meines Erachtens nur schwer annehmen könne. Seine Exzellenz pflichtete dem bei und äußerte die Meinung, daß es zum Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Serbien kommen werde.

Herr Cambon sagte weiterhin, es sei in seinen Augen mehr als ein bloßer Zufall, daß die Note in dem Augenblick in Belgrad überreicht wurde, als der französische Präsident St. Petersburg verließ. Eine Erörterung zwischen Herrn Viviani und Herrn Sasonow sei jetzt vorerst ausgeschlossen. Darauf zeigte er mir ein Telegramm, das er soeben vom französischen Botschafter in Wien erhalten hatte. Darin berichtete Herr Dumaine, die österreichisch-ungarische Regierung wäre im Falle der Zurückweisung ihrer Forderungen bereit, mit acht Armeekorps vorzugehen. Herr Dumaine erklärte ferner, Graf Tisza habe die österreichisch-ungarische Regierung gewarnt, daß bei der gegebenen Zusammensetzung des österreichisch-ungarischen Reiches ein Krieg, selbst mit Serbien allein, die Rassenfrage in gefährlicher Weise aufwerfen würde. Der französische Botschafter in Wien berichtete weiter, sein deutscher Kollege habe einer entschlossenen Aktion gegen Serbien eifrig das Wort geredet, obschon er zugab, daß er sich in diesem Punkte nicht ganz im Einklang mit der deutschen Regierung befindet. Herr Cambon bemerkte, er werde Herrn von Jagow am Nachmittag aufsuchen und ihm privatim sagen,

daß Herr von Tschirschky für das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Regierung mitverantwortlich sei.

Der russische Geschäftsträger sprach im Laufe des Nachmittags hier auf der Botschaft vor. Er denkt sehr pessimistisch über den Ausgang der Krise. Er wußte nicht, welche Haltung seine Regierung einnehmen werde. Vielleicht würde, wenn der König von Serbien abdankte, eine neue Lage entstehen, die die österreichisch-ungarische Regierung veranlassen könnte, ihre Forderungen einzuschränken. Ich bemerkte, die Befristung erschwere das. Ich sagte ihm auch, Rußland sei so groß und so gewichtig, daß es sich's gestatten könne, bezüglich der slawischen Meinung die Frage des Prestiges außer acht zu lassen.

Der französische Botschafter kam auf dem Rückweg vom Auswärtigen Amt auf die Botschaft. Ich hatte die Ehre, Ihnen den Inhalt seiner Unterredung mit Herrn von Jagow telegraphisch zu berichten¹⁾. Als Herr Cambon im Begriff war, sich von Herrn von Jagow zu verabschieden, fragte dieser den französischen Botschafter, ob er die Lage für ernst halte. Herr Cambon erwiederte, er halte die Lage für sehr ernst.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vermerk

Herr von Tschirschky war anscheinend ein weiteres Glied in der Kette der Österreich zuteil gewordenen Ermüdungen, ohne jede Rücksicht vorzugehen. — E. A. C. 29. Juli.

(33981)

No. 161

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 276. Vertraulich

Rom, den 22. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß der Minister des Äußern gestern abend nach Rom zurückgekehrt ist, um an einem Bankett teilzunehmen, das der persische Gesandte zur Feier der Krönung des Schahs veranstaltet hat. Da ich meinen Platz neben Seiner Exzellenz erhielt, hatten wir Gelegenheit, uns etwas zu unterhalten, und er begann sofort von der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bestehenden ernsten Lage zu sprechen. Er befürchtete, daß in Belgrad eine gefährliche Stimmung der Gereiztheit und des Selbstvertrauens herrsche. Er gab sich jedoch immer noch der Hoffnung hin, die be-

¹⁾ No. 103.

kannten friedlichen Ziele des Kaisers würden die Überstürzung einer Krise verhindern. Sollte Serbien, wie es erwarte, von Rußland unterstützt werden, dann sei es nicht zweifelhaft, daß Deutschland mit Österreich zusammengehen würde. Das hinge nicht bloß von seinen Verpflichtungen als Verbündeter ab, sondern Deutschland glaube auch, es sei eine Lebensfrage für Österreich, wenn es seine Stellung und sein Prestige wahren wolle, einen Erfolg davonzutragen, und es liege im Interesse Deutschlands, dem Vorschub zu leisten. Ich fragte, was Italien dann tun würde und wieweit es durch seine Verpflichtungen gebunden sei. Er entgegnete, der Dreibund verfolge rein defensive Ziele. Es bleibe abzuwarten, wie die Dinge sich entwickeln würden. Offenbar könne den Wünschen Italiens nichts ferner liegen, als in solch einen Streit verwickelt zu werden. Ich sah Seine Exzellenz wieder heute morgen und er sagte mir, er habe allen Grund zu befürchten, daß die Mitteilung, die die österreichisch-ungarische Regierung im Begriffe stehe, an Serbien zu richten, in einer Form abgefaßt sei, die Serbien als unannehbar betrachten müsse¹⁾. Es bestünde noch eine geringe Hoffnung, daß, da Graf Berchtold in Ischl gewesen sei, der Kaiser vielleicht den Inhalt der Mitteilung etwas mildern lassen würde. In Österreich sei aber eine Partei — und zwar die stärkste Partei —, die danach trachte, diese Gelegenheit zur Erdrückung Serbiens zu ergreifen. Es sei natürlich nicht im Interesse Italiens gelegen, daß Serbien erdrückt werde.

Ich sagte, es sei zu hoffen, daß unsere beiden Länder jedem Konflikt auszuweichen vermöchten. Man könne sich kaum vorstellen, daß wir in einen Streit hineingezogen würden, bei dem keine direkten eigenen Interessen auf dem Spiele stünden, bei dem Italien in der Tat wahrscheinlich gegen seine eigenen realen Interessen Partei ergreifen würde.

Marquis di San Giuliano bemerkte, da unsere beiden Nationen mit Gruppen verbunden seien, die durch die Macht der Verhältnisse voraussichtlich in Gegnerschaft zueinander gebracht würden, erscheine es durchaus denkbar, daß wir unter den besonderen Umständen des Falles abmachen könnten, uns aus der Sache herauszuhalten*.

Wir erörterten selbstverständlich nur Hypothesen, von denen ernstlich zu hoffen ist, daß sie sich nie verwirklichen werden, doch diese neue Form der Rückversicherung schien ihm ziemlich empfehlenswert zu sein.

Ein Erfolg, durch den Österreich seinen Einfluß in der Adria ausdehnen oder der es instand setzen würde, sich dort eine neue Stellung zu verschaffen, würde Österreich natürlich mit seinem Ver-

¹⁾ Vgl. Telegramm No. 78.

* Im Original: arrange to „pair“, like members of the British Parliament; „pair“ bedeutet, mit einem Mitglied der Gegenpartei das beiderseitige Fehlen im Parlament zu verabreden.

bündeten in Konflikt bringen und Italien muß nun die Möglichkeit ins Auge fassen, aufgefordert zu werden, indirekt zu solch einem Ergebnis beizutragen. Unter all diesen Umständen, sowie in Anbetracht der keineswegs befriedigenden inneren Lage Italiens und der anscheinend einsetzenden Reaktion gegen die Hinneigung zu Wien, die während der beiden letzten Jahre in der italienischen Außenpolitik Platz gegriffen hatte, vermag ich nur schwer zu glauben, daß man hier im Falle der Entstehung eines Konflikts nicht irgendein Mittel finden wird, sich den Verpflichtungen eines Bündnisses zu entziehen, dessen Gefahren die gegenwärtige Lage geeignet ist, in gretles Licht zu rücken.

Im Vorzimmer sah ich den serbischen Geschäftsträger, der mir versicherte, daß nur die kleineren serbischen Blätter ohne Bedeutung Österreich angriffen. Im allgemeinen sei der Ton in Belgrad ruhig. Unglücklicherweise schlage die österreichische Presse aus diesen Blättern zweiten Ranges Kapital und gäbe ihre Artikel als typisch für die serbische öffentliche Meinung wieder.

Ich habe usw.
Rennell Rodd

(33982)

No. 162

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 278. Vertraulich

Rom, den 23. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß sich der Generalsekretär, den ich heute morgen auf dem italienischen Auswärtigen Amt sprach, über die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebende Frage in ganz ähnlicher Weise zu mir äußerte, wie das der Außenminister laut meinem gestrigen Bericht No. 276¹⁾ getan hat. Wie mir scheint, wurde die italienische Regierung vom Inhalt der Mitteilung, die Serbien gemacht werden soll, in Kenntnis gesetzt. Der Generalsekretär war auch der Ansicht, der Ernst der Lage bestände in der Überzeugung der österreichisch-ungarischen Regierung, daß es nach den vielen Enttäuschungen, die ihr der Gang der Ereignisse auf dem Balkan bereitet hat, ihr Prestige unbedingt erheische, einen entschiedenen Erfolg davonzutragen. In Anbetracht der sehr ernsten Folgen, die entstehen können, ist die italienische Regierung offenbar schon mit der Überlegung beschäftigt, wie sie am besten einen plau-

¹⁾ No. 161.

siblen Grund ausfindig machen kann, um nicht in die Sache verwickelt zu werden.

Ich habe usw.
Rennell Rodd

Im BB No. 38 (unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

(33986)

No. 163

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 27. Juli

No. 282

Rom, den 23. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß der bulgarische Gesandte, der nach einem Besuch in Bulgarien soeben nach Rom zurückgekehrt ist, mich gestern aufgesucht hat. Herr Risoff ist, wie ich schon bei verschiedenen Gelegenheiten hervorhob, ein fähiger und sehr gut unterrichteter Diplomat, dessen Informationen über Balkanangelegenheiten ich im allgemeinen zutreffend gefunden habe. Es lag ihm natürlich hauptsächlich daran, die bedrohliche Lage zwischen Österreich-Ungarn und Serbien und die wahrscheinliche Haltung Rußlands im Falle einer Krise zu erörtern. Da Bulgarien die Verhältnisse in Rußland stets genau verfolgt, war es interessant, seine Ansichten darüber zu hören. Er war der Meinung, daß der revolutionäre Geist in Rußland zurzeit stark herangereift sei und die Regierung ernstlich beschäftige. Dieser Geist habe selbst die Bevölkerung auf dem Lande ergriffen, wo die Bauern zusammenliefen, um sich Bücher und Zeitungen von irgendwelchen schriftkundigen Leuten vorlesen zu lassen. Der Name Maxim Gorkis übe gerade jetzt eine Zauberwirkung in Rußland aus. Die ganze Bewegung sei im Grunde genommen agrarisch und habe den Ehrgeiz des Volkes nach Landbesitz zum Gegenstand. Pan-slawistische Bewegungen fesselten nur die Gebildeten und sonst ein paar Leute. Es könne vielleicht nützlich sein, sich dieses Vorwandes zu bedienen, aber er glaubte nicht, daß er auf die Masse des Volkes Eindruck machen würde. Nun sei die Frage, ob ein Krieg den Ausbruch einer revolutionären Bewegung nicht beschleunigen würde. Auf der andern Seite bestehe immer die Möglichkeit, daß ein Krieg eine Ablenkung schaffen und einen gefährlichen Geist in eine neue Bahn lenken könne. Er neigte im großen und ganzen zur Ansicht, daß die innerrussischen Verhältnisse hemmend auf die Regierung wirken und sie unschlüssig machen würde, das größere Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen.

In bezug auf sein eigenes Land war er davon überzeugt, daß es Neutralität wahren würde. Nicht daß Bulgarien durch seine kürzlichen unglücklichen Erfahrungen irgendwie in seiner Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wäre. Sein Grad der Bereitschaft sei so hoch und wahrscheinlich höher wie vor dem Balkankriege. Der einzige Krieg, den das bulgarische Volk gegenwärtig mit Begeisterung ins Auge fassen würde, sei ein Krieg gegen Rumänien. Aber er war überzeugt, daß selbst in dieser Hinsicht keine Gefahr vorliege. Für Bulgarien bestehe die offenbar richtige Politik darin, allen Verwicklungen fernzubleiben und die Geschehnisse aufmerksam zu verfolgen, und vielleicht würde es in den Unglücksfällen anderer eine Gelegenheit finden, etwas von dem wiederzuerlangen, was es im zweiten Balkankrieg verloren habe. Seine Landsleute bezeugten zurzeit keine besondere Vorliebe für die eine oder andere Mächtegruppe. Das einzige Land, zu dem sie sich hingezogen fühlten, sei Großbritannien, weil das britische Volk und seine Presse die einzigen in Europa gewesen seien, die sich unparteiisch gezeigt und die Haltung Rumäniens verurteilt hätten, als dieser Staat den Augenblick nutzte, in dem sich Bulgarien an die Wand gedrückt sah.

Ich habe usw
Rennell Rodd

Vgl. No. 649

No. 164

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 23. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

In den letzten vierzehn Tagen habe ich nur wenig von Sasonow gesehen, da er erst am Abend vor Poincarés Ankunft vom Lande zurückkehrte, und seitdem habe ich ihn nur einmal in einer Gesellschaft getroffen. In der einzigen regelrechten Unterredung, die ich am vergangenen Samstag mit ihm hatte, besprach er die persische Frage in sehr versöhnlichem Geiste und Sie werden aus meinem Telegramm ersehen haben, daß er sowohl wie der Kaiser dem französischen Präsidenten hinsichtlich der Weisungen an die russischen Konsuln befriedigende Zusicherungen gegeben haben. Ich hatte Poincaré auf Wunsch Paléologues ein *Aide-mémoire* über alle wichtigeren Punkte zugestellt, die wir bezüglich Persiens aufgeworfen haben, und er sowohl wie Viviani scheinen die ganze Frage ausführlich mit Sasonow besprochen zu haben und dabei von seinen Äußerungen

durchaus befriedigt gewesen zu sein. Beide sprachen mir von der transpersischen Eisenbahn und drückten die Hoffnung aus, daß wir uns gemäß den Vorschlägen der russischen Regierung verständigen würden. Ich habe telegraphiert, was Klemm mir über den Gegenstand sagte, und ich persönlich halte den russischen Vorschlag für annehmbar. Den Russen liegt sehr daran, den Bau der Linien im Norden zu beginnen, bevor die Bagdadbahn sich der Vollendung nähert, und wenn wir ihnen in diesem Punkte entgegenkommen, werden sie um so eher geneigt sein, auf irgendwelche Vorschläge einzugehen, die wir etwa allgemein hinsichtlich der persischen Frage vorbringen werden. Ich glaube, der Augenblick ist für einen Versuch günstig, um alle diese noch nicht geregelten Fragen zu erledigen; aber unglücklicherweise bleibt uns sehr wenig Zeit für Unterhandlungen, da Sasonow immer noch davon spricht, um die Mitte unseres August auf Urlaub zu gehen. Lassen wir die Unterhandlungen sich bis zum Herbst hinziehen, dann ist er vielleicht nicht mehr in solch entgegenkommender Stimmung wie jetzt.

Sowohl er als auch Poincaré sind wegen der österreichisch-serbischen Beziehungen recht beunruhigt. Sasonow nimmt einen sehr verständigen Standpunkt ein und will keine Schwierigkeiten machen, wenn sich Österreich, falls es zu beweisen vermag, daß der Anschlag gegen den Erzherzog in Serbien ausgeheckt wurde, auf die Forderung einer amtlichen Untersuchung beschränkt. Wenn es jedoch die Ermordung des Erzherzogs zum Vorwand einer aggressiven Haltung gegen Serbien benutzt, wird Rußland früher oder später gezwungen sein, auf die eine oder andere Weise einzutreten. Sasonow hat sehr nachdrücklich mit Pourtalès darüber gesprochen; er hat ihm einerseits versichert, daß es der einzige Wunsch Rußlands sei, in Frieden gelassen zu werden, um seine inneren Kräfte entwickeln zu können, ihm jedoch anderseits gesagt, daß Rußland zwar „pazifistisch“ gesinnt sei, aber, wenn herausgefördert, nicht „passiv“ bleiben könne. Sasonow hält Tisza und Forgach für zwei sehr gefährliche Männer und befürchtet, daß der Einfluß Forgachs am Ballplatz allmächtig ist. Ich kannte Forgach in Sofia und bin ihm stets mit dem größten Mißtrauen begegnet. Er ist sehr intelligent und sehr ehrgeizig, aber völlig gewissenlos.

In der letzten Woche hatten wir eine Anzahl sehr schlimmer Streiks. Sie tragen einen durchaus politischen Charakter und der Geheimausschuß, der sie organisiert, hat den Augenblick, wo die Truppen wegen der heute zu Ehren Poincarés stattfindenden Parade von Petersburg nach Krasnoe verlegt wurden, zu dem Versuch benutzt, die Regierung einzuschüchtern. Die Streiks sind die Folge der reaktionären Politik des Innenministers Maklakow und bis er den Arbeitern die Bildung eigener anerkannter Organisationen gestattet,

mit denen die Regierung in schwierigen Zeiten verhandeln kann, wird die russische Industrie einem unbekannten Geheimausschuß preisgegeben sein, der durch terroristische Methoden Streiks erzwingt.

Stets Ihr

George W. Buchanan

(33902)

No. 165

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 107

Wien, den 26. Juli 1914
A. 26. Juli 12^o mitternachts
E. 27. Juli

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Folgendes ist vertraulich:

Einige betroffene Einheiten II. Wiener Korps sind 44.* und 99. Regiment, die ohne Reservisten abzuwarten vorige Nacht ausgerückt sind. Man glaubt, daß sie zwei österreichisch-serbische Regimenter XIII. Korps ersetzen sollen. Reservisten für 4. und 99. Regiment werden jetzt ausgerüstet und folgen abteilungsweise. Erster Mobilmachungstag ist 28. Juli. Mobilmachungsangläge XIII. und III. Korps (Triest) betreffend werden bestätigt.

In Semlin wird Anwesenheit von drei schweren Haubitzbatterien und vollzähliger Monitorflotte bestätigt. Fahrt von Truppenzügen durch Maria Theresiopol wird bestätigt. Berechnung der für Versammlung an den drei Mittelpunkten Serajewo, Peterwardein und Temesvar erforderlichen Zeit ergibt folgendes: 28. und 29. einschließlich: Mobilmachung; 30. Juli bis 4. August einschließlich: Truppentransporte. 5. August wird als frühester Termin erachtet, an dem allgemeiner Vormarsch möglich ist. Italienische Nachrichten nahezu wie französische, außer daß VI. Korps an Stelle III. Korps. Gerücht, wonach Chef des Stabes aus Wien abgereist, ist unbestätigt.“

* Es muß sich um das 4. bosnische Infanterieregiment gehandelt haben, das seinen Standort in Wien hatte. Siehe weiter unten.

(33903)

No. 166

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 108

Wien, den 26. Juli 1914

A. 26. Juli 12^o mittern.

E. 27. Juli 9³⁰ vorm.

Informationen Militärattachés lauten dahin, daß Mobilmachung am 31. Juli und Konzentration nahe der serbischen Grenze um den 5. August beendet sein wird. Eben vom Urlaub zurückgekehrter russischer Botschafter gedenkt nicht, auf Zeitgewinn im Sinne letzten Absatzes Ihres Telegramms No. 153 vom 25. Juli¹⁾ zu dringen. Er meint, die österreichisch-ungarische Regierung sei zum Krieg entschlossen und Rußland könne unmöglich gleichgültig bleiben. Französischer und russischer Botschafter waren bei mir, als Wiedergabe Ihres Telegramms No. 232 vom 26. Juli nach Paris eintraf²⁾. Ich teilte ihnen seinen Inhalt mit. Beide äußerten sich sehr befriedigt darüber, bezweifelten aber, ob österreichisch-ungarische oder deutsche Regierung den Grundsatz gelten ließen, daß Rußland eine interessierte Partei und berechtigt ist, bei Austrag einer rein österreichisch-serbischen Auseinandersetzung mitzureden.

Italienischer Botschafter war auch beauftragt, russisches Er- suchen um Fristverlängerung zu unterstützen, jedoch zu spät, um einen nutzbringenden Schritt tun zu können. Italienischer Botschafter drückte mir vertraulich und nachdrücklich seine Mißbilligung der Bedingungen des Ultimatums und allgemein der serbischen Politik Österreich-Ungarns aus.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 40 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

(33964)

No. 167

Generalkonsul Roberts an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 9

Odessa, den 27. Juli 1914

A. 12⁴⁵ nachm.

E. 12^o mittags

Gestern abend sah ich Telegramm der serbischen Regierung an Generalkonsul, wonach sie alle ihre Reservisten einberuft.

Hiesige Südwestbahn seit Mitternacht als im Kriegszustand be-

¹⁾ No. 118.

²⁾ No. 140.

findlich erklärt; alle beurlaubten Beamten zurückberufen. Sieben- und zwanzig Züge von hier nach allen Teilen dieses Militärbezirks abgegangen.

In der Nähe Odessas lagernde Truppen zurückbeordert.

(34007)

No. 168

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 15

Kristiania, den 27. Juli 1914

A. 11¹⁵ vorm.

E. 12¹⁵ nachm.

Nach Erhalt von Befehlen haben alle Kriegsschiffe beträchtliche Mengen Kohle eingenommen und sollten um acht heute morgen auslaufen.

Gestern mittag sollen noch elf Schiffe im Sognefjord gewesen sein. Es verlautet, daß vier auf Fahrt nach Süden, dreißig Meilen südlich von Stavanger, begriffen sind, möglicherweise Eskorte des Kaisers.

Alle Familienangehörigen deutscher Seeoffiziere erhielten Befehl, sofort auf einem Zerstörer nach Stettin zurückzukehren.

Anmerkung. Ein weiteres Telegramm des Herrn Findlay, No. 17, abgegangen am 27. Juli 10³⁰ nachm. und eingelaufen am 28. Juli 8⁰ vorm., lautet:

Britischer Vizekonsul in Molde hat am 26. Juli 3⁰ nachm. erfolgte Abfahrt folgender deutscher Schiffe gemeldet: „Hannover“, „Schleswig-Holstein“, „Moltke“, „Deutschland“, „Pommern“, „Seydlitz“ und „Stralsund“.

(34060)

No. 169

Sir H. Lowther an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 17. *En clair*

Kopenhagen, den 27. Juli 1914

A. 11⁵⁵ vorm.

E. 12⁵⁵ nachm.

Präsident der französischen Republik, der heute in Kopenhagen erwartet wurde, hat seinen offiziellen Besuch im letzten Augenblick abgesagt.

Vgl. Bericht No. 646

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 173

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

A. 10⁶ vorm.

E. 11⁵ nachm.

Minister des Äußern hatte gestern eine lange Unterredung mit österreichischem Botschafter, in der dieser anstößige Seiten kürzlicher Aktion Österreichs wegzuarbeiten suchte¹⁾. Minister des Äußern bemerkte, er verstehe Beweggründe Österreichs vollkommen, aber Form des Ultimatums sei derart, daß Serbien es als Ganzes unmöglich annehmen könne. Während einige Forderungen ganz vernünftig seien, wären andere nicht nur mit Würde Serbiens als einem unabhängigen Staat unvereinbar, sondern könnten auch unmöglich sofort ausgeführt werden, da sie Änderung bestehender serbischer Gesetze bedingten. Rußland, fügte Seine Exzellenz hinzu, sei Gegenstand solchen Mißtrauens in Österreich, daß es zwecklos sei, wenn es seine guten Dienste in Belgrad anbieten würde. England und Italien dürften jedoch seines Erachtens gewillt sein, mit Österreich zusammenzuwirken, um gegenwärtiger Spannung ein Ende zu machen. Botschafter versprach, seiner Regierung die Ausführungen Seiner Exzellenz zu berichten.

Auf diesbezügliche Frage des Außenministers erwiederte ich, daß ich in der mit meinem Telegramm No. 166 vom 24. Juli berichteten Unterredung²⁾ Haltung Seiner Majestät Regierung richtig definiert hätte und daß Sie darüber hinaus nichts versprechen könnten. Seine Exzellenz gehe im Glauben fehl, wir würden Sache des Friedens fördern, wenn wir deutscher Regierung mitteilen, sie würde, falls sie Österreich mit Waffengewalt unterstützte, es sowohl mit uns wie mit Frankreich und Rußland zu tun bekommen. Eine derartige Drohung würde Haltung Deutschlands nur versteifen und wir könnten es nur dann bewegen, seinen Einfluß in Wien zur Vermeidung des Kriegs geltend zu machen, wenn wir als Freund an es heranträten, der bestrebt sei, Frieden zu erhalten. Wollten wir jedoch Erfolg haben, dürfe Seine Exzellenz nichts tun, einen Konflikt zu beschleunigen, und ich hoffte daher ernstlich, daß Mobilmachungsbefehl so lange als möglich hinausgeschoben und selbst nach seinem Erlaß das Überschreiten der Grenze durch Truppen nicht erlaubt werde.

Minister des Äußern entgegnete, er glaube nicht, daß es uns gelänge, Deutschland für Sache des Friedens zu gewinnen, falls wir unsere Solidarität mit Frankreich und Rußland nicht öffentlich ver-

1) Siehe Oe II No. 73.

2) No. 101.

kündeten. Vor Erlaß kaiserlichen Ukases könnten keine wirklichen Maßnahmen zur Mobilmachung ergriffen werden, würde diese aber zu lang hinausgeschoben, dann würde Österreich inzwischen Nutzen daraus ziehen, um seine militärischen Vorbereitungen zu vollenden, während Rußland zur Untätigkeit verurteilt sei. Zusammen mit Mobilmachungsbefehl könne vielleicht erklärt werden, daß Truppen diesseits der Grenze zurückgehalten würden. Er vermochte mir nicht zu sagen, wann Ukas erlassen würde, meinte aber wahrscheinlich am Tag, an dem österreichische Armee in Serbien einrücke.

Seine Exzellenz verurteilte scharf Festnahme serbischen Generals Putnik in Ungarn, da sie gegenwärtige Spannung wahrscheinlich erhöhen werde.

(Gleichlautend nach Paris)

Im BB No. 44 (paraphrasiert und unter Auslassung einzelner Teile) veröffentlicht

V e r m e r k

Sir G. Buchanan hat gut gesprochen.

Ich fürchte, man wird finden, daß die wirkliche Schwierigkeit, die zu überwinden ist, in der Frage der Mobilmachungen besteht. Österreich mobilisiert bereits. Das bedeutet, wenn es zum Kriege kommt, eine ernste Bedrohung Rußlands, von dem man nicht erwarten kann, daß es seine eigene Mobilmachung hinausschiebt, die sich sowieso erst in der doppelten von Österreich und Deutschland benötigten Zeit auswirken kann.

Wenn Rußland mobilisiert, wird Deutschland, wie man uns angekündigt hat, dasselbe tun und da die deutsche Mobilmachung beinahe ganz gegen Frankreich gerichtet ist, darf Frankreich seine eigene Mobilmachung nicht einmal um den Bruchteil eines Tages hinausschieben.

Nach dem eben eingegangenen Telegramm Sir M. d. Bunsens No. 109¹⁾ scheint es festzustehen, daß Österreich zum Kriege schreitet, weil das von Anfang an seine Absicht war.

Wenn sich diese Ansicht als richtig erweist, wäre es weder möglich noch gerecht und klug, Rußland irgendwie von der Mobilmachung abzuhalten.

Das heißt aber, daß Seiner Majestät Regierung sich innerhalb 24 Stunden vor der Frage gestellt sehen wird, ob Großbritannien in einem Streit, den Österreich derart einem widerwilligen Frankreich aufgezwungen hat, untätig bleiben oder Partei ergreifen will. Die Frage ist von folgenschwerer Bedeutung und kann in einer Ressortnotiz (departmental minute) nicht ausführlich behandelt werden.

Es fällt schwer, nicht der Lage Preußens im Jahre 1805 zu gedenken, als es darauf beharrte, einem Krieg fernzubleiben, dessen Ausbruch unter den andern Mächten es wegen Fragen nicht verhüten konnte, die — äußerlich betrachtet — die Interessen Preußens nicht unmittelbar berührten.

Der Krieg wurde 1805 ohne Preußen geführt. Aber 1806 fiel es der Macht zum Opfer, die 1805 gesiegt hatte, und niemand fand sich bereit, Preußen zu helfen oder seinen politischen Ruin und seine Teilung zu verhindern. — E. A. C. 27. Juli.

¹⁾ No. 175.

Mitteilung des serbischen Gesandten

Den 27. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Heute morgen ließ mich der serbische Gesandte den Wortlaut der serbischen Antwort lesen, von der er mir heute nachmittag eine Abschrift schicken will¹⁾. Soviel ich aus einer bloßen Durchsicht ersehen konnte, bewilligt sie so ziemlich alle österreichischen Forderungen und es ist schwer verständlich, wie Österreich anständigerweise zu feindseligen Operationen übergehen kann, wenn Serbien so weit nachgegeben hat. Es freut mich, dem Bericht unseres Militäraattachés in Wien zu entnehmen, daß die Mobilmachung nicht vor Freitag und die Konzentration an der serbischen Grenze erst am nächsten Mittwoch beendet sein wird, was uns noch einige Tage Zeit gibt.

Der serbische Gesandte war beauftragt zu erklären, seine Regierung hoffe, daß Sr. M. Regierung nach Kenntnisnahme der Antwort bereit sein werde, Serbien in Verfolg eines friedlichen Ausgangs behilflich zu sein. Ich sagte ihm, ich würde Ihnen seine Botschaft übermitteln und er dürfe glauben, daß uns eine friedliche Lösung am Herzen liege.

A. N.

Vermerke

Ein sorgfältiger Vergleich der österreichischen Note mit der serbischen Antwort zeigt, daß man diese in Wien mit dem festen Entschlusse gelesen hat, sie unbefriedigend zu finden; denn sie schluckt fast alle österreichischen Forderungen „en bloc“ und es fällt schwer, die gemachten Vorbehalte nicht ganz vernünftig zu finden.

Die Unterschiede sind wie folgt:

In der Erklärung, die im offiziellen Organ und im Armeebefehl veröffentlicht werden soll, verurteilt die serbische Regierung „alle“ oder „jede“ statt „die“ gegen Österreich gerichtete Propaganda.

In Punkt 2 verpflichtet sich die serbische Regierung nicht, die „Narodna Odbrana“ und andere derartige Gesellschaften daran zu hindern, ihre Tätigkeit unter anderen Namen und Formen fortzusetzen. Dies wurde von Österreich als unbefriedigend aufgegriffen, obgleich nichts für die Annahme vorliegt, daß Serbien nicht gewillt wäre, irgendwelche neuen Gesellschaften oder Klubs aufzulösen, gegen die Beweismaterial vorgebracht würde.

In Punkt 3 erwähnen die Serben nicht besonders „le corps enseignant“ und wünschen Nachweise für die durch den öffentlichen Unterricht geförderte Propaganda.

Dem Punkt 4 will Serbien bei Vorlage von Beweisen nachkommen.

Bezüglich des 5. Punktes möchte Serbien eine genauere Definition des Verlangten haben.

Punkt 6 enthält die einzige direkte Weigerung, nämlich die österreichische

¹⁾ Mit den österreichischen Kommentaren im Anhang B abgedruckt.

Mitwirkung an der gerichtlichen Untersuchung auf serbischem Boden zuzulassen, und zwar aus Gründen, die zum mindesten gute Argumente darstellen.

Und zu Punkt 9 wünscht Serbien die Angabe von Einzelfällen.

Sonst entspricht die serbische Note den österreichischen Forderungen, indem sie noch die Sache an den Haag oder die Mächte zur Entscheidung verweist. — G. R. C. 28. Juli 1914.

Die Antwort ist annehmbar. Wenn Österreich die unbedingte Erfüllung seines Ultimatums verlangt, so kann das nur bedeuten, daß es den Krieg will. Denn es weiß sehr gut, daß einige Forderungen derart sind, wie sie kein Staat annehmen kann, da sie der Annahme eines Protektorates gleichkämen. — E. A. C. 28. Juli.

(34391)

No. 172

Mitteilung des schweizerischen Gesandten

Den 27. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Der schweizerische Gesandte stattete einen Besuch ab, um mitzuteilen, daß seine Regierung in Anbetracht der Lage telegraphiert habe, da sie in bezug auf die Stellung der Schweiz im Falle eines europäischen Konfliktes äußerst besorgt sei. Ich sagte ihm, ich hegte noch immer die Hoffnung, daß ein Konflikt vermieden werden könne, so lange keine aktiven militärischen Operationen unternommen worden wären und das sei bis jetzt nicht der Fall. Jeder Tag, der vorübergehe, sei ein Gewinn zugunsten der Bemühungen jener, die auf eine friedliche Lösung hinarbeiteten. Herr Carlin bemerkte, die serbische Regierung scheine so gut wie alle österreichischen Forderungen bewilligt zu haben. Ich sagte, mir scheine das auch so zu sein und diese Tatsache stärke meine Friedenshoffnungen. A. N.

(34568)

No. 173

Mitteilung der französischen Botschaft

Sir A. Nicolson,

Herr de Fleuriau bat mich zu beachten, daß der italienische Botschafter in St. Petersburg seinem französischen Kollegen sagte, in Wien sei man überzeugt, daß „la Russie ne tiendrait pas le coup“.

Rußland hat „en principe“ beschlossen, 13 Armeekorps zu mobilisieren, aber die Mobilmachung soll erst zur Ausführung gelangen, wenn Österreich gewaltsam gegen Serbien vorgeht.

Herr Cambon kehrt heute abend um 11 zurück.

27. 7. 14.

G. R. C.

Mitteilung der französischen Botschaft

Herr de Fleuriau, der Sir A. Nicolson heute morgen beschäftigt fand, bat mich, von der folgenden Mitteilung Kenntnis zu nehmen:

Gestern (Sonntag) nachmittag ersuchte der deutsche Botschafter in Paris den stellvertretenden Minister des Äußern, die französische Regierung möge mäßigend auf St. Petersburg einwirken. Herr Bienvenu-Martin erwiederte, solch ein Schritt hinge davon ab, daß Deutschland einen ähnlichen Schritt in Wien unternehme, worauf Herr von Schoen antwortete, daß dies nicht im Einklang mit der von Deutschland gegenüber Österreich und Serbien eingenommenen Haltung sein würde. Der stellvertretende Minister des Äußern regte dann an, die vier nichtbeteiligten Mächte sollten ihre Vermittlung anbieten: der Botschafter hatte keine Weisungen.

Später am Abend besuchte der deutsche Botschafter den stellvertretenden Minister des Äußern nochmals und schlug ein Commissiqué an die Presse des Inhalts vor, daß Herr Bienvenu-Martin und Herr v. Schoen sich während ihrer Besprechungen bemüht hätten, ausfindig zu machen, wie die Mächte den Frieden sichern könnten.

Der Botschafter sprach persönlich sein Erstaunen darüber aus, daß Österreich von der serbischen Antwort nicht befriedigt sei. Er betonte den Wunsch der deutschen Regierung nach Frieden und sagte, es wäre nützlich, wenn *wir* (die britische Regierung) guten Rat in St. Petersburg geben wollten. Er meinte, Österreich würde eine formelle Vermittlung oder eine Konferenz ablehnen, aber ein friedfertiger Ton aus St. Petersburg und versöhnlicher Rat von seiten der Mächte würden gut aufgenommen werden.

Herr Bienvenu-Martin erwiederte, daß Deutschland am besten in der Lage sei, wirksam in Wien aufzutreten, besonders jetzt, wo Serbien so gut wie alle österreichischen Bedingungen angenommen habe. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Mobilisierung Österreichs machten eine Intervention dringend, da an dem Tag, an dem die österreichischen Truppen in Serbien einrückten, die Lage Rußland zwingen würde, sich zu erklären, und sie den Krieg, den Deutschland zu vermeiden wünsche, beschleunigen würde.

Herr v. Schoen stimmte dem bei und bemerkte, er sage nicht, daß Deutschland keinen Rat in Wien erteilen werde.

27. 7. 14.

G. R. C.

Vgl. No. 184; ferner F No. 56, 57 und R II

V e r m e r k

Die deutsche Stellungnahme ist meines Erachtens unhaltbar, wenn Deutschland wirklich, wie es so überschwenglich versichert, den Frieden wünscht.

Deutschland lehnt es ab, oder vermeidet es, irgend etwas in Wien zu tun — und man sollte meinen, daß Rußland der aggressive und herausfordernde Teil sei und in Schranken gehalten werden müsse, während Österreich gegen Serbien vorgeht. Ein langes Telegramm von Dr. Dillon aus Wien im heutigen D. T. ist lebenswert.

Dr. Dillon ist ein intimer Freund des Grafen Berchtold und er legt die österreichische Sache offenbar mit ungeschminkter Deutlichkeit dar, die Beachtung verdient. Er spricht es unverhüllt aus, daß die serbische „Frage“ bloß der Vorwand für einen Versuch ist, in Verbindung mit Deutschland die Stellung Österreichs auf dem Balkan wiederherzustellen und Rußland zu verdrängen, und es wird erklärt, daß keine Intervention oder Vermittlung zugelassen werde. Wir sind Zeugen eines höchst zynischen und verwegenen Vorgehens und Deutschland sollte um seines eigenen Ansehens willen durch Taten beweisen, daß es nicht gewillt ist, sich daran zu beteiligen, oder daß es auf jeden Fall helfen will, seine Folgen abzuschwächen und seine Auswirkungen zu begrenzen. — A. N.

(34179)

No. 175

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 109

Wien, den 27. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 2⁴⁵ nachm.

Nach Besprechungen mit allen meinen Kollegen der Großmächte glaube ich, daß Österreich-Ungarn fest zum Kriege entschlossen ist; daß es meint, seine Stellung als Großmacht sei auf dem Spiele; daß seine Note so abgefaßt wurde, um den Krieg unvermeidlich zu machen; und daß es bis zur vollzogenen Bestrafung Serbiens wahrscheinlich nicht auf Vermittlungsvorschläge hören wird. Wenn russischer Botschafter recht unterrichtet ist, muß Bemühung Deutschlands, Konflikt zu lokalisieren, scheitern, da er glaubt, daß Rußland zum Vorgehen gezwungen sein wird. Aufschub oder Vermeidung des Kriegs mit Serbien würde zweifellos eine große Enttäuschung für Österreich-Ungarn bedeuten, das toll vor Freude über Kriegsaussicht ist. Italienischer Botschafter ist in großer Sorge und sucht Mittel und Wege ausfindig zu machen, um Konflikt zu begrenzen, den er für unvermeidlich hält. Er fragte mich heute morgen, ob ich nicht dachte, daß folgendes nutzbringend vorgeschlagen werden könnte:

Österreich sollte Mächten in absolut bindender Form das Rußland bereits gegebene Versprechen wiederholen, es wünsche weder irgendwelches Gebiet zu annexieren, noch Serbien zu erdrücken, noch es seiner Unabhängigkeit zu berauben, sondern nur Bürgschaften für Zukunft zu erlangen.

Seine Exzellenz meinte, Rußland dürfte möglicherweise einwilligen, ruhig zu bleiben. Er wollte es sich überlegen und vielleicht mit italienischem Außenminister wegen Fassung möglicher Formel in

Verbindung treten. Er bat, seinen Namen als Urheber dieses Gedankens, der noch ganz ohne feste Gestalt sei, unerwähnt zu lassen.

Ich teilte Seiner Exzellenz den von Ihnen ausgehenden Vorschlag einer Konferenz der weniger interessierten Mächte in London mit. Er sprach dankbar von Ihren Friedensbemühungen, die früher schon so nützlich gewesen seien, fürchtete aber, vorgeschlagener Einschluß Rußlands unter die unmittelbar interessierten Mächte würde Hindernis für Annahme bilden.

Minister des Äußern kann mich nicht vor morgen vorm. 11 Uhr empfangen. Falls Sie mir keine besonderen Weisungen zugehen lassen, gedenke ich, Hoffnung Seiner Majestät Regierung auszudrücken, daß Krieg noch vermeidbar sein wird, und zu fragen, ob Seine Exzellenz nicht selbst jetzt noch Ausweg anzeigen könne¹⁾.

(Gleichlautend nach Paris No. 245; Berlin No. 209; Rom No. 204; St. Petersburg No. 378; Belgrad [Nisch] No. 22)

Im BB No. 41 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

V e r m e r k

Die Anregung des italienischen Botschafters scheint mir für praktische Zwecke zu unbestimmt zu sein. Wenn Österreich Serbien weder zu annexieren, noch zu erdrücken, noch es seiner Unabhängigkeit zu berauben beabsichtigt, dann ist schwer zu verstehen, welche Bedeutung man der Alternative „Bürgschaften für die Zukunft zu erlangen“ beimessen soll.

Die Aussichten sind schlecht. Jetzt hängt alles von dem Verhalten ab, das Deutschland etwa zu befolgen bereit ist. — E. A. C. 27. Juli.

(34245)

No. 176

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 208

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914

A. 3^o nachm.

Deutscher Botschafter hat mir mitgeteilt, daß deutsche Regierung im Prinzip Vermittlung der vier Mächte zwischen Österreich und Rußland annimmt, natürlich unter Vorbehalt ihres Rechts, ihren Verbündeten Österreich, wenn angegriffen, zu unterstützen. Er war ferner beauftragt, mich zu ersuchen, Einfluß in St. Petersburg geltend zu machen, um den Krieg zu lokalisieren und den Frieden Europas zu erhalten.

Ich habe erwidert, daß die serbische Antwort den österreichischen Forderungen weit über Erwarten entgegenkomme. Deutscher Außenminister hat selbst gefunden, daß in der österreichischen Note Dinge

¹⁾ No. 187.

stunden, deren Annahme man von Serbien kaum erwarten könne. Ich vermutete, daß die serbische Antwort nicht so weit entgegengekommen wäre, wenn Rußland in Belgrad nicht versöhnlichen Einfluß ausgeübt hätte, und nun sei es wirklich geboten, auf Wien mäßigend einzuwirken. Falls Österreich die serbische Antwort als wertlos beiseite schiebe und in Serbien einmarschiere, so bedeute dies, daß es unbekümmert um die etwa daraus entstehenden Folgen entschlossen sei, Serbien unter allen Umständen zu erdrücken. Antwort Serbiens sollte zum mindesten als Grundlage für Besprechungen und im Sinne eines Zeitgewinns behandelt werden, und deutsche Regierung sollte dies dringend in Wien empfehlen.

Ich erinnerte an das, was deutsche Regierung über den Ernst der Lage gesagt hatte, falls der Krieg nicht lokalisiert werden könne, und bemerkte, daß, wenn Deutschland Österreich gegen Rußland unterstütze, dies geschähe, weil Deutschland ohne Rücksicht auf die Rechtslage des Streitfalls Österreich nicht erdrücken lassen könne. Ebenso würden vielleicht aber auch andere Fragen aufgeworfen werden, die den österreichisch-serbischen Streit in den Hintergrund drängen und andere Mächte ins Spiel bringen würden, woraus sich der größte Krieg der Geschichte entwickeln könne. Solange Deutschland aber für die Erhaltung des Friedens wirke, würde ich in enger Fühlung mit ihm bleiben. Ich wiederholte, daß nach der serbischen Antwort Wien der Ort sei, wo dringend Mäßigung angeraten werden müsse.

(Gleichlautend nach Paris No. 241/2; Wien No. 165/6; Rom No. 202/3 und St. Petersburg No. 375/6: „Bitte Außenminister zu verständigen.“)

*Im BB No. 46 veröffentlicht
Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unter-
redung in DD No. 258*

(34246)

No. 177

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 377

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.

Mein heutiges Telegramm No. 208 an Sir E. Goschen¹⁾.

Russischer Botschafter sagt mir, in deutschen und österreichischen Kreisen herrsche Eindruck, daß wir jedenfalls unbeteiligt bleiben würden, und er beklagte Wirkung dieses Eindruckes.

Ich hob hervor, daß Befehl an unsere Erste zufällig in Portland

¹⁾ No. 176

zusammengezogene Flotte, keinen Manöverurlaub zu erteilen, diesen Eindruck beseitigen sollte; russischer Botschafter dürfe jedoch diesen Hinweis nicht so auffassen, als versprächen wir damit mehr als diplomatische Aktion.

Ich bemerkte ferner, wir hörten von deutscher und österreichischer Seite, daß man dort glaube, Rußland werde nicht eingreifen, solange Österreich daran festhalte, sich kein serbisches Gebiet anzueignen. Ich fügte hinzu, es wäre lächerlich, wenn wir in Berlin und Wien serbischer als die Russen auftreten würden.

(Gleichlautend nach Paris No. 243/4: „Sie können Außenminister unterrichten.“)

Im BB No. 47 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34210)

No. 178

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 27. Juli 1914

A. 2⁵⁵ nachm.

E. 3³⁰ nachm.

An Bolderaa wurden Minen gelegt und Schiffe werden weder herein- noch herausgelassen.

Gerüchtweise verlautet, daß sämtliche in Feldlagern befindliche Truppen der Umgebung an die Front beordert wurden. Bolderaa soll im Kriegszustand sein. Erbitte Bestätigung.

(Gleichlautend an Botschaft)

Vgl. No. 228

(34212)

No. 179

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 174

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

A. 2¹³ nachm.

E. 3⁴⁵ nachm.

Französischer Botschafter teilt mir mit, daß seit meiner Unterredung mit Außenminister, über die ich heute in meinem unmittelbar vorhergehenden Telegramm berichtet habe¹⁾, Seine Exzellenz beschlos-

¹⁾ No. 170.

sen hat, direkte Besprechungen zwischen Wien und St. Petersburg bezüglich der Änderungen vorzuschlagen, die an österreichischen Forderungen vorgenommen werden sollten.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 45 (paraphrasiert) veröffentlicht
Vgl. No. 205*

Vermerk

Das ist verwirrend. Herr Sasonow ist nun an drei Tagen hintereinander mit drei durchaus verschiedenen Gedanken und Vorschlägen hervorgetreten.

1. Der Gedanke: Wenn Serbien die Mächte anrufen würde, hielte sich Rußland abseits und würde Sache England, Frankreich, Italien und Deutschland überlassen (25. Juli) ¹⁾.

2. 26. Juli: Vorschlag an österreichischen Botschafter, England und Italien sollten sich mit Österreich verbinden, um gegenwärtiger Spannung ein Ende zu machen ²⁾.

3. 27. Juli: Vorschlag, Rußland wolle sich direkt mit Wien besprechen. Man weiß wirklich nicht, wie man mit Herrn Sasonow daran ist, und ich habe das heute nachmittag dem Grafen Benckendorff auch gesagt. — A. N.

Vgl. Brief Nr. 239

(34214)

No. 180

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 16

Kristiania, den 27. Juli 1914

A. 3²⁵ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Französischer Präsident hat seinen Besuch beim König von Norwegen abgesagt.

(34213)

No. 181

Herr F. Villiers an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 2

Brüssel, den 27. Juli 1914

A. 2³⁵ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Die belgischen Zeitungen von heute morgen bringen Nachrichten bezüglich Teilmobilmachung und anderer militärischer Vorbereitungen,

¹⁾ No. 125.

²⁾ No. 170.

aber ich habe mich vergewissert, daß sie unbegründet sind. Die belgische Regierung hat bislang keine derartigen Maßnahmen getroffen.

Vgl. Bericht No. 243

(34215)

No. 182

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 5

Budapest, den 27. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 4⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 4 vom 26. Juli¹⁾.

Chef serbischen Generalstabs gestern nacht freigelassen und mit Sonderzug an serbische Grenze geschickt.

Volkskundgebungen für den Krieg dauern an.

(Gleichlautend nach Wien)

V e r m e r k

Die Freilassung war eine kluge Maßnahme. — E. A. C. 27. Juli.

(34227)

No. 183

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 88

Paris, den 27. Juli 1914

A. 24⁵ nachm.

E. 44⁵ nachm.

Ihre gestrigen Telegramme No. 232 und 234²⁾): Österreich und Serbien.

Französische Regierung nimmt Ihren Vorschlag an und hat französischem Botschafter in London, der heute abend dorthin zurückkehrt, entsprechende Weisung gesandt. Französischer Botschafter in Berlin beauftragt, sich mit britischem Botschafter ins Benehmen zu setzen, ob es ratsam wäre, mit ihm gemeinsam bei der deutschen Regierung vorzusprechen. Französische Vertreter in Wien, St. Petersburg und Belgrad haben ebenfalls nötige Weisungen erhalten, aber Auswärtiges Amt meint, es wäre für die Botschafter der Entente gefährlich, in Wien vorstellig zu werden, ehe bekannt ist, daß Deutschland das mit einigem Erfolg getan hat.

Auswärtiges Amt entnimmt Äußerungen deutschen Botschafters, daß Österreicher besonders mißtrauisch gegen Ausdrücke „Interven-

¹⁾ No. 152.

²⁾ No. 140, 143.

tion“, „Vermittlung“ und „Konferenz“ sind, und regt daher an, man solle darauf achten, nur von Unterhaltungen, mäßigenden Ratschlägen usw. zu sprechen.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

Im BB No. 42 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles)

veröffentlicht

Vgl. No. 194

(34228)

No. 184

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 89

Paris, den 27. Juli 1914

A. 3⁴² nachm.

E. 6⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 82 vom 25. Juli¹⁾: Österreich und Serbien. Deutscher Botschafter hat mit stellvertretendem Minister des Äußern und stellvertretendem politischen Direktor einige weitere Unterhaltungen gehabt und diese überredet, ein Communiqué zu veröffentlichen, um Pressefeldzug gegen Deutschland einzudämmen. Folgendes Communiqué erschien heute morgen:

„Deutscher Botschafter und stellvertretender Ministerpräsident hatten eine neue Unterredung, in deren Verlauf sie die Maßnahmen erwogen, die die Mächte zur Erhaltung des Friedens ergreifen könnten.“

Deutscher Botschafter ist sehr unzufrieden und hat seinen Wunsch nach kräftigerer Fassung, nach Ausdruck der „Solidarität“ unter den Mächten und nach Bezeichnung der Unterredung als „sehr freundschaftlich“ geäußert. Auswärtiges Amt beabsichtigt nicht weiterzugehen.

Deutscher Botschafter wiederholt fortwährend, daß alles von Rußland abhängt, und Auswärtiges Amt betrachtet dies als schlechtes Zeichen.

Ich meine, wir sollten in französische Regierung dringen, vom deutschen Botschafter vorgeschlagene Notiz auszugeben.

*Siehe Bericht No. 193, sowie No. 174 und 204,
F No. 62, R No. 35 und R II*

V e r m e r k e

Hinter all dem steckt wahrscheinlich mehr, als das bloße Auge zu erkennen vermag. Das kaum verhhlte Streben Deutschlands geht dahin, alle

¹⁾ No. 123.

Mächte zur Erklärung zu veranlassen, daß der Streit zwischen Österreich und Serbien keinen Dritten etwas angeht. Zweifellos meint das Herr von Schoen mit der „Solidarität“ aller Mächte. Meines Erachtens befürchten die Franzosen, daß, wenn sie solch einer „Solidaritäts“-Erklärung zustimmen, dies in Berlin ausgebeutet und in Petersburg benutzt werden wird, um Rußland zu beweisen, daß die Unterstützung Frankreichs lau ist.

Selbstverständlich kann es für die Meinungsverschiedenheit zwischen dem stellvertretenden M. d. A. und dem deutschen Botschafter noch eine andere Erklärung geben. Aber wie diese auch lauten mag: ich bezweifle, ob wir klug daran täten, uns in diese journalistische Kontroverse zu mischen oder der französischen Regierung in einer Sache, die man gegenwärtig nur schwer klar zu durchschauen vermag und die meiner Ansicht nach von keiner wirklich großen Bedeutung sein kann, einen unschmackhaften Rat zu erteilen. — E. A. C. 27. Juli.

Wir können der französischen Regierung nicht zu verstehen geben, wie sie ihre „communiqués“ über Unterredungen, an denen wir nicht teilgenommen, abfassen soll. Es wäre entschieden weit besser, wenn wir uns nicht in diese Dinge mischten. — A. N.

(34231)

No. 185

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 96

Berlin, den 27. Juli 1914

A. 6¹⁷ nachm.

E. 9⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 232 vom 26. Juli nach Paris¹⁾.

Staatssekretär des Äußern meint, daß von Ihnen vorgeschlagene Konferenz praktisch auf ein Schiedsgericht hinauslaufen würde und seiner Ansicht nach nur auf Ansuchen Österreichs und Rußlands einberufen werden könne. Er vermöge sich daher, so sehr er auch an der Erhaltung des Friedens mitzuwirken wünsche, Ihrem Vorschlag nicht anzuschließen. Ich entgegnete, ich sei sicher, daß Ihr Gedanke nichts mit Schiedsgericht zu tun habe, sondern dahin zu verstehen sei, daß Vertreter der vier nicht unmittelbar beteiligten Mächte Mittel zur Vermeidung einer gefährlichen Lage erörtern und anregen sollten. Er blieb jedoch dabei, daß eine Konferenz, wie von Ihnen vorgeschlagen, untulich sei, und fügte hinzu, soeben bei ihm aus St. Petersburg eingegangene Nachrichten zeigten die Absicht Herrn Sasonows an, mit Graf Berchtold in Meinungsaustausch zu treten. Er sei der Ansicht, daß dies Verfahren zu einem befriedigenden Ergebnis führen könne und daß es vor weiteren Schritten am besten sei, Aus-

¹⁾ No. 140.

fall des Gedankenaustauschs zwischen der österreichischen und russischen Regierung abzuwarten.

Im Laufe einer kurzen Unterredung erwähnte Staatssekretär des Äußern, daß Österreich bis jetzt nur teilweise mobilisiere; wenn Rußland aber gegen Deutschland mobil mache, werde dies nachfolgen müssen. Ich fragte ihn, was er mit „gegen Deutschland mobil machen“ meine. Er erwiederte, daß, wenn Rußland nur im Süden mobilisiere, Deutschland nicht mobil machen werde; sollte es jedoch auch im Norden mobilisieren, dann müßte Deutschland desgleichen tun, und russisches System der Mobilmachung sei so verwickelt, daß es schwer fallen dürfte, seine Mobilmachung örtlich genau zu bestimmen. Deutschland müsse daher sehr auf der Hut sein, um nicht überrascht zu werden.

Schließlich bemerkte Staatssekretär, daß er auf Grund von Nachrichten aus St. Petersburg allgemeine Lage hoffnungsvoller betrachte. (Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 43 veröffentlicht
Vgl. No. 218*

V e r m e r k

Soweit uns bekannt ist, hat die deutsche Regierung bislang in Wien kein einziges Wort im Sinne der Zurückhaltung oder Mäßigung geäußert. Falls dem so gewesen wäre, dürfen wir sicher sein, daß sie das Verdienst dafür in Anspruch genommen hätte. Daraus kann man keinen beruhigenden Schluß auf den guten Willen Deutschlands ziehen.

Gleichzeitig hat die rasche Folge neuer Vorschläge und Anregungen aus St. Petersburg es Deutschland erleichtert, immer neue Entschuldigungen für seine Untätigkeit vorzubringen. — E. A. C. 28. Juli.

(34229)

No. 186

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 90. *En clair*

Paris, den 27. Juli 1914

A. 8⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Der Präsident der Republik wird mit dem Ministerpräsidenten am Morgen des 29. Juli in Dünkirchen ankommen.

(34179)

No. 187

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 171

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914
A. 11^o nachm.

Mein heutiges Telegramm No. 208 an Sir E. Goschen¹⁾, das gleichlautend an Sie ging, wird Ihnen als Richtschnur dienen. Ich habe im gleichen Sinne mit dem österreichischen Botschafter gesprochen²⁾.

(34608)

No. 188

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

No. 124

Auswärtiges Amt, den 27. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Graf Mensdorff teilte mir heute auftragsgemäß mit, daß die serbische Regierung die Forderungen abgelehnt habe, die die österreichische Regierung an sie stellen mußte, um die vitalsten Interessen Österreichs dauernd zu sichern. Serbien bekunde damit, daß es nicht die Absicht habe, seine umstürzlerischen, auf die stete Beunruhigung der österreichischen Grenzländer und ihre schließliche Loslösung von der österreichischen Monarchie gerichteten Bestrebungen aufzugeben. Nur widerstrebend und sehr gegen ihren Willen sähe sich die österreichische Regierung in die Notwendigkeit versetzt, schärfere Mittel anzuwenden, um Serbien zu einer grundsätzlichen Änderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen. Wie der britischen Regierung bekannt sei, habe sich die österreichische Regierung viele Jahre hindurch bemüht, mit ihrem unruhigen Nachbarn ein Auskommen zu finden, obwohl ihr dies durch die fortgesetzten Provokationen Serbiens sehr erschwert worden sei. Der Mord von Serajewo habe aller Welt geoffenbart, welch entsetzliche Folgen die serbische Propaganda bereits gezeigt habe und welch dauernde Bedrohung sie für Österreich bilde. Wir würden daher begreifen, daß die österreichische Regierung den Augenblick für gekommen halten müsse, sich mit dem größten Nachdruck Garantien zu verschaffen, um die entschiedene Unterdrückung der serbischen Aspirationen und damit die Ruhe und Ordnung an der südöstlichen Grenze Österreichs zu gewährleisten. Da die zu diesem Zwecke angewendeten friedlichen Mittel erschöpft seien, müsse die österreichische Regierung endlich zu den Waffen greifen. Sie habe sich nicht ohne Widerstreben dazu ent-

¹⁾ No. 176.

²⁾ No. 188.

schlossen. Ihr Vorgehen, dem jede aggressive Tendenz fernliege, könne nicht anders denn als Akt der Selbstverteidigung dargestellt werden. Auch glaube sie einem europäischen Interesse zu dienen, wenn sie Serbien daran hindere, fernerhin wie während der letzten zehn Jahre ein Element der allgemeinen Beunruhigung zu sein. Das hochentwickelte Gerechtigkeitsgefühl des britischen Volkes und seiner Staatsmänner könne die österreichische Regierung nicht tadeln, wenn sie ihren Besitz mit dem Schwerte verteidige und ihr Verhältnis zu einem Lande kläre, dessen feindselige Politik sie seit Jahren zu kostspieligen, das österreichische Nationalvermögen schwer schädigenden Maßnahmen gezwungen habe. Schließlich habe die österreichische Regierung im Vertrauen auf ihre freundschaftlichen Beziehungen mit uns das Gefühl, daß sie auf unsere Sympathie in einem ihr aufgezwungenen Kampfe und nötigenfalls auf unsere Unterstützung zur Lokalisierung des Konfliktes rechnen könne.

Graf Mensdorff fügte dem von sich aus hinzu, daß, solange Serbien der Türkei gegenübergestanden sei, Österreich nie sehr scharfe Maßnahmen ergriffen habe, weil es Anhänger der Politik der freien Entwicklung der Balkanstaaten gewesen sei. Nun, da Serbien sein Gebiet und seine Bevölkerung ohne österreichische Einmischung verdoppelt habe, sei die Unterdrückung der umstürzlerischen Ziele Serbiens eine Sache der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung Österreichs. Er wiederholte, daß Österreich nicht beabsichtige, serbisches Gebiet an sich zu reißen oder aggressive Pläne hinsichtlich serbischen Gebiets zu verfolgen.

Ich entgegnete, daß ich die Auslegung, die die österreichische Regierung der serbischen Antwort gebe, nicht verstehen könne, und ich teilte dem Grafen Mensdorff den Inhalt der Unterredung mit, die ich heute morgen mit dem deutschen Botschafter über jene Antwort gehabt habe¹⁾.

Graf Mensdorff gab zu, daß die serbische Antwort auf dem Papier befriedigend erscheinen möge; die Serben hätten jedoch die Mitwirkung österreichischer Beamter und Polizeiorgane abgelehnt, den einen Punkt, der eine wirkliche Bürgschaft dafür bieten würde, daß die Serben in der Praxis ihren subversiven Feldzug gegen Österreich nicht fortführten.

Ich sagte, die österreichische Regierung scheine zu glauben, daß sie Serbien selbst ungeachtet seiner Antwort bekriegen könne, ohne Gefahr zu laufen, dadurch Rußland in den Streit hineinzuziehen. Wenn sie Serbien bekriegen und zugleich Rußland zufriedenstellen könne, dann schön und gut; andernfalls aber wären die Folgen unabsehbar. Ich wies ihn darauf hin, daß diese Bemerkung einer Meinungsäußerung der deutschen Regierung entstamme. Ich befürchtete, man

¹⁾ No. 176.

werde in St. Petersburg erwarten, daß die serbische Antwort die Spannung verringere; wenn Rußland nun bemerke, daß die Spannung noch zugenommen habe, würde die Lage immer ernster werden. Schon jetzt sei die Wirkung auf Europa beängstigend. Ich hob hervor, daß unsere Flotte heute hätte auseinandergehen sollen, daß wir aber nicht in der Lage gewesen wären, dies geschehen zu lassen. Wir dächten gegenwärtig nicht daran, Reserven einzuberufen, und das Zusammenhalten unserer Flotte sei keine Drohung, aber infolge der Möglichkeit einer europäischen Feuersbrunst könnten wir unsere Streitkräfte in diesem Augenblick nicht auseinandergehen lassen. Ich erwähnte dies als Beispiel für die herrschende Besorgnis. Mir scheine, daß die serbische Antwort bereits die größte Demütigung bedeute, die ich je ein Land hätte auf sich nehmen sehen, und ich sei sehr enttäuscht, daß die österreichische Regierung die Antwort so behandle, als wäre sie so unbefriedigend wie eine glatte Ablehnung.

Ich bin usw.
E. Grey

*Im BB No. 48 veröffentlicht
Siehe den Bericht des Grafen Mensdorff über diese Unterredung
in Oe II No. 72*

(34517)

No. 189

Mitteilung des italienischen Botschafters

Den 27. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Wie mir der italienische Botschafter mitteilt, ist der italienische Außenminister mit Ihrem Vorschlage einer Konferenz *à quatre* in London ganz einverstanden. Was die Frage betrifft, Rußland, Österreich und Serbien zu ersuchen, militärische Operationen bis zu einem Ergebnis der Konferenz aufzuschieben, so würde er das warm in Berlin empfehlen und will sich beim Berliner Kabinett nach dem in Wien einzuschlagenden Verfahren erkundigen.

A. N.

*Dies wurde Sir Rennell Rodd durch ein Telegramm mitgeteilt
(siehe BB No. 49)*

(34850)

No. 190

Parlamentsdebatten im Unterhaus, 27. Juli 1914

Herr Bonar Law: Ich möchte an den Staatssekretär des Äußern eine Frage richten, die ich ihm angekündigt habe: Ob er nämlich

dem Hause eine Auskunft über die zwischen Österreich und Serbien bestehende Lage geben wolle?

Der Staatssekretär des Äußern (Sir E. Grey): Das Haus hat natürlich durch die Presse davon Kenntnis, wie die augenblickliche Lage in Europa beschaffen ist. Ich glaube, das Haus darf beanspruchen, daß ich kurz die Haltung schildere, die Seiner Majestät Regierung bisher eingenommen hat.

Vergangenen Freitag morgen erhielt ich vom österreichisch-ungarischen Botschafter den Wortlaut der von der österreichisch-ungarischen Regierung an die Mächte gerichteten Note, die in der Presse erschienen ist und die von der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien gestellten Forderungen enthielt.

Am Nachmittag sah ich andere Botschafter und äußerte die Ansicht, daß, solange sich der Streitfall auf Österreich-Ungarn und Serbien allein beschränkte, wir kein Recht auf Einmischung hätten; sollten sich aber die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedrohlich gestalten, dann würde es sich um eine Frage des europäischen Friedens handeln: ein Umstand, der uns alle angeginge.

Ich wußte damals noch nicht, welchen Standpunkt die russische Regierung in der Sache eingenommen hatte, und in Unkenntnis der möglichen weiteren Entwicklung vermochte ich keine sofortigen Vorschläge zu machen. Aber ich äußerte, daß, falls die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland bedrohlich werden sollten, die einzige Friedensaussicht mir zu sein scheine, daß die vier nicht unmittelbar an der serbischen Frage interessierten Mächte — Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien — sowohl in St. Petersburg wie in Wien gemeinsam und gleichzeitig dahin wirken sollten, Österreich-Ungarn und Rußland zum Aufschub militärischer Operationen zu veranlassen, während die vier Mächte sich bemühten, zu einer Schlichtung zu gelangen.

Nachdem ich gehört, daß Österreich-Ungarn die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen habe, machte ich gestern nachmittag telegraphisch den folgenden Vorschlag, den ich als einen gangbaren Weg betrachte, um die schon geäußerten Ansichten nutzbringend zu verwerten.

Ich beauftragte die Botschafter Seiner Majestät in Paris, Berlin und Rom, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, zu fragen, ob sie geneigt wären, Weisung zu geben, daß der französische, deutsche und italienische Botschafter in London mit mir zu einer unverzüglich in London abzuhaltenen Konferenz zusammenentreten sollten, um Mittel und Wege zur Behebung der augenblicklichen Schwierigkeiten ausfindig zu machen. Gleichzeitig wies ich Seiner Majestät Botschafter an, die genannten Regierungen zu bitten, sie möchten ihre Vertreter in Wien, St. Petersburg und Belgrad ermäch-

tigen, die dortigen Regierungen über die vorgeschlagene Konferenz mit dem Ersuchen zu unterrichten, alle aktiven militärischen Operationen auszusetzen, um das Ergebnis der Konferenz abzuwarten.

Die Antworten darauf sind noch nicht vollständig eingegangen, und es handelt sich natürlich um einen Vorschlag, bei dem das Zusammenwirken aller vier Mächte notwendig ist. In einer solch ernsten Krise müssen die Bemühungen einer Macht allein, den Frieden zu erhalten, ganz erfolglos bleiben.

Die dabei zur Verfügung stehende Zeit war so kurz, daß ich den Vorschlag wagen mußte, ohne wie sonst üblich vorher sondiert zu haben, ob man ihn gut aufnehmen würde. Doch wenn die Lage so ernst und die Zeit so kurz ist, kann man das Wagnis, etwas Unwillkommenes oder Fruchtloses vorzuschlagen, nicht vermeiden. Meinem Gefühl nach sollte die serbische Antwort aber, vorausgesetzt, daß der heute morgen in der Presse veröffentlichte Wortlaut, wie ich annehme, richtig ist, doch wenigstens eine Grundlage bieten, um es einer wohlwollenden und unparteiischen Mächtegruppe unter Einschluß der Mächte, die gleichermaßen das Vertrauen Österreich-Ungarns und Rußlands genießen, zu ermöglichen, eine allgemein annehmbare Schlichtung herbeizuführen.

Jedem, der über die Lage nachdenkt, muß in die Augen springen, daß in dem Augenblick, da der Streitfall nicht mehr auf Österreich-Ungarn und Serbien allein beschränkt bleibt, sondern sich durch den Hinzutritt einer anderen Großmacht erweitert, er nur in der größten Katastrophe, die den europäischen Kontinent je mit einem Schlag befallen hat, enden kann. Niemand vermag zu sagen, wohin die durch einen derartigen Konflikt hervorgerufenen Ereignisse etwa führen würden; die mittelbaren und unmittelbaren Folgen eines solchen Zusammenstoßes wären unberechenbar.

Herr Harry Lawson: Darf ich den sehr ehrenwerten Herrn fragen, ob es wahr ist, daß der Deutsche Kaiser heute morgen grundsätzlich die von ihm vorgeschlagene Vermittlung angenommen hat?

Sir Edward Grey: Ich höre, daß die deutsche Regierung im Prinzip dem Gedanken einer Vermittlung zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wohlwollend gegenübersteht; daß jedoch ihre Antwort auf den besonderen Vorschlag, jenes Prinzip mittels einer Konferenz, wie ich sie dem Hause geschildert habe, nutzbar zu machen, noch nicht eingegangen ist.

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 34

Budapest, den 24. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich die Ehre, in meinem heutigen Telegramm No. 2¹⁾ zu berichten, daß der gestern von der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad unternommene Schritt von der Budapester Presse fast ausnahmslos günstig aufgenommen wurde.

Zur Bestätigung dessen gestatte ich mir, hiermit eine kurze Zusammenstellung der von den wichtigeren Zeitungen veröffentlichten Ansichten zu unterbreiten.

Der „Az Ujság“, ein Regierungsorgan, schreibt, daß ein Kommentar überflüssig ist, da weder in der Monarchie noch im Ausland eine Meinungsverschiedenheit über die wirklichen Tatsachen bestehen könne, wie sie in der Note dargelegt sind. Der energische Charakter der Forderungen entspreche dem Ernst der festgestellten Tatsachen. Die Hoffnung gelangt zum Ausdruck, daß Serbien Mittel und Wege finden wird, um die allerschlimmsten Folgen abzuwenden. Die ungarische Nation müsse die Entwicklung in ruhiger Fassung und im vollen Bewußtsein ihrer Kraft und Schlagfertigkeit abwarten.

Der „Budapesti Hirlap“, ein Regierungsblatt, meint, die in der Note gestellten Forderungen seien derart, daß ein Staat, der mit seinem Nachbarn im Frieden leben will, ihre Erfüllung nicht verweigern könne. Die Lage ist ernst, sagt der „Budapesti Hirlap“, aber gerade deshalb dürfe man hoffen, daß Serbien die Forderungen annehmen werde.

Der „Pester Lloyd“, ein Regierungsorgan, schreibt, Serbien müsse sich klar sein, daß die Geduld Österreich-Ungarns erschöpft und der Tag der Abrechnung gekommen sei. Die Untersuchung in Serajewo habe den zweifelsfreien Beweis für die Mitschuld serbischer Offiziere und Beamten an der Ermordung des Erzherzogs erbracht, und ebenso für das Bestehen einer ungehemmten, wenn nicht tatsächlich geförderten Bewegung innerhalb der serbischen Grenzen, die sich gegen die Integrität der Monarchie richte. Recht und Wahrheit seien auf Seiten Österreich-Ungarns, und wenn Serbien innerhalb 48 Stunden nicht bedingungslos angenommen habe, dann bleibe nur noch der Krieg übrig. Der „Pester Lloyd“ ruft die Mächte an, sich nicht in diesen Streit zu mischen, der bloß Öster-

¹⁾ No. 106.

reich und Serbien angehe; Serbien werde jede Einmischung als Ermutigung ansehen, sein früheres Verhalten gegen die Monarchie fortzusetzen.

Der „Pesti Hirlap“, ein Oppositionsblatt, schreibt, es sei nutzlos, die Tatsache verbergen zu wollen, daß die Note ein förmliches Ultimatum ist, und daß die Zukunft einzig von der Antwort Serbiens abhänge.

Der „Pesti Napló“, ein Oppositionsorgan, sagt, daß der entschiedene Ton der Note die Monarchie vor ein *fait accompli* stellt, von dem es kein Zurück mehr gebe. Die Entscheidung liege in den Händen Serbiens. Es werde ihm nicht leicht fallen, die österreichischen Bedingungen anzunehmen, aber wenn Serbien es über sich bringen könne, diesen schweren Schritt zu tun, dann vermöge es sowohl für sich wie für die Monarchie den Frieden und eine Zeit der Ruhe zu sichern. Im andern Fall bedeute es den Krieg. Die Ungarn hätten nichts zu befürchten und würden ihre Pflicht tun.

Der „Budapest“, ein Oppositionsblatt, billigt die Demarche der Regierung und erblickt in der Note einen Beweis für die ruhige und doch entschlossene Haltung einer Nation, der eine tödliche Beleidigung widerfuhr.

Das „Neue Pester Journal“ (1867er Partei) ist der Ansicht, daß die Forderungen der Note schwer sind, daß sie aber von der Notwendigkeit, die Integrität der Monarchie zu wahren, vorgeschrieben wurden. Serbien stehe es frei, sie anzunehmen, sonst werde die Monarchie berechtigt sein, es mit Waffengewalt dazu zu zwingen.

Der „Alkotmány“, das Organ der klerikalen Partei, behauptet, daß der Schritt der Regierung notwendig war und daß die Nation die Folgen vertrauensvoll und gefaßt tragen werde.

Das „Budapester Tagblatt“, eine unabhängige Zeitung, bezeichnet die Note als würdevoll im Ton und inhaltlich als fest und entschieden und meint, daß sie nur die gewünschte „Klärung“ und nicht einen europäischen Krieg herbeiführen könne, da keine Macht eine Mordpolitik unterstützen wolle.

Bloß die sozialistischen Blätter und insbesondere die „Népszava“ protestieren gegen den in Belgrad unternommenen Schritt, den sie als das Werk der Autokratie bezeichnen. Die „Népszava“ erklärt, daß die Arbeiterklassen gegen den Krieg seien, der durch die Sünden der Monarchie heraufbeschworen werde, und vertritt die Ansicht, daß das Ultimatum auf eine Weise abgefaßt wurde, um seine Annahme durch Serbien unmöglich zu machen.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

(Privat)

No. 192

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Britische Botschaft, Paris, den 27. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich bin sicher, daß die französische Regierung keinen Krieg will, und man sollte sie ermutigen, einen Druck auf die russische Regierung auszuüben, nicht die alberne und altmodische Pose einzunehmen, daß Rußland der Schirmherr aller slawischen Staaten — und zwar ungeachtet ihres Benehmens — sei, denn das wird zum Kriege führen.

Ich glaube nicht, daß der Deutsche Kaiser und seine Regierung an der Formulierung der Bedingungen der österreichischen Note beteiligt waren, da sonst der Kaiser nicht auf seiner Jacht herumgegeist wäre.

Die Straßenkundgebungen in Paris sind nichts im Vergleich zu denen in Berlin, wo die Haltung der Bevölkerung nicht beruhigend ist.

Iswolsky wird heute oder morgen hier zurückerowartet und er ist kein Element des Friedens.

Wenn Sie mit den Botschaftern Frankreichs, Deutschlands und Italiens Zusammenkünfte abhalten, dann nennen Sie das Beratungen, denn die Österreicher würden eine Art Wiederholung der Londoner Reunionen, die man schließlich die Londoner Konferenz betitelte, übel aufnehmen. Das käme ihnen so vor, als würden sie wie ein kleiner Balkanstaat behandelt werden.

Der durch Herrn Berthelot vertretene Quai d'Orsay ist gegen den deutschen Botschafter nicht *coulant* genug. Man hätte wohl nach seinem Vorschlag mit einer Preßnotiz einverstanden sein können, daß seine *démarches* sehr freundschaftlich gewesen seien, und daß dabei der *solidarité* Erwähnung getan würde.

Ihr aufrichtig ergebener
Francis Bertie

(34239)

No. 193

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 369

Paris, den 27. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß das folgende Communiqué in der heutigen Presse erschienen ist:

„L'Ambassadeur d'Allemagne et le Président du Conseil par intérim ont eu un nouvel entretien au cours duquel ils ont recherché les moyens d'action des Puissances pour le maintien de la paix.“

Dies Communiqué wurde ohne Zweifel ausgegeben, um einer chauvinistischen Bewegung in der Presse Einhalt zu tun, deren Beginn ich die Ehre hatte, Ihnen durch mein Telegramm No. 82 vom 25. d. M. zu melden¹⁾). Der Zweck dieser Bewegung war, die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß der deutsche Botschafter in Paris im Auftrag seiner Regierung auf dem Auswärtigen Amt eine Demarche unternommen habe, die darauf hinauslief, Frankreich auf brutale Art zu verstehen zu geben, daß, falls andere Mächte dem Streite nicht fernblieben, sie es mit Deutschland zu tun bekämen und dann eine allgemeine europäische Feuersbrunst in Aussicht stände. Das „Echo de Paris“ marschierte an der Spitze der Bewegung, die von anderen nationalistischen Organen und bis zu einem gewissen Grade vom „Temps“, sowie von Herrn Clemenceau in seiner Zeitung „L'Homme Libre“ aufgenommen wurde.

Hätte die französische Öffentlichkeit die Überzeugung erlangt, daß die Aktion des Herrn von Schön am Quai d'Orsay eine Art Warnung an Frankreich gewesen sei, sich ruhig zu verhalten oder die Folgen auf sich zu nehmen, so wäre hier wahrscheinlich eine große Entrüstung entstanden, und die Aufgabe jener, die daran interessiert sind, die öffentliche Meinung anzusporren, sich im gegenwärtigen Streitfall entschieden an die Seite Rußlands zu stellen, wäre erleichtert worden.

Ich lege einen Auszug aus dem heutigen „Matin“ bei²⁾), der kurz über die gestrige Haltung der Pariser Volksmassen berichtet. Vor der österreichischen Botschaft fand eine feindliche Kundgebung statt, die entweder von Serben oder Tschechen organisiert worden sein soll. Die Polizei zerstreute die Demonstranten und der „Temps“ meldet, daß der französische Botschafter in Wien beauftragt wurde, das Bedauern der französischen Regierung über den Vorfall zum Ausdruck zu bringen.

Ich habe usw.
Francis Bertie

Vgl. Telegramm No. 184

V e r m e r k
„Befriedigend“. — E. A. C. 29. Juli.

¹⁾ No. 123.
²⁾ Hier nicht abgedruckt.

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 370

Paris, den 27. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich hiermit die Abschrift einer Aufzeichnung des stellvertretenden Außenministers hinsichtlich der Schritte zu überreichen, die erforderlich wären, um einen Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu verhindern.

Über den wesentlichen Inhalt der Aufzeichnung habe ich in meinem heutigen Telegramm No. 88¹⁾ auf Grund einer Mitteilung berichtet, die mir der stellvertretende politische Direktor heute morgen mündlich machte.

Ich habe usw.
Francis Bertie

Anlage zu No. 194

Memorandum, das Sir F. Bertie von Herrn Bienvenu-Martin übergeben wurde

Par une note en date du 25 de ce mois, son Excellence l'Am-bassadeur d'Angleterre a fait connaître au Gouvernement de la République que, d'après Sir Edward Grey, la seule manière d'assurer, si c'était possible, le maintien de la paix dans le cas où les rapports entre la Russie et l'Autriche deviendraient plus tendus serait une démarche commune à Vienne et à Saint-Pétersbourg des représentants de l'Angleterre, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie en Autriche et en Russie; et il a exprimé le désir de savoir si le Gouvernement de la République était disposé à accueillir favorablement cette suggestion²⁾.

Le Ministre des Affaires Étrangères par intérim a l'honneur de faire connaître à son Excellence Sir Francis Bertie qu'il a invité M. Jules Cambon à se concerter avec l'Am-bassadeur d'Angleterre en Allemagne et à appuyer la démarche qu'ils jugeront opportune de faire auprès du Cabinet de Berlin.

Le Gouvernement de la République a, d'autre part, conformément au désir exprimé par le Gouvernement britannique et que son Excellence Sir Francis Bertie lui a transmis par une note en date du 26 de ce mois¹⁾, autorisé M. Paul Cambon à prendre part à la réunion

¹⁾ No. 183.

²⁾ No. 112.

proposée par Sir Edward Grey pour rechercher avec lui et les Ambassadeurs d'Allemagne et d'Italie à Londres, les moyens de résoudre les difficultés actuelles.

Le Gouvernement de la République est prêt également à donner aux agents français à Saint-Pétersbourg, à Vienne et à Belgrade des instructions pour qu'ils obtiennent des Gouvernements russe, autrichien et serbe de s'abstenir de toute opération militaire active en attendant les résultats de cette conférence. Il estime toutefois que les chances de succès de la proposition de Sir Edward Grey reposent essentiellement sur l'action que Berlin serait disposée à Vienne *[sic]*. Une démarche auprès du Gouvernement austro-hongrois pour amener la suspension des opérations militaires paraît vouée à l'échec si l'influence de l'Allemagne ne s'est pas exercée au préalable sur le Cabinet de Vienne.

Le Garde des Sceaux, Président du Conseil et Ministre des Affaires Étrangères par intérim, saisit cette occasion de renouveler, &c.
Paris, le 27 juillet 1914

*Mit Übersetzung im BB No 51 (ohne den letzten Satz des Briefes)
veröffentlicht
Vgl. den letzten Absatz von F No. 50*

(34291)

No. 195

Herr Chilton an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 114

Haag, den 27. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich fragte den Minister des Äußern heute morgen, ob er über die politische Lage in Europa besonders besorgt sei. Seine Exzellenz meinte, er neige eher dazu, sie optimistisch zu beurteilen.

Ich habe seitdem erfahren, daß alle Kabinettsmitglieder, die auf dem Lande oder im Auslande waren, nach dem Haag zurückberufen wurden und daß die Königin heute hierher zurückkehrte und einen Ministerrat abhielt.

Der rumänische Gesandte hat mir soeben telephoniert, er höre, daß die holländische Armee mobil gemacht werden solle, aber ich glaube, dies ist den Tatsachen ein wenig vorausgeseilt, und ich kann keine Bestätigung des Gerüchtes erlangen.

Ich habe usw.

H. G. Chilton

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

Erhalten 28. Juli

No. 225

St. Petersburg, den 25. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm No. 167¹), das den Wortlaut einer amtlichen Mitteilung an die Presse über das von Österreich-Ungarn an Serbien gerichtete Ultimatum wiedergibt, hiermit die Übersetzung eines weiteren amtlichen Communiqués zu übermitteln, das heute in der „Wetschernoje Wremja“ veröffentlicht wurde. Obwohl es augenscheinlich nur den Besuch des französischen Präsidenten im Zusammenhang mit der internationalen Politik im allgemeinen behandelt, weist doch die Presse offen in dem Sinne darauf hin, daß es in direkter Beziehung zur österreichisch-serbischen Krise steht.

Die russische Presse ist einmütig in ihrer Verurteilung des österreichischen Vorgehens gegen Serbien und in der Annahme, daß Berlin die Aktion ermutigt hat oder daß es wenigstens damit einverstanden war. Mit Ausnahme der „Retsch“ nimmt die Presse eine drohende Haltung gegen Österreich ein und drängt die russische Regierung, ihre Grenztruppen sofort zu mobilisieren.

Die „Nowoje Wremja“ meldet, daß der russische Geschäftsträger in Wien die Weisung erhalten hat, der österreichischen Regierung eine Verlängerung der in der Note an die serbische Regierung festgesetzten Frist vorzuschlagen, um der russischen Regierung Zeit zu lassen, sich mit dem Inhalt der Note näher bekannt zu machen, und daß der hiesige österreichische Botschafter dem Auswärtigen Amt erst gestern morgen um 10 Uhr den Inhalt des heute abend um sechs ablaufenden Ultimatums mitgeteilt hat. Dieselbe Zeitung behauptet, der Chef der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes habe erklärt, das österreichische Schriftstück lege den Schluß nahe, daß die österreichische Regierung entschlossen sei, Verwicklungen mit Serbien herbeizuführen. Die „Nowoje Wremja“ beschwert sich darüber, daß sich kein einziger Gesandter der Dreiverbandsmächte auf seinem Posten in Belgrad befand, während sämtliche Vertreter des Dreibundes zur Stelle waren. Sie äußert die Ansicht, daß jede serbische Regierung, die in 48 Stunden einwillige, die unverschämten Forderungen Österreichs auszuführen, in den nächsten 48 Stunden aufgehört hätte zu regieren. Man habe — unter Androhung von Gewaltmaßnahmen im Falle der Nichteinwilligung — absichtlich unannehbare Forderungen an Serbien gestellt und nach der „Nowoje Wremja“

¹⁾ No. 109.

ist die beste Antwort darauf die Veröffentlichung der beiden obenerwähnten Communiqués. Dasselbe Organ führt, indem es die Haltung der russischen Regierung billigt, aus, daß sie sich diesmal nicht unversehens überraschen ließ, sondern mit der Festigkeit gehandelt habe, die der Würde Rußlands und den Wünschen seines Volkes entspreche. Diesmal werde man Rußland einig und bereit finden. Rußland wünsche für seine innere Entwicklung den Frieden, aber wenn der Krieg komme, werde es ein Volkskrieg und nicht nur ein Krieg der Regierung sein. Die meisten Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Wien, daß der österreichische Gesandte in Belgrad den Auftrag erhalten habe, die Stadt mit seinem ganzen Stab zu verlassen, falls Serbien nicht bis sechs Uhr sämtliche Bedingungen des Ultimatums angenommen habe.

Der „Petersburgh Courier“ erklärt in einem heftigen Leitartikel, das österreichische Ultimatum sei in seiner Unverschämtheit und seinem Zynismus ohne Beispiel, und zwar nicht nur hinsichtlich Serbiens, sondern auch des Dreiverbandes. Er bezweifelt nicht, daß Deutschland den österreichischen Angriff ermutigt, und schreibt das Verhalten der beiden Länder der schlechten Geschäftsleitung der Dreiverbandsmächte im nahen Osten zu. In dem Artikel heißt es, die Annahme der Forderungen durch Serbien sei ausgeschlossen und die einzige Hoffnung, die Lage zu retten, beruhe auf einem energischen Vorgehen des Dreiverbandes. Der „Petersburgh Courier“ drängt Rußland, seine Grenztruppen unverzüglich zu mobilisieren und die österreichische Regierung wissen zu lassen, daß Serbien nicht allein gegen Österreich zu kämpfen haben werde.

Die „Retsch“ meint, aus der russischen Note an Österreich, die eine Fristverlängerung vorschlage und die österreichisch-serbische Frage der internationalen Beurteilung unterbreite, gehe klar hervor, daß die russische Regierung die Lage nicht verstehe. Österreich und Deutschland hätten die Notwendigkeit, den Streitfall zu lokalisieren, betont, und Graf Tisza habe ausdrücklich verkündet, daß es sich hier um ein Nachgeben oder den Krieg handele. Die „Retsch“ ist gegen eine Intervention; sie erinnert ihre Leser daran, daß die Bundesgenossen Rußlands ihre Unlust, sich wegen Verwicklungen im nahen Osten auf einen Konflikt einzulassen, bisher deutlich gezeigt haben, und fügt dem hinzu: „unsere englischen Freunde erteilen uns bereits den klugen Rat nachzugeben“. Der Verfasser ist der Ansicht, das Ultimatum sei der erste Zug in einem abgekartenen Spiel, um den Dreiverband in einen europäischen Krieg zu verwickeln, und es sei noch möglich, der Schlinge zu entgehen. Doch der einzige Weg, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren, bestünde, wie die „Retsch“ behauptet, darin, daß man von jeder Ermutigung Serbiens absehe, worin Rußland bereits bis zu einem gewissen Grade gefehlt habe.

Nach der „Bourse Gazette“ schwiebte innerhalb der letzten vierzig Jahre die Frage von Krieg oder Frieden in Europa nie so auf der Schneide, und die volle Wucht des Ultimatums mache sich in Petersburg und Paris mehr als in Belgrad fühlbar. Die „Bourse Gazette“ gibt Serbien den Rat, die Lage sorgsam zu erwägen, ehe es einen Entschluß faßt, gleichzeitig warnt sie aber Österreich, daß das Rußland von 1914 nicht mehr das Rußland von 1908 sei und daß, einerlei wie ein österreichisch-serbischer Krieg auch ausgehen möge, Rußland nie und unter gar keinen Umständen einen Eingriff in die Integrität oder die Unabhängigkeit Serbiens dulden werde.

Der „Swjet“ meint, die Friedensaussichten seien gering und die Aussichten, den Kampf auf Österreich und Serbien zu beschränken, seien noch geringer. Dies Organ bemerkt, man glaube allgemein, daß Deutschland und Italien das österreichische Vorgehen gebilligt hätten, was bedeute, daß man in Berlin die Chancen eines Krieges sorgfältig erwogen habe. Möglicherweise ist die deutsche Regierung nach dem „Swjet“ der Ansicht, daß für Deutschland ein Krieg jetzt vorteilhafter sei als in einem oder zwei Jahren; aber wenn diese Vermutung zutreffe, dann wäre die Anwesenheit des Deutschen Kaisers in den norwegischen Gewässern merkwürdig.

Das „Rußkoje Slowo“ meint, daß, wenn England nur ein Wort sagen würde, der Friede erhalten bliebe und daß dann Berlin und Wien gleichzeitig eine scharfe Zurechtweisung zuteil würde, die die beiden Kabinette zur Vernunft bringen werde.

Ich habe usw.

George W. Buchanan

Anlage zu No. 196

Amtliches Communiqué

(Aus der „Wetschernoje Wremja“ vom 25. Juli 1914)

Der Besuch des Präsidenten der französischen Republik hat den Regierungen der beiden verbündeten und befreundeten Nationen Gelegenheit gegeben, vollste Übereinstimmung in ihren Ansichten über verschiedene Fragen der internationalen Politik festzustellen, deren Erörterung durch ihre Sorge sowohl um die Erhaltung des Friedens wie auch des politischen Gleichgewichts in Europa und namentlich im nahen Osten veranlaßt wurde.

(34288)

No. 197

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.)

Nisch, den 28. Juli 1914

E. 8^o vorm.

Zwei serbische Handelsschiffe bei Orsova von ungarischem Monitor gekapert. Zwei andere serbische Dampfer beschossen und beschädigt.

Ich habe serbischer Regierung dringend größte (? Vorsicht) und Mäßigung während schwebender Versuche, friedliche Lösung herbeizuführen, empfohlen.

Im BB No. 65 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34255)

No. 198

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 175

St. Petersburg, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 8⁴⁰ nachm.

E. 28. Juli 9^o vorm.

Mein Telegramm No. 173 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Ich fand Minister des Äußern heute nachmittag sehr versöhnlich und zuversichtlicher gestimmt. Er sagte, er wisse nicht, ob Österreich auf freundschaftlichen Meinungsaustausch, den er vorgeschlagen, eingehen werde; aber wenn ja, dann möchte er während der ganzen Dauer der sich ergebenden Besprechungen in enger Fühlung mit den anderen Mächten bleiben. Er werde seinen ganzen Einfluß in Belgrad aufbieten, um serbische Regierung zu veranlassen, Österreich soweit als möglich Genugtuung zu geben; doch die territoriale Integrität Serbiens müsse verbürgt und seine Rechte als souveräner Staat müßten geachtet werden, damit es nicht zum Vasallen Österreichs werde. Er warf Gedanken hin, Mächte könnten, um Österreich in Zukunft vor revolutionärer serbischer Propaganda zu schützen und um es zu bewegen, auf einige seiner übermäßigen Forderungen zu verzichten, vertraulich übereinkommen, ihre diplomatischen Vertreter in Belgrad anzzuweisen, ständig in Fühlung miteinander zu bleiben und alle Nachrichten auszutauschen, die dem einen oder andern über gegen Österreich gerichtete serbische Machenschaften oder Verschwörungen etwa zuflössen. Falls ihnen eine derartige Nachricht zugeinge, sollten sie ermächtigt sein, Druck auf serbische Regierung auszuüben, um Heran-

¹⁾ No. 170.

reifen solcher Verschwörungen zu verhindern. Während keine Rede davon sein dürfe, ihnen Charakter einer internationalen Kommission zu verleihen, würden Gesandte durch Zusammenwirken imstande sein, antiösterreichische Bewegungen scharf zu beaufsichtigen. Er wies wieder auf Tatsache hin, daß 1908* von Serbien übernommene Verpflichtungen, auf die österreichisches Ultimatum Bezug nahm, Mächten gegenüber eingegangen seien. Auf meine Frage, ob er Absicht habe, diesbezüglichen Vorschlag zu machen, meinte Seine Exzellenz, das wäre sehr schwierig für ihn. Er würde bei weitem vorziehen, daß Vorschlag von Ihnen ausginge, und er bat mich, Ihnen zu sagen, daß er im Falle Ihrer Zustimmung dankbar wäre, wenn Sie damit hervortreten könnten.

Ich erkundigte mich dann, ob er von Ihrem Vorschlag einer Konferenz der vier Mächte¹⁾ gehört habe, und als er dies bejahte, teilte ich ihm vertraulich Weisungen, die Sie an mich gesandt, mit und fragte, ob er direkten Gedankenaustausch, den er vorgeschlagen habe, solch einer Konferenz vorziehe. Deutscher Botschafter, den ich soeben gesprochen, hätte persönliche Ansicht geäußert, daß ersteres Österreich genehmer wäre. Seine Exzellenz bemerkte, er sei durchaus bereit, aus der Sache herauszubleiben, wenn andere Mächte Konferenz annähmen, aber er hoffe bestimmt, Sie würden in diesem Falle mit russischem Botschafter in Fühlung bleiben.

Von meinen drei Kollegen hat bislang nur italienischer Botschafter Weisungen erhalten.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

Im BB No. 55 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Stellen) veröffentlicht

(34312)

No. 199

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 111

Wien, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 12⁷ vorm.

E. 28. Juli 10³⁰ vorm.

Der russische Botschafter hatte heute eine lange und ernste Unterredung mit Baron Macchio, dem Unterstaatssekretär des Äußern²⁾. Er sagte, da er gerade von St. Petersburg auf seinen Posten zurückgekehrt, sei er über den Stand der öffentlichen Meinung Rußlands und über die Ansichten der russischen Regierung gut unterrichtet. Er

¹⁾ No. 140.

²⁾ Vgl. R No. 41.

* Richtig: 1909.

könne dem Unterstaatssekretär versichern, daß, wenn Krieg mit Serbien wirklich ausbreche, seine Lokalisierung unmöglich sei, weil Rußland, das bei früheren Gelegenheiten und namentlich in der Annexionskrise von 1909 nachgegeben habe, dazu nicht mehr bereit sei. Er hoffe daher ernstlich, daß vor einem tatsächlichen Einfall in Serbien noch etwas geschehen könne. Unterstaatssekretär entgegnete, daß dies nun schwierig sein dürfte, da schon ein Scharmützel an der Donau stattgefunden habe, bei dem die Serben die Angreifer gewesen seien. Russischer Botschafter erwiderete, er werde sein Äußerstes tun, um die Serben während etwa noch stattfindender Verhandlungen ruhig zu halten, und er sagte mir, er werde der russischen Regierung raten, die serbische Regierung zu veranlassen, daß sie sich vor einem eventuellen österreichischen Vormarsch zurückziehe und solange als möglich einen Zusammenstoß vermeide. Derart gewonnene Zeit sollte genügen, um Lösung zu finden. Er habe eben von einer befriedigenden Unterredung gehört, die der russische Minister des Äußern gestern mit dem österreichischen Botschafter in St. Petersburg gehabt habe. Ersterer hätte zugegeben, daß vieles an der österreichisch-ungarischen Note an Serbien durchaus annehmbar sei, und sie hätten sich in der Tat über die Bürgschaften so gut wie geeinigt, die man vernünftigerweise von Serbien für sein künftiges Wohlverhalten Österreich-Ungarn gegenüber fordern könne. Russischer Botschafter ersuchte dringend, daß der österreichische Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden solle, Besprechung mit russischem Außenminister fortzusetzen, der durchaus geneigt sei, Serbien Nachgiebigkeit in allem anzuraten, was Österreich-Ungarn billigerweise von einem unabhängigen Staat verlangen könne. Unterstaatssekretär versprach, diese Anregung dem Minister des Äußern zu unterbreiten.

Russischer Botschafter ist hinsichtlich möglicher Beilegung etwas hoffnungsvoller gestimmt infolge ihm wie auch mir vom französischen Botschafter mitgeteilten Umstandes, wonach deutscher Botschafter in Paris gestern abend Bemerkungen zur französischen Regierung machte, die darin, daß Deutschland nicht mehr gänzlich Gedanken der Vermittlung ausschließe, um Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhüten. Russischer Botschafter meint jedoch, beste Aussicht für Regelung liege, wie von ihm vorgeschlagen, in direkter Unterhandlung mit St. Petersburg.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

*Im BB No. 56 (paraphrasiert und ohne letzten Absatz)
veröffentlicht*

V e r m e r k

Der erste Hoffnungsschimmer. — E. A. C. 28. Juli.

(34304)

No. 200

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 112

Wien, den 27. Juli 1914

A. 12⁴⁵ vorm.

E. 11⁰ vorm.

Folgendes vom Militärattaché für Leiter der Operationsabteilung:
„Bestätigung, daß VIII. Armeekorps ganz und IX. wenigstens teilweise mobil gemacht. Hauptbahnlinie Prag—Pilsen—Wien—Budapest—Temesvar während Transportperiode gesperrt, scheint auf Einschluß dieser Korps in Feldarmee hinzuweisen.“

Alle Kavallerieregimenter II. Armeekorps nun im Abmarsch nach Galizien und jetzt Mobilmachung von 6 Feldartillerieregimentern. Ein anderes Regiment II. Armeekorps Wien heute verlassen, noch ungewiß welches.

Konsul in Ragusa meldet Abmarsch Truppen nach Castelnuovo. Lokalblätter veröffentlichen Berichte über große Tätigkeit in Montenegro.

Teilmobilmachung wird gemeldet.

Zuverlässigen Nachrichten zufolge soll XII. Armeekorps vorerst nur teilweise mobil gemacht werden.

Eisenbahnen zwischen Hermannstadt und Kronstadt und rumänischer Grenze dauernd für öffentlichen Verkehr gesperrt.

Grenze Versammlungsraums in Südungarn scheint jetzt von Mitrovitz nach Jca im Westen, nach Bazfracs (*sic!*¹) (südlich Weißkirchen) im Osten zu verlaufen.

Mein italienischer Kollege sagt mir, er habe zuverlässige Nachricht, daß Tiroler Truppen von Grenze zurückgezogen und ganzes XIV. Armeekorps in Reserve gehalten wird.

Ich hörte heute inoffiziell, daß die Militärattachés sich voraussichtlich 3. August nach noch unbekanntem Bestimmungsort begeben werden.“

(34339)

No. 201

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 457

Konstantinopel, den 27. Juli 1914

A. 27. Juli 9³⁰ nachm.

E. 28. Juli 11⁵⁵ vorm.

Großwesir sagt mir, daß er bereit war, morgen nach Brüssel zu reisen, aber Unterbrechung der Bahnverbindungen und offenbar Rück-

¹) Sollte wahrscheinlich Bazias heißen.

kehr griechischen Ministerpräsidenten nach Athen wird alsbaldiges Zusammentreffen verhindern, das, wie er hofft, nur aufgeschoben ist.
(Gleichlautend nach Athen)

(34346)

No. 202

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 125

Rom, den 27. Juli 1914
A. 27. Juli 9¹⁵ nachm.
E. 28. Juli mittags

Mein Telegramm No. 123 vom 26. Juli:¹⁾ Österreich und Serbien.

Ich habe soeben Minister des Äußern gesprochen, der nach Rom zurückgekehrt ist. Er bezweifelt sehr, ob Deutschland geneigt sein wird, Österreich aufzufordern, militärische Aktion vor Konferenz einzustellen, hofft jedoch, daß militärische Aktion durch sofortigen Zusammentritt der Konferenz faktisch aufgeschoben werden könne. Nach gegenwärtigen Nachrichten sieht er keine Möglichkeit, daß Österreich von irgendeinem der in Note an Serbien niedergelegten Punkte ablassen werde, meint aber, daß, wenn Serbien sie noch nachträglich annehme, Österreich sich zufriedengeben würde, und wenn es Grund zum Glauben habe, daß Mächte entsprechenden Rat erteilten, würde Österreich Aktion vielleicht aufschieben. Serbien lasse sich möglicherweise dazu bringen, Note auf Rat der vier zur Konferenz eingeladenen Mächte vollständig anzunehmen. Das würde Gesicht Serbiens wahren, indem es ihm zu denken gestatte, daß es Europa und nicht Österreich allein nachgegeben habe.

Dies ist auch Ansicht serbischen Vertreters hier, vorausgesetzt, daß erklärt werden könnte, wie Punkt 5 und 6 der Bedingungen ausgelegt würden.

Minister des Äußern sagte mir vor und nach Mitteilung der Note und heute wieder aufs bestimmteste, Österreich habe ihm zugesichert, daß es kein Gebietsopfer von Serbien verlange.

Wiener Telegramme an hiesige Presse, wonach Österreich Erklärungen italienischer Regierung günstig beurteile, seien unbegründet. Er habe Österreich gegenüber keine Ansicht über Note geäußert.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

Im BB No. 57 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles) veröffentlicht

¹⁾ No. 154.

(34255)

No. 203

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 388

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 1²⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 175 vom 27. Juli¹⁾.

Es ist höchst erfreulich, daß Aussicht auf einen direkten Meinungsaustausch zwischen der russischen und österreichischen Regierung besteht.

Ich würde gerne mit irgendeinem praktischen Vorschlag zur Förderung der Sache hervortreten, aber ich bin mir nicht ganz klar darüber, was die Gesandten in Belgrad nach Ansicht des russischen Außenministers tun sollen. Könnte er sich nicht zuerst im Gedankenaustausch mit Österreich bereit erklären, bei einem derartigen Plan mitzuwirken? Dieser dürfte dann vielleicht bestimmtere Gestalt annehmen.

(Gleichlautend nach Paris No. 253; nach Berlin No. 216; Wien No. 174; Rom No. 213 und Nisch No. 28)

Im BB No. 69 (leicht paraphrasiert) veröffentlicht

(34228)

No. 204

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 252

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 89 vom 27. Juli²⁾.

Abneigung der Franzosen entspringt vermutlich dem Wunsche, Anschein zu vermeiden, als seien sie uneins mit Rußland, und ich kann sie nicht drängen, diese Gefahr zu laufen.

(34427)

No. 205

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 126

Rom, den 28. Juli 1914

A. 12¹⁰ nachm.

E. 2¹⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 200 vom 25. Juli³⁾ nach Berlin.

Ich habe Inhalt dem Außenminister mitgeteilt, der unverzüg-

¹⁾ No. 198.

²⁾ No. 184.

³⁾ No. 120.

lich in genau den gleichen Ausdrücken nach Berlin und Wien telegraphiert hat.

Im BB No. 63 veröffentlicht

(34519)

No. 206

Mitteilung des russischen Botschafters, 28. Juli 1914

Télégramme de M. Sazonoff en date du 14/27 Juillet 1914

Répété à Paris et à Berlin

Confidentiel

L'Ambassadeur d'Angleterre est venu s'informer si nous jugeons utile que l'Angleterre prenne l'initiative de convoquer à Londres une conférence des Représentants de l'Angleterre, la France, l'Allemagne et l'Italie, pour étudier une issue à la situation actuelle.

J'ai répondu à l'Ambassadeur que j'ai entamé des pourparlers avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, en conditions que j'espère favorables. Pourtant je n'ai pas encore reçu de réponse à la proposition que j'ai faite d'une révision de la note entre les deux Cabinets.

Si des explications directes avec le Cabinet de Vienne se trouvaient irréalisables, je suis prêt à accepter la proposition anglaise, ou toute autre de nature à résoudre favorablement le conflit.

Je voudrais pourtant écarter dès aujourd'hui un malentendu qui pourrait surgir de la réponse donnée par le Ministre de la Justice Français à l'Ambassadeur d'Allemagne, concernant des conseils de modération à donner au Cabinet Impérial.

Mit Übersetzung im BB No. 53 veröffentlicht

Vgl. No. 179

Anmerkung: Das Dokument stellt so, wie im Blaubuch und hier zum Abdruck gelangt, eine genaue Wiedergabe des Maschinenschriftblattes dar, das Graf Benckendorff auf dem Auswärtigen Amt hinterlassen hat. Aus der später nach den Archiven in St. Petersburg veröffentlichten Fassung geht hervor, daß der folgende Schlußsatz des Originals, wie es dem Grafen Benckendorff telegraphisch zuging, weggelassen wurde:

S'il s'agit d'une action modératrice quelconque à St. Pétersbourg, nous la déclinons à l'avance, vu que dès le début nous avons pris une position à laquelle nous ne pouvons rien changer, car nous allons déjà au-devant de toutes les exigences acceptables de l'Autriche.

Eine Prüfung des vom Grafen Benckendorff ausgehändigten Dokumentes zeigt in der Tat, daß das untere Ende der Seite abgeschnitten wurde. Die Erklärung dafür scheint zu sein, daß dies Telegramm, das ursprünglich an den russischen Botschafter in Paris gerichtet war, aus zwei Teilen bestand, die im russischen Original klar unterschieden sind. Die ersten drei Absätze

bezogen sich nämlich auf die Vorschläge, die Sir George Buchanan Herrn Sasonow in St. Petersburg übermittelte; dagegen bezogen sich die letzten beiden Absätze auf eine Mitteilung, die Herrn Sasonow durch Herrn Iswolsky in Paris zugegangen war. Somit war es ganz natürlich, daß Graf Benckendorff an Sir Edward Grey nur den ersten und nicht auch den zweiten Teil weitergab, der mit der britischen Regierung nichts zu tun hatte. Anscheinend kam in der russischen Botschaft in London ein Versehen vor; man hätte die beiden letzten Absätze weglassen sollen, während tatsächlich nur der letzte weggelassen wurde. Der letzte Absatz ist so, wie er oben steht, offensichtlich unvollständig.

Die Wiedergabe in „The Falsifications of the Russian Orange Book“, einer Übersetzung nach der deutschen Ausgabe „Die Fälschungen des russischen Orangebuches“, ist unrichtig, denn sie erweckt den Eindruck, daß der vierte Absatz einen Teil der Bemerkungen berichtet, die Herr Sasonow zu Sir George Buchanan machte; die Schilderung ist indirekt und nicht in Absätze eingeteilt; dazu liegt auf Grund des russischen Originals keine Berechtigung vor. Die richtige Fassung ist in „Un Livre Noir“, Band II, Seite 279/80, veröffentlicht; aber dort fehlen die Worte von „concernant“ bis „Cabinet Impérial“.

(34514)

No. 207

Mitteilung des russischen Botschafters, 28. Juli 1914

Confidentiel

Le 15/28 Juillet 1914

M. Sazonoff télégraphie qu'il a eu Dimanche un entretien prolongé avec le Comte Szapary.

En examinant *la réponse de la Serbie aux¹⁾* (avec lui les) 10 points formulés par la note Autrichienne, M. Sazonoff a fait observer sous forme amicale que si même la Serbie *a pu s'y soumettre* (*s'y soumettait*), malgré le rédaction malheureuse de la note Autrichienne, quelques-unes des exigences Autrichiennes seront irréalisables.

Ainsi les points 1 et 2 exigent l'assentiment législatif de la Skoupcchina Serbe à la modification des lois sur la presse et le droit d'association, assentiment qui ne pourra guère être obtenu.

Les points 4 et 5 ne manqueraient pas de provoquer des conséquences des plus dangereuses, tels que des complots anarchiques contre les Membres de la Famille Royale et le Président du Ministère, un résultat qui certainement n'entre pas dans les vues du Gouvernement Impérial et Royal.

Quant aux autres points, M. Sazonoff a dit à l'Ambassadeur qu'il lui semblait que moyennant certaines modifications dans les détails un terrain d'accord pourrait être trouvé sans difficulté, pour peu que les accusations formulées soient basées sur des preuves suffisantes.

¹⁾ Aus einer berichtigten Abschrift, die Graf Benckendorff später übermittelt hat (No. 258), geht hervor, daß die Worte in Kursivdruck unrichtig übersetzt waren; sie sind durch die unmittelbar darauffolgenden eingeklammerten Worte zu ersetzen. Siehe auch Nr. 208, Anlage 2.

M. Sazonoff a ajouté que dans l'intérêt de la paix, un intérêt que l'Ambassadeur d'Autriche venait de déclarer aussi précieux pour l'Autriche-Hongrie que pour les autres Puissances, il serait urgent de mettre fin le plus tôt possible à la tension actuelle.

Dans ce but M. Sazonoff a exprimé le désir que le Comte Szapary soit muni des pouvoirs nécessaires pour entrer avec lui dans un échange d'idées privé qui permettraient une révision de quelques points de la note Austro-Hongroise du 10/23 Juillet.

De cette façon, pense-t-il, il serait peut-être possible de trouver une formule acceptable pour la Serbie et répondant en même temps, pour l'essentiel, aux exigences du Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale.

Englische Übersetzung in R No. 25

Vermerke

Ich glaube nicht, daß die Art und Weise, in der Herr Sasonow diese „freundschaftlichen Unterhandlungen“ eröffnet hat, geeignet ist, zu einem Ergebnis zu führen. Er sagt dem österreichischen Botschafter in der Tat, daß Serbien einen Teil dessen, was es zu tun versprochen hat, nicht tun kann, und er verlangt, Österreich soll die Revision einiger Punkte der österreichischen Note mit ihm besprechen — einer Note, die bereits veröffentlicht und andern mitgeteilt worden ist. — A. N. 28. Juli 1914.

Am selben Tag, an dem ich der deutschen Regierung gegenüber nachdrücklich geltend machte, daß die serbische Note beinahe alles bewilligt habe, was Österreich verlangte, und daß die österreichische Regierung sie wohlwollend in Betracht ziehen sollte, sagte Herr Sasonow zum österreichischen Botschafter, die serbische Note sei viel weniger wert, als sie äußerlich zu sein scheine!! — E. G.

(Im Auftrag des Staatssekretärs sind die obigen Vermerke zu streichen.)¹⁾
A. N.

(34514)

No. 208

Der russische Botschafter an Sir A. Nicolson

Dienstag, den 28. Juli
Chesham House, Chesham Place, S. W.

Mein lieber Nicolson,

Ich sende Ihnen hiermit das letzte heute morgen eingegangene Telegramm Herrn Sasonows.

Ich entnehme daraus, daß er bei seiner Unterredung mit Graf Szapary nur die österreichische Note und nicht die serbische Antwort, zum mindesten nicht den Text, in Händen hatte, den er nach dem anliegenden Telegramm gestern erhielt.

¹⁾ Vgl. den Vermerk zu No. 208.

Ferner bemerke ich, daß in der Übersetzung des Gesprächs mit Graf Szapary, die ich Ihnen heute morgen gab, ein Fehler unterlaufen ist¹⁾; die richtige Übersetzung, die ich in besonderem Um-
schlag beifüge, liefert einen weiteren Beweis dafür, daß Herr Sa-
sonow über die serbische Antwort nur mangelhaft unterrichtet war.

Ihr ergebener
B e n c k e n d o r f f

2 Anlagen.

Ich werde Ihnen eine neue berichtigte Abschrift des fraglichen
Telegramms schicken²⁾.

V e r m e r k

Daraus geht klar hervor, daß Herr Sasonow nicht die serbische Antwort
sondern die österreichische Note kritisiert hat, und die absprechenden Bemer-
kungen über die Äußerungen Sasonows müssen gestrichen werden³⁾. — E. G.

Anlagen zu No. 208

1)

Chesham House, Chesham Place, S. W.

Télégramme de M. Sazonoff en date du 14/27 Juillet 1914

Je viens de prendre connaissance de la réponse remise par le
Gouvernement Serbe au Baron Giessl.*

Cette réponse par sa modération et la disposition exprimée par
la Serbie de donner à l'Autriche la satisfaction la plus positive, dé-
passe tout ce que à quoi je m'attendais.

Je ne puis concevoir en quoi peuvent consister les exigences
ultérieures de l'Autriche-Hongrie, à moins qu'elle ne cherche qu'une
prétexte pour une campagne contre la Serbie.

2)

Bitte zu lesen „si même la Serbie s'y soumettait“ anstatt „si
même la Serbie a pu s'y soumettre“.

¹⁾ No. 207.

²⁾ Siehe No. 258.

³⁾ Siehe die Vermerke zu No. 207.

* Richtig: Giesl.

Sir A. Nicolson an Sir Edward Grey

Cadogan Gardens 53, S. W., den 28. Juli 1914.

Mein lieber Grey,

Sie werden aus dem späteren Telegramm¹⁾, das mir Benckendorff schickte und das ich an Sie weitergab, ersehen haben, daß wir Sasonow unbewußt Unrecht getan haben. Er hat nämlich dem österreichischen Botschafter gegenüber nicht die serbische Antwort kritisiert sondern die österreichische Note — etwas ganz anderes —, und als er die serbische Antwort erhielt, war er sehr zufrieden damit und sagte, sie gehe in ihren Konzessionen weiter, als er für möglich gehalten habe.

Ihr aufrichtig ergebener
A. Nicolson

*Der russische Botschafter an Sir A. Nicolson*Den 28. Juli abends
Chesham House, Chesham Place, S. W.

Mein lieber Nicolson,

1. Ich lege hier ein Telegramm bei, das ich sehr spät heute abend erhalten habe.

2. Je länger ich darüber nachdenke, desto mehr drängt sich mir der Schluß auf, daß Herr Sasonow die serbische Antwort nicht oder nur mangelhaft kannte, als er mit Graf Szapary sprach. Er hat überhaupt nie aus ihr zitiert. Er sagt nicht: Obgleich Serbien angenommen hat, sondern „selbst wenn Serbien annehmen sollte“. Und nachdem er gestern endlich die serbische Antwort erhalten, telegraphiert er ganz anders. Ich weiß nicht, ob all dies jetzt noch von wirklicher Bedeutung ist. Auf jeden Fall verleiht das dem Telegramm, das ich Ihnen — zu meinem großen Bedauern unrichtig übersetzt — gestern über gab²⁾, einen anderen Sinn.

Ihr aufrichtig ergebener
Benckendorff

¹⁾ No. 208. Siehe auch No. 185.

²⁾ No. 207. Vgl. auch No. 208/09.

Anlage zu No. 210

Télégramme de M. Sazonoff en date du 15/28 Juillet 1914

Confidentiel

Mes entretiens avec l'Ambassadeur d'Allemagne confirment mon impression que l'Allemagne est plutôt favorable à l'intransigeance de l'Autriche.

Le Cabinet de Berlin, qui aurait pu arrêter tout le développement de la crise, paraît n'exercer aucune action sur son alliée.

L'Ambassadeur trouve insuffisante la réponse de la Serbie.

Cette attitude allemande est tout particulièrement alarmante.

Il me semble que mieux que toute autre Puissance l'Angleterre serait en mesure de tenter encore d'agir à Berlin pour engager le Gouvernement Allemand à l'action nécessaire. C'est à Berlin qu'indubitablement se trouve la clef de la situation.

Mit Übersetzung im BB No. 54 veröffentlicht

(34317)

No. 211

Mitteilung der französischen Botschaft

French Embassy, Londres

Le Gouvernement de la République accepte la proposition de Sir Edward Grey¹⁾ relative à une intervention de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Allemagne et de l'Italie en vue d'éviter les opérations militaires actives sur les frontières autrichiennes, russes et serbes; il a autorisé M. P. Cambon à prendre part aux délibérations de la réunion à quatre qui doit se tenir à Londres.

L'Ambassadeur de France à Berlin a reçu pour instructions, après s'être concerté avec l'Ambassadeur d'Angleterre à Berlin, d'appuyer la démarche de ce dernier dans la forme et la mesure qui seraient jugées opportunes.

M. Viviani est prêt à envoyer aux Représentants français à Vienne, Pétersbourg et Belgrade des instructions dans le sens suggéré par le Gouvernement Britannique.

27 Juillet 1914

Mit Übersetzung im BB No. 52 veröffentlicht

¹⁾ No. 140.

Mitteilung des russischen Botschafters

Den 28. Juli 1914

Im Auftrage seiner Regierung benachrichtigte der österreichische Botschafter in Paris gestern (27.) den stellvertretenden Minister des Äußern, daß die serbische Antwort als unbefriedigend angesehen werde und daß Österreich-Ungarn jedenfalls am andern Tag (28.) energische Schritte unternehmen werde, um Serbien zu zwingen, ihm die verlangten Sicherheiten zu geben. Auf die Frage des Herrn Bienvenu-Martin, worin diese Schritte bestehen würden, erwiderte Seine Exzellenz, er sei darüber nicht genau unterrichtet, es könne sich aber nur 1. um ein Ultimatum, 2. um eine Kriegserklärung oder 3. um ein Überschreiten der serbischen Grenze handeln.

Vorstehendes durch Graf Benckendorff mitgeteilt. — A. N.

Es ist ein Telegramm, das Herr Iswolsky nach Petersburg und gleichlautend hierher gesandt hat. — A. N.

Dies wurde Sir George Buchanan am 29. Juli telegraphisch mitgeteilt

Vgl. F No. 75, sowie Oe II No. 62 und 70. Herrn Iswolskys Telegramm nach St. Petersburg ist in R No. 37 und R II veröffentlicht

Anmerkung. Der letzte Satz weicht von dem ursprünglich im russischen Orangetbuch veröffentlichten Wortlaut etwas ab. So wie hier wiedergegeben, stimmt er mit demjenigen in R II und mit der Darstellung des Herrn Bienvenu-Martin überein.

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 14

Haag, den 28. Juli 1914

A. 10⁴⁰ vorm.E. 2¹⁵ nachm.

Königin der Niederlande kehrte gestern eiligst nach dem Haag zurück und hielt zweimal Ministerrat ab.

Ich höre, daß aller Urlaub in Armee und Marine eingestellt ist und daß beurlaubte Offiziere und Mannschaften zurückbeordert wurden. Vorbereitungen sind im Gange, um wenn nötig möglichst rasch

mobil zu machen. Regierung hat für Bedarfsfall alle Schlepper in Amsterdam, Rotterdam und anderen Häfen requirierte. Truppenbewegungen werden im ganzen Lande durchgeführt und Nachtübungen finden statt.

(34429)

No. 214

Generalkonsul Sinclair an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 6

Brindisi, den 28. Juli 1914

A. 1³⁰ nachm.

E. 2³⁰ nachm.

Aus Montenegro zurückgekehrter Vizekonsul Watson meldet Mobilmachung.

Telegraphische Verbindung gestört.

Österreichisches Kriegsschiff und 3 Torpedoboatszerstörer auf Höhe von Antivari.

Montenegro bereit, Häfen zu räumen.

(34431)

No. 215

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 97

Berlin, den 28. Juli 1914

A. 2⁸ nachm.

E. 2⁴⁵ nachm.

Mein gestriges Telegramm¹⁾.

Staatssekretär des Auswärtigen äußerte sich gestern über Ihren Vorschlag im gleichen Sinn zu meinem französischen und italienischen Kollegen. Ich habe seine Antwort heute morgen mit meinen beiden Kollegen besprochen und wir stellten fest, daß er uns allen bei Ablehnung vorgeschlagener Konferenz sagte, er wünsche dennoch mit uns für Erhaltung allgemeinen Friedens zu arbeiten. Wir schlossen daraus, daß er sich, wenn sein Wunsch aufrichtig ist, nur an Form Ihres Vorschlags stößt. Wir fragten uns daher, ob Sie Vorschlag unter Wegfall des Wortes „Konferenz“ etwa in andere Form kleiden oder ihm sogar vielleicht nahelegen könnten, er selbst möge Richt-

¹⁾ No. 185.

linien entwerfen, die ihm ein Zusammenwirken mit uns ermöglichen.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

Im BB No. 60 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles) veröffentlicht

Vgl. No. 223 und F No. 73, 74

Vermerke

Sir E. Grey hat heute nach Berlin telegraphiert, daß er seine Anregungen zurückstellen will, falls überhaupt Aussicht auf direkten Meinungsaustausch zwischen Wien und St. Petersburg besteht. — G. R. C. 28. Juli 1914.

Doch abgesehen davon ist der Gedanke sehr gut, Deutschland zu fragen, was es denn den Mächten vorzuschlagen habe, wenn es — wie es behauptet — so bestrebt ist, für den Frieden zu arbeiten. — E. A. C. 28. Juli.

Ich habe diese Beteuerungen ein wenig satt und möchte nun eine wirkliche Tat sehen. Sollten direkte Besprechungen zwischen Wien und St. Petersburg stattfinden, dann würden wir besser keine neuen Vorschläge machen, um die Sache nicht zu verwirren. — A. N.

(34433)

No. 216

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 91

Paris, den 28. Juli 1914

A. 1^o nachm.

E. 2⁵⁰ nachm.

Lord Granville traf russischen Botschafter gestern abend auf Diner. Seine Exzellenz sprach ihm seine Überzeugung aus, daß Krieg unvermeidlich ist und zwar durch Schuld Englands; daß, wenn England sogleich seine Solidarität mit Rußland und Frankreich sowie seine Absicht erklärt hätte, notfalls zu kämpfen, Deutschland und Österreich gezögert hätten, während, wie die Dinge liegen, Seiner Majestät Regierung Österreich ermutigt habe. Herr Iswolsky wollte keinen Entschuldigungen zugunsten Österreichs Gehör schenken. Er meinte, daß ein Versprechen Österreichs, territoriale Integrität Serbiens zu achten, wertlos sei, wenn Serbien in Abhängigkeitsverhältnis erniedrigt würde, und daß Österreich beabsichtige, deutschen Einfluß und Macht in Richtung auf Konstantinopel auszudehnen, was Rußland ganz unmöglich zugeben könne. Er fügte hinzu, diese Eventualität sollte England ebenso zuwider sein wie Rußland. Seine Exzellenz erklärte, daß Österreich freie Hand in Serbien zu lassen eine ebensolch tiefe Demütigung für Rußland sein würde wie jene, die er selbst 1909 hatte einstecken müssen; er habe damals keine Wahl gehabt, da Rußland nicht in der Lage war zu kämpfen, aber Situation sei jetzt anders. Seine Exzellenz führte weiter aus, man habe ihn 1909 wegen seiner Annahme deutschen Vorschlags ohne vorherige Beratung mit England und Frankreich schwer getadelt,

er habe dies jedoch absichtlich getan, damit Demütigung auf Rußland allein und nicht auf alle drei Mächte der *entente* falle, was sonst deren Zusammenbruch bedeutet hätte.

(Gleichlautend nach Petersburg, 28. Juli 6³⁰ nachm., No. 394)

No. 217

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 98

Berlin, den 28. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Folgendes vom Konsulatsverweser in Danzig:

„Vier deutsche Torpedoboote, 82 S, 83 S, 84 S, 86, sind gestern, 27. Juli, ausgelaufen.“

(34231)

No. 218

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 218

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 4⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 96 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Ihre Auslegung vorgeschlagener Konferenz ist ganz richtig. Es würde sich um kein Schiedsgericht handeln sondern um eine vertrauliche und nicht formelle Erörterung, um zu ermitteln, welcher Vorschlag im Interesse einer Schlichtung gemacht werden könnte; aber keiner würde vorgebracht werden, ehe nicht feststünde, daß er für Österreich und Rußland annehmbar wäre, mit denen die beratenden Mächte durch ihre beiderseitigen Verbündeten leicht in Fühlung bleiben könnten.

Aber ich bin ganz der Meinung, daß direkter Gedankenaustausch zwischen Österreich und Rußland das allerbeste Verfahren ist, und solange eine Aussicht darauf besteht, würde ich jeden anderen Vorschlag zurückstellen.

Ich erfahre, daß russischer Minister des Äußern österreichischer Regierung freundschaftlichen Meinungsaustausch vorgeschlagen hat, und wenn Österreich darauf eingeht, wird das ohne Zweifel Entspannung herbeiführen und Lage weniger kritisch gestalten.

Es ist sehr erfreulich, vom deutschen Botschafter hier zu hören, daß deutsche Regierung in Wien Schritte im Sinne der gestern in

¹⁾ No. 185.

meinem Telegramm No. 208 an Sie aufgezeichneten Unterhaltung¹⁾ getan hat.

Bitte den Außenminister verständigen.

(Gleichlautend nach Paris No. 255 und St. Petersburg No. 391; ebenso, aber „nur zu Ihrer persönlichen Information“, nach Wien No. 176/77, Rom No. 214/15, Nisch No. 30/31)

Im BB No. 67 (paraphrasiert und ohne letzten Satz) veröffentlicht

(34231)

No. 219

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 392

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 4^o nachm.

Österreich und Serbien. Mein heutiges Telegramm No. 218 an Sir E. Goschen²⁾.

Bitte russischem Außenminister gegenüber hervorzuheben, daß die Information über deutsche Mobilmachung streng vertraulich ist.

(34231)

No. 220

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

(Tel.) No. 256

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 4⁵ nachm.

Österreich und Serbien. Mein heutiges Telegramm No. 218 an Sir E. Goschen³⁾.

Euere Exzellenz wollen französischem Außenminister ersten Absatz von Sir E. Goschens Telegramm No. 96 vom 27. Juli⁴⁾ und meine Antwort darauf⁵⁾ mitteilen.

(34449)

No. 221

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.)

Nisch, den 28. Juli 1914

A. 3⁵⁰ nachm.

E. 4¹⁵ nachm.

Serbische Regierung erwartete unmittelbar nach Abreise österreichischen Gesandten Angriff auf Belgrad und übersiedelte deshalb

¹⁾ No. 176.

²⁾ No. 218. Siehe auch No. 185.

³⁾ No. 218.

⁴⁾ No. 185.

sofort. Gegenwärtiger Feldzugsplan ist, einen möglichst großen Teil der österreichischen Armee ins Innere zu locken, um Österreich anderswo zu schwächen. Unterstaatssekretär des Auswärtigen sagt mir, daß russische Unterstützung sicher sei. Serbische Armee ist im Morawatal zusammengezogen.

Skupschtna wird wahrscheinlich morgen zusammentreten, wenn Lage klarer sein dürfte.

V e r m e r k

Die Erklärung, daß die russische Unterstützung gesichert ist, läßt mehr als eine Auslegung zu. Vielleicht wurde dies zweideutige Wort absichtlich gewählt. — E. A. C. 28. Juli.

(34475)

No. 222

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 128

Athen, den 28. Juli 1914

A. 4¹⁵ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Konstantinopeler Telegramm No. 457 vom 27. Juli¹⁾.

Herr Venislos benachrichtigte, ohne griechische Regierung zu befragen, Großwesir durch griechischen Gesandten in Konstantinopel, daß er wegen ernster Lage und bulgarischer Mobilmachung nach Athen zurückkehre.

Sowohl Außenminister als auch König haben ihn telegraphisch dringend aufgefordert, nicht zurückzukehren, da er über Lage falsch unterrichtet sei und nichts darauf hindeute, daß Bulgarien sich rütre.

(Gleichlautend nach Konstantinopel)

(34431)

No. 223

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 220

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

A. 6¹⁵ nachm.

Ihr Telegramm No. 97 vom 28. Juli²⁾.

Da deutsche Regierung Vermittlung zwischen Österreich und Rußland durch die vier Mächte, falls notwendig, im Prinzip angenommen hat, bin ich bereit vorzuschlagen, deutscher Außenminister möchte Verfahren angeben, nach dem dies Prinzip angewendet werden

¹⁾ No. 201.

²⁾ No. 215.

könnte, aber ich will den Gedanken zurückstellen, bis wir sehen, wie die Besprechungen zwischen Österreich und Rußland forschreiten.

Im BB No. 68 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34476)

No. 224

Herr Erskine an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 129

Athen, den 28. Juli 1914

A. 5^o nachm.

E. 6¹⁵ nachm.

Bukarester Telegramm No. 24 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Außenminister definiert griechische Haltung in ähnlichen Ausdrücken, verrät aber nichts über Haltung im Falle Änderung des Status quo durch Österreich, da ihm österreichische Regierung Versicherung gegeben, daß sie keinen Gebietserwerb beabsichtigte.

Er erklärt, daß griechische und rumänische Regierung Bulgarien gemeinsam gewarnt haben, sie würden seine Einmischung nicht dulden, und daß er Versicherung erhalten hat, es werde sich nicht rühren.

(Gleichlautend nach Sofia, Belgrad und Bukarest)

(34460)

No. 225

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) *En clair*

Nisch, den 28. Juli 1914

A. 2³⁰ nachm.

E. 6⁴⁵ nachm.

Telegramm hier eingetroffen, daß Österreich Krieg erklärt hat.

Im BB No. 66 veröffentlicht

Vgl. No. 233

(34463)

No. 226

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 113

Wien, den 28. Juli 1914

A. 12⁴⁰ nachm.

E. 7²⁰ nachm.

Dringend. Außenminister teilt mir mit, daß heute Krieg an Serbien erklärt werden wird.

¹⁾ No. 316. Dies Telegramm traf erst am 30. Juli ein.

(34464)

No. 227

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 114

Wien, den 28. Juli 1914

A. 1¹⁰ nachm.

E. 7⁴⁵ nachm.

Ich sprach Außenminister heute morgen.

Seine Exzellenz begann damit, mir ausführlichen Bericht über Ihre gestrige Rede im Unterhaus vorzulesen, die in Wiener Presse nicht vollständig wiedergegeben wurde. Das Ergebnis unserer Unterhaltung ist, daß Österreich-Ungarn kriegerisches Vorgehen gegen Serbien nicht hinausschieben kann und alle Anregungen, auf Grund serbischer Antwort zu unterhandeln, ablehnen müsse.

Ansehen der Doppelmonarchie stehe auf dem Spiel und nichts vermöge jetzt Konflikt zu verhindern. Weiteres Telegramm folgt.

Im BB No. 61 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles) veröffentlicht

(34484)

No. 228

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 28. Juli 1914

A. 7⁴³ nachm.

E. 8⁴⁵ nachm.

Mein gestriges Telegramm¹⁾.

Schiffe werden jetzt in und aus dem Hafen gelotst.

Vertraulich wird mir mitgeteilt, daß Rigaer Zoll- und Hafenbeamten dem Befehl des Festungskommandanten unterstellt wurden. Wie verlautet, ist Güterverkehr auf gewissen Strecken wegen Truppenbewegungen eingestellt. Gestern geschäftliches Code-Telegramm nach Deutschland zurückgewiesen.

(Gleichlautend an Botschaft)

(34461)

No. 229

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 92

Paris, den 28. Juli 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 9¹⁵ nachm.

Gemäß Ihrem Zirkulartelegramm No. 242 vom 27. Juli nach Paris²⁾ habe ich heute nachmittag dem stellvertretenden Minister

¹⁾ No. 178.

²⁾ No. 176.

des Äußern Inhalt Ihrer Unterredung mit deutschem Botschafter laut Ihrem nach Berlin gesandten Telegramm No. 208 vom 27. Juli¹⁾ mitgeteilt.

Minister ist für die Mitteilung dankbar, denn sie bestätigt, was er über Ihre Haltung gehört hatte, und er ist fest überzeugt, daß Ihre Bemerkungen zum Botschafter eine gute Wirkung im Interesse des Friedens zwischen den Mächten haben werden.

Im BB. No. 58 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34465)

No. 230

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 115

Wien, den 28. Juli 1914

A. 4¹⁰ nachm.

E. 9⁴⁰ nachm.

Gemäß Ihrem Zirkulartelegramm No. 242 vom 27. Juli nach Paris¹⁾ habe ich heute mit Außenminister im Sinne Ihres Telegramms No. 208 vom 27. Juli nach Berlin¹⁾ gesprochen. Ich verhinderte das Wort „Vermittlung“, sagte aber, daß Sie wie in Ihrer Rede, die er mir eben vorgelesen, erwähnt, Hoffnung hätten, Besprechungen der vier weniger interessierten Mächte in London könnten doch noch zu einem Übereinkommen führen, das österreichisch-ungarische Regierung als befriedigend annehmen würde und das ihr tatsächliche Feindseligkeiten als unnötig erscheinen ließe. Ich fügte hinzu, serbische Antwort sei Ihrer Ansicht nach gerechten Forderungen Österreichs weit entgegengekommen; Sie betrachteten sie als angemessene Grundlage für Diskussion, während der kriegerischen Operationen ruhen könnten, und österreichischer (*sic*) Botschafter spreche sich in diesem Sinne in Berlin aus. Minister des Äußern erwiederte ruhig aber bestimmt, auf Grundlage serbischer Note könne nicht in Verhandlungen eingetreten werden, heute werde Krieg erklärt werden und bekannte Friedensliebe des Kaisers — und, wie er hinzusetzen dürfe, auch die seine — könne als Gewähr dafür gelten, daß der Krieg gerecht und unvermeidlich sei. Es handle sich um eine Sache, die zwischen den beiden unmittelbar Beteiligten direkt ausgetragen werden müsse. Ich bemerkte, Sie würden mit Bedauern vernehmen, daß Feindseligkeiten jetzt nicht mehr aufgehalten werden könnten, da Sie befürchteten, sie möchten zu Verwicklungen führen, die europäischen Frieden bedrohten.

Als ich mich von Seiner Exzellenz verabschiedete, bat ich ihn

¹⁾ No. 176.

zu glauben, daß, wenn im Verlaufe gegenwärtiger schwerer Krise unser Standpunkt von seinem zuweilen abweichen sollte, dies nicht einem Mangel an Sympathie für die vielen gerechten Beschwerden Österreich-Ungarns gegen Serbien, sondern dem Umstand entspringe, daß Österreich-Ungarn seinen Streitfall mit Serbien in den Vordergrund rücke, während Sie in erster Linie um den Frieden Europas besorgt seien. Ich hätte das Vertrauen, daß diese größere Tragweite der Frage ebensolch großes Verständnis bei Seiner Exzellenz finden würde. Er entgegnete, daß er dies auch bedenke; seiner Meinung nach sollte sich Rußland aber nicht Operationen widersetzen, die wie die bevorstehenden keine Gebietserweiterung bezweckten und nicht länger hinausgeschoben werden könnten.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 62 veröffentlicht
Den Erlaß des Grafen Berchtold über diese Unterredung siehe
in Oe II No. 90*

(34474)

No. 231

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 127

Rom, den 28. Juli 1914

A. 7³⁰ nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 125 vom 27. Juli¹⁾: Österreich und Serbien. Minister des Äußern hat mich gebeten, Ihnen nachstehendes sofort zu unterbreiten:

Serbischer Geschäftsträger hat heute morgen in einer langen Unterredung gesagt, seiner Meinung nach werde Serbien vielleicht die ganze österreichische Note noch annehmen, falls Erklärungen über Art abgegeben würden, wie österreichische Vertreter Intervention nach Artikel 5 und 6 verlangten.

Da nicht zu erwarten sei, daß Österreich derartige Erklärungen Serbien abgeben würde, so könnten sie an Konferenzmächte gerichtet werden und Mächte könnten Serbien dann bedingungslose Annahme raten.

Inzwischen habe österreichisch-ungarische Regierung eine lange amtliche Darlegung der Gründe veröffentlicht, warum serbische Antwort als ungenügend erachtet worden sei²⁾. Außenminister halte, abgesehen von Darlegung, viele Punkte, wie zum Beispiel leichten

¹⁾ No. 202.

²⁾ Siehe Anhang B.

Wortunterschied im Satze, der Verzicht auf Propaganda betrifft, für geradezu kindisch, doch sei dort eine Stelle, die dazu dienen könne, ein Verfahren zu erleichtern, wie es der serbische Geschäftsträger als durchführbar betrachte. Es heiße da, daß Mitwirkung österreichischer Organe in Serbien nicht an Gerichtsverfahren oder Verwaltungsmaßnahmen sondern nur an polizeilichen Erhebungen stattfinden solle. Serbien werde beschuldigt, das bewußt mißverstanden zu haben. Hier erblicke er also Boden für Aufklärung.

Ich habe Wortlaut österreichischer Darstellung noch nicht erhalten und wiederhole daher nur aus dem Gedächtnis.

Minister betonte vor allem nachdrücklich seinen dringenden Wunsch nach unverzüglichem Beginn der Diskussion. Er habe italienischem Botschafter allgemein weiten Spielraum gegeben, sofort jeden Punkt oder Vorschlag anzunehmen, über den er sich mit uns und Deutschland einigen könne.

Im BB No 64 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34462)

No. 232

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 93

Paris, den 28. Juli 1914

A. 7¹⁰ nachm.

E. 9⁵⁰ nachm.

Ihr gestriges Telegramm No. 244¹⁾.

Ich unterrichtete heute nachmittag stellvertretenden Außenminister von Ihrer Unterhaltung mit dem russischen Botschafter gemäß Ihrem gestrigen Telegramm No. 377 nach St. Petersburg¹⁾.

Er ist dankbar für die Mitteilung. Er würdigt durchaus Unmöglichkeit Seiner Majestät Regierung, sich in einer Frage zwischen Österreich und Serbien, die in ihrem gegenwärtigen Stande England nicht berührt, mit Rußland „solidaires“ zu erklären und sich in Berlin und Wien serbischer zu verhalten, als dies nach deutschen und österreichischen Quellen seitens der russischen Regierung geschieht.

Deutscher Botschafter teilte stellvertretendem Außenminister mit, daß Österreich die Integrität Serbiens achten werde; aber auf die Frage, ob man auch seine Unabhängigkeit achten werde, gab er keine diesbezügliche Zusicherung ab.

Im BB No. 59 (paraphrasiert) veröffentlicht

1) No. 177.

(34468)

No. 233

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 59

Nisch, den 28. Juli 1914

A. 6³⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

Pessimistische Nachricht in meinem unmittelbar vorhergehenden Telegramm enthalten¹⁾.

Serbische Regierung telegraphierte ihren Vertretern im Auslande *en clair*, daß Österreich Krieg erklärt habe. Jetzt besteht über Echtheit des Telegramms einiger Zweifel. Ministerpräsident meint, es könnte eine Falle sein, um Serbien zum Angriff zu veranlassen, aber er versichert mir, daß sich Serbien vollkommen ruhig verhalten werde, bis Österreich seine Karten aufdeckt.

V e r m e r k e

Dies erklärt eine heute morgen erfolgte Anfrage des serbischen Geschäftsträgers, ob die österreichisch-ungarische Regierung uns die Kriegserklärung amtlich bekanntgegeben habe. — E. A. C. 29. Juli.

Die amtliche Anzeige wurde in Wien veröffentlicht. — A. N.

(34470)

No. 234

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 178

St. Petersburg, den 28. Juli 1914

A. 8⁴⁵ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Folgendes gestern aus Warschau:

„(? Abteilungen) Infanterie gehen von Warschau an Front ab.“

(34473)

No. 235

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 180

St. Petersburg, den 28. Juli 1914

A. 8⁴⁵ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Ausländische Zeitungsberichterstatter wurden im Ministerium des Äußern unterrichtet, daß (? deutsche Regierung) Vermittlung abge-

¹⁾ No. 225.

lehnt, da Streitfall lediglich Österreich und Serbien angehe, und daß beim ersten Vorgehen Österreichs gegen Serbien Rußland mobilisieren werde.

(34652)

No. 236

Der deutsche Botschafter an Sir Edward Grey

Carlton House Terrace 9, S. W.
(ohne Datum) ? Den 28. Juli

Verehrter Sir Edward,

Soeben höre ich aus Berlin, daß meine Regierung *sofort* in Wien Schritte in Ihrem gestern mittag zu mir geäußerten Sinne unternommen hat¹⁾.

Sie hat überdies dem Grafen Berchtold den Wunsch des Herrn Sasonow nach direkter Aussprache mit Wien unterbreitet.

Ich fange an zu hoffen, daß es dank englisch-deutscher Zusammenarbeit wiederum möglich gewesen ist, den Frieden Europas zu retten.

Ich verbleibe, verehrter Sir Edward,

Ihr aufrichtig ergebener
Lichnowsky

Anmerkung. Bei Oman S. 54 mit dem Datum des 29. Juli veröffentlicht. An diesem Tag ist der Brief aber nicht ab- und eingegangen, sondern er wurde nur am 29. im Auswärtigen Amt eingetragen. Aus DD No. 278 geht hervor, daß er vom 28. Juli ist.

No. 237

Sir Edward Grey an den französischen Botschafter

(Privat)

Den 28. Juli 1914

Verehrter Herr Cambon,

Wie ich beim Lesen von de Bunsens Telegramm²⁾ bemerke, besagt es *nicht*, daß die Österreicher zugeben, die serbische Antwort sei in irgendeiner Hinsicht befriedigend. De Bunsen meldet jedoch, daß der russische Botschafter in Wien einen befriedigenden Bericht über Sasonows Unterredung mit dem russischen (*sic.* österreichischen) Botschafter in St. Petersburg erhalten hat, und somit

¹⁾ No. 176.

²⁾ No. 199.

scheint einige Aussicht zu bestehen, daß die Unterhaltungen einen günstigen Fortgang nehmen.

Ihr aufrichtig ergebener
E. Grey

(34926)

No. 238

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 508

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Herr Cambon sprach heute seine große Befriedigung über meine gestrige Erklärung im Unterhaus¹⁾, sowie über die Notiz aus, die betreffs unserer Flotte erschienen ist. Er meinte, wenn erst einmal angenommen würde, daß wir einem europäischen Kriege sicher fernblieben, dann wäre die Aussicht auf Erhaltung des Friedens sehr gefährdet.

Ich bemerkte, ich hätte gestern die Aufmerksamkeit des österreichischen Botschafters auf die Notiz über unsere Flotte gelenkt und erklärt, uns sei nicht in den Sinn gekommen, Reserven einzuberufen oder sonst einen Schritt bedrohlichen Charakters zu unternehmen; angesichts der Möglichkeit einer europäischen Feuersbrunst könnten wir aber, nachdem einmal unsere Flotten für Manöverzwecke versammelt gewesen seien, nicht gerade diesen Augenblick zu ihrer Auflösung wählen. Ich hätte dies dem österreichischen Botschafter gegenüber erwähnt, um ihm die Besorgnis vor Augen zu führen, von der ganz Europa durch das österreichische Vorgehen ergriffen worden sei.

Ich unterrichtete Herrn Cambon allgemein darüber, was ich der deutschen Regierung in bezug auf die serbische Antwort dringend nahegelegt habe; für wie erwünscht ich eine wohlwollende Auslegung des weiten Entgegenkommens Serbiens hinsichtlich der österreichischen Forderungen hielte; und ich sagte ihm, ich hätte dem österreichischen Botschafter gegenüber meine Enttäuschung zum Ausdruck gebracht, daß die serbische Antwort als so unbefriedigend behandelt werde.

Ich bin usw.
E. Grey

Siehe No. 176 und 188

¹⁾ No. 190.

Sir Arthur Nicolson an Sir G. Buchanan

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 28. Juli 1914

Mein lieber Buchanan,

Ich danke Ihnen sehr für Ihren mit dem letzten Kurier erhaltenen Brief, der geschrieben war, ehe die Krise einen solch gefährlichen Grad erreicht hatte. Hoffentlich haben wir Sie durch Mitteilung der hier ein- und ausgegangenen Telegramme voll auf dem laufenden gehalten, so daß ich mich nicht in Einzelheiten zu verlieren brauche. Was mir ein wenig Kopfzerbrechen verursacht hat, das waren die neuen Vorschläge, die Sasonow fast täglich macht¹⁾. An einem Tage sagte er, Rußland wäre, wenn Serbien einwilligte, bereit abseits zu bleiben und die Frage uns, Frankreich, Deutschland und Italien zu überlassen. Nach Empfang Ihres diesbezüglichen Telegramms regten wir die Abhaltung einer kleinen Konferenz der vier Mächte in London an, wogegen die anderen Mächte sich — in Erwartung der Ergebnisse dieser Konferenz — verpflichten sollten, von aktiven militärischen Operationen abzusehen. Deutschland weigerte sich jedoch, diesem Gedanken näherzutreten, und so ist die Sache ins Wasser gefallen. Dann kam andern Tags der Vorschlag, den Sasonow Ihrem österreichischen Kollegen machte, daß sich nämlich Italien und England mit Österreich verbinden sollten, um einen Ausweg zu finden. Ehe wir aber Zeit hatten, diesen neuen Gedanken zu verdauen, traf ein weiteres Telegramm des Inhalts ein, daß Sasonow direkte Besprechungen mit Wien einleiten werde. Ich muß sagen, daß mir dies das beste Verfahren zu sein scheint, aber ich weiß nicht, ob Österreich geneigt sein wird, darauf einzugehen. Unsere große Hoffnung besteht natürlich darin, daß Österreich davon absehen wird, tatsächlich in serbisches Gebiet einzumaschieren; denn aus dem, was Sie uns berichten und was wir auch von anderer Seite hören, muß ich wohl schließen, daß Rußland einem wirklichen Einmarsch Österreichs in Serbien unmöglich gleichgültig zuschauen könnte. In diesem Fall wird natürlich jede Hoffnung auf eine friedliche Lösung schwinden.

Ich vermag vollkommen zu begreifen, daß Rußland die Vernichtung Serbiens durch Österreich nicht zulassen kann, und ich glaube, das Gerede über eine Lokalisierung des Krieges bedeutet lediglich, daß alle Mächte unbeteiligte Zuschauer bleiben sollen, während Österreich Serbien in aller Ruhe erwürgt. Das wäre meines Erachtens ganz widersinnig, um nicht zu sagen schändlich. Ich begreife nicht, mit welchem Recht Österreich nach der sehr befriedigenden Art, in der Serbien den österreichischen Forderungen entgegengekommen ist, mit feindlichen Maßnahmen gegen Serbien vorgehen

¹⁾ Vgl. die Vermerke zu No. 179.

kann. Wenn Österreich vorsätzlich einen Krieg mit Serbien entfesselt, um ihm, wie es sich ausdrückt, eine Lektion zu erteilen, dann handelt es meines Erachtens höchst unrecht; denn es muß doch gut wissen, daß ein solches Vorgehen von seiner Seite aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer allgemeinen europäischen Feuersbrunst mit all ihren unbeschreiblichen und verheerenden Folgen führen würde. Deutschland hat in dieser ganzen Geschichte, soweit wir wenigstens in Betracht kommen, nicht sehr sauber gespielt. Bei zwei Gelegenheiten baten wir es, mäßigend auf Wien einzuwirken, und wir versprachen für diesen Fall unsre Unterstützung; aber es begnügte sich einfach damit, unsern Vorschlag als solchen weiterzuleiten, was natürlich weder unseren Wünschen noch unserer Bitte entsprach. Und dann schob es den Gedanken einer kleinen Konferenz in London als unpraktisch beiseite. Worauf Lichnowsky meinte, er sei so erfreut, daß die englisch-deutsche Kooperation wohl Erfolg haben werde. Seine Auslegung des Wortes „Kooperation“ muß sich doch völlig von der unterscheiden, die man dem Worte gewöhnlich gibt.

Es nützt nichts, sich Vermutungen darüber hinzugeben, wieweit Deutschland im voraus Kenntnis vom österreichischen Zug hatte. Ich weiß, daß der deutsche Botschafter hier während der letzten zwei oder drei Wochen außerordentlich besorgt und unruhig war; er hat bei mehr als einer Gelegenheit zu einigen seiner Kollegen geäußert, daß, wenn sie all das wüßten, was er wisse, sie ebenso beunruhigt wären wie er. Überdies kann ich nicht glauben, daß Österreich so weit gegangen wäre, ohne seinen Verbündeten Deutschland über sein beabsichtigtes Vorgehen unterrichtet und sich dessen Versprechen der Mitwirkung gesichert zu haben.

Was mich besonders beschäftigt und mich, wie ich gestehe, stark beunruhigt, ist der Gedanke, wie wir der sehr natürlichen Frage Rußlands nach unserm Verhalten im Falle gewisser Möglichkeiten genügen sollen. Ich habe wie Sie vorausgesehen, daß Rußland diese Krise als einen Prüfstein unsrer Freundschaft betrachten könne und daß, falls wir es enttäuschten, alle Hoffnung auf ein freundschaftliches und dauerndes Einvernehmen mit ihm schwinden würde. Unter den hier herrschenden Verhältnissen kann ja eigentlich keine Regierung eine entschiedene Richtung ohne das sichere Gefühl einschlagen, daß sie die öffentliche Meinung in ausreichendem Maße hinter sich hat, und wir sind daher auch nicht in der Lage, irgendwelche bestimmte Verpflichtungen darüber einzugehen, was wir bei diesen und jenen etwa unerwartet eintretenden Ereignissen tun oder nicht tun würden. Aber ich denke, wir haben es völlig klargemacht, daß auf jeden Fall weder Deutschland noch Österreich mit einiger Sicherheit auf unsre Neutralität würden rechnen können, und ich glaube, daß ihnen diese Tatsache durch ein oder zwei Vorfälle während der letzten zwei bis drei Tage nachdrücklich eingeprägt

worden ist. Der Beschuß, unsre Schlachtflotte zusammenzuhalten, statt sie auseinandergehen zu lassen und ihre Besatzungen zu beurlauben, wurde amtlich bekanntgegeben und in der Presse hervorgehoben; auch haben Deutschland und andere dies sofort als Zeichen unserer Bereitschaft aufgefaßt, unsererseits an den Feindseligkeiten teilzunehmen, falls uns etwa auftauchende Umstände dazu zwingen sollten. Überdies werden Sie bemerken, daß der Ton unserer Presse nach dem ersten durch das österreichische Ultimatum hervorgerufenen Schock sich zu der Tatsache zurückgefunden hat, es würde für uns schwierig, wenn nicht unmöglich sein, außerhalb eines allgemeinen europäischen Brandes zu bleiben. Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß, falls wir in den Brand hineingezogen werden, dies auf Seiten unserer Freunde geschehen würde. Obgleich wir daher Sasonow keine bestimmte Zusicherung in betreff unserer künftigen Haltung zu geben vermochten, so werden Sie doch, denke ich, sehen, daß, sollte der Ruf zur Teilnahme an uns ergehen, es kaum einem Zweifel unterliegt, daß wir ohne Zögern unsere Pflicht tun würden.

Sie haben gewiß eine äußerst schwierige Lage wie immer in geschickter und taktvoller Weise behandelt und Sie können versichert sein, daß Ihre Tätigkeit und Sprache hier durchaus gewürdigt und gebilligt wurden. Ich bedaure, heute nicht mehr schreiben zu können, aber Sie werden begreifen, daß man in diesem Augenblick ganz von Arbeit erdrückt ist.

(34851)

No. 240

Parlamentsdebatten, 28. Juli 1914

Herr Bonar Law: Ich möchte den Ministerpräsidenten fragen, ob er irgendeine Auskunft über die europäische Lage geben kann.

Der Ministerpräsident: Es ist neuerdings nichts derart Positives eingetreten, um die Abgabe einer weiteren Erklärung zu ermöglichen; wir hoffen jedoch, daß man keine ungünstigen Schlüsse daraus ziehen wird. Mehr kann ich nicht sagen.

Lord Hugh Cecil: Vermag der sehr ehrenwerte Herr zu sagen, ob Feindseligkeiten ausgebrochen sind?

Der Ministerpräsident: Wir haben keine bestimmte Nachricht hierüber.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 29. Juli

No. 153

Wien, den 25. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich anbei Abschrift eines Berichts zu schicken, den ich von Seiner Majestät Konsul in Serajewo erhalten habe und der Einzelheiten über gewisse Ergebnisse der Untersuchung enthält, die vorgenommen wurde, um die näheren Umstände der Verschwörung zur Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin zu ermitteln.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Anlage zu No. 241

No. 15

Serajewo, den 21. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß es den Behörden nach heute eingegangenen Nachrichten gelungen ist, die Namen von achtzehn in den Anschlag zur Ermordung des verstorbenen Erzherzogs Franz Ferdinand verwickelten Personen festzustellen. Zwei von ihnen sind Mohammedaner und einer ist Kroate. Der eine der beiden mohammedanischen Verschwörer wurde verhaftet; der andere floh nach Montenegro.

Nach der gleichen Quelle sollen die Behörden kürzlich in Tuzla die Existenz einer geheimen Gesellschaft von Gymnasialschülern aufgedeckt haben, von der sechsunddreißig Mitglieder verhaftet und hierher gebracht wurden.

Die fragliche Gesellschaft, die den Namen „Jugoslavenska Revolucionarna Nacionalna Omladina“ (Südslawische revolutionäre nationale Jugend) angenommen hatte, scheint ein Blatt mit dem Titel „Borba“ (Der Kampf) herausgegeben zu haben, das mit der Hand geschrieben und auf hektographischem Wege vervielfältigt wurde, um so unter den Eingeweihten verteilt zu werden. In einem der ersten Artikel dieses Blattes tritt der Verfasser unverhüllt für die vollständige Ausrottung der herrschenden Dynastie ein.

Ich habe usw.

J. Francis Jones

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 29. Juli

No. 35

Budapest, den 25. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß der Ministerpräsident bei Eröffnung der Sitzung der Abgeordnetenkammer gestern vormittag das Haus von der Übergabe der Note an die serbische Regierung, sowie von der Absendung der erläuternden Zirkularnote an die Regierungen der Signatarmächte des Berliner Vertrages in Kenntnis gesetzt hat.

Seine Exzellenz gab der Meinung Ausdruck, daß der von Österreich-Ungarn unternommene Schritt weder einer Rechtfertigung noch einer ausführlichen Erörterung bedürfe; es müsse vielmehr wundernehmen, daß dieser Schritt so lange hinausgeschoben wurde; der Grund dafür sei, daß die österreichisch-ungarische Regierung sich nicht von der Leidenschaft und der Empörung leiten lassen, sondern erst nach völliger Beweiserhebung und reiflicher Erwägung handeln wollte. Graf Tisza war so kühn, den jetzt unternommenen Schritt als ernst aber nicht herausfordernd oder aggressiv zu bezeichnen; denn die Note verlange nichts anderes als die Erfüllung gewisser nachbarlicher Pflichten von seiten Serbiens. Solche Fragen, fuhr Seine Exzellenz fort, könnten nicht zum Gegenstand langwierigen Gedankenaustausches und von Verhandlungen gemacht werden und das erkläre die Form der Note und die Kürze der für die Beantwortung gesetzten Frist. „Den heutigen Zustand“, schloß Graf Tisza seine Rede, „betrachte ich nicht* als einen kriegerischen oder als einen solchen Zustand, daß er notwendigerweise die Gefahren eines Krieges heraufbeschwören würde. Die Monarchie sucht den Frieden, wünscht den Frieden... Niemand kann uns beschuldigen, daß wir Krieg suchen, aber wir sind uns natürlich über sämtliche Folgen dieses Schrittes im reinen und der Überzeugung, daß wir eine gerechte Sache vertreten. In der Überzeugung, daß das Lebensinteresse der Monarchie und der ungarischen Nation es erforderte, daß wir diesen Schritt tun, werden wir alle seine Folgen tragen.“ Die Rede wurde vom ganzen Haus mit großer Begeisterung aufgenommen und sogar die Opposition stimmte in den Beifall ein.

Graf Julius Andrassy erhob sich sofort mit den Worten, er sei persönlich seit langem der Überzeugung gewesen, daß die Lage,

* In „Schultheß' Europäischem Geschichtskalender“, Jahrgang 1914, Seite 470, steht „am allerwenigsten“ statt „nicht“. Sonst folge ich bei diesem Zitat genau dem dortigen Wortlaut.

wie sie zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bisher bestand, unhaltbar sei, und er verkündete sodann, er sei von seiten der verbündeten Opposition ermächtigt zu erklären, daß sie ungeachtet des großen Gegensatzes, der sie von der ungarischen Regierung trenne und der leider unverändert weiter verbleibe, bereit sei, ihre vaterländischen Pflichten in jeder Hinsicht zu erfüllen, und daß sie hoffe und erwarte, jeder Ungar werde ihrem Beispiel folgen und nicht vergessen, daß, wenn die Dinge eine ernste Wendung nehmen sollten, die Ehre und Lebensinteressen der ungarischen Nation auf dem Spiele stünden, wofür Opfer zu bringen jedermann bereit sein müsse.

Graf Andrassy schlug vor, man solle die laufenden Beratungen im Hause aussetzen, bis die schwelenden Fragen der auswärtigen Politik erledigt seien, so daß man sich nicht mit Dingen zweiten Ranges zu beschäftigen brauche, wenn der Kopf voll der Frage: Frieden oder Krieg sei. Graf Tisza empfahl jedoch, mit der Beratung des auf der Tagesordnung stehenden Gesetzantrages fortzufahren und so — durch unentwegtes Festhalten an den parlamentarischen Tagesarbeiten — der Welt einen Beweis von der Gemütsruhe und der unerschütterlichen Zielsicherheit Ungarns zu liefern *).

Dem wurde Folge gegeben und so herrschten im ungarischen Parlament einmal wenigstens Frieden und Einmütigkeit.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

Vgl. Telegramm No. 106

(34496)

No. 243

Sir F. Villiers an Sir Edward Grey

No. 114

Brüssel, den 28. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Heute nachmittag habe ich den Außenminister gesprochen, der mich benachrichtigte, daß die belgische Regierung sorgfältig die verschiedenen Möglichkeiten erwogen habe, die sich aus der gegenwärtigen europäischen Krise entwickeln können, und daß sie beschlossen habe, sich mit ihren Machtmitteln bis aufs äußerste zu verteidigen, falls die Integrität oder Neutralität Belgiens von irgend einer Seite angegriffen werden sollte.

Bisher sind nur Befehle ergangen, Urlaube einzustellen und zwei der sechs Divisionen der Armee auf volle Friedensstärke zu

* Siehe über die ganze Rede Tiszas und die Ausführungen Andrässys „Schultheß“ Europäischen Geschichtskalender“, Jahrgang 1914, Seite 470 und 470a.

bringen. Indes wurden Vorbereitungen für eine schnelle Mobilisierung getroffen und die verfügbaren Streitkräfte werden auf nahezu 150 000 Mann geschätzt.

Ich habe usw.

F. H. Villiers

Vgl. No. 181

No. 244

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Privat und vertraulich)

Britische Botschaft, Paris, den 28. Juli 1914

Mein lieber Grey,

Ich fragte den stellvertretenden Minister des Äußern heute nachmittag, ob der russische Botschafter ihm gegenüber etwa eine ähnliche Sprache wie laut meiner Schilderung (siehe mein heutiges Telegramm No. 91¹⁾) Granville gegenüber geführt habe; denn wenn diese Sprache die Ansicht seiner Regierung wiedergäbe und er eben aus Petersburg gekommen sei, verspräche das hinsichtlich der Erhaltung des Friedens nichts Gutes.

Herr Bienvenu-Martin erwiderte, Herr Iswolsky habe sehr ernst aber keineswegs hoffnungslos über die Lage gesprochen, und er (Herr Bienvenu-Martin) verzweifle durchaus nicht daran, daß man noch zu einer Verständigung gelangen werde.

Ihr aufrichtig ergebener
Francis Bertie

(34494)

No. 245

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

Erhalten 29. Juli

No. 285

Rom, den 26. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die Auslassungen der italienischen Presse über das österreichische Ultimatum an Serbien fallen allgemein gesprochen unter zwei Kategorien, die der amtlichen und subventionierten Presse und die der unabhängigen Blätter.

Die Bemerkungen der ersteren sind einigermaßen vorsichtig im Ton und spiegeln lediglich den rein amtlichen Gesichtspunkt wider;

¹⁾ No. 216.

diese Zeitungen fügen sich in ihren Äußerungen eher formell als begeistert in den Schritt Österreichs und übergehen die Art, wie dieser ausgeführt wurde, mit Stillschweigen.

Der „Popolo Romano“ nimmt diese Haltung in offiziellster Form ein und betont die zum Ausdruck gebrachte Ansicht, daß im Grunde genommen, und abgesehen von der unbedeutenderen Frage eines da oder dort ungewöhnlich scharfen Wortes oder Satzes in der österreichischen Note, Österreich vollkommen im Recht und Serbien im Unrecht ist, wobei das Blatt die während der ganzen Dauer der Balkankriege von Österreich gegen Serbien befolgte Haltung mit der Irredenta und dem Chauvinismus vergleicht, die sich seit der Annexion von Bosnien und der Herzegowina in Serbien geoffenbart haben und die in der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand gipfelten.

Aber obgleich dies die Ansicht vermittelt, die zurzeit sich anzueignen nach amtlicher Auffassung klug ist, gibt sie doch bei weitem nicht die allgemeine Stimmung Italiens in bezug auf die gegenwärtige Lage wieder. Diese Stimmung kommt wahrheitsgetreu in den Spalten der unabhängigen Presse zum Ausdruck, die vom „Corriere della Sera“ - Mailand bis zum „Mattino“ - Neapel und dem „Messaggero“ - Rom einen völligen Mangel an Sympathie für Österreich in der letzten Phase seiner Beziehungen mit seinem Nachbarn auf dem Balkan verrät. Der „Corriere“ verurteilt in der Tat beide Länder streng für die jetzt entstandene Lage; seines Erachtens hat Serbien in Sachen der Ermordung des Erzherzogs eine unverzeihliche Gefühllosigkeit an den Tag gelegt und seitdem keinerlei Schritte zu dem Versuch unternommen, Österreich behilflich zu sein, die wirklichen Urheber des Anschlags aufzuspüren oder die österreichisch-feindliche Propaganda einzudämmen, die offen in Serbien wütet. Doch auf der andern Seite waren die Bedingungen der österreichischen Note derart, daß ihre Annahme von keinem unabhängigen Staat erwartet werden konnte; und das Nettoergebnis ihrer Annahme würde in nichts Geringerem bestehen als in der zeitweiligen Aufhebung der serbischen Unabhängigkeit und in der österreichischen Kontrolle aller inneren und Verfassungsfragen des Landes. In welchem Licht man auch die Note betrachten mag, ihre Wirkung ist betrüblich. Wenn Österreich den Wunsch hatte, Serbien die Verantwortung für das Verbrechen von Serajewo dadurch fühlen zu lassen, daß es ihm sein Joch auferlegte, würde, selbst falls Serbien die Strafe hinnähme, das Ergebnis doch nur sein, die Beziehungen der beiden Staaten noch mehr zu verbittern und die mit der slawischen Bevölkerung des österreichischen Reiches zusammenhängenden Probleme noch schwieriger zu gestalten. Aber wenn die österreichische Regierung mit dieser Note ihre Stärke und Furchtlosigkeit vor den Folgen dartun wollte; wenn sie den gordischen Knoten ihrer Politik dadurch zu entwirren suchte, daß sie ihn

zerschnitt, indem sie keine andere Lösung als diese unheilvolle Bedrohung des europäischen Friedens sah, dann waren die Bedingungen der Note sicher am besten dazu angetan, dies Ziel zu erreichen.

Auf jeden Fall stimmen alle Blätter darin überein, daß sie die Hoffnung ausdrücken, der wirkliche Krieg möge vermieden werden. In einigen Kreisen werden große Hoffnungen auf eine englisch-italienische Intervention gesetzt und die italienische Presse scheint sich der heiklen Lage vollkommen bewußt zu sein, in die sich Italien im Falle eines Krieges zwischen seinem Verbündeten und einer Macht versetzt sehen würde, auf die es zählt, um jenen Verbündeten in Schach zu halten. Italien würde selbst dem Konflikt fernzubleiben trachten und nach dem „Giornale d’Italia“ besteht angesichts der augenblicklichen Lage seine einzige Politik darin, dafür zu sorgen, daß im Gleichgewicht auf dem Balkan oder im Adriatischen Meer keine Änderung eintritt, bevor nicht die Interessen Italiens sichergestellt sind. Österreich hat zwar jede Absicht geleugnet, in Serbien auf Gebietserwerb auszugehen; aber sollte es schließlich doch einer derartigen Versuchung unterliegen, dann würde der Status quo sofort eine Änderung erleiden und Italien müßte seine eigenen Interessen schützen.

Wie ich erfahre, hat man sich sehr bemüht, die Presse davon abzuhalten, bei Erörterung der Lage nach dieser oder jener Richtung hin eine entschiedene Haltung einzunehmen, und das war insofern erfolgreich, als die öffentliche Meinung in einigermaßen banger Erwartung ruhig verbleibt.

Ich habe usw.

Rennell Rodd

(34474)

No. 246

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

(Tel.) No. 217

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 12⁴⁵ vorm.

Ihr Telegramm No. 127 vom 28. Juli¹⁾: Österreich und Serbien.

Wie ich vom österreichischen Minister des Äußern vernehme, will sich Österreich auf keine Erörterung auf Grundlage serbischer Note einlassen und nach allem, was ich aus Wien und Berlin gehört habe, ist zu schließen, daß Österreich keinerlei Vermittlung der Mächte zwischen Österreich und Serbien annehmen wird. Es ist mir daher unmöglich, Diskussionen mit hiesigen Botschaftern zu beginnen, und italienischer Minister des Äußern muß sich nach Berlin

¹⁾ No. 231.

und Wien wenden. Es soll mich freuen, wenn irgendwelche Vorschläge von seiner Seite dort günstig aufgenommen werden. Unterrichten Sie bitte Minister des Äußern.

Im BB No. 81 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34469)

No. 247

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 177

St. Petersburg, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 8⁴⁵ nachm.

E. 29. Juli 1⁰ vorm.

Ich teilte Außenminister heute Inhalt Ihres nach Berlin gerichteten Telegramms No. 208 vom 27. Juli¹⁾ mit und er bat mich, Ihnen für Ihre Sprache deutschem Botschafter gegenüber zu danken. Er hatte gleiche beunruhigende Nachricht aus Wien erhalten, wie in Sir M. de Bunsens Telegramm No. (Gruppe nicht entzifferbar) berichtet²⁾, und faßte Lage folglich pessimistisch auf. Ich fragte ihn, ob ihm Zusicherungen genügen würden, die, wie ich hörte, österreichischer Botschafter angewiesen sei, bezüglich serbischer Unabhängigkeit und Integrität abzugeben. Ich sei sicher, daß Seiner Majestät Regierung jedes Übereinkommen begrüßen würde, das einen europäischen Krieg abwendete, es sei jedoch wichtig, wahre Absichten kaiserlicher Regierung kennen zu lernen. Seine Exzellenz erwiderte sofort, daß keine Verpflichtung, die Österreich hinsichtlich dieser beiden Punkte etwa eingehe, Rußland zufriedenstellen würde und daß am Tage, an dem Österreich serbische Grenze überschritte, Mobilmachungsbefehl gegen Österreich erlassen würde. Ich bemerkte, deutscher Botschafter habe im Gespräch mit mir geltend gemacht, russische Regierung könne nicht vorschützen, daß sie durch öffentliche Meinung zum Eingreifen gezwungen würde, da keine Erregung bemerkbar sei und keine Kundgebungen stattfänden. Seine Exzellenz entgegnete, Botschafter irre sich durchaus und es sei nur den von Polizei getroffenen Vorsichtsmaßnahmen zu verdanken, daß vor österreichischer und deutscher Botschaft keine feindseligen Kundgebungen stattgefunden hätten. Er habe heute vom Innenminister, der eine Reise durch die Provinzen mache, ein Telegramm erhalten, daß er innere Unruhen nicht zu befürchten brauche und daß im Kriegsfall ganze Nation hinter Regierung stehen würde.

Ich fragte, ob Kaiser Nikolaus nicht als letztes Mittel per-

¹⁾ No. 176.

²⁾ ? No. 175.

sönlichen Appell an Kaiser von Österreich richten könne, Aktion Österreichs in Grenze zu halten, die für Rußland annehmbar wäre. In Erwiderung auf diese Frage wiederholte Seine Exzellenz, einziges Mittel, Krieg abzuwenden, bestehe in unzweideutiger Erklärung Seiner Majestät Regierung, daß sie gemeinsame Sache mit Frankreich und Rußland machen würde. Er höre, daß Prinz Heinrich von Preußen in Mission nach England geschickt werde, und er gäbe sich Hoffnung hin, daß Seine Königliche Hoheit über Absichten Englands nicht im Zweifel gelassen werde.

Da Seine Exzellenz heute nachmittag Vortrag bei Kaiser hatte, vermochte ich Ergebnis der Unterredung, die er später mit österreichischem Botschafter hatte, nicht festzustellen, aber einem flüchtigen Gespräch, das ich mit letzterem führte, entnahm ich, daß Österreich zwar bereit ist, internationale Frage mit Rußland zu erörtern und ihm zu versichern, daß es keine weiteren Ziele, weder gegen serbische Unabhängigkeit und Integrität, noch gegen russische Interessen auf dem Balkan verfolge, aber der Ansicht ist, sein Streit mit Serbien gehe nur Österreich allein an.

Deutscher Botschafter bat mich dringend, dem Minister des Äußern Ratschläge der Mäßigung zu erteilen, und ich sagte ihm, daß ich das von Anfang an unaufhörlich getan hätte und daß es jetzt am deutschen Botschafter in Wien sei, hemmend einzuwirken. Ich warnte Seine Exzellenz, daß es Rußland völlig ernst sei und daß nichts allgemeinen Krieg abwenden würde, falls Österreich Serbien angriffe. Botschafter hatte keinerlei Weisung bezüglich vorgeschlagener Konferenz erhalten und mein französischer und italienischer Kollege erwarten immer noch ihren endgültigen Auftrag, ehe sie Schritt mit mir unternehmen.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 72 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile) veröffentlicht

V e r m e r k

Rußland hat in südlichen Bezirken mobilisiert. — A. N.

(34467)

No. 248

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 117

Wien, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 8¹⁰ nachm.

E. 29. Juli 1³⁰ vorm.

Russischer Botschafter teilt mir mit, österreichisch-ungarische Regierung habe Anregung russischer Regierung abgelehnt, derzufolge

der österreichische Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden sollte, direkt mit russischem Außenminister Mittel zur Beilegung österreichisch-serbischen Konflikts zu besprechen¹⁾. Russischer Botschafter ist sicher, daß seine Regierung nun bereitwillig auf Ihren Vorschlag einer Konferenz der weniger interessierten Mächte in London eingehen wird, und Seine Exzellenz meint, eine solche Konferenz biete jetzt einzige Aussicht, europäischen Frieden zu erhalten. Alle Hoffnung brauche noch nicht aufgegeben zu werden, solange feindliche Armeen nicht wirklich aneinandergeraten sind.

Vertraulich

Russischer Botschafter erklärt, öffentliche Meinung Rußlands sei noch ruhig, werde sich aber während der nächsten paar Tage wahrscheinlich immer mehr erregen. Seine Exzellenz ist pessimistisch und glaubt, daß jeder deutsche Versuch, Rußland wie 1909 einzuschüchtern, unverzüglich zum Kriege führen werde. Er sagt, daß russischer Kriegsminister kriegslustig und Kaiser von Rußland schon sehr aufgebracht ist, so daß geringfügigstes Ereignis Konflikt überstürzt herbeiführen könne.

Italienischer Botschafter hält die Lage auch für sehr ernst und wartet sehnlich auf Eröffnung der Londoner Konferenz. Österreichischer Minister des Äußern teilte Seiner Exzellenz heute mit, er habe österreichisch-ungarischen Botschafter in St. Petersburg beauftragt, russischer Regierung zu versichern, daß Österreich-Ungarn weder Gebietserwerb noch Vernichtung Serbiens anstrebe. Aber italienischer Botschafter glaubt, nichts außer bedingungsloser Annahme aller österreichischen Forderungen von seiten Serbiens werde österreichischen Vormarsch gegen Serbien aufhalten.

(Gleichlautend an Botschaften und nach Nisch)

Im BB No. 74 (paraphrasiert und ohne vertrauliche Abschnitte) veröffentlicht

(34499)

No. 249

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 99

Berlin, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 12^o mittern.

E. 29. Juli 8^o vorm.

Österreich und Serbien. Auf Einladung des Reichskanzlers suchte ich Seine Exzellenz heute abend auf. Er bat mich, Ihnen zu sagen, ihm liege in höchstem Maße daran, daß Deutschland und England für Erhaltung allgemeinen Friedens zusammen arbeiteten, wie sie

¹⁾ Siehe No. 179.

das während der letzten europäischen Krise erfolgreich getan. Er habe Ihren Vorschlag einer Konferenz der Vertreter der Großmächte nicht annehmen können, weil er sich keine Wirkung von ihr versprach und weil solch eine Konferenz seiner Meinung nach wie ein aus zwei Mächten jeder Gruppe bestehender „Areopag“ erschienen wäre, der über die andern beiden Mächte zu Gericht sitze; aber sein Unvermögen, vorgeschlagene Konferenz anzunehmen, müsse nicht als seinem lebhaften Wunsch nach wirksamer Zusammenarbeit widersprechend aufgefaßt werden. Sie könnten versichert sein, daß er sein Allerbestes in Wien und St. Petersburg tue, die beiden Regierungen zu bestimmen, die Lage direkt und freundschaftlich miteinander zu besprechen. Er habe große Hoffnung, daß derartige Diskussionen stattfinden und zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden; doch wenn sich die Nachricht, die er eben in den Zeitungen gelesen, bewahrtheite, daß Rußland nämlich vierzehn Armeekorps im Süden mobilisiert habe, halte er Situation für sehr ernst und er würde sich selbst in sehr schwieriger Lage befinden, da es unter diesen Umständen nicht in seiner Macht stünde, weiterhin Mäßigung in Wien zu predigen. Er fügte hinzu, Österreich, das bis jetzt nur teilweise mobilisiere, werde ähnliche Maßnahmen ergreifen müssen, und wenn daraus der Krieg entstünde, wäre Rußland allein verantwortlich. Ich erlaubte mir einzuwenden, daß, falls Österreich ablehne, serbischer Note irgendwelche Beachtung zu schenken, einer Note, die meines Erachtens in fast jedem von Österreich verlangten Punkte nachgebe und die jedenfalls eine Grundlage für Verhandlungen biete, doch sicher ein gewisser Teil der Verantwortung auf Österreich lasten würde. Seine Exzellenz erwiderte, er möchte serbische Note nicht erörtern; aber Standpunkt Österreichs sei — und darin stimme er bei —, daß sein Streit mit Serbien eine rein österreichische Angelegenheit sei, die Rußland nichts angehe. Seine Exzellenz sagte ferner, er sei über Artikel in französischer Presse aufgebracht, die behaupteten, daß Entscheidung über Frieden oder Krieg bei Deutschem Kaiser liege. Diese Entscheidung liege einzig und allein bei Rußland. Zum Schlusse wiederholte Reichskanzler seinen Wunsch, mit England zusammenzuwirken, sowie seine Absicht, sein äußerstes zur Wahrung allgemeinen Friedens zu tun. „Ein Krieg zwischen den Großmächten muß vermieden werden,“ waren seine letzten Worte.

Österreichischer Kollege sagte mir heute, ein allgemeiner Krieg sei höchst unwahrscheinlich, da Rußland weder Krieg wünsche, noch in der Lage sei, Krieg zu führen. Ich glaube, daß diese Meinung von vielen Leuten hier geteilt wird.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 71 (unter Auslassung von zwei Sätzen)
veröffentlicht*

Vermerke

Das bietet nicht viel Trost, besonders da Wien Besprechungen mit St. Petersburg abgelehnt hat¹⁾. — G. R. C. 29. Juli 1914.

Es fällt schwer zu glauben, daß die deutsche Regierung überhaupt etwas getan hat. — E. A. C. 29. Juli.

Sicherlich haben Anzeichen dafür gefehlt, daß Deutschland einen mäßigen Einfluß auf Wien ausgeübt hat. Es geht doch etwas weit, die Verantwortung Rußland aufzuladen, das gewillt war, aber auch jedes Verfahren einzuschlagen, geeignet, zum Frieden zu führen. Deutschland möchte vermutlich, daß Rußland sich den andern Mächten anschließe, um jede Einmischung fernzuhalten, während Österreich Serbien erdrosselt. — A. N.

(34466)

No. 250

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 116

Wien, den 28. Juli 1914

E. 29. Juli

Ich habe vom Ministerium des Äußern *note verbale* erhalten, die erklärt, daß, da die serbische Regierung Note vom 23. Juli nicht in befriedigender Weise beantwortet hat, kaiserliche und königliche Regierung sich gezwungen sieht, selbst für Schutz ihrer Rechte zu sorgen und zu diesem Zwecke Zuflucht zu Waffengewalt zu nehmen. Österreich-Ungarn hat an Serbien formelle Erklärung gemäß Artikel 1 der Konvention vom 18. Oktober 1907 bezüglich Eröffnung von Feindseligkeiten gerichtet und betrachtet sich von heute an als im Kriegszustand mit Serbien befindlich. Österreich-Ungarn wird, vorausgesetzt, daß Serbien dasselbe tut, Stipulationen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 und der Londoner Deklaration vom 26. Februar 1909 einhalten.

*Im BB No. 73 veröffentlicht
Durch Bericht bestätigt, siehe BB No. 50*

Vermerke

Ich meine, wir sollten unter den gegenwärtigen Umständen die sonst übliche Neutralitätserklärung unterlassen. — E. A. C. 29. Juli.

Ich bin derselben Ansicht — warten wir lieber mit der Neutralitätserklärung. — A. N.

¹⁾ No. 248.

(34520)

No. 251

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 118

Wien, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 10⁰ nachm.

E. 29. Juli 10⁴⁵ vorm.

Folgendes vom Militärrattaché für Leiter der Operationsabteilung:

„Vollständige Mobilmachung 99. Korps (*sic.?* Regiments) jetzt so gut wie sicher. I., X., XI. galizisches Korps noch nicht mobilisiert. Kavallerietransportzüge verließen gestern Budapest Richtung Galizien. Beständig Gerüchte, wonach General Böhm-Ermolli eine der in Serbien einrückenden Armeen an Stelle von Frank oder von Auffenberg befehligen soll. Gebirgstruppen, einschließlich Gebirgsartillerie, werden aus XIV. und III. Korpsbezirk nach Bosnien überführt. Konzentrierung der Einheiten hat begonnen und verläuft gleichzeitig mit (? ausgelassen: Ein)berufung der Reservisten. Auf Anfrage beim hiesigen Kriegsministerium, ob mehr als ein Attaché zugelassen würde, erhielt ich Bescheid, daß nächste Woche Weisungen erlassen würden und daß Anfrage inzwischen nicht beantwortet werden könne. Sendet bitte serbische Kartenserie.

Der Liste der als mobilisiert bestätigten Einheiten ist 40. und 41. Honveddivision hinzuzufügen. Zusammenstellung nach bislang wirklich bestätigten Nachrichten: Vollständig mobil: VIII., IX., IV., VII., XIII., XV. und XVI. Korps sowie 40. und 41. Division. Teilweise: II., III., XII., XIV. Korps. Vielleicht teilweise: VI. Korps und 20. Division. Keine sichere Nachricht betreffs weiterer Landwehr- oder Honvedtruppen.“

(34545)

No. 252

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 128

Rom, den 29. Juli 1914

A. 12⁵ vorm.

E. 11⁴⁰ vorm.

Berliner Telegramm No. 96 vom 27. Juli¹⁾ steht im Widerspruch mit Ihrem Telegramm No. 208 vom 27. Juli nach Berlin²⁾, in dem es hieß, deutscher Botschafter habe Konferenzgedanken grundsätzlich angenommen.

Italienische Regierung hat Nachrichten aus Berlin, die dartun, daß No. 96 vom 27. Juli deutschen Standpunkt richtig wiedergibt,

¹⁾ No. 185.

²⁾ No. 176.

aber Außenminister hat Eindruck, daß mehr die „Konferenz“ als das Prinzip Schwierigkeiten verursache. Er telegraphiert heute abend dringend nach Berlin, man solle an Gedanken eines Meinungsaustausches in London festhalten, und er legt ferner in Berlin nahe, deutscher Staatssekretär möge selbst eine für ihn annehmbare Formel vorschlagen. Minister des Äußern ist der Ansicht, dieser Meinungsaustausch könnte gleichzeitig mit direkten Besprechungen zwischen St. Petersburg und Wien stattfinden und würde Tür offen lassen, falls letztere ergebnislos verliefen.

Er benachrichtigt Berlin auch, daß hiesige öffentliche Meinung der Regierung nicht verzeihen wird, wenn nicht alles nur Mögliche zur Verhütung des Krieges geschehen ist, und er dringt darauf, daß Deutschland dabei mitwirken muß.

Selbst wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, Deutschland zur Teilnahme zu bewegen, würde er doch befürworten, daß Italien und England, je als Vertreter einer Gruppe, Gedankenaustausch fortsetzen.

Er fügte hinzu, eine Schwierigkeit scheine darin zu liegen, Deutschland zu überzeugen, daß es Rußland ernst sei, und er erwartete eine große Wirkung, wenn Deutschland glaubte, daß Großbritannien mit Rußland und Frankreich zusammengehen würde, da ihm wirklich sehr an guten Beziehungen mit uns liege.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 80 (paraphrasiert) veröffentlicht

Vermerke

Der letzte Absatz ist bedeutsam, da die Meldung aus Italien kommt. — E. A. C. 29. Juli.

Ich frage mich, was in diesem kritischen Augenblick ein Meinungsaustausch nützen soll. Meines Erachtens besteht die einzige Möglichkeit, einen Konflikt zu vermeiden, in einer Aufforderung an Österreich, während schwebender Besprechungen keine militärische Aktion zu unternehmen, und es ist ganz klar, daß solch ein Ersuchen peremptorisch zurückgewiesen und von Deutschland nicht unterstützt werden würde. Ich bin der Ansicht, daß die Mittel der Diplomatie vorerst erschöpft sind.

Wir stehen vor zwei unzweifelhaften Tatsachen —

1. Österreich wird in Serbien einfallen und es zu erdrücken suchen.

2. Wenn Österreich in Serbien einfällt, wird Rußland Serbien zu Hilfe eilen. Appelle an Österreich oder Rußland, einen andern Weg einzuschlagen, wären nutzlos und würden zu Mißverständnissen führen. — A. N.

Der deutsche Botschafter sagte mir heute, meine Äußerungen am Montag im Unterhaus in Erwiderung auf eine Anfrage von Herrn Lawson¹), daß Deutschland grundsätzlich den Gedanken einer Vermittlung zwischen Österreich und Rußland angenommen habe, stellten eine richtige Wiedergabe der deutschen Erklärung dar, die er mir abgegeben habe²). — E. G.

¹⁾ No. 190.

²⁾ Siehe DD No. 357.

(34556)

No. 253

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 119

Wien, den 28. Juli 1914

A. 28. Juli 11²⁰ nachm.

E. 29. Juli 12⁰ mittags

Folgendes vom Marineattaché für die Admiralität:

„Donaumonitore füllten am 24. in Budapest Besatzungen vollzählig auf und fuhren gleiche Nacht wahrscheinlich nach Semlin und Pancsova. Gerücht hier, daß die Flotte mobilisiert werden soll.“

(34567)

No. 254

Herr Findlay an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 20

Kristiania, den 29. Juli 1914

A. 10⁰ vorm.

E. 12¹⁵ nachm.

Alle deutschen Kriegsschiffe sollen nach guter Quelle norwegische Gewässer verlassen und gestern Skagen passiert haben.

(34598)

No. 255

Graf de Salis an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 24

Cetinje, den 27. Juli 1914

A. 28. Juli 8⁰ nachm.

E. 29. Juli 12²⁰ nachm.

Von Cetinje über Skutari gesandt.

Halbamtliches Blatt veröffentlicht heute abend den Wortlaut eines Telegramms des Prinzregenten von Serbien an König mit Dank für Zusicherungen, daß Montenegro zur Verteidigung der serbischen Rasse mit Serbien verbunden ist. Antworttelegramm des Königs schließt: „Meine Montenegriner stehen an Grenze bereit, für Verteidigung unserer Unabhängigkeit zu sterben.“

Mobilmachungsverlaß noch nicht erschienen, aber Truppen werden hier in der Nachbarschaft zusammengezogen und an Grenzposten geschickt. Landleute berichten, daß Österreicher gestern unter Verbrennung ihrer überflüssigen Vorräte Budua räumten.

Seit Sonntag ist telegraphische Verbindung über Cattaro unterbrochen.

Vgl. Bericht No. 651

Vermerk

Die Gewißheit eines Krieges zwischen Österreich und Montenegro verstärkt das Argument zugunsten der Zurückziehung unseres Detachements aus Skutari. — E. A. C. 29. Juli.

(34574)

No. 256

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 60

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 7⁴⁰ nachm.

E. 12²⁰ nachm.

Vizekonsul in Belgrad telephoniert, daß Belgrad beschossen wird und daß Österreicher Pontonbrücke über Save schlagen, da nach hier eingelaufenen Nachrichten Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt wurde.

Ich habe Vizekonsul beauftragt, Flagge über Gesandtschaft zu hissen und sich im Falle Einmarsches der Österreicher in Belgrad sofort an Militärbehörden zu wenden, damit Sicherheit der Gesandtschaft gewährleistet wird.

(34584)

No. 257

Herr Chilton an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 15

Haag, den 29. Juli 1914

A. 10⁵⁶ vorm.

E. 12³⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 14¹).

Obwohl Mobilmachung noch nicht wirklich angeordnet, sind alle wichtigeren Eisenbahnbrücken an Linien nahe deutscher Grenze, sowie alle Häfen und selbst Piere in Seebädern von Truppen bewacht.

(34607)

No. 258

Der russische Botschafter an Sir A. Nicolson

Chesham House, Chesham Place, S. W.

Mittwoch, den 29. Juli

Mein lieber Nicolson,

Ich schicke Ihnen —

1. Die berichtigte Übersetzung des Ihnen schon bekannten Telegramms²).

¹) No. 213.

²) Siehe No. 207, 208.

2. Ein Telegramm in betreff unserer Mobilmachung; es ist an Swerbejew gerichtet, aber ich soll es Ihnen mitteilen.

3. Ein Telegramm in betreff der Besprechungen zwischen Herrn Sasonow und Graf Szapary.

Ich werde Ihnen alles zusenden, was ich erhalte, um keine Zeit zu verlieren.

Ihr aufrichtig ergebener
Benckendorff

Anlage (2)

*M. Sazonoff télégraphie à l'Ambassadeur de Russie à Berlin
le 15/28 Juillet 1914*

Chesham House, Chesham Place, S. W.

En conséquence de la déclaration de guerre adressée par l'Autriche-Hongrie à la Serbie, le Gouvernement Impérial déclarera demain la mobilisation dans les circonscriptions militaires d'Odessa, Kieff, Moscow, et Kazan. Veuillez en informer le Gouvernement Allemand en confirmant à cette occasion l'absence en Russie de toute intention agressive contre l'Allemagne. L'Ambassadeur de Russie à Vienne n'est pourtant pas rappelé de son poste.

Übersetzung im BB No. 70 veröffentlicht

Anlage (3)

*M. Sazonoff télégraphie à l'Ambassadeur de Russie à Londres
le 15/28 Juillet 1914*

Confidentiel Chesham House, Chesham Place, S. W.

D'urgence. La déclaration de guerre de l'Autriche rend manifestement vains mes pourparlers directs avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie à St. Pétersbourg.

L'action du Cabinet de Londres en faveur d'une médiation et aussi pour arrêter les opérations militaires de l'Autriche contre la Serbie me paraît de toute urgence. Sans l'arrêt des opérations militaires, une médiation ne servirait qu'à traîner les choses en longueur et permettrait à l'Autriche d'écraser entretemps la Serbie.

*Übersetzung im BB No. 70 veröffentlicht
Vgl. R No. 48*

No. 259

Der amerikanische Botschafter an Sir Edward Grey

Amerikanische Botschaft, London, den 29. Juli 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich sende Ihnen inoffiziell die Paraphrase eines Telegramms, das ich soeben von meiner Regierung erhalten habe und das Ihnen zu übermitteln mir ein Vergnügen ist. Meines Erinnerns habe ich in unserer gestrigen Unterredung diese Frage berührt und ich brauche nicht zu sagen, daß ich mich Ihnen zur Verfügung halte.

Ihr aufrichtig ergebener
Walter Hines Page

Anlage zu No. 259

Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika

*Paraphrase eines am 29. Juli 1914 bei der amerikanischen
Botschaft eingegangenen Telegramms*

Der Staatssekretär fragt beim Botschafter an, ob seiner Ansicht nach in der gegenwärtigen Krise die guten Dienste der Vereinigten Staaten, wenn gemäß Artikel 3 der Haager Konvention angeboten, willkommen und irgendeinem hohen Zweck dienlich wären.

Vgl. No. 370

(34637)

No. 260

Generalkonsul Roberts an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 11

Odessa, den 29. Juli 1914

A. 1⁵ nachm.

E. 2³⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 9 vom 27. Juli¹⁾.

Sämtliche Truppen dieses Bezirks sind nach Winterstandorten zurückgekehrt und zwei Divisionen erhielten Befehl, sich zum Abrücken an die österreichische Grenze bereitzuhalten.

Habe Nachricht, daß Bezirk Kiew mobilisiert.

Südwestbahn nimmt Privatfrachtgüter nicht mehr an.

¹⁾ No. 167.

No. 261

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.)

Berlin, den 29. Juli 1914

A. 2⁴⁵ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Folgendes vom Konsulat Danzig, 29. Juli:

„Deutscher Kreuzer ‚Magdeburg‘ ging gestern 8 Uhr morgens nach Kiel in See.“

(34660)

No. 262

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 121

Wien, den 29. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 4³⁰ nachm.

Folgendes vom Marineattaché für Admiralität:

„Österreichische Flotte soll bei Cattaro versammelt sein.“

(34699)

No. 263

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 226

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 4⁴⁵ nachm.

Der deutsche Botschafter hat vom Reichskanzler Auftrag erhalten, mir mitzuteilen, daß er bestrebt sei, zwischen Wien und St. Petersburg zu vermitteln, und er hofft mit gutem Erfolg. Österreich und Rußland scheinen dauernd in Fühlung zu sein, und er sucht Wien zu bewegen, in St. Petersburg befriedigende Erklärungen über Ziel und Ausdehnung des österreichisch-ungarischen Vorgehens in Serbien abzugeben. Ich sagte dem deutschen Botschafter, daß eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland die allerbeste Lösung wäre. Solange eine Aussicht hierauf bestehe, würde ich mit keinem Vorschlag drängen, aber ich hätte heute morgen erfahren, daß die österreichische Regierung die Anregung der russischen Regierung abgelehnt habe, wonach der österreichische Botschafter in St. Petersburg ermächtigt werden sollte, unmittelbar mit dem russischen Außenminister die Mittel zur Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts zu erörtern. Den Pressevertretern in St. Petersburg sei mitgeteilt worden, daß russische Regierung mobilisieren werde. Die deutsche Regierung habe erklärt, sie wäre grundsätzlich einer Ver-

mittlung zwischen Rußland und Österreich, wenn nötig, geneigt. Sie scheine das besondere Verfahren einer Konferenz, oder Beratung, oder Diskussion, oder sogar Besprechungen *à quatre* in London für eine zu formelle Methode zu halten. Ich legte dringend nahe, die deutsche Regierung solle irgendein Verfahren vorschlagen, durch das der Einfluß der vier Mächte vereint geltend gemacht werden könnte, um den Krieg zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Frankreich habe zugestimmt und Italien habe zugestimmt. Die ganze Idee einer Vermittlung oder einer vermittelnden Einwirkung könne sofort durch irgendein Verfahren, das Deutschland etwa vorschlage, falls das meine nicht annehmbar sei, ins Werk gesetzt werden. In der Tat könne eine Vermittlung sofort durch jede Methode, die Deutschland für möglich halte, ins Werk gesetzt werden, wenn Deutschland nur im Interesse des Friedens „auf den Knopf drücken“ wolle.

(Gleichlautend nach Paris No. 263/64, St. Petersburg No. 402/03: „Unterrichten Sie Min. d. Ä.“; ferner nach Wien No. 183/84, Rom No. 22/23: „Nur zu Ihrer Information“)

*Im BB No. 84 veröffentlicht
Siehe den Bericht des Fürsten Lichnowsky
über diese Unterredung in DD No 357
Siehe auch No. 284*

(34664)

No. 264

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

Berlin, den 29. Juli 1914

(Tel.) No. 100. Dringend. Geheim und vertraulich A. 4²⁷ nachm.
E. 5⁴⁵ nachm.

Österreich und Serbien. Reichskanzler ließ mich heute wieder zu sich bitten. Er sagte mir, er habe sogleich Ihre Ansicht nach Wien mitgeteilt, daß serbische Antwort Grundlage für Verhandlungen bilden könne¹⁾). Er bedauerte erklären zu müssen, daß österreichisch-ungarische Regierung geantwortet habe, es sei zu spät, Ihrem Vorschlag Folge zu geben, da sich Ereignisse zu rasch entwickelt hätten²⁾). Nach Empfang dieser Antwort hat Seine Exzellenz nach Wien eine Mitteilung des Inhalts gesandt, seiner Meinung nach habe serbische Antwort zwar ein gewisses Bestreben erkennen lassen, österreichischen Forderungen entgegenzukommen, aber er verstehe ganz gut, daß österreichisch-ungarische Regierung in Anbetracht

¹⁾ No. 176; siehe auch DD No. 277.

²⁾ Siehe DD No. 313.

früherer Erfahrungen sich nicht ohne einige Bürgschaften zufrieden-
geben könne, die eine Sicherheit gewährten, daß ihre an Serbien
gestellten Forderungen in ihrer Gesamtheit gewissenhaft erfüllt
werden. Er habe weiterhin die Vermutung ausgesprochen, daß die
gegen Serbien bevorstehenden Feindseligkeiten ausschließlich Zweck
hätten, derartige Sicherheiten zu erlangen, besonders da österreichisch-
ungarische Regierung in St. Petersburg Versicherungen abgegeben
habe, daß ihr Gebietserwerbungen fernliegen. Wenn diese Ansicht
richtig sei, rate er österreichisch-ungarischer Regierung, sich offen
in diesem Sinne zu äußern, denn er hoffte, daß durch eine solche
Sprache jedes mögliche Mißverständnis beseitigt werden könne¹⁾.
Er habe, wie er sagte, bislang noch keinen Bescheid aus Wien
erhalten.

Seine Exzellenz hoffte, Sie würden aus Tatsache, daß er in
seinen Ratschlägen an Wien so weit gegangen sei, ersehen, daß er
aufrichtig alles in seiner Macht tue, um Gefahr europäischer Ver-
wicklungen abzuwenden.

Seine Exzellenz bat mich aufs dringendste, Sie zu ersuchen,
diese Mitteilung seiner in Wien geführten Sprache als höchst geheim
und vertraulich zu betrachten und sie gegen keinen Vertreter einer
anderen Macht zu erwähnen. Er habe nicht einmal Fürst Lichnowsky
davon unterrichtet. Daß er mir nun diese Mitteilung mache, sei ein
Beweis des Vertrauens, das er in Sie setze, sowie seines Wunsches,
Sie wissen zu lassen, wie aufrichtig er Ihre Bemühungen im Interesse
des allgemeinen Friedens würdige, und daß er sein Bestes tue, sie
zu unterstützen.

Schließlich setzte mich Seine Exzellenz in Kenntnis, daß ein Tele-
grammwechsel zwischen Deutschem Kaiser und dem Zaren stattfinde.

*Im BB No. 75 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht*

*Der volle unparaphrasierte Wortlaut wurde bei Oman, Seite 54/55
zusammen mit dem Vermerk Sir Arthur Nicolson's veröffentlicht*

Vermerke

Das einzig Wichtige ist der Schlußsatz. Dem Rest kann man schwerlich
große Bedeutung beimessen. — E. A. C. 29. Juli.

Herr Sasonow hat Sir G. Buchanan aufs bestimmteste erklärt, daß Ruß-
land keine Zusicherungen von seiten Österreichs in bezug auf die Integrität und
Unabhängigkeit Serbiens genügen würden. Meines Erachtens begreift Berlin
nicht ganz, daß Rußland nicht ruhig zuschauen kann und will, während Öster-
reich eine strenge Strafe an Serbien vollzieht. Rußland ist nicht der Ansicht,
daß Serbien sie verdient, und es könnte auch in Anbetracht dieses Gefühls und
seiner Stellung in der slawischen Welt nicht darein willigen. — A. N.

Ich habe telegraphisch eine besondere Antwort darauf gesandt²⁾. — E. G.

¹⁾ Siehe den Wortlaut dieses Erlasses in DD No. 323.

²⁾ No. 266.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 122

Wien, den 29. Juli 1914

A. 4³⁰ nachm.E. 7²⁷ nachm.

Französischer und italienischer Botschafter pflichten mir bei, daß es augenblicklich nichts gibt, was wir nützlicherweise tun könnten, um Krieg mit Serbien aufzuhalten, dem österreichisch-ungarische Regierung nun durch Kriegserklärung und durch heute morgen veröffentlichten Aufruf des Kaisers an sein Volk völlig übermacht ist. Italienischer Botschafter meint, daß Rußland bewogen werden könnte, ruhig zu bleiben, wenn österreichisch-ungarische Regierung in St. Petersburg abgegebene Erklärung, weder serbisches Gebiet erwerben noch Unabhängigkeit Serbiens vernichten zu wollen, in eine bindende Verpflichtung Europa gegenüber verwandle. Aber italienischer Botschafter ist sicher, daß österreichisch-ungarische Regierung dies ablehnen würde.

Vertraulich

Französischer Botschafter berichtet seiner Regierung, daß ihn Geständnisse des serbischen Gesandten, mit dem er bis zu dessen Abreise am 26. Juli in enger Fühlung war, überzeugt haben, Zustand wachsender Gärung in südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie sei derart, daß österreichisch-ungarische Regierung genötigt gewesen wäre, sich entweder in Lostrennung dieser Provinzen zu fügen oder eine verzweifelte Anstrengung zu machen, um sich die Provinzen dadurch zu erhalten, daß sie Serbien als Machtfaktor ausschalte. Serbischer Gesandter äußerte immer, die Zeit arbeite für Serbien, und er sagte französischem Botschafter, südslawische Provinzen wären innerhalb drei Jahren bereit, sich gegen Österreich-Ungarn zu erheben, ohne daß Serbien auch nur den kleinen Finger zu rühren brauche. Österreich-Ungarn merkte, daß es nicht länger warten konnte, und entschloß sich zum Kriege, von dem es jetzt anscheinend nichts mehr abzuhalten vermag. Nach Ansicht französischen Botschafters geht daraus hervor, daß Konflikt nicht Folge deutscher Anstiftung ist; auch gehe nicht unbedingt daraus hervor, daß Deutschland europäischen Krieg wünscht, wie viele in Frankreich glauben.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 79 (paraphrasiert und ohne den letzten Absatz) veröffentlicht
Vgl. F No. 93*

(34664)

No. 266

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

(Tel.) No. 227

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 7³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 100 vom 29. Juli¹⁾.

Wollen Sie dem Reichskanzler für sein Vertrauen danken, das ich sehr schätze und seinem Wunsch gemäß berücksichtigen werde. Wenn es ihm gelingt, Österreich dahin zu bringen, daß es Zusicherungen abgibt, die Rußland befriedigen, und daß es sich solch weitgehender Schritte enthält, die zu einem Zusammenstoß mit Rußland führen, werden wir alle in Dank für die Erhaltung des europäischen Friedens einstimmen. Er möge sich darauf verlassen, daß Seiner Majestät Regierung fortfahren wird, jede Gelegenheit zu ergreifen, um für den Frieden zu wirken.

(34679)

No. 267

Sir H. Bax-Ironside an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 35

Sofia (via Pola), den 29. Juli 1914

A. 3³⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Athener Telegramm No. 129 vom 28. Juli²⁾.

Griechischer und rumänischer Gesandter haben gemeinsam bulgarische Regierung gewarnt, daß ihre Regierungen aufs äußerste bemüht sein werden, die Bestimmungen des Vertrages von Bukarest aufrechtzuerhalten, und sie haben in dieser Sache ihre Solidarität demonstriert.

Bulgarische Regierung hat ihre Vertreter beauftragt, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, mitzuteilen, daß Bulgarien strenge Neutralität beobachten wird. Bulgarien wird jedoch Opportunitätspolitik treiben.

(Gleichlautend nach Athen, Belgrad und Bukarest)

(34677)

No. 268

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 130

Rom, den 29. Juli 1914

A. 7³⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 217 vom 29. Juli³⁾.

Im Hinblick auf Mitteilung, die Rußland heute bezüglich Teil-

¹⁾ No. 264.

²⁾ No. 224.

³⁾ No. 246.

mobilmachung in Berlin gemacht hat, glaubt Außenminister nun, daß Zeitpunkt für weitere Erörterungen auf Grundlage serbischer Note verstrichen ist. Äußerstes, worauf er jetzt hofft, ist, daß Deutschland bewogen werden kann, seinen Einfluß in Wien aufzubieten, um weitere Forderungen Österreichs an Serbien zu verhüten oder zu mäßigen.

Im BB No. 86 (paraphrasiert) veröffentlicht

(34668)

No. 269

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 63

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 3⁵ nachm.

E. 9⁴⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm¹⁾.

Allgemeine Beschießung Belgrads wird heute abend erwartet. Mit Rücksicht auf ungeschützte Lage britischer Gesandtschaft hat Vizekonsul alle Chiffren und Geheimarchive zur deutschen Gesandtschaft gebracht und Abreise aller Flüchtlinge angeordnet. Ministerpräsident sagt mir, er habe es jetzt völlig Militärbehörden überlassen, ob Belgrad verteidigt werden soll oder nicht. Vizekonsul telephoniert, daß Granate in Gesandtschaftsgarten eingeschlagen und Schaden bisher unbeträchtlich sei.

(34665)

No. 270

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 94

Paris, den 29. Juli 1914

A. 7⁴⁵ nachm.

E. 9⁵⁰ nachm.

Ankunft des Präsidenten der Republik war heute nachmittag Anlaß für eine große patriotische Kundgebung. Man hörte einige Rufe von „A Berlin!“.

Viele Zeitungen schreiben über Deutschland in einer Weise, die geeignet ist, öffentliche Meinung zu erregen. Der „Temps“ erklärt, da Deutschland keinen Versuch gemacht habe, österreichisches Vorgehen in Schranken zu halten, und wissen müsse, was Folgen sein können, so sei es klar, daß es den Krieg wolle.

¹⁾ Wahrscheinlich No. 291 a).

Französisches Volk ist bis jetzt nicht geneigt, sich in Kriegsstimmung hetzen zu lassen. Börsenlage erregt Besorgnis.

Vgl. Privatbrief No. 320

(34675)

No. 271

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 184

St. Petersburg, den 29. Juli 1914

A. 8³⁰ nachm.

E. 10⁰ nachm.

In der mit meinem Telegramm No. 182 vom 29. Juli berichteten Unterredung¹⁾ drückte Minister des Äußern erhebliche Zweifel über Haltung Rumäniens im Falle allgemeinen Kriegs aus und sagte, er befürchte, daß König Partei Österreichs ergreifen werde, obgleich Sympathien seiner Untertanen auf seiten Rußlands wären.

Seine Exzellenz möchte, wie ich anzuführen vergaß, Tatsache nicht erwähnt wissen, daß er auf Anregung deutschen Botschafters den Vorschlag direkter Besprechungen mit Österreich gemacht hat.

Wie ich von meinem französischen Kollegen erfahre, ließ Generalstabschef heute nachmittag deutschen Militärattaché kommen und versicherte ihm auf Ehrenwort, daß bislang keine einzige militärische Vorbereitung gegen Deutschland getroffen worden sei²⁾.

(34676)

No. 272

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 129

Rom, den 29. Juli 1914

A. 7²⁰ nachm.

E. 10¹⁵ nachm.

Ich höre, daß (?) Pressetelegramme über Schiffs- und Truppenbewegungen hier nicht mehr angenommen werden. Aber es gibt keine Anzeichen für weitere Einberufungen von Reservisten.

¹⁾ No. 276.

²⁾ Dies stimmt nicht ganz mit dem telegraphischen Bericht des deutschen Militärattachés aus St. Petersburg (DD No. 370) überein: „Er (der Generalstabschef) gab mir in feierlichster Form Ehrenwort . . ., daß bis zur Stunde drei Uhr nachmittags nirgends Mobilmachung, d. h. Einziehung eines einzigen Mannes oder Pferdes erfolgt sei. Er könne sich für Zukunft nicht verbürgen, aber nachdrücklichst bestätigen, daß S. M. in den auf unsere Grenze gerichteten Fronten nach wie vor keine Mobilisierung wünscht.“

(34668)

No. 273

Sir Edward Grey an Herrn Crackan thorpe

(Tel.) No. 34

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

A. 10³⁰ nachm.

Ihr Telegramm No. 63¹).

Ich nehme an, Vizekonsul verbleibt in deutscher Gesandtschaft und hat Chiffren usw. in Verwahrung.

(34669)

No. 274

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 64

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 10⁴⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm¹).

Ministerpräsident teilte mir mit, daß, falls Militärbehörden sich für Verteidigung Belgrads entscheiden sollten, Einwohner rechtzeitig benachrichtigt werden, um ihnen Zeit zum Verlassen der Stadt zu geben.

(34670)

No. 275

Herr Crackan thorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 65

Nisch, den 29. Juli 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Ministerpräsident bittet mich, Ihnen seinen tiefgefühlten Dank für Ihre Erklärung im Unterhaus am 27. Juli²) auszusprechen.

Im BB No. 83 (paraphrasiert) veröffentlicht

¹) No. 269.

²) No. 190.

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 182

St. Petersburg, den 29. Juli 1914

A. 8⁴⁰ nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Befehl für Teilmobilmachung wurde heute unterzeichnet.

Gemäß der mir mit Ihrem Telegramm No. 392 vom 28. Juli¹⁾ erteilten Weisung unterrichtete ich Minister des Äußern vom Inhalt Ihres Berliner Telegramms No. 218 vom 28. Juli²⁾ und teilte ihm vertraulich mit, was deutscher Staatssekretär des Auswärtigen bezüglich Mobilmachung zu Sir E. Goschen äußerte. Seine Exzellenz hatte das schon von anderer Seite gehört und erklärte, daß Mobilisierung nur gegen Österreich gerichtet sein werde. Aus diesem Grunde habe man auch beschlossen, die von militärischen Spitzen energisch befürwortete allgemeine Mobilmachung nicht anzuordnen.

Minister des Äußern sagte, er habe auf Rat deutschen Botschafters direkte Aussprache zwischen St. Petersburg und Wien vorgeschlagen, österreichische Regierung habe aber diesen Gedanken-austausch nun endgültig abgelehnt. Als er deutschen Botschafter von dieser Weigerung Österreichs in Kenntnis setzte, schlug er dringend vor, man solle auf Ihre Anregung einer Konferenz zu vieren zurückkommen, oder jedenfalls auf Meinungsaustausch zwischen Ihnen, den drei nicht so unmittelbar interessierten Botschaftern und, falls Sie es für angezeigt hielten, österreichischem Botschafter. Ihm sei es einerlei, unter welcher Form solche Besprechungen stattfänden, und er wäre bereit, fast jedes von Frankreich und England gebilligte Übereinkommen anzunehmen. Nun dürfe keine Zeit verlorengehen und Krieg könne nur vermieden werden, wenn es Ihnen durch Verhandlungen mit einzelnen oder vereinten Botschaftern gelänge, eine Formel zu finden, deren Annahme Sie bei Österreich durchsetzen könnten. Russische Regierung habe ihr möglichstes getan, um Frieden zu erhalten, und sich durchweg vollkommen offen und versöhnlich gezeigt, und er hoffe zuversichtlich, britische Öffentlichkeit würde einsehen, daß es nicht Fehler der russischen Regierung sei, wenn ihre Bemühungen um Erhaltung des Friedens fehlschlugen.

Ich teilte ihm Vorschlag gemäß Telegramm aus Rom No. 125 vom 27. Juli³⁾ mit und fragte, ob er gegen seine Ausführung etwas einzuwenden hätte. Seine Exzellenz erwiderte, er könne nicht serbischer sein als die Serben und werde allem zustimmen, was die vier Mächte vereinbarten, sofern es für Serbien annehmbar sei. Schärfe

¹⁾ No. 219.

²⁾ No. 218.

³⁾ No. 202.

des Ultimatums müsse indes durch eine ergänzende Erklärung oder durch Erläuterungen gemildert werden.

Außenminister meinte, der in Ihrem Telegramm No. 388 vom 28. Juli erwähnte Vorschlag¹⁾ sei von untergeordneter Bedeutung und er lege ihm unter veränderten Umständen der Lage kein Gewicht bei. Seine Exzellenz bemerkte weiterhin, deutscher Botschafter habe ihm mitgeteilt, daß seine Regierung fortfahren, in Wien freundschaftlich Einfluß auszuüben. Ich fürchte, deutscher Botschafter wird nicht dazu beitragen, die Schwierigkeiten zu beseitigen, wenn er bei seiner Regierung die gleiche Sprache führt wie heute mir gegenüber. Er beschuldigte Rußland, europäischen Frieden durch Mobilmachung zu gefährden, und erwiderte nach meinem Hinweis auf all das, was Österreich in letzter Zeit getan, es gäbe Dinge, die er nicht erörtern könne. Ich erinnerte ihn daran, daß Österreich schon teilweise mobilisiert habe, da seine Konsuln hier alle militärflichtigen österreichischen Untertanen aufgefordert hätten, sich zu stellen, und daß es nun Serbien den Krieg erklärt habe; nach all dem, was während der Balkankrise geschehen, müsse Österreich aber wissen, daß dies ein Akt sei, den Rußland unmöglich ohne Demütigung hinnehmen könne. Hätte Rußland nicht durch Anordnung der Mobilmachung seinen Ernst gezeigt, dann hätte Österreich geglaubt, beliebig weit gehen und aus der Friedensliebe Rußlands Vorteil schlagen zu können. Eine Woche oder mehr werde vergehen, bis Mobilisierung beendet sei, und Minister des Äußern habe mir zu verstehen gegeben, daß Rußland den Krieg nicht durch sofortiges Überschreiten der Grenze übereilt herbeiführen werde. Inzwischen sollten wir alle zusammenwirken, um Ausweg aus gefährlicher Lage zu finden.

(Gleichlautend an Botschaften)

*Im BB No. 78 (paraphrasiert und unter Auslassung eines Teiles)
veröffentlicht*

(34683)

No. 277

Herr Beaumont an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 461

Konstantinopel, den 29. Juli 1914

A. 9^o nachm.

E. 11³⁰ nachm.

Aus Bemerkung, die österreichischer Botschafter hier fallen ließ, schließe ich, daß sich Pläne Österreichs möglicherweise beträchtlich über Sandschak und strafweise Besetzung serbischen Gebietes hin-

¹⁾ No. 203.

aus erstrecken. Er sprach von beklagenswerter Wirtschaftslage Saloniкиs unter griechischer Verwaltung und von Hilfe, auf die österreichische Armee seitens muslimischer, mit serbischer Herrschaft unzufriedener Bevölkerung rechnen könne.

Im BB No. 82 (paraphrasiert) veröffentlicht

V e r m e r k

Das ist beachtenswert, besonders im Zusammenhang mit dem zweiten Absatz von Sir M. de Bunsens Telegramm No. 122¹). — E. A. C. 30. Juli.

(34668)

No. 278

Sir Edward Grey an Herrn Crackanthorpe

(Tel.) No. 35

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914
A. 11⁴⁵ nachm.

Mein Telegramm No. 34²).

Chiffren und andere streng geheime Dokumente, die mit Vizekonsul in Belgrad zurückgelassen wurden, sind sofort zu verbrennen. Eine Chiffer hat Vizekonsul bei sich zu tragen.

Empfang bestätigen und Ausführung des Auftrages melden.

Vgl. No. 389 und 394

(34684)

No. 279

Konsul Bosanquet an Sir Edward Grey

(Tel.)

Riga, den 29. Juli 1914
A. 7³⁰ nachm.
E. 11⁵⁰ nachm.

Dem Vernehmen nach sind alle Leuchtfeuer an russischer Ostseeküste gelöscht. Auf Riga-Orel-Bahn werden Waren über 70 Pud nicht mehr angenommen.

(Gleichlautend an Botschaft)

¹) No. 265.

²) No. 273.

(34685)

No. 280

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 26. Handelsverkehr St. Petersburg, den 29. Juli 1914

A. 8⁴⁵ nachm.

E. mitternachts

Amtlicher „Messenger“ gibt bekannt, daß Küstenleuchtfelder um Sewastopol mit Ausnahme des Chersoner Leuchtturms gelöscht sind. Zwischen Sonnen-Untergang und Aufgang dürfen keine Schiffe Sewastopol und benachbarte Buchten anlaufen; bei Sturm können Schiffe nachts in Kamysch- und Kasachi-Bucht Schutz suchen.

Fahrzeuge, die russischen Kriegsschiffen bei Sewastopol nicht Folge leisten, werden beschossen.

(34678)

No. 281

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 101

Berlin, den 29. Juli 1914

A. 11²⁰ nachm.

E. mitternachts

Österreich und Serbien. Ich fand Staatssekretär des Auswärtigen heute sehr niedergeschlagen. Er erinnerte mich daran, daß er mir neulich gesagt hätte, er müsse bei Ratschlägen an Österreich sehr vorsichtig sein, da jeder Gedanke an einen etwaigen Druck es wahrscheinlich veranlassen würde, die Dinge zu überstürzen und ein *fait accompli* zu schaffen. Dies sei nun tatsächlich eingetreten und er sei nicht sicher, ob seine Weitergabe Ihres Vorschlags, daß Antwort Serbiens eine Grundlage für Verhandlungen biete, die Kriegserklärung nicht beschleunigt hätte¹⁾. Berichte über Mobilisierung in Rußland beunruhigten ihn sehr und ebenso Berichte über gewisse militärische Maßnahmen in Frankreich, die er jedoch nicht näher bezeichnete. Er sprach später mit meinem französischen Kollegen darüber, der ihm erklärte, französische Regierung habe nichts weiter getan als deutsche auch, nämlich beurlaubte Offiziere zurückberufen. Staatssekretär des Auswärtigen bestritt, daß deutsche Regierung dies getan, es ist aber tatsächlich doch der Fall. Mein französischer Kollege äußerte im Laufe einer Unterhaltung zum Unterstaatssekretär, ihm scheine, daß, wenn Österreich in Serbien eingerückt sei und damit seinem militärischen Ansehen genügt habe, dann der Augenblick für vier nicht interessierte Mächte günstig sein dürfte, über Lage zu beraten und

¹⁾ Vgl. Brief No. 677.

mit Vorschlägen hervorzutreten, um ernstere Verwicklungen zu vermeiden. Unterstaatssekretär schien Gedanken erwägenswert zu halten, denn er entgegnete, das wäre etwas anderes als die von Ihnen vorgeschlagene Konferenz.

Russischer Botschafter ist heute zurückgekehrt und hat kaiserliche Regierung unterrichtet, daß Rußland in vier südlichen Gouvernements mobilisiere. Weder Reichskanzler noch Unterstaatssekretär des Auswärtigen hat mir gegenüber Maßnahmen britischer Admiralität erwähnt, die hier veröffentlichten Meldungen haben jedoch offenbar erhebliche Unruhe in Finanzkreisen hervorgerufen. Aktien der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd sind mehrere Punkte gefallen und einer der prominentesten Berliner Finanzleute, der infolge der Krise bereits Verluste erlitten hatte und Geld brauchte, erklärt, er habe seine Aktien dieser Gesellschaften zu verkaufen versucht, aber keine Käufer gefunden.

(Gleichlautend an Botschaften)

Im BB No. 76 (ohne die beiden letzten Sätze) veröffentlicht

(34999)

No. 282

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

No. 128

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der österreichische Botschafter sagte mir heute, er habe eine lange Denkschrift bereit¹⁾), die er dalassen wolle und die, wie er meinte, das Verhalten Serbiens gegen Österreich schildere und die Notwendigkeit der österreichischen Aktion darlege.

Ich erwiderte, ich möchte die Rechts- und Sachlage der österreichisch-serbischen Frage nicht erörtern. Die heute eingegangenen Nachrichten schienen mir sehr schlimm für den europäischen Frieden zu lauten. Man lasse die Mächte nicht helfen, Österreich Genugtuung zu verschaffen, was sie wohl könnten, wenn ihnen Gelegenheit dazu gegeben würde, und der europäische Friede stünde auf dem Spiel.

Graf Mensdorff bemerkte, der Krieg mit Serbien müsse weitergehen. Österreich könne nicht andauernd der Notwendigkeit ausgesetzt sein, immer wieder zu mobilisieren, wie es das während der

¹⁾ Hier nicht abgedruckt. Das Original dieses Dokumentes findet sich im österreichischen Rotbuch Band II No. 48; eine englische Übersetzung in „Collected Diplomatic Documents“, S. 461. Das Exemplar im Auswärtigen Amt ist in deutscher Sprache gedruckt.

letzten Jahre habe tun müssen. Es denke nicht an einen Gebietserwerb und wünsche bloß, den Schutz seiner Interessen sichergestellt zu sehen.

Dem hielt ich entgegen, daß es durchaus möglich sei, Serbien auch ohne nominelle Einmischung in seine Unabhängigkeit und ohne Wegnahme seines Gebiets in eine Art Vasallenstaat zu verwandeln.

Graf Mensdorff wollte das nicht gelten lassen.

Auf meine weiteren Bemerkungen über die Wirkung, die das österreichische Vorgehen auf die Balkanstellung Rußlands haben könnte, erwiderte er, vor dem Balkankriege habe man Serbien stets als zur österreichischen Einflußsphäre gehörig angesehen.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB. No. 91 veröffentlicht

*(Auf der Abschrift in den Akten steht der Vermerk
„Nicht übersendbar! Krieg!“)*

(35000)

No. 283

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 509

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Nachdem ich heute zu Herrn Cambon bemerkt hatte, wie ernst mir die Lage vorkomme, teilte ich ihm meine Absicht mit, heute noch dem deutschen Botschafter zu sagen, er möge sich durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterhaltungen nicht in eine falsche Sicherheit wiegen lassen, daß wir unbeteiligt blieben, falls alle Bemühungen um die Erhaltung des Friedens, die wir jetzt gemeinsam mit Deutschland machten, fehlschlugen¹⁾). Aber, fuhr ich zu Herrn Cambon fort, es scheine mir geboten, ihn darauf hinzuweisen, daß die öffentliche Meinung Englands die gegenwärtigen Verwicklungen von einem ganz anderen Gesichtspunkt aus betrachte als vor ein paar Jahren die Schwierigkeiten über Marokko. Im Falle Marokkos handelte es sich um eine Streitfrage, an der Frankreich in erster Linie interessiert war und wobei es den Anschein hatte, als wolle Deutschland beim Versuch, Frankreich zu erdrücken, mit diesem Händel in einer Frage provozieren, die Gegenstand eines besonderen Abkommens zwischen Frankreich und uns war. Doch der vorliegende Streit zwischen Österreich und Serbien sei nicht derart, daß wir uns zum Eingreifen veranlaßt fühlten, und das wäre selbst dann nicht der Fall, wenn sich der Konflikt zu einem österreichisch-russischen zuspitzen sollte. Es wäre

¹⁾ Vgl. No. 286.

dann eine Frage der Vorherrschaft der Germanen oder Slawen — ein Kampf um die Vorherrschaft auf dem Balkan; und unser Gedanke sei stets gewesen, uns wegen einer Balkanfrage nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen. Wir hätten noch keinen Beschuß hinsichtlich unserer Haltung gefaßt, wenn Deutschland und auch Frankreich in die Sache verwickelt würden; das wäre ein Fall, den wir dann erst zu erwägen hätten. Frankreich würde sich dann in einen Streit hineingezogen sehen, der es nicht unmittelbar angehe, an dem es aber infolge seines Bündnisses ehren- und interessenhalber teilnehmen müsse. Wir seien frei von Verpflichtungen und hätten dann zu entscheiden, was die britischen Interessen von uns erheischten. Ich hielte es für nötig, das zur Sprache zu bringen, weil wir, wie er wisse, alle Vorsichtsmaßregeln bezüglich unserer Flotte träfen und ich vorhätte, Fürst Lichnowsky zu warnen, nicht auf unsere Neutralität zu rechnen. Aber es wäre nicht fair, wenn ich Herrn Cambon zu der Annahme verleitete, daß dies bedeutete, wir hätten bereits entschieden, was wir in einer möglichen Lage tun würden, von der ich immer noch hoffte, daß sie nicht eintreten werde.

Herr Cambon entgegnete, ich hätte die Lage sehr klar dargelegt. Er fasse sie dahin auf, daß wir uns nicht berufen fühlten, in einen Balkanstreit und einen Kampf um die Vorherrschaft von Germanen und Slawen einzugreifen; sollten aber andere Dinge aufgeworfen und Deutschland und Frankreich darin verwickelt werden, so daß es sich um die Frage der Vorherrschaft in Europa handle, dann würden wir uns entscheiden, was wir zu tun hätten. Er schien auf diese Ankündigung völlig vorbereitet zu sein und übte keine Kritik daran.

Er bemerkte, die öffentliche Meinung Frankreichs sei ruhig aber entschlossen. Er sehe eine Forderung Deutschlands voraus, daß Frankreich neutral bleiben solle, während Deutschland Rußland angreife. Diese Zusicherung könne Frankreich natürlich nicht geben; es sei verpflichtet, Rußland beizustehen, falls es angegriffen werde.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 87 veröffentlicht

(34877)

No. 284

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 251

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Bei dem Gespräch, das ich heute morgen mit dem deutschen Botschafter hatte und das ich Eurer Exzellenz in meinem Telegramm

vom 29. Juli mitteilte¹⁾), übergab ich dem Botschafter auch eine Abschrift des Telegramms Sir Rennell Rodds vom 28. Juli²⁾ und meiner Antwort darauf³⁾. Ich führte aus, ich hätte zu zweifeln begonnen, ob selbst eine restlose Annahme der österreichischen Forderungen durch Serbien Österreich jetzt genügen würde. Den Äußerungen des Marquis di San Giuliano zufolge scheine es aber einen Weg zu geben, auf dem die Mächte, falls man sie in der Sache mitreden lasse, Österreich völlige Genugtuung verschaffen könnten, wenn Wien ihnen nur eine Gelegenheit dazu geben wollte. Ich vermöchte jedoch aus den in meinem Telegramm an Sie angegebenen Gründen keinen Vorschlag zu machen und könne das, was der italienische Minister des Äußern gesagt, dem deutschen Botschafter lediglich zur Kenntnis bringen, solange es als ausgemacht zu gelten habe, daß Österreich sich auf keine Verhandlungen mit den Mächten über seinen Streitfall mit Serbien einlassen werde. Ferner bemerkte ich, eine Vermittlung zwischen Österreich und Rußland könnte nicht einfach darin bestehen, daß man Rußland dränge, untätig zuzusehen, während Österreich freie Hand erhielte, beliebig weit zu gehen. Das wäre dann keine Vermittlung, sondern würde einfach heißen, man solle im Interesse Österreichs einen Druck auf Rußland ausüben. Der deutsche Botschafter entgegnete, die deutsche Regierung sei der Ansicht, daß Österreich nicht gewaltsam gedemütigt werden dürfe und daß es von seiner Stellung als Großmacht nicht abdanken könne. Ich stimmte dem vollkommen zu, erklärte aber, es handle sich nicht um eine Demütigung Österreichs sondern um die Frage, wie weit Österreich die Demütigung anderer treiben wolle. Selbstverständlich müsse Serbien bis zu einem gewissen Grade gedemütigt werden, aber Österreich könne die Dinge vielleicht so weit treiben, daß auch Rußland gedemütigt wäre.

Der deutsche Botschafter erwiderte, daß Österreich sich kein serbisches Gebiet aneignen werde, wogegen ich einwandte, daß Österreich, auch [ohne]⁴⁾ sich serbisches Gebiet anzueignen, und indem es das Land nominell unabhängig belasse, Serbien doch praktisch in einen Vasallenstaat verwandeln könne, und dies würde die ganze Stellung Rußlands auf dem Balkan berühren.

Ich bemerkte weiter, daß, wenn die Gefahr eines europäischen Konflikts drohe, man unmöglich sagen könne, wer nicht in ihn hineingezogen würde. Selbst die Niederlande träfen offenbar Vorsichtsmaßregeln.

1) No. 263.

2) No. 231.

3) No. 246.

4) Das Wort „ohne“ steht nicht im Original.

Der deutsche Botschafter betonte nachdrücklich, daß Mittel gefunden werden müßten, um den Frieden Europas zu erhalten.

Ich bin usw.

E. Grey

*Im BB No. 90 veröffentlicht
(Auf der Abschrift in den Akten befindet sich der Vermerk
„Nicht abgesandt — Krieg“)*

(34998)

No. 285

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 252

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich teilte heute nachmittag dem deutschen Botschafter die mir zugekommene Nachricht mit, wonach Rußland Deutschland von seiner Mobilisierung in Kenntnis gesetzt habe. Ich unterrichtete ihn auch von der Mitteilung des Grafen Benckendorff, daß nämlich durch die österreichische Kriegserklärung jede direkte Verhandlung zwischen Rußland und Österreich offenbar aussichtslos geworden sei. Ich bemerkte, daß die noch gestern von der deutschen Regierung auf diese direkten Besprechungen gesetzten Hoffnungen heute geschwunden seien. Heute arbeite der deutsche Kanzler in Wien und St. Petersburg für eine Vermittlung. Wenn er Erfolg habe, dann schön und gut. Wenn nicht, so sei es wichtiger denn je, daß Deutschland die Anregung, die ich heute morgen dem deutschen Botschafter gegenüber ausgesprochen, aufgreife und ein Verfahren vorschlage, das die vier Mächte instand setze, vereint für die Erhaltung des europäischen Friedens zu wirken. Ich wies jedoch darauf hin, daß die russische Regierung eine Vermittlung wohl wünsche, aber den Aufschub militärischer Operationen gegen Serbien als Bedingung erachte, da sonst eine Vermittlung die Sache nur hinziehen und Österreich Zeit geben würde, Serbien zu erdrücken. Es sei nun freilich zu spät, um alle militärischen Operationen gegen Serbien einzustellen. In kurzer Zeit wären die österreichischen Streitkräfte vermutlich in Belgrad und hätten einen Teil serbischen Gebiets besetzt. Aber selbst dann möchte es möglich sein, eine Vermittlung zustande zu bringen, wenn Österreich wohl erkläre, das besetzte Gebiet behalten zu müssen, bis es volle Genugtuung von Serbien erlangt habe, zugleich aber verkünde, daß es während der Bemühungen der Mächte, zwischen Österreich und Rußland zu vermitteln, nicht weiter vorrücken werde.

284

Der deutsche Botschafter erwähnte, er habe den Inhalt unseres Gesprächs von heute morgen bereits nach Berlin telegraphiert¹).

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 88 veröffentlicht

*(Auf der Abschrift in den Akten befindet sich der Vermerk
„Nicht abgesandt — Krieg“)*

Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über die im obigen und nachstehenden Schriftstück aufgezeichnete Unterredung siehe in DD No. 368; dort auch die Randbemerkungen des Deutschen Kaisers dazu

(35001)

No. 286

Sir Edward Grey an Sir E. Goschen

No. 253

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Nachdem ich heute nachmittag mit dem deutschen Botschafter über die europäische Lage gesprochen, bemerkte ich, daß ich ihm in ganz privater und freundschaftlicher Weise etwas sagen möchte, was mir auf der Seele liege. Die Lage sei sehr ernst. Solange sie sich auf die gegenwärtig bereits einbezogenen Fragen beschränkte, dächten wir an keine Einmischung. Würde aber Deutschland hineingezogen und darauf Frankreich, dann könnten wichtige Fragen aufgeworfen werden, die sämtliche europäischen Interessen in Mitleidenschaft zögen; und ich möchte ihn nicht durch den freundschaftlichen Ton unserer Unterredung — der hoffentlich weiter so bleiben werde — zum Glauben verleiten lassen, daß wir abseits stehen würden.

Er entgegnete, daß er das durchaus verstehe, fragte aber, ob ich damit meine, daß wir unter gewissen Umständen eingreifen würden?

Ich erwiderte, das wolle ich nicht sagen; auch möchte ich keinerlei Drohung aussprechen oder etwa den Versuch machen, einen Druck auszuüben, indem ich erklärte, daß wir einschreiten würden, falls die Lage sich verschlimmere. Es werde keine Rede von unserer Einmischung sein, wenn Deutschland nicht, oder selbst wenn Frankreich nicht in die Sache verwickelt würde. Wir wären uns aber vollkommen bewußt, daß, wenn sich die Dinge so gestalten sollten, daß unserer Ansicht nach britische Interessen unser Einschreiten erforderten, wir das sofort tun müßten und daß dann die Entscheidung, genau wie bei den andern Mächten, sehr rasch zu treffen sei. Ich hoffte, daß der

¹) Siehe No. 263, 284, sowie DD No. 357.

freundschaftliche Ton unserer Unterhaltungen so bleiben werde wie bisher und daß ich in der Arbeit für den Frieden gleich enge Fühlung mit der deutschen Regierung würde halten können. Doch wenn unser Bemühen um die Erhaltung des Friedens scheitern und die ganze Frage sich derart ausdehnen sollte, daß sie eigentlich jedes europäische Interesse umfasse, dann möchte ich mich nicht etwa einem Vorwurf von seiner Seite ausgesetzt sehen, daß der freundschaftliche Ton aller unserer Unterhaltungen ihn oder seine Regierung zur Annahme verleitet habe, wir würden untätig bleiben, und ebensowenig dem weiteren Vorwurf, daß ohne eine solche Irreführung der Verlauf der Dinge ein anderer hätte sein können.

Der deutsche Botschafter wandte gegen meine Äußerungen nichts ein; er erklärte mir vielmehr, daß sie mit dem übereinstimmten, was er selbst schon als seine Ansicht über die Lage nach Berlin berichtet hätte¹⁾.

Ich bin usw.
E. Grey

*Im BB. No. 89 veröffentlicht
(Auf der Abschrift in den Akten steht der Vermerk
„Nicht abgesandt — Krieg“)*

(34997)

No. 287

Sir Edward Grey an Sir R. Rodd

No. 221

Auswärtiges Amt, den 29. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der italienische Botschafter teilte mir heute eine Anregung des Marquis di San Giuliano mit, daß die deutschen Bedenken gegen die Vermittlung der vier Mächte — eine Vermittlung, die von Italien lebhaft begünstigt werde — durch eine andere Art des Verfahrens besiegelt werden könnten.

Ich erwiderte, daß ich daran bereits gedacht und die deutsche Regierung aufgefordert hätte, irgendein Verfahren vorzuschlagen, nach dem der von ihr schon grundsätzlich angenommene Gedanke einer Vermittlung zwischen Österreich und Rußland ausgeführt werden könnte²⁾.

Ich bin usw.
E. Grey

Im BB No. 92 veröffentlicht

1) Siehe DD No. 265.

2) Siehe No. 223.

Parlamentsdebatten, 29. Juli 1914

Herr Bonar Law: Darf ich den Ministerpräsidenten fragen, ob er dem Hause irgendwelche Aufschlüsse über die europäische Lage zu geben hat?

Der Ministerpräsident: Wie dem Hause bekannt ist, hat Österreich gestern Serbien formell den Krieg erklärt. Die augenblickliche Lage ist äußerst ernst. Ich kann nur sagen, und es nützlicherweise sagen, daß Seiner Majestät Regierung in ihren Bemühungen nicht nachläßt und ihr möglichstes tut, um das Gebiet eines möglichen Konfliktes zu begrenzen.

Herr Walter Guinness: Darf ich den sehr ehrenwerten Herrn fragen, ob er Nachrichten über den angeblichen Ausbruch einer Revolution in Russisch-Polen erhalten hat?

Der Ministerpräsident: Nein, mein Herr.

